Donnerstag, 2. Mai 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 101 - 18. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Antwort: Die Bundesregierung hat den stellvertretenden irakischen Missionschef Al-Amili ausgewiesen. Damit antwortete sie auf die Ausweisung des deutschen Geschäftsträgers in Bagdad, Arndt. Ihm war Einmischung in die inneren Angelegenheiten Iraks vorgeworfen worden, für die es aus Bonner Sicht jedoch keine Anzeichen gibt.

Grüne gegen Grüne: Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth und der ebenfalls zu den „Fundamentalisten" der Grünen zählende Manfred Zieran erzwangen vor dem Arbeitsgericht ihre Weiterbeschäftigung als Fraktionsassistenten im Frankfurter Rathaus. Ihnen war Anfang April fristlos gekündigt worden. (S. 4)

Golfkrieg: Die Lufthansa nimmt die Anfang April eingestellten Flüge nach Bagdad wieder auf; die Verbindung nach Teheran bleibt unterbrochen.

Boykott: Spaniens sozialistischer Regierungschef Gonzalez ist erstmals den Kundgebungen der seiner Partei angegliederten Gewerkschaft UGT ferngeblieben. Anlaß war offenbar die wachsende Kritik der Gewerkschaft an Gonzalez' Eintreten für die NATO.

Verstärkung: Verschiedene Dienstleistungen in der britischen Armee, wie Truppenverpflegung, Fahrdienste und Nachrichtentechnik, werden privatisiert und die Kampftruppen gleichzeitig um 4000 Mann verstärkt. In der Bundesrepublik sollen zwei neue Regimenter aufgestellt werden.

Umwelt: Der in den Industriegebieten der „DDR" und der CSSR *produzierte Schmutz belastet* zunehmend auch Luft und Gewässer in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung dringt in Verhandlungen auf Abhilfe. (S. 8)

Äthiopien: Regierungstruppen haben die 52 000 Flüchtlinge aus dem Lager bei Ibnet im zentralen Hochland vertrieben und die Unterkünfte niedergebrannt. Begründet wurde die Aktion mit Seuchengefahr. Die Flüchtlinge bewegen sich jetzt auf die Hunger-Provinzen Welo und Tigre zu.

Massaker? Von der Ermordung mehrerer hundert Dorfbewohner durch sowjetische Truppen in der afghanischen Provinz Lagham berichteten westliche Diplomaten in Islamabad. Sie seien während einer Versammlung unter freiem Himmel mit Maschinengewehren niedergeschossen worden.

Reagan, Thatcher, Kohl

Mit Blick auf den Wirtschaftsgipfel in Bonn äußerte sich der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (1974), Friedrich August von Hayek, zur politischen Wende in der Gegenwart und zu ihren Repräsentanten in der westlichen Welt. In einem Interview der WELT zieht er Vergleiche zu Präsident Kennedy und Ludwig Erhard. Seite 7

WIRTSCHAFT

Autoindustrie: Am europäischen Automobilmarkt hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres noch keine Verbesserung der Absatzzahlen gezeigt. Als Ursachen lokalisierten Experten Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und restriktive Wirtschaftspolitik. (S. 12)

Gehälter: Der Bruttoverdienst der Angestellten in der Bundesrepublik betrug im Januar 1985 bei den Männern durchschnittlich 4078 DM (plus 4,1 Prozent gegenüber Januar 1984) und bei den Frauen 2602 DM (plus 4,2).

Hoesch: Trotz eines kräftig gewachsenen Umsatzes und einer verbesserten Ertragslage werden auf Bonner Intervention die Aktionäre auch für 1984 nicht am Gewinn beteiligt. (S. 13)

US-Konjunktur: Der Index der führenden Indikatoren sank im März – überraschend – um 0,2 Prozent nach einer Zunahme um 0,5 Prozent im Februar. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



›› Wir müssen zu vernünftigen Regelungen kommen, die einerseits für den Bürger soviel Datenschutz wie möglich und andererseits soviel Sicherheit wie nötig bringen ‹‹

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in einem WELT-Gespräch (S. 4)
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Philharmoniker: Als einen „idealen Nachfolger" an der Spitze der Berliner Philharmoniker betrachtet Herbert von Karajan den italienischen Dirigenten Carlo Maria Guilini. In Frage käme aber auch der aus der UdSSR stammende Amerikaner Seymon Bychkow.

„Animalia 85": Welche Bedeutung hat die Tierplastik heute überhaupt? In welchem Sinne beziehen sich moderne Künstler auf dieses Thema? Aufschluß darüber verspricht eine Ausstellung in Münster, die 200 Tierplastiken von 70 Künstlern vereint. (S. 21)

SPORT

Radsport: Der Australier Anderson gewann in Frankfurt das Weltpokal-Straßenrennen „Rund um den Henniger Turm" vor dem Holländer Lammerts. Dritter wurde der deutsche Profi Gölz. (S. 9)

Eishockey: Heute bestreitet die deutsche Nationalmannschaft ihr letztes Spiel bei der WM in Prag gegen die „DDR". Durch den 5:4-Erfolg über Finnland ist der Klassenerhalt gesichert. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Raumfahrt: *Gestern begann im* Kennedy Space Center in Florida der „deutsche Countdown" für die Mission D-eins – der erste Flug einer US-Raumfähre, die vollständig im Auftrag eines fremden Staates stattfindet. (S. 22)

Finsternis: Bei guten Wetterbedingungen wird in Mitteleuropa in den Abendstunden des 4. Mai eine totale Mondfinsternis zu beobachten sein.

Wetter: Regnerisch. 8 Bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

In Bonn verhängt Reagan Embargo gegen Nicaragua

Konsequenz aus Anlehnung an Moskau / „Aufschub war nicht möglich"

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

Das Weiße Haus hat gestern in Bonn ein totales Handelsembargo der USA über Nicaragua ausgesprochen. Die Maßnahme des Präsidenten geht heute als Mitteilung der Exekutive dem Kongress in Washington zu. Führende Vertreter des Kapitols waren wenige Stunden vor dem Abflug Ronald Reagans nach Europa von dem bevorstehenden Schritt unterrichtet worden. Einspruch erheben kann der Kongreß nicht, da der Präsident sich auf verschiedene US-Notstandsgesetze berief, darunter den „International Emergency Economic Powers Act", die ihm das sogenannte *„exekutive Privileg" zubilligen.*

Die mit den USA befreundeten Regierungen, darunter auch die Bundesrepublik und die anderen Teilnehmerländer des Bonner Weltwirtschaftsgipfels, waren nicht im Voraus über die Pläne des Weißen Hauses unterrichtet worden. Erst gestern morgen, wenige Stunden bevor der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, im Briefing-Raum der US-Presse im Bonner Restaurant „Tulpenfeld" die Entscheidung bekanntgab, informierte die US-Botschaft in Bonn die zuständigen Stellen der Bundesregierung.

Befragt, ob die Maßnahme nicht bis nach dem Wirtschaftsgipfel hätte aufgeschoben werden können, antwortete Speakes, es handele sich hier um einen „unilateralen außenpolitischen Akt" der USA, der keinen weiteren Aufschub mehr geduldet habe. Das Embargo tritt am 7. Mai, 0.00 Uhr amerikanischer Ostküstenzeit (6.00 MEZ) in Kraft. Die USA erwarten von ihren westlichen Handelspartnern nicht, daß sie dem Schritt Washingtons folgen. Nicaragua hat seinen Handel mit den USA bereits auf 17 Prozent seines Handelsvolumens reduziert.

Zur Begründung des Embargos nannte der Pressesprecher später den

SEITE 2:
Vorletzte Warnung

„dauernd ansteigenden Druck, den die Militarisierung Nicaraguas auf die Nachbarstaaten ausübt"; hieraus erwüchsen Bedrohungen für die gesamte zentralamerikanische Region und mithin für die Sicherheit der USA selber.

Speakes hält es nicht für wahrscheinlich, daß das Embargo das für September angesetzte Treffen zwischen dem sowjetischen Regierungschef Gorbatschow und Präsident Reagan beeinträchtigen könnte.

Die Reagan-Administration übernimmt mit diesem Vorgehen gegen Managua in ihrer Nicaragua-Politik wieder die Initiative, nachdem die Hilfemaßnahmen zugunsten der gegen die Sandinisten kämpfenden „Contras" in der vorigen Woche im Repräsentantenhaus gescheitert waren. Zuhilfe kommt dem Präsidenten dabei die gegenwärtige Moskau-Reise des nicaraguanischen Staatspräsidenten Ortega, der damit eine Rückbesinnung unter vielen Kongreßmitgliedern auslöste.

Pressesprecher Speakes kritisierte in diesem Zusammenhang die „neuen Bande" zwischen Nicaragua und der Sowjetunion. Eine frische *Lieferung sowjetischer MI-8/17* Hubschrauber sei in der vergangenen Woche in Nicaragua entladen worden, dazu eine große Menge militärischer Transportausrüstung aus der „DDR". In Honduras, so sagte der Sprecher, wurden zudem unlängst sieben Staatsicherheitsbeamte Managuas bei dem Versuch gefangengnommen, *Aufständische in Honduras zu unterstützen.* Für das Weiße Haus ist die Aufgabe der „ausgedehnten militärischen Beziehungen mit Kuba und dem Sowjetblock" und die Rückkehr Nicaraguas zum „demokratischen Pluralismus und zur Gewährung der vollen Menschenrechte" die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zu Managua.

Aufmerksamer Bürger entdeckt Bombe

Anschlag auf Wirtschaftsverband in Bonn vereitelt / Zwei Tote bei Attentat in Brüssel

DW. **Bonn/Brüssel**

Die Sicherheitsexperten sahen sich gestern in ihrer Befürchtung bestätigt, daß der Welt-Wirtschaftsgipfel in Bonn von Terroristen zum Anlaß für Bombenanschläge genommen werden könnte. Der Aufmerksamkeit eines Bürgers ist es, wie die Polizei berichtete, zu verdanken, daß es in *der Bundeshauptstadt nicht zu einer* Katastrophe kam. Eine auf der Terrasse des Gebäudes des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie im Stadtteil Bad-Godesberg deponierte Zeitzünderbombe konnte am Mittag rechtzeitig entschärft werden. Der Präsident des Verbandes, Ernst Zimmermann, war am 1. Februar in Gauting bei München ermordet worden. Der Anschlag von Gauting wird der „Rote Armee Fraktion" zugeschrieben.

Einem Bürger war um 11.25 Uhr eine blaue Tasche auf dem Gelände des Bundesverbandes aufgefallen. Die alarmierte Polizei sperrte den Gefahrenbereich weitläufig ab und *ließ* die umliegenden Häuser räumen. In der Tasche befand sich ein mit einem Zeitzünder verbundener Feuerlöscher, der mit sechs Kilogramm Sprengstoff gefüllt war. Einem Feuerwerker gelang es, die Bombe zu entschärfen.

Im Vorfeld des Welt-Wirtschaftsgipfels von Bonn hatten führende Politiker und der Präsident des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, vor terroristischen Gewalttaten gewarnt und die Bevölkerung zur Wachsamkeit aufgefordert, damit Anschläge verhindert werden können.

Verschiedentlich war die Vermutung geäußert worden, Terroristen würden die „Festung" Bonn meiden und in anderen Städten Gewalttaten verüben. Für diese These sprachen unter anderem die jüngsten Anschläge von Köln und Düsseldorf. Sie galten Büros von Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbänden.

Bei der Explosion einer Autobombe vor dem Gebäude des belgischen Arbeitgeberverbandes sind gestern in Brüssel zwei Feuerwehrleute getötet und mehrere Personen verletzt worden. Außer dem Gebäude des Arbeitgeberverbandes wurde auch der *nahegelegene Brüsseler Hauptbahnhof* beschädigt. Zu dem Anschlag bekannten sich die „Zellen kommunistischer Kämpfer" (CCC). In einem Flugblatt hieß es, die Bombe sei aus „Solidarität mit den Arbeitern am Tag der Arbeit" gezündet worden. Die linksextreme Organisation hat damit erstmals seit Jahresbeginn wieder zugeschlagen. Sie war Ende 1984 durch Anschläge auf Firmenvertretungen sowie NATO-Einrichtungen bekanntgeworden. Die belgischen Behörden vermuten eine Zusammenarbeit zwischen „CCC", der „Rote Armee Fraktion" und der französischen „Action Directe".

Japan sagt verstärkte Importe zu

Kohl und Nakasone plädieren für intensive Vorbereitung einer neuen Gatt-Runde

RÜDIGER MONIAC/DW. **Bonn**

Eine enge Kooperation vor allem in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik haben Bundeskanzler Kohl und der japanische Ministerpräsident Nakasone verabredet. Die Regierungschefs wurden sich in ihren politischen Gesprächen in Bonn einig, ihre Haltung zum amerikanischen Programm zur Erforschung einer Welt*raumverteidigung (SDI) miteinander* abzustimmen. Auch bei der Sicherung des freien Welthandels vertreten Bonn und Tokio eine Linie. Beide Politiker plädierten für die intensive Vorbereitung einer neuen Gatt-Runde schon im nächsten Jahr zum weltweiten Abbau der Zollschranken.

In einer anläßlich des Nakasone-Besuchs herausgegebenen gemeinsamen Erklärung heißt es, beide Regierungen seien sich über die Notwendigkeit einig, die zunehmend protektionistischen Tendenzen im Welthandel abzuschwächen und zum Ausbau eines unparteiischen Freihandelssystems zu gelangen. Sie wollen diese Absicht beim heute in Bonn beginnenden Weltwirtschaftsgipfel mit den fünf anderen führenden Industriestaaten erörtern. Bislang leistete vor allem Frankreichs Staatspräsident Mitterand gegen diese Pläne Widerstand.

Nakasone hatte dabei nach Angaben seines Regierungssprechers im

SEITE 2:
Nakasone zu SDI
SEITE 3:
Das Leid der Teilung

Gespräch mit dem Bundeskanzler eine weitere Öffnung der japanischen Märkte zugesichert. Wie der Sprecher weiter sagte, sehe Japan die Notwendigkeit, seinen von vielen westlichen Staaten häufig kritisierten Handelsüberschuß abzubauen. Der Bonner Wirtschaftsgipfel sei aber nicht der richtige Rahmen für gegenseitige Vorwürfe.

Auch der japanische Handelsminister Kejiro Murata hatte gestern gegenüber Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann angekündigt, daß die großen japanischen Firmen bereit seien, ihre Importe zu erhöhen. Beide Minister sprachen sich für einen möglichst frühen Beginn einer neuen Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) aus.

Bangemann sagte, er hoffe, daß die weitere Marktöffnung Japans bald Erfolge haben werde. Nur dann könnte die Bundesregierung ihren liberalen Freihandelskurs in der Europäischen Gemeinschaft durchsetzen. Als besonders wichtig bezeichnete er es, wenn Japan Hochtechnologie-Produkte wie etwa den europäischen Airbus oder Weltraumtechnik in der Bundesrepublik und in Westeuropa kaufen würde. Japan müsse seinen Markt auch für die erwartete Zunahme von fertigen Mineralölprodukten, die verstärkt von den Opec-Staaten angeboten werden, öffnen.

Bräutigam nicht zu „DDR"-Feiern

Co. **Bonn**

Entgegen seinen eigenen Wünschen wird der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär *Hans-Otto* Bräutigam, auf Weisung der Bundesregierung nicht an den Feiern der „DDR" zum 40. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht teilnehmem. Dies haben Bundeskanzler Helmut Kohl, Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble und der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, *Heinrich* Windelen, entschieden, um damit gegenüber Ost-Berlin „die unterschiedliche Bewertung vom Inhalt, Stil und Verständnis dieser Veranstaltungen" zum Ausdruck zu bringen. In Unionskreisen hieß es dazu, der Repräsentant der Bundesrepublik Deutsch*land habe unmöglich* die 40jährige Wiederkehr der Ablösung einer Diktatur durch eine andere als „Befreiung" mitfeiern können.

Seite 2: Standhafte Vertretung

Gericht verwundert über Egon Franke

DW. **Bonn**

Mit Verwunderung hat das Bonner Landgericht den Auftritt des wegen Veruntreuung angeklagten früheren Bundesministers Egon Franke *(SPD)* auf einer Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Neugründung der SPD in Hannover zur Kenntnis genommen. Wegen einer Darmoperation des 62jährigen Politikers hatte das Gericht den für Mitte April angesetzten Verhandlungstermin verschoben. Ein ärztliches *Attest bescheinigte Franke* seinerzeit für zwölf Wochen Verhandlungsunfähigkeit.

Franke ist angeklagt, während seiner Amtszeit als Minister für innerdeutsche Beziehungen 5,65 Millionen Mark öffentlicher Mittel veruntreut zu haben. Nach seiner eigenen Dar*stellung hat er* dieses Geld für humanitäre Zwecke im Bereich der innerdeutschen Politik, zum Beispiel für den Freikauf von Häftlingen, ausgegeben.

Walesa von Polizei in Danzig abgeführt

DW. **Danzig**

Mehrere tausend Menschen haben gestern in verschiedenen Städten, darunter in Warschau und Danzig, parallel *zu den offiziellen Mai-Kundge*bungen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" demonstriert. Dabei kam es in Danzig zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei, die mit Schlagstökkcken und Tränengas gegen rund 500 Aktivisten der „Solidarität" vorging. Arbeiterführer Lech Walesa wurde von einem starken Polizeiaufgebot abgedrängt und zu seiner Wohnung zurückgebracht.

Den Beschluß der polnischen Führung, ein vom belgischen Außenminister Leo Tindemans angestrebtes Treffen mit Vertretern der *„Solidarität"-Gewerkschaft nicht zu*zulassen, hat die Regierung in Brüssel zum Anlaß genommen, die Reise des Außenministers zu annullieren.

Seite 10: Walesa spricht von Willkür

DER KOMMENTAR

Gipfelthemen

HERBERT KREMP

Nun ist er also da, der amerikanische Präsident, und die *Fakten der Politik* treten nach der Programm-Diskussion in den Vordergrund. Es gibt genug zu besprechen: Im Kreml sitzt ein neuer Herr, der nicht nur gesundheitshalber von sich reden machen wird. Die Pläne für eine Weltraumverteidigung werfen zwischen den USA und ihren Verbündeten strategische und technologische Probleme auf. Die Weltwirtschaft schließlich – Staatsverschuldung, Protektionismus, Währungen, Zinsen – nimmt alle Energien der elften Gipfel-Partie in Anspruch, deren Mitglieder sich nicht *immer* den Titel der „Glorious Seven" erwarben.

Der Staatsbesuch Reagans in der Bundesrepublik erhielt durch den Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua eine aktuelle Note. Das Weiße Haus, nunmehr in Bonn, begründete vor der Presse den amerikanischen Schritt, der auch das Verhältnis Washington – Moskau berührt. Gorbatschow hatte bei den Audienzen nach der Grablegung in Moskau den pakistanischen Präsidenten Ziaul Haq wegen der Unterstützung der afghanischen Freiheitskämpfer bedroht und in diesem Zusam*menhang eine Verbindung zu* dem sowjetischen Engagement in Nicaragua hergestellt. Waren das leere Worte? Die amerikanische Politik in Zentralamerika ist in Europa umstritten; deshalb werden die jüngsten Maßnahmen ein „Bonner Gipfelthema" werden, wobei auch die deutschen Stimmen (kontrovers) erschallen dürften.

Der Gipfel, so scheint es, ist mit politischen Themen randvoll gepackt, so daß die emotionelle Auseinandersetzung um Bitburg vielleicht verdrängt wird.

Freilich bleiben Zweifel: US-Journalisten erkundigten sich bei Regierungstellen danach, wo denn „in der Nähe Bitburgs das SS-Kloster" liege. Wie bitte? Amtliche Recherche ergab, daß in Helenenberg nahe der Stadt ein Kloster der frommen und wohltätigen Salesianer-Patres liegt, deren Ordenszweig die Abkürzung „SS" (Societas Salesiana) trägt. Irrtum, sprach der Hahn und stieg von der (Presse-)Ente. Schlimm war die Fälschung auf dem Bitburger Friedhof, wo US-Jounalisten Blumen von anderen Gräbern auf Gräber von SS-Männern legten und die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold danebensteckten – bevor sie filmten. Eine Fälschung, die Aufregung verursachte. Schlimm auch die WDR-Satire: Sprecher imitierten Kohl und Reagan mit der Aussage, sie wollten im Hubschrauber über *Bergen-Belsen und Bitburg* kreisen, um dann mit einem Überflug des Spandauer Gefängnisses (Rudolf Hess) Versöhnung zu dokumentieren. Geht es noch dümmer?

Peres warnt Moslem-Milizen vor Massaker an Christen

Libanon: Drusen und Schiiten legen „Friedensplan" vor

PETER M. RANKE/DW. **Tel Aviv**

Ministerpräsident Shimon Peres hat an die libanesischen Moslem-Milizen die Warnung gerichtet, Israel werde ein Massaker an den Christen in Südlibanon nicht tatenlos hinnehmen. Man werde den bisherigen Rückzug der israelischen Truppen und die verkündete Politik der Nichteinmischung „überdenken", falls die Bergstadt Dschessin gestürmt werden sollte. Dorthin hatten sich aus dem Umland zehntausende Christen geflüchtet. Peres betonte, die Sicherheit der Bevölkerung im gesamten Grenzgebiet dürfe nicht von den Moslem-Milizen gefährdet werden. Militärische Beobachter halten Luftangriffe der Israelis für jederzeit möglich.

Verteidigungsminister Yitzhak Rabin soll, wie verlautet, vor einer Kommission der Knesset erklärt haben, Israel sei daran interessiert, daß die schiitische Amal-Miliz von Nabih Berri in die von Israel geräumten Gebiete einzieht. Diese Miliz sei zuverlässig *und fähig, terroristische* Überfälle gegen die israelische Nordgrenze zu verhindern. Den Christen-Milizen warf Rabin vor, ihre Stellung im Vorfeld von Sidon kampflos geräumt zu haben.

Der Verteidiger von Dschessin, General Antoine Jahad, erklärte gestern: „Wer uns von hier vertreiben will, soll es versuchen." Der libanesische General kommandiert die von den Israelis aufgestellte, knapp 1000 Mann umfassende „Südlibanesische Armee" sowie etwa 400 Mann der Christen-Miliz. Drusen-Chef Walid Dschumblatt und Berri haben als Bedingung für eine friedliche Übergabe Dschessins den Abzug der Jahad-Truppe *und der Christen-Miliz verlangt.* Gestern wurde darüber in Beirut verhandelt, während die moslemischen Milizen Nachschub heranführten. Sie halten das Dorf Kfar Falous umzingelt, das den Zugang nach Dschessin sichert. Zwar kam es auch gestern zu Schießereien, aber nicht zu heftigen Kämpfen wie in den letzten Tagen. Von Dschessin aus strömen immer mehr christliche Flüchtlinge, die aus der Umgebung von Sidon und aus dem von Drusen überrannten Küstengebiet bei Iqlim El-Kharroub kommen, der israelischen Grenze zu.

Ein von Dschumblatt und Berri vorgelegter „Friedensplan" sieht vor, daß die Verteidiger Dschessin räumen und die Sicherheit der Stadt den regulären libanesischen Streitkräften unterstellt wird. Die Regierungstruppen sollen auch die Kontrolle über die von Moslem-Milizen beherrschte Küstenstraße von Beirut nach Sidon übernehmen. Für Beirut, *wo die Kämpfe kürzlich wieder auf*flammten, soll ein Waffenstillstand vereinbart werden. Dschumblatt versicherte, niemand denke an die Eroberung der von Flüchtlingen überfüllten Stadt Dschessin. Den Flüchtlingen solle es erlaubt werden, wieder in ihre Dörfer zurückzukehren. Der Chef der libanesischen Streitkräfte, General Michel Aoun, soll dem „Friedensplan" bereits „vorbehaltlos" zugestimmt haben. Jahad erklärte sich jedoch nicht bereit, aus Dschessin abzurücken. Die Reaktion der Falange-Partei und der Christen-Miliz war noch nicht bekannt.

Seite 2: Lehren für Israel

Südafrika: Bergbau macht Entlassenen Hoffnung

„Kein Zusammenhang zwischen Anschlägen und Kündigungen"

DW. **Johannesburg**

Die fristlos entlassenen 17 000 schwarzen Minenarbeiter sollen bei Neueinstellungen bevorzugt werden. Diese Zusage machte ein Sprecher des südafrikanischen Bergbaukonzerns Anglo American Corporation, der zusammen mit Anglo Vaal die größte Massenentlassung in der südafrikanischen Geschichte vorgenommen hatte. Die an Arbeit Interessierten könnten sich in ihren ländlichen Wohngebieten erneut um eine Anstellung bewerben, sagte der Sprecher in Johannesburg.

Vor den Entlassungen waren in dem größten Goldbergwerk der Welt in *Vaal Reefs* über 44 000 schwarze Arbeiter beschäftigt, zum größten Teil Wanderarbeiter aus verschiedenen Ländern des südlichen Afrika. Fast alle arbeitslos gewordenen Wanderarbeiter, die in der Nähe der Minen in Massenunterkünften wohnten, sind inzwischen in ihre Heimatgebie*te abgeschoben worden. Die Zukunft* der etwa 2000 Arbeiter, die noch auf dem Minengelände in Wohnungen und Häusern leben, ist ungewiß.

Einen Zusammenhang zwischen der Massenentlassung und zwei Sprengstoffanschlägen auf die Zentralen der beiden Bergbaugesellschaften in der Innenstadt von Johannesburg in der Nacht auf Dienstag sehen die betroffenen Konzerne nicht. Bei der Explosion zweier Sprengkörper sowjetischer Herkunft war erheblicher Sachschaden entstanden, Menschen wurden nicht verletzt.

Die von Weißen geführten örtlichen Handelskammern diskutierten unterdessen in Kapstadt mit Regierungsvertretern über Möglichkeiten zur Beilegung der Unruhen und die Auswirkungen der schwachen Wirtschaftslage auf die Stimmung der Schwarzen. Ein Vertreter der Handelskammern sagte nach den Gesprächen, die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen weißen und schwarzen Kommunalführern hätten beide Seiten eingesehen.

Die Polizei dagegen will den Unruhen mit Härte begegnen. Ein Sprecher sagte in Port Elizabeth, man werde „unter allen Umständen in den schwarzen Townships für Ruhe und Ordnung sorgen".

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Standhafte Vertretung

Von Peter Gillies

Der Begriff „Kontinuität" wirkt verführerisch. Dahinter können sich wabernde Inhalte verbergen. So gab die „Entspannungspolitik" der Sowjetunion Chance und Deckmantel für eine beispiellose Hochrüstung. Wer heute kontinuierlich Entspannungspolitik betreiben will, muß die Formeln auf den Prüfstand der Erfahrung setzen, sonst wird er von Begriffstäuschungen eingelullt.

Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin, Staatssekretär Bräutigam, wird im Gegensatz zu seinem Vorgänger Gaus den sozialistischen Befreiungsfeiern am 7. und 8. Mai wiederum fernbleiben. Die Entscheidung, zu der es keines Kabinettsbeschlusses bedurfte, ist weise. Bräutigam habe, so wird berichtet, diesmal auf Teilnahme gedrängt, was weniger weise ist und zur peinlichen Öffentlichkeit eines Vorganges führte, der besser nach Diplomaten-Art hätte entschieden werden sollen.

Nun mag man am 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation des Endes der Hitler-Diktatur gedenken. Dies aber im Kreise derer zu feiern, die übergangslos die braune durch eine rote Diktatur ersetzten, ist stil- und geschichtslos. Der Vertreter des freien Teil Deutschlands hätte sich dem Verdacht ausgesetzt, die Unterdrückung seiner Landsleute durch Ehrenbezeugungen zu billigen.

Moskau und seine Satelliten haben in einer haßerfüllten Revanchismus-Kampagne, die jüngst sogar Naziherrschaft und amerikanische Sicherheitspolitik auf eine Stufe stellte, einer Teilnahme jeden Boden entzogen. Der Ständige Vertreter Bonns in Ost-Berlin hätte nicht nur die in Unfreiheit lebenden Deutschen, sondern auch unsere westlichen Garanten der Freiheit beleidigt.

Wenn das Gedenken an das Kriegsende einen historischen und moralischen Sinn haben soll, dann wohl auch jenen, das Schlagwort von der „Befreiung" mit Begriffen der Wirklichkeit zu füllen. Die Toten verdienen über die Gräber hinweg unser Gedenken, die Unrechtstaten unsere Scham, die Unterdrücker von heute jedoch keine Ehre. Es ist gut, daß Bonn sich die Freiheit genommen hat, auf den Mangel an Freiheit hinzuweisen.

Nakasone zu SDI

Von Bernt Conrad

Die dem Weltwirtschaftsgipfel und dem Reagan-Besuch vorausgehende Visite des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone in Bonn hatte neben ihrem Wert für die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern einen nützlichen politischen Nebeneffekt: Sie ermöglichte eine Abstimmung der Positionen gegenüber dem amerikanischen Projekt der Weltraumverteidigung (SDI). Angesichts ähnlich gelagerter wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen nimmt es nicht wunder, daß Helmut Kohl und sein Gast auch in dieser Frage weitgehende Übereinstimmung feststellen konnten.

Ebenso wie der Kanzler am 18. April im Bundestag bejahte Nakasone prinzipiell die Motive des amerikanischen Präsidenten für die Suche nach einem Schutzschild gegen nukleare Offensivwaffen. Darin unterscheiden sich beide offensichtlich von dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand, dem die ganze SDI-Idee mit Rücksicht auf seine eigene Force de frappe nicht ganz geheuer ist.

Aber Nakasone und Kohl stimmten auch in den Bedingungen überein, die ihr Ja zur SDI-Philosophie konditionieren: Sie bestehen auf Beibehaltung des Abschreckungskonzepts, solange es keine wirksame Verteidigungsalternative gibt, und sie verlangen Konsultationen mit der Sowjetunion vor der Verwirklichung möglicher Forschungsergebnisse. Dies ist keineswegs ein Widerspruch zur Politik Washingtons. Denn Reagan selbst hat beide Voraussetzungen gegenüber Nakasone Mitte Januar in Los Angeles bestätigt.

Von besonderem Interesse für die oft etwas provinziell auf den eigenen Kontinent fixierten Europäer waren Nakasones Betonung der unteilbaren globalen Sicherheit und seine Forderung, Moskau keine Chance zu geben, mit Hilfe eines Streits um SDI einen Keil zwischen die westlichen Partner zu treiben.

In der praktischen Frage der Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm drangen der Kanzler wie der japanische Regierungschef zunächst auf weitere Auskünfte über Details und vor allem auf konkrete Zusagen über einen Technologietransfer in beiden Richtungen. Dazu wird in Gesprächen mit Reagan am Rande des Gipfels Gelegenheit sein.

Nürnberger Allerlei

Von Enno v. Loewenstern

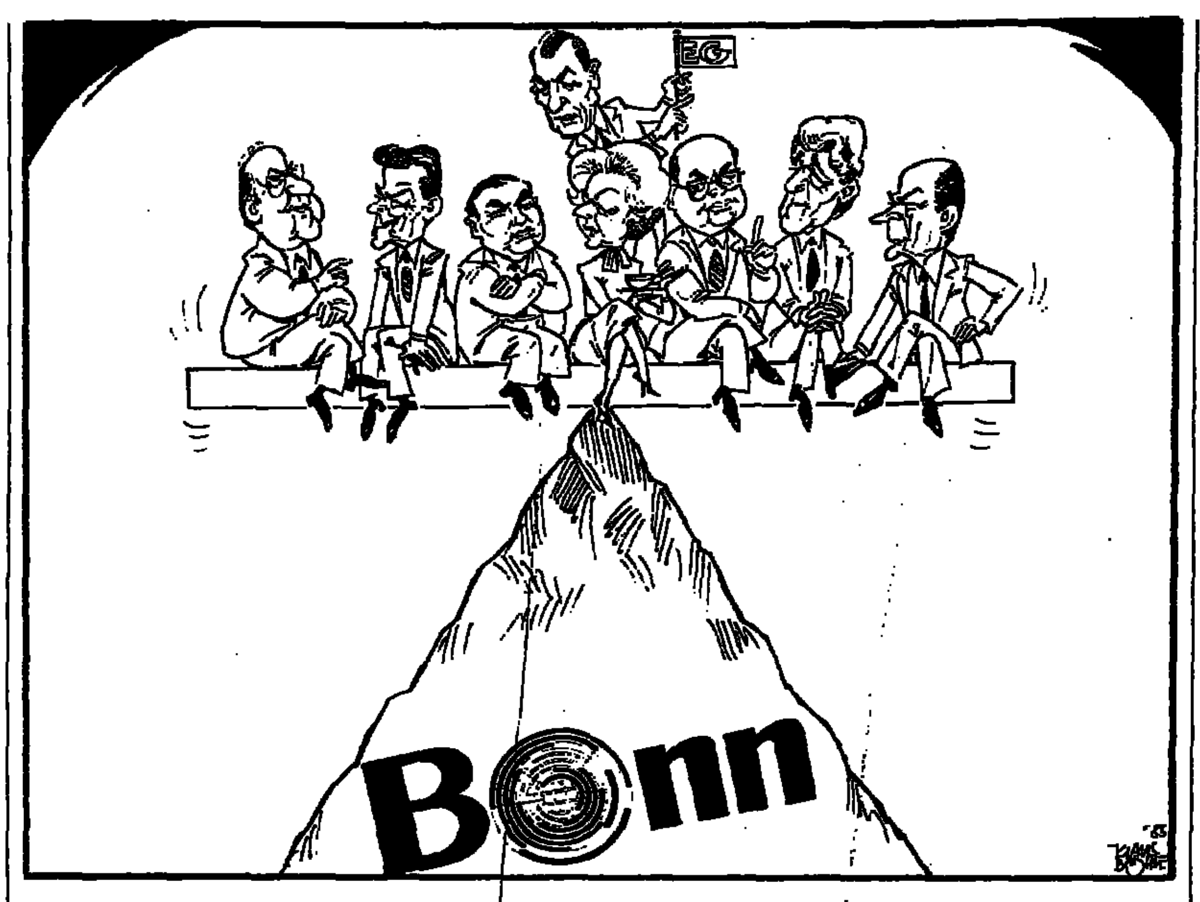
Tönende Etikette wie „Nürnberger Manifest" lassen den Anspruch auf Ewiggültigkeit mitschwingen, zumal dann, wenn der rührige SPD-Geschäftsführer Glotz auch noch behauptet, dies sein jüngstes Geisteskind spreche „für alle Bürger der Bundesrepublik". Faktisch wird es nicht viele Bürger geben, die sich von diesem wirren Quadraturversuch des Kreises angesprochen fühlen. Das beginnt mit dem logischen Knick, daß man seit Verkündung des SDI-Projekts (Weltraum-Verteidigung gegen einen sowjetischen Raketenangriff) vor Demontage der Abschreckungsstrategie warnt, in diesem „Manifest" aber beteuert, atomare Abschreckung schaffe auf Dauer keinen Frieden.

Laut „Manifest" läßt die SPD infolgedessen nur noch über defensive Anstrengungen mit sich reden – also doch über SDI? Nein, nur über solche, die vom Gegner als defensiv empfunden werden. Die Sowjets also als Gutachter über das, was den Deutschen zum Schutz vor den Sowjets erlaubt ist.

Dafür ist man auf folgenden Einfall gekommen: „Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als – für alle Deutschen schmerzliches – Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind." Die sind nicht nur Resultat von Hitlers Gewaltpolitik, sondern auch von Stalins Gewaltpolitik, der von Hitler Ostpolen für Rußland kassierte und dann die ostdeutschen Gebiete den Polen zuschlug.

Doch abgesehen davon – wie werden da die Sowjets eingeschätzt: daß sie bereit sind, uns zu überfallen, falls jemand „auch nur rhetorisch" die polnische Westgrenze in Frage stellt? Daß sie hingegen, falls kein Rhetor mehr auf das Thema zu sprechen kommt, zwar Afghanistan (und vielleicht Pakistan) zu erobern und die Mitteldeutschen erobert zu halten gedenken, aber niemals den Westdeutschen den Segen der Weltrevolution ins Land tragen werden?

Angesichts dieser Unterwerfungshaltung liest es sich seltsam, wie die SPD auch an die eigene Brust klopft: Sie habe nicht genug getan „zur Verteidigung der ersten deutschen Republik". Wollte Gott, sie täte nun etwas zur Verteidigung der zweiten deutschen Republik.



Eine Frage der Balance — KLAUS BÖHLE

Lehren für Israel

Von Peter M. Ranke

Wieder sind die Christen in Libanon auf der Flucht. Moslimische Milizen – und natürlich sind wieder Palästinenser dabei – belagern die Bergstadt Jezzine, die mit rund 50 000 Flüchtlingen überfüllt ist. Die Ortschaft Kfar Falous, die den Zugang sichert, wird umkämpft. Viele Christen aus dem Küstengebiet um Sidon und aus dem Iqlim El-Kharroub, wo die Dörfer am Sonntag überrannt wurden, fliehen ins israelisch besetzte Gebiet längs der Grenze. Hinter sich lassen sie ermordete Verwandte, ausgebrannte und geplünderte Häuser, ihr Hab und Gut.

Drusen, Schiiten und Palästinenser sprechen vom „befreiten Gebiet". Alle feierlichen Zusicherungen, nach dem Abzug der Israelis würden Moslems und Christen friedlich miteinander leben, erweisen sich als Lügen. Die libanesischen Armeeverbände, meistens Moslems, sehen zu und unternehmen nichts gegen Massaker und Plünderung.

Der Moslemsturm in Südlibanon wird von der Parole begleitet, die Christen seien „Agenten" der Israelis und müßten jetzt dafür büßen. In Sidon und Tyrus werden angebliche Kollaborateure gesteinigt, erwürgt und mit Autos zu Tode geschleift. Der Blutgeruch des islamischen Fanatismus überzieht das unglückliche Land. Da gibt es keinen Friedenswillen, wie man im Westen glaubt. Nur Töten, Eroberung, Vertreibung.

Wenn die Moslems schon in Südlibanon so wüten, wie würden sie dann erst gegen israelische Siedler und Dörfer oder Städte in Israel vorgehen, wenn ihnen je ein Einbruch über die Grenzen gelänge, etwa von einem so angeblich so friedlichen PLO-Staat aus? Man denkt mit Grauen daran, daß westliche Politiker diesen PLO-Staat in der Flanke Israels als „Friedenslösung" herbeisehnen.

Jetzt stehen die Israelis vor der Frage, ob sie nicht die flüchtenden Christen aufnehmen müssen. Es wären loyale Mitbürger.

Nicht die libanesische Armee, sondern christliche Milizen der „Lebanese Forces" und der israelisch trainierten „Südlibanesischen Armee" schützen und verteidigen Jezzine. Die Moslems und sogar ein Teil der christlichen Geistlichkeit verlangen ihren Abzug. Das hieße Unterwerfung und – angeblich – Waffenruhe. Aber gerade weil in der vorigen Woche die restlichen dreihundert Mann der „Lebanese Forces" aus Sidon und Umgebung freiwillig abrückten, wie Beirut es erbat, damit Ruhe herrsche, konnten die verbündeten Moslem-Milizen, Drusen und Schiiten zum Sturm gegen die christlichen Dörfer antreten.

Drusenchef Walid Dschumblatt, dessen Miliz mit zwanzig Panzern des Sowjettyps T-54, von den Syrern geliefert, die Dörfer des Iqlim El-Kharroub überrannte und dabei 65 Zivilisten ermordete, redet davon, es könne bald wieder Eintracht zwischen Drusen und Christen herrschen. Wer glaubt das heute noch? In das Schuf-Gebirge, aus dem im September 1983 Zehntausende von Christen vertrieben wurden, ist bis heute keine Familie zurückgekehrt. Sie haben Angst vor den Drusen, die ihre Grundstücke längst besetzten. Christen und Moslems können in Libanon nicht mehr zusammenleben – eine furchtbare, aber wahre Bilanz nach zehn Jahren Krieg.

Es gibt heute Journalisten und Politiker, die meinen, die Tragödien seien wegen des Rückzugs der israelischen Truppen voraussehbar gewesen. Es sind dieselben Journalisten und Politiker, die jahrelang Israels Abzug aus Libanon gefordert hatten. Dabei hatte Israel 1983 mit amerikanischer Vermittlung einen Abzugsvertrag ausgehandelt,


Drusen-Panzer auf dem Vormarsch; *im Vordergrund ein auf der Flucht* erschossener Christ — FOTO: AFP

aber der christliche Präsident Amin Gemayel in Beirut und die Syrer hintertrieben ihn. Auch alle israelischen Bemühungen, mit der libanesischen Armee zu einer friedlichen Übergabe der besetzten Gebiete zu gelangen, scheiterten am Nein der Libanesen und Syrer. Das Ergebnis: neue Christenverfolgung; die Israelis rücken ab und die Syrer bleiben. Keine unwichtige Lehre für andere arabische Rückzugsbegehren, sollte man meinen.

Die schrecklichen Vorgänge im Süden zeigen, daß die Kantonalisierung Libanons nicht aufzuhalten ist. Die Drusen unter Dschumblatt und die Schiiten unter Berri schaffen sich ihre eigenen Reiche, wo sie keine Christen, aber prosyrische Palästinenser-Kommandos dulden. Das von Damaskus geforderte arabisch-moslimische Libanon ohne die traditionelle christliche Bindung an den Westen nimmt Konturen an.

Uns bleibt die erneuerte Erkenntnis, daß die arabisch-moslimische Welt gegenüber Israel und den Christen in Libanon nicht friedenswillig und -fähig ist. Es ist daher nicht überraschend, daß der Friedenskundschafter Richard Murphy dieser Tage enttäuscht und ohne Ergebnis nach Washington zurückgeflogen ist. Außenminister Shultz wird es Ende des Monats nicht besser ergehen als ihm.

Die arabische Seite glaubt wieder, durch Feindseligkeit und Terror ähnliches erreichen zu können wie Syrer, Drusen und Schiiten in Südlibanon: Einen schnellen und bedingungslosen Abzug der Israelis aus besetzten Gebieten. Es soll keine territorialen Zugeständnisse geben. Daher verlangt Ägypten auch den strategisch bedeutungslosen Wüstenstreifen von Taba in Sinai. Daß die Drohung mit neuem Terror nicht leichtzunehmen ist, bewies die Entsendung dreier schwerbewaffneter Kommandos der PLO auf einem Trawler gegen die israelische Küste vor zehn Tagen. Israels Marine verhinderte jedoch die Landung.

Die arabische Rechnung wird nicht aufgehen. Aber bis Militärs und Politiker in den arabischen Staaten um Israel das erkennen, so, wie es einst Sadat einsah, wird leider noch viel Blut fließen.

IM GESPRÄCH Bronislaw Geremek

Strafe für Freimut

Von Joachim G. Görlich

Neben dem Prälaten Henryk Jankowski und dem Journalisten Tadeusz Mazowiecki, die beide das katholische Lager vertreten, gehört der Sozialist Bronislaw Geremek zum unmittelbaren Umfeld des Nobelpreisträgers und „Solidarność"-Chefs Walesa. Der 53jährige Professor, der jetzt von der Polnischen Akademie der Wissenschaften auf höchste Anordnung fristlos entlassen wurde, entstammt einer Warschauer Intellektuellenfamilie. Er studierte an der Warschauer Universität Geschichte und spezialisierte sich auf französische Geschichte, vornehmlich der unteren Stände. Sein Spiritus movens war Ferdinand Praudel. Er machte bald durch zahlreiche Buchpublikationen auf sich aufmerksam.

Nachdem er in das Historische Institut der Akademie der Wissenschaften aufgenommen wurde, ging er an die Sorbonne. 1962 wurde er Direktor des „Zentrums der Polnischen Zivilisation" der Pariser Universität. Zwei Jahre danach wurde er, neben seiner Gastdozentur an der Sorbonne, Direktor des „Zentrums der Polnischen Studenten" in Paris. 1967 kehrte er an die Weichsel zurück.

Als sich Polen an der Invasion gegen die CSSR beteiligte, trat er 1968 demonstrativ nach achtzehnjähriger Mitgliedschaft aus der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (KP) aus. Sicherlich trug dazu auch die antizionistische Kampagne in Polen und der Bruch mit Israel bei. Das war die erste spektakuläre politische Willensäußerung des Historikers.

1979 tauchte sein Name im politisch-wissenschaftlichen Spektrum wieder auf: Er wurde aktiv im Programmrat der oppositionellen „Gesellschaft der Wissenschaftlichen Kurse" (TKN), die als illegale „fliegende Universitäten" bezeichnet wurden, und hielt auch Vorlesungen.

Als es im August 1980 in Danzig zum Streik kam, eilte er an die Ostseeküste, um den Streikenden mit Rat beizustehen. Er wurde Mitglied der interbetrieblichen Streikkommission. Lech Walesa kürte ihn zu seinem persönlichen Berater, er begleitete den Arbeiterführer auf den Auslandsreisen, sein fließendes Französisch war ihm dabei nützlich; er wurde auch Vorsitzender des „Solidarność"-Programmrates. Gleichzeitig trat er der Gesellschaft „Patronat" bei, die sich um die Belange politischer Häftlinge und ihrer Familien kümmert.


Zur Strafe aus der Akademie geworfen: Walesa-Berater Geremek — FOTO: WILDENBURG/STUDIO X

Wie alle führenden „Solidarność"-Mitglieder wurde Geremek nach Ausrufung des Kriegsrechtes ins berüchtigte Internierungslager Bialoleka deportiert. Später verbrachte man ihn ins Zuchthaus und bereitete einen Prozeß gegen ihn vor. Das Angebot, zu emigrieren, schlug er aus. In der Parteipresse setzte eine Kampagne mit antisemitischen Nebentönen ein, unter anderem mit der Unterstellung, Geremek sei aufgrund seiner Herkunft der V-Mann des Weltzionismus in der „Solidarność"-Struktur gewesen. Sogar Bezüge zu italienischen marxistischen „Roten Brigaden" wurden hergestellt. Schließlich wurde Geremek wegen der Amnestie freigelassen.

In Polen weiß jedermann, daß ein Vorstand einer dreiköpfigen Familie auch nicht von den Bezügen der Polnischen Akademie der Wissenschaften einigermaßen standesgemäß wie ein Professor leben kann. Jetzt hat man ihm auch diese Quelle entzogen. Trotzdem aber, und trotz ständiger Bespitzelung, läßt sich der zum Zeitkritiker gewordene Historiker nicht einschüchtern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Die Zeitung sieht die USA empfänglicher für Zusammenarbeit:

Während Präsident Reagan heute zur jährlichen Weltwirtschaftskonferenz in die Bundesrepublik fliegt, scheinen sich die Ansichten seiner Regierung zu ändern. In seiner ersten Amtszeit sahen die Vereinigten Staaten nicht die Notwendigkeit, dem internationalen Handel und Wachstum viel Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde angenommen, daß die amerikanische Prosperität aufgrund der Steuerkürzungen Reagans bequem ansteigen würde und die anderen Länder mit ihrer eigenen Schwungkraft mit hineingezogen würden. Aber nun gibt es ein riesiges amerikanisches Handelsdefizit, begleitet von Warnungen, daß sich in der hiesigen Wirtschaft vieles verlangsamt. Die Vereinigten Staaten werden empfänglicher für den Gedanken als zu irgendeiner anderen Zeit in den vergangenen vier Jahren, mit den anderen großen industriellen Demokratien kooperativ zusammenzuarbeiten.

BERLINER MORGENPOST

Sie befaßt sich mit dem Dilemma der FDP:

Das Verwirrspiel unter den Liberalen geht heute bereits so weit, daß Rasch auf dem Parteitag am Montag abend von zahlreichen Sozialliberalen vor einer bösen Wahlniederlage bewahrt wurde. Sie „bedankten" sich damit nachträglich auch für die Ausbootung ihres innerparteilichen Hauptfeindes, des Exsenators Hermann Oxfort. Auf der anderen Seite erzielten die Liberalen am 10. März aber fast drei Prozent Stimmenzuwachs, weil viele Wähler die FDP als bürgerliche, linken Eskapaden abholde Partei betrachteten. Rasch weiß sehr wohl, daß die Leihstimmen angestammter CDU-Anhänger nicht als Freibrief für einen Pendelkurs gedacht waren, sondern das drohend an die Wand gemalte rot-grüne Chaos abwenden sollten. Und so dümpelt das Schiff der Berliner FDP jetzt mit einem geschwächten Rasch am Steuer dahin.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung äußert sich zum 1. Mai:

Solidarität mit den Arbeitslosen, wie sie die Gewerkschaft zu Recht fordert, bedeutet nicht nur Mitgefühl und Kraftanstrengung, sie bedeutet auch Verzicht. Man kann Arbeit nicht neu verteilen, ohne anderen etwas wegzunehmen. Entweder Arbeit oder Geld. Mehr Freizeit bringt nur dann mehr Arbeit, wenn sie ohne Lohnausgleich gewährt wird. Weniger Überstunden bedeuten in der Regel weniger Lohneinnahmen. Beschäftigungsprogramme müssen durch mehr Steuern finanziert werden. Umgekehrt gefährden zu hohe Lohnsteigerungen immer auch Arbeitsplätze.

Das Embargo als vorletzte Warnung Washingtons

Jetzt Kaffeeverkäufer statt Kaffeepflücker nach Nicaragua? / Von Günter Friedländer

Miami ist an Geschäftigkeit der zweitgrößte Flugplatz der Vereinigten Staaten. Daran wird sich nichts ändern, wenn die vier wöchentlichen Flüge der Aeronica, Nicaraguas staatlicher Luftlinie, Miami nicht mehr anfliegen. Der Abbruch der einzigen direkten Luftverbindung zwischen Managua und den USA ist eine der Folgen des Embargos der USA gegen Nicaragua, aber auch die anderen werden für die USA keine fühlbaren Folgen haben.

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat es mit seiner Reise nach Moskau fertiggebracht, in kürzester Zeit die Niederlage, die er seinem Gegenspieler im Weißen Haus mit der Hilfe des Repräsentantenhauses der USA zugefügt hatte, zur eigenen zu machen. Ob der Besuch in Moskau Nicaragua viel mehr einbringt als Verbalhilfe und noch mehr Waffen, bleibt abzuwarten. Schon jetzt kann Nicaragua nur noch mit Mühe Menschen dazu bringen, diese Waffen zu bedienen.

Die jüngste Schätzung spricht von dreihunderttausend Nicaraguanern, mehr als zehn Prozent der Bevölkerung, die ihre Heimat verlassen haben. Die Sandinistas haben ihr Land auch von einem Generationenproblem befreit, das die Menschheit mancherorts bedrückt: Mütter und Söhne sind sich einig in der Ablehnung des „patriotischen" Militärdienstes, wie die Sandinistas ihn nennen. Viele junge Nicaraguaner und ihre Mütter empfinden es eher als patriotisch, ihm zu entfliehen und sich im ärgsten Fall lieber den „Contras" anzuschließen, als mit russischen Waffen gegen ihre lateinamerikanischen Brüder loszumarschieren.

Das amerikanische Publikum, das bis vor wenigen Tagen am Fernsehschirm die Reden von Volksvertretern der Demokratischen Partei der USA für die Sandinistas und gegen ihren Präsidenten erlebten, genießen nun ein ganz anderes Schauspiel. Beispielsweise den demokratischen Senator Lloyd Bentsen aus Texas, der das Copyright für die neue harte Linie gegen Nicaragua für sich selbst in Anspruch nehmen möchte, wenn er sagt, er sei einer der ersten gewesen, die dem Weißen Haus geraten hätten, statt Hilfe für die „Contras" mit einem Embargo gegen die Sandinistas zu kämpfen: „Es ist für uns ganz einfach sinnlos, ihre Produkte zu kaufen und mit unseren Dollars den Export ihrer Revolution zu finanzieren."

Nicaragua hatte vor der Machtergreifung der Sandinistas achtzig Prozent seiner Exporte in die USA geschickt. Sie sanken dann langsam auf elf Prozent, als die USA die Quote ihrer Zuckerimporte aus Nicaragua drastisch senkte. Wer soll nun Nicaraguas Zucker kaufen? Die Sowjetunion finanziert bereits Fidel Castro durch um vierhundert Prozent überteuerte Zuckerimporte aus Kuba. Wer wird Nicaraguas Bananen und Kaffee kaufen, die Lateinamerika ebenfalls in Hülle und Fülle produziert?

Größer ist das Problem mit den Importen aus den USA, vor allem mit den lebenswichtigen Artikeln für die Landwirtschaft: Düngemittel, Schädlingsbekämpfer und Ersatzteile für die landwirtschaftlichen Maschinen. Was nun – wird man Kaffeeverkäufer statt der freiwilligen Kaffeepflücker ins Land rufen, die als nützliche Idioten nach Nicaragua fuhren, um der Welt zu zeigen, daß sie fest an die Propagandalüge glaubten, die Sandinistas seien nur eine mittelamerikanische Version der europäischen Sozialdemokraten?

Freilich, so gut das Embargo als Symbol sein kann, eine wirksame Waffe ist es nicht unbedingt, wie Kubas Beispiel zeigt. Die Insel leidet unter dem 1962 verkündeten und seither gültigen Embargo zwar schwer, aber das kommunistische Regime ist nicht zusammengebrochen. Als Symbol jedoch zeigt das Embargo Verschiedenes: Der bisher immer noch geltende Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern wird gekündigt, aber die diplomatischen Beziehungen bleiben weiter als Botschaft an die Nicaraguaner bestehen, daß die Tür noch nicht ganz zugeschlagen wurde und es immer noch eine Verständigungsmöglichkeit gibt, wenn Nicaragua sie sucht.

Die Verkündung des Embargos bei der Ankunft Reagans in Europa mit all ihrer Dramatik ist ebenfalls ein Symbol: Mit Halbheiten ist niemandem mehr in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost gedient. Die erregende Schilderung der Gründe, die Aufzählung der neugelieferten Waffenm, der Bericht über die Agenten in Honduras – das alles können die europäischen Sympathisanten des kommunistischen Unterdrücker-Regimes in Nicaragua gewiß ignorieren, auch wenn es auf europäischem Boden mitgeteilt wird, aber es wird ihnen um einiges schwerer gemacht.

Dem Publikum der USA jedenfalls erscheint Reagan in diesem Augenblick als der unbestrittene Führer der freien Welt. Für das Embargo braucht er den Kongreß nicht um Erlaubnis zu fragen. Er zeigt damit Freund und Feind, daß er fähig und willens ist, die Fehler zu korrigieren, die der Kongreß beging und die von vielen seiner Mitglieder jetzt auch mit Bedauern zugestanden werden.

Der Gast aus Japan erinnert an das Leid der Teilung

Vor dem Weltwirtschaftsgipfel und dem mit historischen Emotionen belasteten Staatsbesuch Ronald Reagans konnte der Kanzler einen unproblematischen Gast in Bonn begrüßen: Den japanischen Ministerpräsident Nakasone.

Von BERNT CONRAD

Mein alter Freund Helmut", sagte Yasuhiro Nakasone lächelnd unter den Scheinwerfern des Fernsehens zum Bundeskanzler, bevor er mit ihm gestern mittag zu einer romantischen Rheinfahrt startete. Daraus sprach weit mehr als asiatische Höflichkeit. Denn der untersetzte drahtige Japaner und der ihn um einen Kopf überragende Pfälzer betrachten sich wirklich als politische und persönliche Freunde, seit sie 1983 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg zum erstenmal zusammentrafen und sofort feststellten: Wir funken auf der gleichen Wellenlänge.

Dies gilt – wie sich bei späteren Begegnungen und auch jetzt in Bonn immer wieder bestätigte – für gemeinsam vertretene Grundprinzipien ebenso wie für eine durchaus ähnliche blumig-volkstümliche Art der Selbstdarstellung; und es gilt vor allem für einen beiderseitigen großen Respekt, im Fall Nakasones sogar starker Zuneigung für das andere Volk.

Deshalb verlief diese dem Weltwirtschaftsgipfel und Ronald Reagans Staatsbesuch vorgeschaltete Visite aus Nippon im Schatten der über Bitburg dräuenden rhetorischen und auch ganz real über der Bundeshauptstadt entladenden Regenwolken ... fast absoluter Harmonie.

Dabei hatte der japanische Regierungschef Glück: Vom Wachbataillon der Bundeswehr und den unermüdlich werkelnden Protokollbeamten bis hin zu den tausenden auf den Bonner Straßen patrouillierenden Polizisten waren alle noch frisch und unverbraucht, als der Besuchsreigen dieser Woche mit Nakasone seinen Anfang nahm. Das wird sich ändern, wenn heute nachmittag um 16.30 Uhr vor dem Kanzleramt François Mitterrand als letzter Gipfelteilnehmer begrüßt werden wird und das obligate Militärzeremoniell dann schon zum siebenten Mal absolviert werden muß.

Für Helmut Kohl jedenfalls brachte der fernöstliche Freundesbesuch die Chance, vor den anstrengenden Gipfelrunden und den von amerikanischen Journalisten mit Argusaugen verfolgten Auftritten beim Reagan-Staatsbesuch noch einmal in aller Unbefangenheit zu diskutieren und zu tafeln. Der kritische 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation wurde und wird von dem früheren „Achsenpartner" Japan ohnehin ganz anders beurteilt als von den einstigen Feinden und Opfern des Nationalsozialismus.

Der ehemalige Marineoffizier Nakasone sprach die Last der gemeinsamen Vergangenheit unmißverständlich an, als er beim Festbankett in der Godesberger Redoute erklärte: „Die in der Nachkriegszeit psychisch und physisch zutiefst betroffenen beiden Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und Japan, sind aus den Trümmern, die der Krieg hinterlassen hat, neu erstanden, und in dem Bewußtsein des Schadens und des Unglücks, das sie vielen Menschen zugefügt haben, haben sie nach den Grundsätzen der Freiheit und der Demokratie ihr Vaterland wieder aufgebaut."

Nakasone zog daraus Schlußfolgerungen, die auch sein Gastgeber überzeugt bejahen konnte; sie mündeten in der Verpflichtung, mit Solidarität und Verantwortungsbewußtsein die Sicherheit der freien Welt und damit den Weltfrieden bewahren zu helfen. Für den Japaner, dessen wachen Augen nichts entgeht und dessen Gesichtszüge bei aller Gelassenheit stets gespannte Energie verraten, schließt diese Solidarität „tiefste Sympathie für das unbeschreibliche Leiden" ein, „das durch die Teilung Deutschlands das deutsche Volk durchzustehen gezwungen ist". Dem Gast vom Pazifik war es – anders als manchem wendigen Politiker in der Bundesrepublik – auch selbstverständlich, in aller Klarheit den Wunsch nach der Wiedervereinigung des deutschen Volkes zu unterstützen.

Dazu paßt nahtlos der im Anschluß an den Wirtschaftsgipfel vorgesehene erste Besuch eines japanischen Regierungschefs in Berlin, wo auf Initiative Nakasones und Kohls ein Japanisch-Deutsches Zentrum als „Stützpunkt des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit" entstehen soll. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat diesen Zusammenhang als ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin gestern abend beim gemeinsamen Essen in der Villa Hammerschmidt ganz besonders begrüßt.

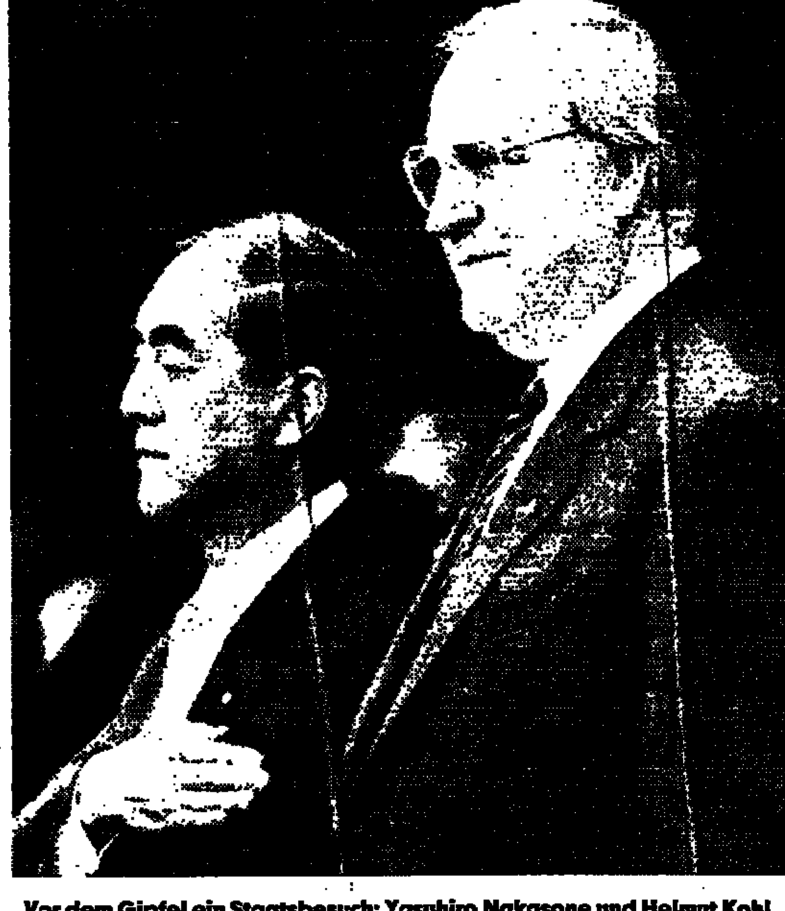
Vor einem solchen Hintergrund konnte die Debatte auch über heikle Probleme wie die immer noch nicht ausreichende Öffnung des japanischen Binnenmarktes für ausländische Importe nicht schwer fallen. Nakasone – politischer Profi seit vierzig Jahren, routinierter Abgeordneter in 15 Legislaturperioden – hat hier selbst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Denn von drei potentiellen Nachfolgern heißen zwei seine Finanzpolitik und seinen Wunsch nach Marktöffnung nicht gut, obwohl alle Japaner aus verständlichem Eigeninteresse jeden wirtschaftlichen Protektionismus ablehnen, oft aber eben nur den der anderen und nicht den eigenen.

Der Bundeskanzler hat in seinen Gesprächen mit Nakasone ausdrücklich anerkannt, daß der Premier im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels die eigenen Landsleute zum Kauf ausländischer Erzeugnisse aufgefordert und gleichzeitig weitere Maßnahmen zur Erleichterung von Importen angekündigt hat. Doch Bonner Experten wissen: Auch Nakasones Vorgänger haben vor Gipfeltreffen immer wieder Öffnungsversprechen abgegeben. Am Ende aber blieb meist alles beim alten. Wird der Amateurmaler und Freizeitgolfer Nakasone, den manche zu Hause wegen seiner möglicherweise im nächsten Jahr auslaufenden Amtszeit schon unter der Hand als „lahme Ente" apostrophieren, die Kraft haben, jetzt wirklich die Voraussetzungen für einen Abbau des japanischen Exportüberschusses zu schaffen?

In Bonn agierte er durchaus kraftvoll und selbstbewußt. Abgesehen von der umstrittenen japanischen Marktöffnung stimmte er mit Kohl bei den wesentlichen Gipfelthemen, wie der erwünschten neuen Gatt-Handelsrunde und dem amerikanischen Weltraumverteidigungsprogramm (SDI), voll überein. Auf dieser Basis kann er davon ausgehen, als einziger Asiate und Nicht-NATO-Partner in der kühlen Gipfelluft der nächsten Tage nicht allein zu stehen.

Helmut Kohl jedenfalls machte sich den von Nakasone immer wieder beschworenen Ruf nach Einigkeit der freiheitlichen Industriestaaten zu eigen, indem er – wie schon im November 1983 in Tokio – eine Stärkung der „bislang noch zu schwach entwickelten europäisch-japanischen Komponente des Beziehungsdreiecks zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Europa" wärmstens befürwortete. „Unser Ziel ist eine stabile politische Solidarität aller drei Partner dieses Trilateralismus, die auch angesichts lösungsbedürftiger Wirtschafts- und Handelsprobleme auf dem Primat ihrer gemeinsamen politischen Interessen beruht", betonte der Kanzler. Nakasone nickte hochbefriedigt.

Um so unbeschwerter genossen beide dann die nachmittägliche Schiffspartie auf der trotz Regenschauer im Hochglanz strahlenden „Stolzenfels". Der Japaner hatte sich darauf fast kindlich gefreut. „Ich möchte hiermit gestehen", hatte er Kohl in der Redoute erklärt, „daß ich mich anläßlich der bevorstehenden Rheinfahrt sowie der Möglichkeit, mit Ihnen plaudern zu können, wie ein aufgeregter Erstkläßler am Vorabend seines ersten Klassenausflugs fühle." Von dieser Aufgeregtheit war beim gefühlvollen passieren der Loreley allerdings nichts mehr zu spüren.



Vor dem Gipfel ein Staatsbesuch: Yasuhiro Nakasone und Helmut Kohl
FOTO: SVEN SIMON

Das enge Band zu Nippon

Zwischen Deutschland und Japan liegt der halbe Erdball. Aber die politischen Kontakte zwischen beiden Ländern könnten kaum enger sein. So sind seit 1980 15 wichtige japanische Politiker in Bonn und mehr als 30 prominente deutsche Besucher in Tokio gewesen. Die Reihe der Japan-Pilger in den letzten Jahren reichte von Exkanzler Schmidt über die Ministerpräsidenten Strauß, Vogel, Späth, Koschnick und Rau bis zu fast allen Bundesministern.

Aufgrund einer schon 1963 vom damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke beim Staatsbesuch in Japan getroffenen Vereinbarung regelmäßiger Außenministertreffen, sind bisher elf formelle Ministergespräche hüben und drüben geführt worden; hinzu kam noch eine größere Zahl von Außenministerbegegnungen bei Weltwirtschaftsgipfeln, UNO-Sitzungen und OECD-Tagungen.

Unvergessen ist der Deutschlandbesuch des japanischen Kaisers aus dem Jahre 1971. Im Gegenzug hat es sogar drei deutsche Staatsbesuche in Japan gegeben: Außer Lübke waren 1970 Bundespräsident Gustav Heinemann und 1978 sein Nachfolger Walter Scheel in Nippon. Die Staatsbesuche symbolisierten das traditionell freundschaftliche, weitgehend problemfreie Verhältnis zwischen beiden Völkern und Regierungen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen jetzigen Bonner Gast Nakasone bereits auf zwei Weltwirtschaftsgipfeln (Williamsburg und London), bei der Beerdigung des sowjetischen Parteichefs Tschernenko in Moskau im März dieses Jahres und vor allem im November 1983 in Tokio getroffen.

Eine deutsche Perspektive: Der Reiter „Unter den Linden"

Fast hundert Jahre lang stand der „Alte Fritz" in Berlin „Unter den Linden", bevor Ulbricht das Reiterdenkmal von Daniel Christian Ranch verbannte. Mit der Wiederentdeckung preußischer Traditionen in Ost-Berlin kehrte 1980 Friedrich der Große zurück. Ein Denkmal, das in der Person das Nationale ausdrückt.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Die alte Dame vom Prenzlauer Berg macht kein Hehl aus ihrer Bewunderung: „Da könn' Se mal sehen, wat det fürn zähes Luder is!" Das zähe Luder ist kein geringerer als Friedrich der Große. Und in der despektierlichen Äußerung der Ostberlinerin vor dem Reiterstandbild des preußischen Landesvaters drückt sich Genugtuung darüber aus, daß der „Alte Fritz" seit vier Jahren wieder über die Prachtallee „Unter den Linden" traben darf, wie er es schon zwischen 1851 und 1950, genau 99 Jahre und 44 Tage lang hatte tun dürfen.

Erich Honecker hat offensichtlich gut daran getan, den geliebten Preußenkönig aus dem sozialistischen Exil zurückzuholen, wohin ihn Walter Ulbricht in gleichsam fortschrittlicher Verblendung geschickt hatte. Wen immer man fragte an diesem kühlen Apriltag in Ost-Berlin – keine einzige Stimme, die das Denkmal rundweg abgelehnt hätte. „Det wurde aber ooch höchste Eisenbahn!" Oder „Es jeht allet vorüber!" und: „Es ist gut, sich zu seiner Geschichte zu bekennen, auch wenn man nicht alles akzeptieren kann."

Nun reitet er also wieder, mitten im Zentrum Berlins, in Nachbarschaft von Alter Wache, Zeughaus und Palast der Republik, mit Krönungsmantel und Dreispitz, den Krückstock im Arm, fast biedermeierlich freundlich, menschennäher als die meisten anderen Denkmäler mit nationaler Bestimmung. Das Reiterstandbild des Daniel Christian Rauch, einer der bedeutendsten deutschen Bildhauer des 19. Jahrhunderts, hebt sich merkwürdig unangefochten heraus aus jeder Diskussion um den Sinn oder Unsinn nationaler Erinnerungsbilder. Nicht nur wegen seiner künstlerischen Qualität, sondern auch wegen seiner eigenen Geschichte, die vieles widerspiegelt von deutschen Perspektiven und deutscher Wirrnis in den letzten 200 Jahren.

Die Idee dieses Denkmals ist sogar älter als 200 Jahre. Schon 1759 schlug der heute längst vergessene Schriftsteller Karl Wilhelm Ramler vor, seinem König ein Denkmal zu setzen. Und 1779, sieben Jahre vor Friedrichs Tod, gab es die ersten Entwürfe. Die Soldaten der Berliner Garnison sammelten Geld. Aber der König verbat sich dergleichen: „Eine schreckliche Sache ist es, nicht während des Lebens, sondern nach dem Tode des Feldherrn ein Denkmal zu setzen."

Kein nationales Anliegen war diese Idee in ihrem Ansatz. Nichts anderes als dies: Verehrung für einen geliebten König. Gar zu gern hätten die Soldaten ihren König ganz für sich allein reklamiert: „Nur der Armee sollte es gestattet sein, Beiträge zu geben, um ihr ausschließlich die Ehre der Errichtung vorzubehalten."

Aber die „Ehre der Errichtung" fiel weder dem Militär zu noch ließ sie sich überhaupt so schnell an irgend jemandes Fahnen heften. Zehn Jahre nach dem Tode des populären Preußen-Königs wurde zwar der erste Wettbewerb ausgeschrieben; und im Jahr 1800 erhob Friedrich Wilhelm III. das Vorhaben in einer Kabinettsordre zur „National-Angelegenheit". Aber der Alte Fritz geriet sozusagen noch posthum in die Wirren der Geschichte. Obwohl weit über 100 Entwürfe von mehr als 40 Künstlern – darunter die bedeutendsten der Zeit wie Schinkel, Schadow, Langhans, Danecker, Gentz oder Genelli – vorlagen, konnte der Grundstein erst 1840, am 100. Jahrestag der Thronbesteigung Friedrich II., gelegt werden.

Es war nicht nur der ewige Streit um die Form – ob trajanische Säule, Tempel oder gar Pyramide, ob römisches Gewand oder preußischer Soldatenrock –, der die Realisierung der Denkmals-Idee verzögerte. Zunächst einmal brachten die Ereignisse um die Französische Revolution und die Feldzüge Napoleons nicht nur eine äußerliche, sondern auch eine geistige Veränderung der Voraussetzungen mit sich.

Das Denkmal war ja ursprünglich als persönliche Ehrung für den bedeutenden König gedacht. Und zu diesem wandelte sich das Verhältnis. Ein Beispiel für diese Wandlung liefert uns etwa Friedrich Schlegel: Von glühender Verehrung für den „Erhabenen" (1793) bis zu scharfer Ablehnung (1804) reichte die Entwicklung seiner Sicht. Auch Burschenschaften und nationalliberale Kreise zeigten sich nicht selten strikt antifriderizianisch gesinnt. Als nationale Integrationsfigur war Friedrich II. einfach noch nicht weit genug dem Tagesgeschehen entfernt. Die Zeit verlangte nach entrückteren, überhöhten Symbolen. So blieb Friedrich Wilhelm III. als wichtigster Verfechter des Denkmals. Und der wiederum hatte zunächst einmal kein Geld, dafür viele andere Sorgen.

Von 1840 an dauerte es noch einmal elf Jahre, bevor der Bildhauer Rauch, der endlich 1836 den Auftrag erhalten hatte, das Werk vollenden konnte. Rauch selbst ist darüber schier verzweifelt. Der zaudernde König und eine Unmenge technischer wie politischer Schwierigkeiten brachten ihn ans „Ende meines Lateins". Und noch 1848 schrieb er: „Ich bin geistig fertig."

Ein Nationaldenkmal ist das Reiterstandbild im Grunde erst nach seiner Vollendung geworden, als das Deutsche Reich auch einen Preußenkönig als Symbolfigur eines großen Deutschen zu tragen vermochte. Die Personifizierung des Nationalen setzte zunächst einmal dessen Realisierung voraus.

Aber auch das blieb schließlich nicht so. Eingemauert in Beton überstand der alte Fritz den Zweiten Weltkrieg. Und 1950 hoben ihn die Kräne des Sozialismus vom Sockel: Als „antihuman" und „antinational", so die frühe „DDR"-Geschichtsschreibung, wurde Friedrich der Große symbolträchtig 1950 hinter einen Bretterzaun im Park von Sanssouci geworfen. 1961 durfte er im Potsdamer „Hippodrom" wieder heimlich den Sockelthron besteigen. Und im Dezember 1980 kehrte er auf Honeckers Geheiß wieder an seine alte Stätte zurück.



Friedrich der Große, von Daniel Christian Rauch
FOTO: KLAUS LEHNARTZ

Der sozialistische Staat verlangte nach historischer Begründung. Und dafür war ihm in einem dialektischen Zirkelschluß auch der „reaktionäre Ostland-Reiter" unentbehrlich: Zum sozialistischen Weltbild, so Honecker, gehört die „Sicht auf Größe und Grenzen hervorragender geschichtlicher Persönlichkeiten".

Der Reiter „Unter den Linden" wird auch diese Deutung überstehen. Seine Wirkung als Person und Denkmal (letzteres dank Rauchs sanftem, bescheidenen Realismus) hat wohl immer mehr in seiner subjektiven Strahlkraft bestanden. Als das Denkmal 1851 eingeweiht wurde, fand man ein paar Tage später einen Zettel dran mit den Versen: „Alter Fritz steig du hernieder / Und regier die Preußen wieder, / Laß in diesen schlechten Zeiten / Lieber Friedrich Wilhelm reiten!" Vielleicht könnte man Friedrich Wilhelm durch Erich ersetzen. Auch wenn das Versmaß ein bißchen holpert.

Frankfurter Urteil könnte ‚Rotation' der Grünen ad absurdum führen

Von D. GURATZSCH

Ausgerechnet vor der Nordrhein-Westfalen-Wahl, die die Grünen in diesem Bundesland möglicherweise vor die Existenzfrage stellt, ist es in Hessen zu einem gerichtlichen Streit von Grünen gegen Grüne gekommen, der die Gesamtpartei mitten in der Wahlkampfphase zu erschüttern droht. Die beiden prominentesten Frankfurter Fundamentalisten, Jutta Ditfurth und Manfred Zieran, haben vor dem Arbeitsgericht ihre Weiterbeschäftigung als „Fraktionsassistenten" erstritten, obwohl ihnen Anfang April von den eigenen Parteifreunden fristlos gekündigt worden war und das Vertrauensverhältnis nach Meinung der meisten grünen Abgeordneten im Römerparlament zerrüttet ist.

Das ganze Kunstgebäude der grünen „Rotation" scheint in Gefahr. Aber auch die Tatsache, daß Mehrheitsverhältnisse, die durch Entscheidungen der grünen „Basis" entstanden sind, auf dem Gerichtsweg wieder ausgehebelt werden können, strapaziert das grüne Weltbild bis zum Zerreißen. Schon drohen grüne Abgeordnete damit, den Fall „vor die Bundespartei" zu bringen. Dabei soll eine besondere Rolle spielen, daß Frau Ditfurth, die seit einigen Monaten das Ehrenamt einer Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen bekleidet, Parteikonflikte vor Gericht austrage.

Angefangen hatte alles in den Wochen und Monaten vor der hessischen Kommunalwahl am 10. März. Bei Mitgliederversammlungen war den bis dahin im Frankfurter Kreisverband tonangebenden Fundamentalisten fröstelnd bewußt geworden, daß ihnen ihr Kredit bei der grünen Basis mehr und mehr abhanden kam. Zwar hatten sie noch einmal mit der Sprengung des rotgrünen Bündnisses auf Landesebene einen innerparteilichen Triumph erfochten – aber die Enttäuschung über das Scheitern einer „Realpolitik", die den Grünen erstmals Einfluß auf die Hebel der Macht verschafft hatte, schlug auf sie zurück.

Kurz vor Weihnachten, drei Monate vor der Kommunalwahl, schlitterten die Frankfurter Grünen dann mit knapper Not an einer Spaltung ihres Kreisverbandes vorbei. Als sich beim soundsovielten Versuch, endlich eine Kandidatenliste für die Wahlen zustandezubringen, eine K.-o.-Niederlage für die Fundamentalisten abzeichnete, forderte Zieran ultimativ „Minderheitenschutz". Hinter dem sympathischen Begriff verbarg sich nichts anderes als die Forderung nach einer bestimmten Anzahl sicherer Plätze auf der Kandidatenliste. Werde sie nicht erfüllt, würden die „Fundis" mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf gehen.

Die Mehrheit der Realpolitiker, angeblich verstärkt durch „Masseneintritte" in die Partei, die Daniel Cohn-Bendit organisiert haben sollte, der Neugrüne und einstige „rote Dany" der 68er Bewegung, beugte sich knirschend – aber die Harmonie war dahin. Der für die Grünen enttäuschende Wahlausgang – statt dem erhofften zweistelligen Ergebnis erreichten sie nur acht Prozent – brannte wie Feuer in den Wunden.

So hatte die neue Römerfraktion, in der die Realpolitiker trotz Minderheitenschutz für die Fundis nun das



Sagen haben, Anfang April nichts eiligeres zu tun, als Zieran und Frau Ditfurth an die Luft zu setzen. In dem damit vom Zaune gebrochenen Streit kamen alsbald Merkwürdigkeiten zutage, die jetzt manchen Grünen an der reinen Lehre seiner Partei zweifeln machen.

Zieran und Frau Ditfurth, die jahrelang zu den redegewandtesten und einflußreichsten Grünen nicht nur in Hessen, sondern in der grünen Gesamtpartei gehört hatten, die maßgeblich an der Formulierung und Logistik der Programme mitgewirkt und die Parteiorganisation mitgeschaffen hatten, waren offenbar in eigener Sache mit grünen Grundprinzipien weit legerer umgegangen, als es ihr „radikal-ökologischer" Anspruch hätte vermuten lassen. Nicht nur hatte in Frankfurt die sonst übliche Rotation nach zwei Jahren für die sechs Stadtverordneten im Römer (deren „Doppelkopf" die beiden waren) auf volle vier Jahre festgesetzt werden können, sondern die beiden hatten sich auch vorsorglich mit zusätzlichen Anstellungsverträgen ausgestattet: Als Fraktionsmitglieder unterschrieben sie zeitlich unbegrenzte Arbeitsverträge für zwei Fraktionsassistenten – die sie selber waren.

Auf diese Weise hofften sie, ihrer Fraktion nach der endgültig in diesem Frühjahr fällig werdenden Rotation als Mitarbeiter weiterhin erhalten bleiben zu können. Als die neue Mehrheit der „Realpolitiker" den Versuch machte, sich dieser „Assistenten" zu entledigen, gingen sie vor Gericht. Mit der Entscheidung vom 30. April gab das Frankfurter Arbeitsgericht jetzt zunächst einem Antrag von Frau Ditfurth auf einstweilige Verfügung zur Weiterbeschäftigung dieser beiden Mitarbeiter statt. Das Verfahren in der Hauptsache soll am 25. Juli entschieden werden.

Für monatelangen öffentlichen Streit ist also gesorgt. Schon bisher wurde viel schmutzige Wäsche gewaschen. Frau Ditfurth und Herr Zieran hätten den Etat der Fraktion um 45 000 Mark überzogen und Gelder „verschmurgelt", warf der Anwalt der „Realpolitiker", Willi Barabas, den Fundamentalisten vor, während Heinz Borowsky, Anwalt der „Fundis" und mit Barabas per Du, bei der Fraktion in einen „Abgrund politischer Unmoral" blickte.

Das Gericht zog den Mandatsschutzparagraphen der Hessischen Gemeindeordnung heran, nach dem Kommunalparlamentariern innerhalb eines Jahres nach Ende ihres Mandats nicht gekündigt werden darf. Es wertete dabei den Übergang der Fraktionsarbeit an die neue grüne Mannschaft als „Betriebsübernahme", weil Schreibmaschinen, Büromöbel, Computer, Registratur und Archiv der alten Fraktion weiterbenutzt würden.

Die Auswirkungen auf das Rotationsprinzip sind unabsehbar. Lutz Sikorski, Sprecher der neuen grünen Römerfraktion, sah in einem Gespräch mit dpa auch die Arbeit der Fraktionen auf Landes- und Bundesebene in Frage gestellt. Denn bei der von seiner Partei praktizierten Rotation seien jeweils diejenigen Mitglieder der grünen Bürogemeinschaft Angestellte der Fraktion, die die Rotation mit den Parlamentariern entweder noch vor oder schon hinter sich hätten. Mit Kündigungsschutz für sie werde die Rotation ad absurdum geführt.

US-Journalisten suchten nach „SS-Kloster"

DW. Bonn

Amerikanische Journalisten, die Präsident Reagan in der Bundesrepublik Deutschland begleiten, haben sich bei offiziellen Stellen in Bonn nach der Existenz eines „SS-Klosters" erkundigt. Bei diesem von den US-Journalisten gemeinten „SS-Kloster" handelt es sich nur um das Kloster des Ordens „Don Bosco Salesianer" – Pia Societas Sancti Francisci Salesii – mit der Abkürzung „SS". Dieser Orden hat ein Kloster auf dem rund zehn Kilometer von Bitburg entfernten Helenenberg.

Franke: Kein Anstieg der Arbeitslosigkeit

rtr, Bonn

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, rechnet im Gegensatz zum Sachverständigenrat bei der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für 1985 nicht mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. In einem Zeitungsinterview nannte Franke die Prognose der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die für dieses Jahr durchschnittlich 2,28 Millionen Arbeitslose vorausgesagt hatten, zu hoch. Die Bundesanstalt bleibe bei ihrer Einschätzung, daß es im Jahresdurchschnitt 2,2 bis 2,25 Millionen Arbeitslose und damit weniger als 1984 geben werde.

Grüner Politiker unter schwerem Verdacht

hy. Bielefeld

Wegen sexuellen Mißbrauchs eines zweieinhalbjährigen Mädchens ist ein Funktionsträger der Grünen verhaftet worden: Der 33 Jahre alte Abgeordnete im Kreistag von Gütersloh und im Stadtrat von Rheda-Wiedenbrück, Wilhelm Dreisvogt, hat sich angeblich an der Tochter einer Freundin vergangen.

Die Grünen distanzierten sich von ihrem Genossen und wollen seinen Parteiausschluß betreiben, sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten. In Nordrhein-Westfalen hatte die Partei noch vor wenigen Wochen auf einer Delegiertenversammlung in Lüdenscheid einen Beschluß zur Lockerung des Sexualstrafrechts gefaßt. Damals forderten sie, daß gewaltfreier Sex zwischen Erwachsenen und Kindern straffrei bleiben müsse. Inzwischen wurde dieser Beschluß wieder aufgehoben.

Große Mehrheit für Galinski

DW. Berlin

Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, ist in diesem Amt mit überwältigender Mehrheit bestätigt worden. Bei der alle vier Jahre stattfindenden Wahl der „Repräsentanten-Versammlung" erhielt die Liberal-Jüdische Liste Galinskis 18 der 21 Sitze. Drei Sitze entfielen auf die Demokratische Liste. Vorsitzender der Versammlung soll wiederum der Fernsehshowmaster Hans Rosenthal werden, der dem Liberal-Jüdischen Block angehört. Der 72jährige Galinski steht seit 36 Jahren an der Spitze der mit 6500 Mitgliedern größten jüdischen Gemeinde in Deutschland. Er war maßgeblich am Aufbau der Berliner Gemeinde beteiligt, die auf dem Gelände einer ehemaligen Synagoge ein Gemeindehaus unterhält.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Soviel Datenschutz wie möglich und soviel Sicherheit wie nötig"

Justizminister Engelhard zur WELT: Koalition in der Rechtspolitik auf gutem Wege

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat die Erwartung geäußert, daß die Koalition auch in bislang strittigen Fragen der Innenpolitik zu vernünftigen Ergebnissen kommen wird. Allerdings, so sagte Engelhard in einem WELT-Gespräch, werde es hier mit der FDP „keinen Kuhhandel" geben.

Engelhard: „Im Bereich der Innenpolitik gibt es zwischen der FDP und der Union, vor allem der CSU, den größten Konfliktstoff, das will ich gar nicht verschweigen, wenn man nur an den Datenschutz oder das Ausländerrecht denkt." Aber: „Ich meine, auch auf diesen Gebieten muß es möglich sein, innerhalb der Koalition zu vernünftigen und für beide Seiten tragbaren Ergebnissen zu kommen."

Voraussetzung dafür sei allerdings zunächst, „daß man über alle offenen Fragen in einer Atmosphäre ruhiger Sachlichkeit ohne jede Hektik und Aufgeregtheit spricht". Er, Engelhard, habe dies in der Vergangenheit so gehalten. „Ich werde mich auch in Zukunft hier nicht an öffentlichen Schlammschlachten beteiligen." Er halte überhaupt nichts davon, „wenn schon im Vorfeld anstehender Verhandlungen über offene Fragen hier ständiges Störfeuer kommt". Das erschwere nur Lösungen.

Auf die Frage, ob er die Möglichkeit einer Einigung beim Demonstrationsstrafrecht etwa auf der Basis sehe, daß die Union hier Zugeständnisse mache und die FDP dafür zum Beispiel beim Personalausweisgesetz und den geplanten Änderungen des *Bundesverfassungsschutzgesetzes* und den sonstigen Regelungen im Bereich der Geheimdienste nachgehe, antwortete der Bundesjustizminister: „Es wird hier keinen Kuhhandel geben." Die FDP werde „hier ganz sicherlich nicht liberale Grundpositionen aufgeben". Es werde zwar nicht leicht sein, beim Demonstrationsstrafrecht „eine für beide Seiten tragbare Lösung finden", aber er sei *auch hier zuversichtlich*.

Engelhard: „Was die Begleitgesetze zum fälschungssicheren Personalausweis angeht, also vor allem die in Aussicht genommenen Regelungen im Bereich des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsdienste, so geht es vor allem darum, hier entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz die nötigen datenschutzrechtlichen Sicherungen einzubauen. Wir werden dafür sogen, daß dies auch ohne jedes Wenn und Aber geschieht." Die FDP, so fügte Engelhard hinzu, sei „strikt dafür, daß dem Grundgesetz auf informationelle Selbstbestimmung des Bürgers in jeder Hinsicht voll Rechnung getragen wird. Das kann und darf allerdings nicht heißen, daß Datenschutz auf Kosten der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betrieben wird. Insofern muß man sich davor hüten, die erwähnte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu überinterpretieren". Genau vor dieser Gefahr habe auch der Präsident des Gerichts, Zeidler, gewarnt.

Konkret heiße das: „Wir müssen zu vernünftigen Regelungen kommen, die einerseits für den Bürger soviel Datenschutz *wie möglich* und andererseits soviel Sicherheit wie nötig bringen." Er sei sicher, auf dieser Basis könne mit der Union Einigkeit erzielt werden

In der Rechtspolitik, sagte Engelhard, sei die Koalition „entgegen *allen Behauptungen auf gutem Wege*". Zahlreiche Gesetzentwürfe seien abgeschlossen oder auf den Weg gebracht. „Vor dem Abschluß steht die geplante Änderung im Bereich des Scheidungsfolgenrechts, mit der bei den Unterhaltsleistungen nach der Scheidung mehr Einzelgerechtigkeit geschaffen werden soll." Insgesamt komme er zu dem Ergebnis: „Die Koalition hat im Bereich der Rechtspolitik nach Anfangsschwierigkeiten gut zusammengearbeitet." Hier habe sich die Koalition trotz unterschiedlicher Auffassungen in einer Reihe von Einzelpunkten als handlungsfähig erwiesen.

Was das Demonstrationsstrafrecht angehe, so verwies Engelhard auf den in Berlin erzielten Kompromiß der Rechtspolitiker der Koalitionsparteien. Er wolle „gar nicht verhehlen", daß es in vielen Fragen „durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt". Sie sollten „nicht verkleistert" werden. Notwendig sei vielmehr, daß darüber in der Kaolition „offen und notfalls auch hart in der Sache" gesprochen werde, mit dem Ziel, „einen für beide Seiten tragbaren Kompromiß zu finden". Die in Berlin erzielte Absprache stelle aus seiner Sicht „eine gute Lösung dar, weil sie sowohl von breiten Teilen der Öffentlichkeit akzeptiert wird als auch die Zustimmung der Praxis findet". Es sei aber richtig, so merkte Engelhard an, „daß Teile *innerhalb der Union, vor allem* innerhalb der CSU, mit diesem Kompromiß der Rechtspolitiker *noch* nicht einverstanden sind. Und wir werden hierüber noch sehr eingehend sprechen müssen".

Auf den Hinweis, daß sich der CSU-Vorsitzende Strauß strikt gegen den Kompromiß ausgesprochen und ein strafrechtliches Verbot der Vermummung und der passiven Bewaffnung bei Demonstrationen gefordert habe, antwortete Engelhard: „Auch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten muß ausführlich gesprochen werden. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir ihn überzeugen können, vielleicht mit einer Paketlösung."

Papier gegen einseitigen Linkskurs der Partei

Berliner SPD-Rechte für leistungsbewußte politische Mitte

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die Berliner Sozialdemokraten suchen nach ihrer katastrophalen Wahlniederlage und dem Verlust von rund 50 000 Stimmen nach einem Ausweg aus der Krise. Einflußreiche Partei-Rechte forderten jetzt in einem Papier, das in der SPD kursiert, dazu auf, die „leistungsorientierte politische Mitte" wiederzugewinnen. Der längst erhobene Machtanspruch der SPD-Linken wird mit dem Satz zurückgewiesen, keine Gruppierung dürfe „allein den Kurs der Partei bestimmen".

Diese Ausarbeitung aus der Feder des früheren Finanzsenators Klaus Riebschläger (heute wieder Parlamentarier) und des rechten Vize-Landesvorsitzenden Professor Hans Kremendahl stellt den ersten Versuch dar, die Berliner SPD wieder auf festen politischen Boden zu *stellen*. Der Vorstoß der beiden Partei-Rechten, die die wichtigsten rechten SPD-Kreisverbände hinter sich haben, erfolgt mitten im innerparteilichen Meinungskampf um die künftige Führung der Partei.

Der bisherige Landesvorsitzende Peter Ulrich legt sein Amt am 29. Juni nieder. Der linke Parteiflügel, der beispielsweise in der Raketendebatte seit Jahren auf der Eppler/Bahr-Linie liegt und noch im Wahlkampf intern seine Kräfte sammelte, forciert seither die seit Jahrzehnten angestrebte Machtübernahme in der Berliner SPD. Als einziger Nachfolge-Bewerber für den zum rechten Flügel zählenden Ulrich meldete bisher der frühere Staatssekretär von Herbert Wehner, Ex-Staatssekretär Jürgen Egert, seine Kandidatur an.

Obwohl die Partei-Rechte an der Spree die Mehrheit bildet, konnte sie sich bisher nicht auf einen Gegenkandidaten verständigen. Mehrere Versuche, den früheren Regierenden Bürgermeister und heutigen Amerika-Experten in der Bundestagsfraktion, Dietrich Stobbe, für diese Aufgabe zu gewinnen, scheiterten bisher.

Das Papier bildet den ersten Versuch, die Programmatik einer „neuen SPD", die Ende der achtziger Jahre wieder eine politische Chance in Berlin erblickt, zu formulieren. Es heißt in der Ausarbeitung:

- „Die SPD muß ihre Hauptkraft auf die Gewinnung der leistungsorientierten politischen Mitte verwenden. Daneben muß es gezielte Bemühungen um die Bewegungen links von der SPD, insbesondere bei der jüngeren Generation, geben.
- *Diese Aufgaben kann nur eine* SPD erfüllen, die dem Spektrum der heutigen Berliner SPD entspricht. Keine der vorhandenen innerparteilichen Gruppierungen kann und darf daher allein den Kurs der Partei bestimmen.
- Festzustellen ist, daß mit der Sozialdemokratie kaum noch bestimmte Positionen verbunden werden: Unsere Programme sind nicht ‚übergekommen'.
- Es sollte versucht werden, eine Art ‚Godesberg für Berlin' als Gesamtprogramm für die Entwicklung Berlins unter sozialdemokratischen Perspektiven, zu erarbeiten.
- Es muß entschieden der Weg zur Öffnung der Partei nach außen gegangen werden; bisherige Zusammenkünfte als Bürgerversammlungen anlegen."

Umfrage: Jugend ohne Sympathien für NS-Regime

dpa, Frankfurt

Zustimmung zum Nationalsozialismus ist unter Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland kaum anzutreffen. Die Ablehnung des NS-Systems ist in den vergangenen 20 Jahren immer stärker geworden. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung von 2000 Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren durch die beiden Frankfurter Soziologen Klaus Allerbeck und Wendy Hoag. 84,2 Prozent der Befragten sehen am Nationalsozialismus „mehr schlechte als gute" oder „nur schlechte" Seiten. In einer Vergleichsstudie von 1962 hatten dies erst 62,7 Prozent erklärt.

Bei der Frage, ob „die Juden es sich teilweise selbst zuzuschreiben haben, was ihnen während des Dritten Reichs geschehen ist", sank die Zustimmung von 16 (1962) auf 5,1 Prozent. Damit sei „offenkundig", so Allerbeck, daß Sympathien für das NS-Regime heute noch geringer als 1962 seien. Das beweise auch, daß neonazistische Gewalttaten oder Hakenkreuzschmierereien nur auf Einzeltäter zurückzuführen seien. Ein anderes Indiz für die politische Einstellung heute seien die Sympathien für die westlichen Siegermächte. Die Zustimmung zu Amerikanern, Franzosen und Engländern liege bei rund 71 Prozent, während nur etwa zehn Prozent sich ablehnend äußerten.

Allerbeck und Hoag warnten allerdings vor der „voreiligen Folgerung", eine „Gefahr von rechts" gebe es bei dieser Jugend überhaupt nicht mehr. Es sei zu vermuten, daß ein „neuer Faschismus" heute auch etwas Neues sein würde – mit neuen Feindbildern und neuen politischen Themen.

SPD würdigt Lage der Vertriebenen

„Nürnberger Manifest" versucht Bogen zu schlagen von 1945 zur heutigen Situation

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD will offensichtlich ihre – bis vor kurzem demonstrierte – Distanz zu den Vertriebenen verringern. Dies wurde in den letzten Wochen bereits in Äußerungen von Geschäftsführer Peter Glotz und einem „Werkstattgespräch" in der Parteizentrale deutlich. In einem jetzt vom Vorstand verabschiedeten „Nürnberger Manifest" für die SPD-Veranstaltung zum Gedenken an das Kriegsende mit den Bürgermeistern von zerstörten europäischen Städte am 7. Mai wird dies noch klarer.

„*Die aus dem Osten vertriebenen* Deutschen hatten – stellvertretend für uns alle – mit dem Verlust ihrer Heimat einen hohen Preis zu bezahlen für eine menschenverachtende Expansionspolitik, die sich anschickte, ganze Völker, besonders das polnische und russische, zu versklaven, große Teile zu vertreiben, ihre Führungsschichten auszurotten", heißt es in dem „Manifest". Und: „Trotzdem bleibt die Vertreibung von Millionen Deutschen Unrecht." In dem SPD-Papier wird die Leistung der Vertriebenen ausdrücklich gewürdigt, weil sie „schon früh deutlich gemacht" hätten, „daß auch sie den Zirkel von Rache und Vergeltung durchbrechen wollen". Aber zugleich wird auch, ohne dies einzugrenzen, kritisiert: „Wer die polnische Westgrenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt."

Insgesamt finden sich in dem „Nürnberger Manifest", dessen Entwurf von den Vorstandsmitgliedern Egon Bahr, Erhard Eppler und Horst Ehmke im Februar fertiggestellt wurde, die Grundpositionen der SPD zu Entstehung und Ende der NS-Herrschaft, zum demokratischen Wiederaufbau, zu innerdeutschen Gemeinsamkeiten und zur Abrüstungspolitik, allerdings unter weitgehendem Verzicht auf parteipolitisch polarisierende *Formulierungen*. Dies *mag* Glotz bei der Vorstellung zum Anspruch verführt haben, „für alle Bürger der Bundesrepublik" zu sprechen, nachdem „die Bundesregierung unfähig erscheint, den historischen und politischen Sinn des 8. Mai 1945 für die Deutschen angemessen zu formulieren". Doch Ehmke relativierte dies bereits damit, hier ein Grundsatzpapier „der Sozialdemokraten" vorzulegen, in dem sich hoffentlich „auch Nicht-Sozialdemokraten wiederfinden" könnten.

Das „Manifest" versucht den Bogen zu spannen von der „Barbarei, die Deutsche entfesselt hatten", an der aber „nicht alle gleich schuldig" gewesen seien. „Die ersten Opfer Hitlers waren Deutsche, der Widerstand gegen Hitler gab Zeugnis für ein anderes Deutschland." Selbstkritisch heißt es: Die Sozialdemokraten hätten zwar nationalistischem Größenwahn und rassistischer Unmenschlichkeit „widerstanden und dafür schwere Opfer gebracht. Trotzdem mußten sich auch sie fragen, ob sie alles getan hatten". Der Bogen wird fortgeführt über „Erfolg und Hektik des Wideraufbaus", das Entstehen der „ersten stabilen Demokratie auf deutschem Boden" mit ihren Errungenschaften, das Faktum, daß „auch aus Feinden von einst Freunde und Verbündete geworden" seien, bis zur Verpflichtung, daß „die Deutschen in beiden Staaten sich selbst und ihren Nachbarn eine Politik schuldig (sind), die lebendig gebliebene Gemeinsamkeit zuerst und vor allem im gemeinsamen Dienst am Frieden verwirklicht".

Europa habe auch überlebt, „weil Hitler noch auf keine Massenvernichtungswaffen zurückgreifen konnte, die inzwischen in Ost und West angehäuft wurden". Daraus wird, ohne Schuld oder Verantwortlichkeit zu erklären, der Anspruch: „Mit uns ist nur noch über solche militärischen Anstrengungen zu reden, die auch von der anderen Seite als defensiv empfunden werden können. Wir werden uns einem weiteren Wettrüsten in Drohpotentialen widersetzen, besonders dann, wenn es auf unserem Territorium stattfinden soll."

Seite 2: Nürnberger Allerlei

Shultz: Reagan geht es um eine Aussöhnung

Verhältnis zu Bonn wegen Bitburg nicht beeinträchtigt

FRITZ WIRTH, **Washington**

Nach einwöchigem öffentlichem Schweigen, das ein Ausdruck der Betroffenheit und Überraschung der Reagan-Administration über die Schärfe und die zuweilen verletzende Aggressivität der Bitburg-Diskussion war, hat Präsident Reagan unmittelbar vor seinem Aufbruch nach Bonn sich wieder direkt in die Bitburg-Debatte eingeschaltet.

Er tat es in ruhiger und bestimmter Form in einem Fernsehinterview und betonte dabei: Die moralische Rechtfertigung seines Bitburg-Besuches, die auch nicht durch die Anwesenheit von SS-Gräbern beeinträchtigt werde: „Alle jene, die auf dem Friedhof liegen, sind lange dem höchster Richter über Recht und Unrecht begegnet", sagte Reagan.

Er hat sich am späten Dienstagabend wesentlich selbstsicherer und zuversichtlicher auf diesevon der Bitburg-Kontroverse überschattete Reise begeben, als es vor einer Woche nach dem ersten Schock über die Bitburg-Debatte und dem starken Druck aus dem Kongreß noch wahrscheinlich schien. Er ist fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß das Stichwort der Aussöhnung mit Deutschland und nicht Bitburg das Thema seines Besuches bleibt.

Zu seiner verbesserten Aufbruchstimmung trugen nicht zuletzt hauseigene Meinungsumfragen bei, aus denen hervorging, daß die gesamte Bitburg-Kontroverse und die Attakcken jüdischer Organistionen und des Kongresses gegen seinen Friedhofbesuch auf sein Ansehen und seine Popularität beim amerikanischen Bürger keinen so negativen Effekt hatten, wie es die Darstellung in den amerikanischen Medien suggerierte. Reagan warf in diesem Zusammenhang der amerikanischen Presse vor, sich in der Bitburg-Kontroverse „nicht ganz fair" verhalten zu haben.

In einem Gespräch, das Außenminister George Shultz vor seiner Abreise mit dieser Zeitung und einigen anderen europäischen Blättern führte, betonte er, daß die Bitburg-Affäre entgegen einiger Äußerungen und Drohungen aus dem Kongreß das politische Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht beeinträchtigen werde, weder auf dem Gebiet des Handels noch hinsichtlich des deutschen Beitrags zur NATO, wie es vom demokratischen Senator Alan Specter kürzlich offen angesprochen wurde.

„Man vergißt über die Bitburg-Kontroverse zu leicht den ursprünglichen Sinn und das Thema dieses Besuches", erklärte Shultz. „Es gehtdarum, 40 Jahre nach dem Weltkrieg den Prozeß des Wiederaufbaus zu unterstreichen. Nicht nur des physischen Wiederaufbaus, sondern vor allem des Wiederaufbaus der menschlichenBeziehungen und des Aufbaus eines demokratischen und freien Landes. Der Besuch des Friedhofs in Bitburg ist nur eines von vielen Ereignissen, bei denen der Präsident die Tiefe seiner Verpflichtung zum Frieden und zur Aussöhnung zum Ausdruck bringen möchte. Er bietet auf dieser Reise nicht nur seine Hand, sondern sein Herz zur Aussöhnung an. Die ganze Kontroverse, die sich um diesen Besuch entwickelt hat, zeigt: Je größer die Schwierigkeiten der Aussöhnung sind, umso größer wird ihre Bedeutung."

Im weiteren Verlauf des Gesprächs zog Shultz eine Bilanz der ersten Phase der Genfer Abrüstungsgespräche. „Man kann nicht sagen, daß es bereits substantielle Fortschritte gegeben hat. Wir sind mit einer positiven und flexiblen Einstellung nach Genf gegangen und wir sind bereit, uns auf einen Prozeß des Gebens und Nehmens einzulassen."

Die Gespräche seien von sowjetischer Seite von einigen öffentlichen Vorschlägen begleitet worden, die nicht direkt zu den Verhandlungen gehörten, erklärte Shultz mit sichtlichem Bedauern. Insgesamt aber zeigte er sich vom bisherigen Verlauf der Gespräche nicht enttäuscht. Ein Rückblick auf die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen zeige, daß die erste Phase stets eine Art von



Außenminister George Shultz FOTO: AP

Abtasten sei. Außerdem seien diese Verhandlungen weiterreichend und komplizierter als alle vorhergegangenen.

Im Hinblick auf sein bevorstehendes Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien sagte Shultz, daß die Genfer Gespräche, die Erschießung des amerikanischen Majors Arthur Nicholson und das geplante Treffen zwischen Reagan und Generalsekretär Gorbatschow zu den Hauptthemen zählen werden.

Über Art und Umfang des Treffens Reagan–Gorbatschow äußerte sich Shultz eher zurückhaltend. „Ich habe wirklich keine Vorstellung. Die Situation ist so, daß beide Regierungschefs brieflich einem Treffen irgendwelcher Art zugestimmt haben und daß man trotz substantieller Vorbereitungen, die man dazu erwarten darf, nicht warten solle, bis es irgendein Ergebnis in Genf geb. Was sich also daraus im Laufe der Zeit entwickeln wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine offene Frage."

Breschnews Soldatenehrung störte nicht

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der „Fall Bitburg" hat einen Vorläufer, der allerdings heute fast vergessen ist und auch damals, als er sich zutrug – im Jahre 1979 – keinerlei Aufregung verursachte.

Während des Gipfeltreffens mit US-Präsident Jimmy Carter vor sechs Jahren in Wien legte der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew in einer feierlichen Zeremonie am österreichischen Ehrenmal für die gefallenen Soldaten in der Hofburg einen Kranz nieder. Eine Ehrenformation des österreichischen Bundesheeres war angetreten.

Breschnew hob die Hand zu einem militärischen Gruß an den Rand seines zivilen Hutes, als das Lied „Ich hatt' einen Kameraden" ertönte. Sowjetische Offiziere in Uniform trugen den Kranz zum Grabmal, auf dessen Grabplatte ein in Stein gehauener liegender österreichischer Soldat mit dem typischen deutschen Stahlhelm des Ersten und Zweiten Weltkrieges abgebildet ist.

Das Ehrenmal erinnert ausdrücklich an die österreichischen Toten sowohl der Jahre 1914 bis 1918 als auch 1939 bis 1945. Unter Glasvitrinen finden sich große, dunkel eingebundene Bücher, in denen die Namen sämtlicher österreichischer Gefallener der beiden Weltkriege mit Dienstgrad und Datum sowie Ort des Todes verzeichnet sind. Unter den Namen der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges befinden sich auch Angehörige der Waffen-SS, soweit sie Österreicher waren.

An den Wänden des Ehrenmals sind die Kranzschleifen in- und ausländischer Staatsmänner, Politiker und Militärdelegationen aufgehängt. Unter den Kranzschleifen finden sich nicht zuletzt solche östlicher Herkunft: von ungarischen und polnischen Delegationen bis zu den Offizieren und Matrosen der sowjetischen Donauflottillen, die in Wien zu Besuch waren.

Auch Kranzschleifen französischer, belgischer, niederländischer Herkunft sind ausgemacht. Daß der österreichische Bundespräsident und die österreichische Bundesregierung alljährlich feierlich und mit militärischen Ehren hier einen Kranz für die Gefallenen niederlegen, gehört zu den Selbstverständlichkeiten.

Niemand hat daran bisher Anstoß genommen. Auch die Kranzniederlegung durch Breschnew 1979 – er besuchte damals kein nationalsozialistisches Konzentrationslager auf österreichischem Boden – ging ohne jede Kritik vorbei.

Ein israelischer Journalist, der Augenzeuge der damaligen Szene war, bemerkte lediglich zu seinem Nachbarn, daß dies ein historischer Augenblick sei. Denn der sowjetische Parteichef ehre somit zum ersten Mal Soldaten, die – wenn auch Österreicher – im Zweiten Weltkrieg gegen die Sowjetunion gekämpft hätten.

Am Rande sei vermerkt, daß die Österreicher es Jimmy Carter damals ziemlich übelnahmen, daß er als amerikanischer Präsident nicht zu einer ähnlichen Geste am Ehrenmal in der Hofburg bereit war.

In Indien droht ein Kasten-Krieg

Quoten für „Unterprivilegierte" an Universitäten und im Staatsdienst lösen Unruhen aus

PETER DIENEMANN, **Neu-Delhi**

Die Blumen, die das Bild jenes jungen Mannes umkränzen, der vor zwei Wochen im Kugelhagel der Polizei starb sind jeden Tag frisch. Dutzende kommen, um dem Studenten, der auf der Stufe des Hanuman-Tempels in der indischen Stadt Ahmedabad starb, die letzte Ehre zu erweisen. „Er starb" so ein 45jähriger Vater zweier Söhne, die an der Universität Ahmedabad studieren, „für eine gerechte Sache".

Um die gerechte Verteilung der Studienplätze geht es diesem Brahmanen, der zusammen mit tausenden Angehörigen seiner die Hindu-Oberschicht repräsentierenden Kaste seit zwei Wochen einen Kampf gegen die Regierung des Bundesstaates Gujarat führt, der inzwischen mehr als 70 Tote und Hunderte von Verwundeten gefordert hat.

Die „Reservierungspolitik" erleichtert den Angehörigen niedriger Hindu-Kasten, kastenlosen Hindus, den Harijans („Unberührbaren") und den Angehörigen sozial benachteiligter Volksstämme den Zugang zu Universitäten, weiterführenden Schulen, zum öffentlichen und Staatsdienst erleichtert. Der Streit um dieses Thema ist zum Kastenkampf der Hindus geworden.

„Die Bevölkerung steht auf meiner Seite" sagt Gujarats Ministerpräsident Solanki. Er spreche für jene 70 Prozent der Bevölkerung seines Bundestaates, die den niederen Kasten, den Kastenlosen oder den sozial benachteiligten Volksstämmen angehören. Für sie hatte Solanki, um die Landesparlamentswahlen sicher zu gewinnen, am 12. Januar eine neue Quotenpolitik verkündet, die ihnen gegenüber den Kasten-Hindus weitere Vorteile einräumt.

Obwohl es seit 1948 laut indischer Verfassung offiziell keine Kasten mehr in der Hindu-Gesellschaft gibt, hat die Regierung 3734 Kasten und Volksstämme aufgelistet, die angeblich sozial benachteiligt und deshalb besonders förderungswürdig sind. Für sie wurde ein System der Reservierung von Studienplätzen, Schulplätzen und Arbeitsstellen in Regierungsbüros geschaffen. Wer ein Harijan ist, aus dem nordostindischen Bundesstaat Mizoram stammt oder einen Volksstamm aus den Bergen des Bundestaates Madhya Pradesh angehört, hat es bei einer Aufnahmeprüfung zur Universität leichter; er wird auch bei Bewerbungen im Staatsdienst bevorzugt; Brahmanen, Kschatrias, Banias und andere Kasten-Hindus müssen da zurückstehen und sich einem Leistungswettbewerb unterziehen, bei dem gute Noten zählen statt Abstammung.

In Indien werden durchschnittlich 23,5 Prozent aller Studienplätze an den Universitäten für die „Scheduled Castes und Tribes" freigehalten – die meisten der Plätze bleiben allerdings unbesetzt. Oft können sich Angehörige niedriger Kasten aus familiären oder finanziellen Gründen kein Studium leisten, viele brechen das Studium ab, weil sie – schon in der Schulzeit bevorzugt – den Anforderungen der Universität nicht gewachsen sind.

Solanki, Mitglied der regierenden Kongreß-Partei, hatte mit Blick auf die Wahlen angekündigt, die Reservierungs-Quote für die Unterprivilegierten auf durchschnittlich 49 Prozent in seinem Staat anzuheben. Erst zwei Monate später reagierten die Oberschicht-Hindus. Eltern organisierten sich in Verbänden und demonstrierten „friedlich", wie sie sagen, mit Unterstützung der bei den letzten Wahlen haushoch unterlegenen Oppositionsparteien gegen die Maßnahme. Doch dann kam es zu Zusammenstößen mit den Kastenlosen.

Häuser gingen zu Hunderten in Flammen auf, Geschäfte wurden geplündert. Die Polizei, deren Angehörige sich zu 80 Prozent aus kastenlosen Hindus rekrutieren, wurde parteiisch, statt den Streit zu schlichten. Die Armee mußte die Kontrolle in der Hauptstadt Gujarats, Ahmedabad, übernehmen. In mehreren Städten herrscht Ausgangssperre.

Ein Ende des Konfliktes ist nicht abzusehen. „Stürzt Solanki, stürzt Rajiv Gandhi" ist auf den Mauern Ahmedbads zu lesen. Zwar hat Solanki nach Ausbruch der Unruhen seine Reservierungspolitik für ein Jahr suspendiert, doch der Forderung der Eltern, Reservierungen für die Kastenlosen grundsätzlich zu streichen, kann er aus Verfassungsgründen nicht nachkommen.

Unmut über die Bevorzugung der Unterprivilegierten besteht in ganz Indien. Schon 1983 hatte der Direktor des mit deutscher Entwicklungshilfe errichteten „Indian Institute of Technology" in Madras Indiresan die Quotenregelung verurteilt und damit einen Sturm der Empörung im indischen Parlament hervorgerufen. „Statt Reservierung Förderung der schlechtergestellten Studenten mit finanziellen Mitteln" fordern seitdem viele Universitätsprofessoren. Doch das heiße Eisen Reservierungspolitik will auch Indiens Premier Rajiv Gandhi nicht anfassen.

Wirbel um Schwedens Kernforschung

Verbot bis 1972 mißachtet / Palme: Programm diente dem Schutz vor Nuklearwaffen

MANFRED LOOS, **Stockholm**

Pünktlich zum schwedischen Wahlkampfauftakt wurde der bürgerlichen Opposition ein Knüller frei Haus geliefert. Denn was die Zeitschrift „Ny Teknik" über ein bis 1972 über fast 30 Jahre durchgeführtes Forschungsprogramm der schwedischen Armee zur Produktion von Atombomben im eigenen Land berichtete, könnte am Abrüstungsimage von Ministerpräsident Olof Palme rütteln.

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der in „Ny Teknik" erhobene Vorwurf erhärtet werden kann, wonach Palme in verschiedenen Funktionen einer der ganz wenigen schwedischen Politiker war, die über Einzelheiten des Forschungsprogramms einschließlich der Verwendung von Plutonium bei mehreren Probesprengungen informiert waren.

Der sozialdemokratische Regierungschef, dessen Popularität wieder im Steigen ist, reagierte schnell. Nach seinen Informationen habe es sich stets um wissenschaftliche Bemühungen für einen besseren Schutz vor Nuklearwaffen gehandelt, sagte er. Die Grenzen zwischen Forschung zum Schutz vor Waffen oder zu deren Anwendung seien im übrigen nur schwer zu ziehen.

Zu Hilfe kamen Palme Experten des Stockholmer Verteidigungsministeriums, die in aller Eile technische Details der Forschungsberichte aus den fünfziger und sechziger Jahren überprüft hatten. Danach konnte Verteidigungsminister Anders Thunborg verkünden, daß bei den Probesprengungen zum Abschluß des Forschungsprogramms 1972 – als Palme bereits Regierungschef war – lediglich etwa ein Gramm Plutonium verwendet worden sei. Zweck dieser Sprengungen in einem Gebiet nördlich von Stockholm sei die Erforschung von Schockwellen auf verschiedene Metalle, darunter Plutonium, gewesen. Nach Angaben Thunborgs hat Schweden nie mehr als 110 Gramm Plutonium besessen.

Trotz dieser in der schwedischen Öffentlichkeit vorwiegend positiv aufgenommenen Erklärungen der Regierung ist der Fall für Palme noch nicht ganz ausgestanden. Denn immerhin ist nach wie vor unbestritten, daß verschiedene Forschungsinstitute der schwedischen Armee in den fünfziger Jahren an Konstruktionsplänen für eine Atombombe „Made in Sweden" arbeiteten.

Obwohl im Stockholmer Reichstag 1957 ein prinzipielles Verbot jeder Kernwaffenforschung beschlossen worden war, einigten sich Armee und Regierung erst 1961 auf eine Neudefinition des Forschungsprogramms, das von da an ausschließlich dem Schutz vor Atomwaffen dienen sollte.

Allerdings hatte man zu diesem Zeitpunkt wohl auch im wesentlichen die technischen Voraussetzungen für den Bau von Atombomben geschaffen – keine angenehme Feststellung für die schwedischen Sozialdemokraten, die zu den engagiertesten Befürwortern atomwaffenfreier Zonen zählen

Tage Erlander, der inzwischen 83jährige Vorgänger und politische Mentor Palmes, hatte dazu schon in seinen zu Beginn der siebziger Jahre veröffentlichten Memoiren Stellung bezogen und detailliert über den Wunsch führender Militärs nach eigenen Atomwaffen berichtet. Die Generäle unterlagen schließlich, so Erlander, im Konflikt mit der sozialdemokratischen Regierung.

Zu den nach wie vor ungklärten Details gehört auch die Geheimniskrämerei um das militärische Forschungsprogramm. Warum, so fragen die konservativen Zeitungen nicht ganz zu Unrecht, wurde weitergeforscht, wenn es doch nur um Schutzmaßnahmen ging? Gespannt wartet man auch auf klärende Worte aus den USA. Denn nach Angaben von „Ny Teknik" soll der US-Geheimdienst CIA zu Beginn der sechziger Jahre Kenntnis von der Anwendung amerikanischen Plutoniums bei den schwedischen Versuchen gehabt haben. Das soll Washington veranlaßt haben, die Einstellung der Atomforschung in Schweden zu verlangen.

Kreml warnte am 1. Mai wieder vor Weltraumwaffen

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Hunderte von Moskauern zogen gestern mit Papierblumen und Luftballons in den Händen und riesigen Spruchbändern, auf Rädern montiert, den Kutusowsky-Prospekt hinunter zum Roten Platz. Die ausgewählten Abordnungen aus den Betrieben, Instituten und Ministerien gingen vorbei an den Lenin-Porträts, vorbei an den Porträts der ZK-Mitglieder; sie marschierten von Musik begleitet vorbei am Hotel „Ukraina", das mit gewaltigen Spruchbändern grüßte, wie: „Verstärken wir den Kampf für die Entfernung neuer US-Raketen aus Europa".

Wie vom Kutusowsky-Prospekt zogen die Werktätigen von allen Moskauer Boulevards hinunter, um das Kolossalspektakel des 1. Mai auf dem Roten Platz festlich zu begehen. Es ist der Tag im Jahr, an dem die Massen ihre Begeisterung für die verheißenen Ziele, patriotischen Stolz auf die bisherigen Errungenschaften und die „monolithische Einheit" des ganzen Volkes sowie dessen Vertrauen zu den Lenkern im Kreml demonstrieren.

Punkt zehn Uhr beginnt das gewaltige Spektakel. Eine Minute vorher tritt die sowjetische Führungsspitze aus den Kremlmauern und steigt in hierarchischer Ordnung auf die Balustrade des aus roten und schwarzen Marmorquadern gefügten Lenin-Mausoleums. Allen voran Michail Gorbatschow, dann Tichonow, Grischin, Gromyko, Romanow und das übrige ZK-Komitee. Auffallend die hohe Plazierung des neu gewählten Jegor Ligatschow, nämlich auf dem siebten Platz. Links von Gorbatschow Verteidigungsminister Sukolow und hohes Militär.

Sekundengenau, mit dem Verklingen des zehnten Glockenschlages vom Spasskiturm, ertönt Militärmusik. Auf ein Zeichen stürmen Jungen und Mädchen, blau und rot gekleidet, auf die Empore des Mausoleums, um den Sowjetführern Blumen zu überreichen, ihnen gewaltige rote Schleifen anzustecken.

Dann ziehen die Massen vorbei. Die 60 Parolen, die bereits in den Zeitungen veröffentlicht wurden, werden von Lautsprechern verkündet, und die Hurraschreie und das Kinderjauchzen auf den heilverheißenden Sozialismus hallen wider, zigfach über Lautsprecher verstärkt.

Aktuelle Politik zeichnet auch den Inhalt der Plakate und Spruchbänder aus, es ist ein Katalog der sowjetischen Innen- und Außenpolitik. Da werden die Völker Europas beschworen, den Kampf gegen die Verwandlung Westeuropas in ein nukleares Raketen- und Aufmarschgebiet des „amerikanischen Imperialismus" zu verstärken. Hieß es im Vorjahr nur „Kampf gegen die chemischen Waffen und andere Massenvernichtungen", so heißt es 1985: „Verstärkt den Kampf für die Abwendung der Gefahr eines nuklearen Weltkrieges, für die Verhütung des Wettrüstens im Weltraum und für seine Eindämmung auf der Erde. Erstrebt eine restlose Liquidierung der Kernwaffen."

Die Thematik der Parolen reicht von der Aufforderung an die Werktätigen „umsichtig und haushälterisch zu sein, um die Einsparung materieller Ressourcen zu ringen" bis zur Mahnung an Gorbatschows Disziplinierungskampagne.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„SDI-Bremse"

„Was gilt?": WELT vom 19. April und „Partner, nicht Vasallen": WELT vom 13. April

Sehr geehrte Herren,

Herbert Kremp warnt zu Recht, daß sich die Begeisterung für ein „High-Tech-Europa" als SDI-Bremse erweisen könnte. Jeder Beobachter weiß, daß der Handlungsfähigkeit Europas auf dem Feld der Sicherheitspolitik die stärksten Hemmungen entgegenstehen. Aber wenn die Bundesrepublik auf dem Weg zu einer NATO-gemeinsamen SDI-Politik voranschreitet, könnte eine Zusammenarbeit der Europäer Gestalt gewinnen. Wir Deutschen sollten uns jedenfalls keinem Zweifel darüber hingeben, daß die Zeit drängt und daß die SDI-Frage für die Zukunft der Allianz von entscheidender Bedeutung sein wird.

Zu diesem Fragenkreis hat der Fraktionsvorsitzende der Union, Alfred Dregger, einen interessanten Vorschlag gemacht. Er rät, das Forschungspotential der Bundesrepublik auf die Abwehr der Bedrohung durch solche Waffensysteme zu konzentrieren, die von der strategischen Verteidigunsinitiative nicht abgedeckt werden, vor allem taktische Raketen und luftatmende Waffenträger (Marschflugkörper). Das ist in der Tat ein Ansatz für eine Aufgabenteilung im Bündnis. Ein Schutz vor diesen Waffensystemen käme nicht nur der Abschreckung in Europa zugute, sondern auch der Verteidigung des amerikanischen Kontinents gegen U-Boot-gestützte Angriffsmittel dieser Art.

Alfred Dregger hat auch Recht mit der These, daß ein faires Arrangement mit den Amerikanern nur auf der Basis eines grundsätzlichen Ja zum SDI-Programm möglich sein wird, eine Entscheidung, vor der unsere SDI-Bremser zurückschrecken. Das Argument, daß die NATO durch SDI „zu stark" werden könnte (Günter Zehm in seinem Leitartikel vom 13. April), läßt erkennen, wie unsicher und opportunistisch diese Kräfte reagieren. Eine Mitbestimmung der Europäer über die Früchte der Forschungsphase dürfte davon abhängen, ob sie ihren Teil der Last selbst schultern, oder ob sie sich ihre Leistungen von den Amerikanern abkaufen lassen. Unter dieser Voraussetzung dürfte es sich kaum vermeiden lassen, daß die USA unsere fähigsten Wissenschaftler und Ingenieure abwerben, und daß Europa auf wichtigen Feldern zur technologischen Provinz herabsinkt.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Fleischer, Hamburg 70

Es ist ein Fehler

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe erfahren, daß DIE WELT den Präsidenten gedrängt hat, den Bitburger Friedhof wie geplant zu besuchen. Während ich mit 99 Prozent der Auffassungen Ihrer Zeitung übereinstimme, muß ich hier leider eine Ausnahme machen. Ich halte den Besuch für einen Fehler, von dem wir uns nie ganz erholen werden, sowohl in innen- wie in außenpolitischer Hinsicht. Ich habe sogar die Hoffnung, daß der Präsident sich auch jetzt noch dazu entschließen kann, den Besuch zu unterlassen.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen
Richard V. Allen, Washington, D. C.

„Aufrechnung"

„Aufrechnung paradox": WELT vom 22. April

Die Debatte um die sogenannte „Aufrechnung" hat m. E. auch einen besonderen Aspekt: In vielen deutschen Medien und Schulbüchern wird nicht etwa die „deutsche Schuld" verdrängt, vielmehr die russische. Während in diesem Land die deutsche Vergangenheit seit 40 Jahren – so oder so – „bewältigt" wird, feiert man in Moskau den anderen Massenmörder unseres Jahrhunderts, Stalin, der durch sein Paktieren mit Hitler die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges erst ermöglichte und dann den Hitlerkrieg lange Zeit wirtschaftlich auch unterstützte. Und Molotow gratulierte dem Führer zum Einmarsch der Deutschen in Paris. Wer die Erinnerung an diese Fakten als „Aufrechnung" diffamiert, verfälscht damit die Geschichte. Dies ist der Grund dafür, daß viele junge Deutsche in der Sowjetunion eine „antifaschistische" Macht sehen und dazu noch eine „friedliebende".

Die Übermittlung der vollen geschichtlichen Wahrheit ist keine „Aufrechnung", sondern eine Gewissenspflicht für alle.

Dr. Zoltán Bezerédj, Köln 41

*

„Wie Schumacher über die Waffen-SS urteilte": WELT vom 23. April

Der WELT ist für die Wiedergabe der Ausführungen Kurt Schumachers über die Soldaten der Waffen-SS zu danken, erinnert sie doch daran, daß es unredlich und verwerflich ist, unter dem Begriff „SS" all' das zusammenzufassen, was unseren – meist selbst ernannten – Meinungsführern so einfällt.

Kurt Schumacher hat in seinen Ausführungen von „jungen Menschen" gesprochen. Dem Leser von heute muß dazu gesagt werden, daß die Mehrheit dieser jungen Menschen 1933 nicht wahlmündig und am Tage des Kriegsausbruchs meist noch nicht einmal 18 Jahre alt war. Und wenn auch – wie Schumacher ausführt – Hunderttausende zur Waffen-SS eingezogen worden sind, so muß doch festgestellt werden, daß weitaus mehr junge Menschen zwischen 16 und 18 Jahren sich freiwillig zum Wehrdienst in der Waffen-SS gemeldet haben.

Sie glaubten damals – aus ihrem begrenzten Wissen und auch ihrer begrenzten Erfahrung heraus – zur Verteidigung Deutschlands aufgerufen zu sein. Viel zu viele von ihnen sind nicht zurückgekommen und waren schon längst umgekommen, bevor sie noch ein ersten Mal hätten wählen dürfen. Sie alle verdienen unsere Achtung, unser Mitleid und unsere Trauer.

Und niemand versagt unseren ermordeten jüdischen Mitbürgern und allen anderen Opfern nationalsozialistischer Gewaltherrschaft sein Erbarmen, der auch den jungen gefallenen Soldaten unseres Volkes gedenkt.

Dieter Pfeiffer, Berlin 33

Unverständlich

Für mich sind die Vorbehalte gegen einen Besuch auf dem Soldatenfriedhof Bitburg unverständlich. Würde ich mich nach Willen der Bitburg-Kritiker entscheiden, dürfte ich nicht das Grab meines deutschen Schwiegervaters auf einem deutschen Athener Soldatenfriedhof besuchen. Dagegen spräche nämlich erstens, daß ich die Tochter eines KZ-Häftlings von Dachau bin, Tante und Onkel in den KZs Ravensbrück und Oranienburg einsaßen, folglich auch ich Opfer der SS-Rassenpolitik bin. Dagegen spräche aber auch, daß im Gemeinschaftsgrab neben meinem Schwiegervater zwei DRK-Schwestern und zwei SS-Leute ruhen. Von meinem Schwiegervater weiß ich aber, daß er Gegner der SS und der NS-Rassenpolitik war. Er ist als simpler Gefreiter eines Pionier-Baubataillons gefallen. Vorher war er Heeres-Bauingenieur. Allein das gilt als Beweis für seine Einstellung.

Krystyna Görlich, Haan

Apostel Pestrus

„Päpstliche Signale": WELT vom 18. April

Bitte, Nein! Der Papst ist Nachfolger des hl. Apostels Petrus, er ist Stellvertreter Christi, er ist sichtbares Haupt der Kirche . . . ; aber er ist kein Nachfolger Christi.

Im katholischen Glauben sind die exakten Feinheiten der Differenzierung entscheidend wichtig.

Es gibt keinen Nachfolger Christi!

Dr. L. Zirkelbach, Bochum 1

Wort des Tages

» Jeder Staat geht zugrunde, der ein Tretrad ist, was dessen Menschen nur bewegen, ohne sich auf dessen Stufe zu erheben. «

Jean Paul, dt. Autor (1763–1825)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Paul Ricœur soll in diesem Jahr den mit 20 000 Mark dotierten Hegel-Preis der Stadt Stuttgart erhalten, der alle drei Jahre vergeben wird. In der Begründung zur Preisvergabe heißt es, daß der in Paris lebende 72jährige Philosoph, der bis 1970 als Professor in Straßburg, an der Sorbonne und in Nanterre lehrte, „die phänomenologische Methode so neu formuliert habe, daß sie zu einer Theorie des Willens geeignet wird". Ricœurs Theorie zur Phänomenologie des Willens hat sich nach Ansicht der Städtischen Jury, der als Berater der Präsident der Internationalen Hegel-Vereinigung Professor **Dieter Henrich** aus München angehört, in der Auseinandersetzung mit den Werken von Georg Friedrich Wilhelm Hegel, Karl Marx und Sigmund Freud bewährt. Der 1913 geborene Ricœur hat eine bedeutsame Theorie zur Geschichte und Politik sowie eine eigene hermeneutische Methodenlehre entwickelt.

*

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, **Lieselotte Funcke**, ist in Rom in Anwesenheit des italienischen Staatspräsidenten **Sandro Pertini** mit dem „Targa-Europa-Preis 1984" ausgezeichnet worden. Dieser Preis wurde 1979 von italienischen Politikern und Publizisten gestiftet. Er wird jährlich verliehen, um Persönlichkeiten in Europa für ihre besonderen Leistungen der Wissenschaft, Kunst, Medizin, Arbeit oder Sport zu ehren.

*

Dem stellvertretenden Hauptabteilungsleiter Musik beim RIAS Berlin, **Hermann Reuschel**, ist das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch Kultursenator **Volker Hassemer** überreicht worden. Reuschel betreut seit Jahren die Konzertreihe „RIAS stellt vor", aus der Dirigenten und Solisten von Weltruf hervorgegangen sind.

*

Der 11. Peter-Wust-Preis der Katholischen Akademie Trier und der Christlichen Erwachsenenbildung in Merzig-Wadern ist in Saarbrücken an Professor **Karl Delahaye** aus Aachen verliehen worden. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wird alljährlich an einen Philosophen, Theologen, Pädagogen, Publizisten, Künstler und Politiker vergeben, der sich um die Erhellung des menschlichen Daseins aus christlichem Verstehen verdient gemacht hat.

*

Zum fünften Mal hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren mit nahezu 20 000 Mark dotierten Lokaljournalistenpreis vergeben. Von den 165 eingereichten Arbeiten erhielt den ersten Preis, dotiert mit 6000 Mark, der „Nordbayerische Kurier" für die Beiträge „Postkartenaktion – Rettet die Entbindungsstation", „Hilfsaktion für Äthiopien", „Unter uns – Eine Plauderei aus dem Redaktionsnähkästchen" sowie „Motorrad-Serie und Leser-Forum". Der mit 4000 Mark dotierte zweite Preis ging an die „Pirmasenser Zeitung" für ihre Serie „Gestatten, selbständig". Der Beitrag „Mein Freund ist Türke" im „Kölner Express" wurde mit dem dritten Preis und 2500 Mark ausgezeichnet. Die Preisverleihung wird Mitte Juni von Bundeskanzler **Helmut Kohl** vorgenommen. Zudem ist vorgesehen, das Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** für die Preisträger einen Empfang gibt.

RUHESTAND

Professor Dr. **Ekhart Berkenhagen**, Direktor der Kunstbibliothek des Staatlichen Museums Preußischer Kulturbesitz in Berlin seit 1973, ist in den Ruhestand gegangen. Die Kunstbibliothek, weltweit geschätzte Spezialbibliothek, trägt im Untertitel die Bezeichnung Museum für Architektur, Modellbild und Grafikdesign. Berkenhagen gehörte ihr insgesamt 30 Jahre an. 1923 in Demmin in Pommern geboren, promovierter Kunsthistoriker über mittelalterliche Handmalereien in Stralsund und im westlichen Pommern, trat 1952 zunächst als freier Mitarbeiter in den Dienst der Kunstbibliothek, bevor er 1955 als Wissenschaftler fest angestellt wurde. Es war die Zeit der Rückkehr der Sammlungen der Bibliothek nach Berlin aus kriegsbedingten Auslagerungsdepots. 1962 übernahm er die Funktion eines stellvertretenden Direktors der Kunstbibliothek unter **Stephan Waetzoldt**, 1973 übernahm er, inzwischen durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und durch rege Ausstellungstätigkeit ausgewiesen, die Leitung des Hauses.

*

Nach 13jähriger Tätigkeit ist der Präsident des Landesarbeitsamtes Berlin, **Helmuth Weicken**, vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**, in den Ruhestand verabschiedet worden. Sein Nachfolger wird der 53jährige **Reinhard Wohlleben**, bisher Leiter der Berufsberatung bei der Nürnberger Bundesanstalt.

WAHL

Der frühere Bundesminister Dr. **Georg Leber** ist in Köln von der Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes für Sozialarbeit (IB) als Vorsitzender des Verbandes mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden. Der IB ist ein freier Träger in den Arbeitsbereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit und berufliche Bildung.

Der Beauftragte der drei evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen bei der Landesregierung und dem Landtag in Düsseldorf, Kirchenrat **Albrecht von Mutius**, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Mutius war maßgeblich beteiligt an der Ausarbeitung des Staatskirchenvertrages zwischen den evangelischen Kirchen und dem Land. 1973 war er in das Amt berufen worden. Zuvor hatte er als Generaldekan im Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn die evangelische Militärseelsorge aufgebaut.

„DDR" übt Rettung der Schätze von Sanssouci

Ost-Berlin: Aggressionshandlungen bedrohen Kulturgüter

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die abgeflaute, aber weiter bestehende öffentlich geförderte Kriegspsychose in der „DDR" nimmt groteske Formen an: Spezialkräfte der „Zivilverteidigung" üben die planmäßige Rettung der Kunst- und Kulturschätze von Sanssouci, dem Schloß Friedrichs des Großen, und der über eine Million Kunstwerke der Staatlichen Mussen in Ost-Berlin bei Katastrophen und „bewaffneten Konflikten". In einem Beitrag für das Organ der Zivilverteidigung nannte Kulturminister Hans-Joachim *Hoffmann* jetzt die Gefahr „militärischer Aggressionshandlungen des Imperialismus" als Grund für derartige Maßnahmen.

Bericht aus Mitteldeutschland

Die „DDR"-Öffentlichkeit erfuhr von derartigen Übungen jetzt erstmals durch die Zeitschrift „Schützen und Helfen" aus dem Ostberliner Militärverlag. Die Zeitschrift erscheint unter der Obhut des „DDR"-Verteidigungsministeriums und wird in der Druckerei dieses Ministeriums hergestellt. Aus Hoffmanns Beitrag in der ersten Ausgabe für 1985 der Zeitschrift geht hervor, daß sämtliche Einrichtungen der „DDR", die Kulturgüter beherbergen, auch einen Stab der Zivilverteidigung mit einem Leiter aufweisen. Innerhalb dieser ZV-Gruppe arbeiten sogenannte „Spezialkräfte Kulturschutzgut". Hoffmann kündigte an, die Ausbildung dieser Fachleute „noch praxisverbundener, besonders beim Einsatz in Gefahrensituationen", zu gestalten.

Aus Hoffmanns Ausführungen ging ebenfalls hervor, daß Ost-Berlin verstärkt daran arbeitet, „Auswahl, Ausbau und Ausstattung" von Depots zur Unterbringung dieser Schätze voranzutreiben. Hoffmann wies darauf hin, daß die „DDR" mit mehr als 600 Museen – bezogen auf die Einwohnerzahl – zu den fünf museenreichsten Ländern der Erde zähle. Es gebe 50 000 „ortsfeste Kulturgüter", die als Denkmale registriert seien. In seinem Beitrag bezeichnete Hoffmann die „aggressive Politik der USA und der NATO" ausdrücklich als die „unvergleichlich größte Gefahr" für diese Kulturgüter. Hinzu kämen Brände, Havarien, Hochwasser, Schnee- und Kälteeinbrüche oder „Gefährdungen, die von industriellen Einrichtungen der näheren Umgebung ausgehen können".

Ganz im Einklang mit der bisher keineswegs abgebauten Militarisierung des öffentlichen Lebens in der „DDR" forderte der Minister nachdrücklich, die Spezialkräfte der Zivilverteidigung „auf den effektiven Einsatz bei Gefahrensituationen vorzubereiten, z. B. auf die Brandbekämpfung, die Rettung von Personen oder die Bergung des Kulturgutes".

In derselben Ausgabe glaubt der Generaldirektor der Staatlichen Museen in Ost-Berlin – das Gegenstück zu den Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Westen der Stadt – zu erkennen, daß *Hoffmanns* Äußerungen keineswegs als Theorie zu verstehen sind. Aus dem Beitrag von Obermuseumsrat Dr. Günter Schade, Generaldirektor der Ostberliner Museen, geht seine Eigenschaft als Leiter der Zivilverteidigung in seinem Amtsbereich hervor.

Seine Darstellung über die Arbeit der Zivilverteidigungsspezialisten im eigenen Hause enthielt zahlreiche militärische Begriffe. Über die regelmäßigen Zusammenkünfte notiert Schade: „Wir beginnen ... mit einer durch den Stabschef erarbeiteten Kurz-Lage ... Die vorbereiteten Dokumente (Bestandsübersichten etc., d. Red.) werden laufend präzisiert und auf den aktuellen Stand gebracht. Für unsere Qualifizierung nutzen wir den Führungspunkt ..."

Daß sich unter den rund 15 000 Mitgliedern der Zivilverteidigung auch viele Frauen befinden, ergibt sich aus einem weiteren Beitrag in der erwähnten Ausgabe von „Schützen und Helfen". Hier schildert Ernst Behrendt vom Rat des Bezirks Potsdam die Vorbereitungen der Partei auf mögliche Räumungen der ehemaligen hohenzollernschen Schlösser und Gärten. Im Bezirk Potsdam gibt es demnach rund 200 000 Exponate „von internationaler Bedeutung", schreibt Behrendt.

Darunter befinden sich die unschätzbaren Kostbarkeiten von Schloß Sanssouci, die alten Meister in der Bildergalerie des Parks von Sanssouci und zahlreiche Einzelstücke. Rund 7500 Exponate seien dabei „von außerordentlichem historischen Wert". In Potsdams Staatlichen Schlössern und Gärten wirkten seit Jahren freiwillige Mitarbeiter der Zivilverteidigung. Sie stünden unter der fachkundigen Leitung von Generaldirektor Jochen Mückenberger. Er hatte kürzlich den britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe durch das Schloß des Alten Fritz geführt. In Grüppen und Zügen seien Mitarbeiter mit speziellen Kenntnissen zusammengefaßt. „Ihnen sind Sanitäter zugeordnet."

Vietnam-Flüchtlinge sind Deutschen dankbar

WALTER H. RUEB, Bonn

„Lieber tot als rot", „Schluß mit der Expansionspolitik von Hanoi", „Ohne Hanoi-Regime keine Flüchtlings-Tragödie" stand auf den Transparenten bei Demonstrationen in vielen Städten der Bundesrepublik während der letzten Tage. Die 27 000 vietnamesischen Flüchtlinge in unserem Land gedachten des 10. Jahrestages der kommunistischen Machtergreifung in Süd-Vietnam.

In Stuttgart-Fellbach veranstaltete die „Organisation freies Vietnam" ihre zentrale Kundgebung zusammen mit der „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität", die am gleichen Tag die erste Sendung des von ihr initiierten und finanzierten UKW-Senders „Stimme freies Afghanistan" aufzeichnete. „Den Afghanen fühlen wir Vietnamesen uns stark verbunden, weil sie wie wir unter einem kommunistischen Terror-Regime leiden", sagte der vietnamesische Arzt und Vorsitzende der „Organisation freies Vietnam", Tran Hue, zur WELT. „Seit zehn Jahren werden die Vietnamesen von einem Regime stalinistischer Prägung unterdrückt. Vietnam ist heute von der Sowjetmacht abhängig und von der restlichen Welt isoliert."

Die Vietnamesen in der Bundesrepublik fühlen sich nicht isoliert. Auf Transparenten brachten sie ihre Dankbarkeit gegenüber Deutschland zum Ausdruck. „Dem deutschen Volk unseren herzlichen Dank", leuchtete es schwarz auf weiß aus einem Meer gelber Fahnen mit drei roten Querstreifen. „Die schon länger hier weilenden Vietnamesen haben Arbeit, die Nachzügler leben mit Sozialhilfe ebenfalls frei von materieller Not", sagte Tran Hue. „Den Vietnamesen geht es materiell gut, psychisch schlecht."

Die Vietnamesen in der Bundesrepublik bilden eine heterogene Gruppe unterschiedlicher Abstammung, sozialer Schichten und Sprache mit psychischen Belastungen als Folge der Verfolgung in der Heimat und erlebter Gefahren auf der Flucht sowie seelischen Schwierigkeiten durch Unsicherheit über die Zukunft, ferner durch Sprach- und Eingliederungsprobleme. Mit 4000 Vietnamesen ist Baden-Württemberg zum bevorzugten Zufluchtsort von Vietnamesen in der Bundesrepublik geworden. Tran Hue: „Die deutsche Bevölkerung hat noch Schwierigkeiten, das kulturfremde Verhalten der Flüchtlinge zu verstehen. Vielen Deutschen sind auch die Beweggründe unseres Exodus aus Vietnam unbekannt ... Und es fehlt an Kontakten zwischen den Angehörigen beider Völker, insbesondere bei Erwachsenen und Älteren. Bei den Vietnamesen aber kommt es zu einem langsamen Verfall und Vergessen der eigenen kulturellen Grundwerte, besonders hinsichtlich des Familienzusammenhalts sowie der Solidarität in der Gesellschaft."

Die „Organisation freies Vietnam" setzt sich deshalb für Verständigung und Kontakte zwischen Deutschen und Vietnamesen ein, ferner für Erhalt und Pflege der kulturellen Identität der Vietnamesen, die Förderung der Solidargemeinschaft der Flüchtlinge und schließlich für eine bessere Information der deutschen Öffentlichkeit über die Zustände in Vietnam als Ursache für den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus dem fernen Land.

Resignation aber lassen die Vietnamesen nicht aufkommen. „Noch ist Vietnam nicht verloren", war auf einem Transparent bei der vietnamesischen Kundgebung in Stuttgart in Französisch zu lesen. Aus Colmar, Nancy und Straßburg war eine französische Delegation in die schwäbische Metropole gekommen. „Deutschland ist die erste Etappe einer Informationsreise zu den Vietnamesen in ganz Europa", sagte Ange Bujoli. Nach Angaben des gaullistischen Parlaments-Attachés und Beauftragten seiner Partei für die asiatischen Länder leben in der ganzen Welt eine Million, in Europa immerhin 270 000 vietnamesische Flüchtlinge.

„Um sie gilt es sich zu kümmern", forderte Lai The Hung, Präsident der „Föderation vietnamesischer Flüchtlinge von Frankreich, Deutschland, Schweiz und Belgien". Lai The Hung gab bekannt, daß in Straßburg am 4. Mai Flüchtlinge aus ganz Europa für „Freiheit in Vietnam, Kambodscha, Laos, Afghanistan und Polen" demonstrieren. „Die Vietnamesen ziehen bis vor das Europa-Parlament. Ihr Ziel ist es, die Öffentlichkeit für die Situation der Länder Südostasiens unter kommunistischer Herrschaft zu sensibilisieren. Pierre Pflimlin, Präsident des Europa-Parlaments, empfängt eine Delegation der vietnamesischen Flüchtlinge."

„Eine intellektuelle Wende im Westen“

Vor der Macht der Interessengruppen und vor Schlagworten wie „neue Armut“ warnt der prominente Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek in einem Gespräch mit der WELT. Zwischen Präsident Reagan und dem früheren Bundeskanzler und Wirtschaftsminister Erhard zieht er Parallelen. Über Reagan sagt Hayek: „Er ist kein Intellektueller. Aber ich glaube, er hat einen sehr guten Instinkt.“ Hayek bezeichnet die Prinzipien Privateigentum, Kontrakt und Ehrlichkeit als die Grundregeln freien Wirtschaftens. Das Interview führte Wilfried Hertz-Eichenrode.

Mit der Beweglichkeit eines Jüngeren erhebt sich des Professors schmale Gestalt aus dem Sesselstuhl, als ich im Kollegien-Gebäude II der Freiburger Universität durch die Tür des Arbeitszimmers trete. Der unverfälscht österreichische Tonfall gibt dem kritischen Satz, mit dem ich begrüßt werde, versöhnlichen Schmelz: „Hoffentlich wissen Sie, was Sie wissen wollen.“ Zwei braune Augen mustern mich abschätzend mit blankem Spott. Das alles soll wohl heißen: Bitte, stehle einem alten Mann nicht die kostbare Zeit. Professor Friedrich August von Hajek, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften (1974) und des Ordens „Pour le Merite“, nimmt sich die Zeit für ein Interview mit der WELT.

Am 8. Mai vollendet er das 86. Lebensjahr. Unser Gespräch beginnt mit der Bonner Wende. Sie ist der exemplarische Versuch, den Prozeß zu immer mehr Sozialismus umzuwenden durch Rückkehr zur Marktwirtschaft.

WELT: Hat die Politik von Bundeskanzler Kohl in diesem Sinn exemplarische Bedeutung?

von Hayek: „Ich habe diesen Eindruck. Es ist eine große intellektuelle Wende im Gange. Mir tun die Sozialisten mit ihrem Enthusiasmus fast leid, weil ihnen die intellektuelle Basis entzogen wird. Viele Menschen mit den besten Absichten müssen verzweifeln in Anbetracht dessen, woran sie geglaubt haben. Und das hat tiefe Gründe. Jener Übermut der ‚Vernunft‘, die geglaubt hat, sie könne sich von den traditionellen Moralregeln freimachen, ist außerstande zu erkennen, daß wir unsere Zivilisation einer Tradition verdanken, die wir intellektuell nicht begründen können.“

WELT: Das müssen Sie genauer erklären …

von Hayek: „Ich nenne die alten Prinzipien Privateigentum, Kontrakt und Ehrlichkeit, die – wie ich es nenne – eine ausgedehnte Ordnungsmöglichkeit darstellen – ausgedehnt deshalb, weil es eine Ordnung ist, die unsere Sicht übersteigt, die wir nicht ‚machen‘ können. So lange man davon ausging, der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei ein Wertproblem, konnte man im guten Glauben sein, wir hätten uns mit intellektuellen Einwänden auseinanderzusetzen. Nun stellt sich heraus, daß die Vorstellung, wir hätten die Macht, alle Dinge so zu arrangieren, wie es uns am besten gefällt, ein Irrtum ist.“

Die „große intellektuelle Wende“, von der Hayek spricht, erkennt er auch in der Politik des britischen Premierministers, Frau Thatcher, und des US-Präsidenten Reagan. Amüsiert berichtet er von seinen Begegnungen mit ihnen. Beide haben ihm gesagt, daß sie „ihre Ideale bei mir formuliert gefunden“ *hätten*. Frau Thatcher habe ihn mit den Worten begrüßt: „Ich weiß, was Sie mir sagen wollen. Sie wollen mir sagen, ich war zu langsam. Das weiß ich selber.“ Hier merkt von Hayek an, gerade der britische Premier sei in solchem Maß von der Zustimmung seiner Regierung abhängig, daß er wirklich nicht machen könne, was er wolle.

Hatte Frau Thatcher gesagt, sie verstehe die Philosophie von Hayeks und habe viel daraus gelernt, so trat Reagan dem berühmten Wissenschaftler mit dem Kompliment entgegen, als er jung gewesen sei, habe ihm einmal jemand eines seiner Bücher gegeben, er habe hineingeschaut und darin vieles interessant und sehr gut gefunden. Dazu meint von Hayek: „Das war typisch Reagan.“

Vor Reagan hatte der Professor vier andere US-Präsidenten kennengelernt, darunter Kennedy. Der habe ihn etwa so begrüßt: „Ich freue mich, Sie zu treffen, ich habe alle Ihre Bücher gelesen.“ Der Professor lacht schallend, als er klarstellt: „Davon war kein Wort wahr. Reagan in seiner Bescheidenheit war ehrlich.“

Interessant sind die Urteile, die von Hayek aus der Distanz des wegweisenden Wissenschaftlers abgibt. Über Frau Thatcher sagt er: „Sie ist intellektuell auf ihre politischen Probleme völlig vorbereitet. Sie ist selbst eine Intellektuelle. Sie hat die Dinge verstanden und beherrscht sie. Im ganzen verstehe ich, was sie tut, und ich glaube, daß sie richtig handelt, besonders, daß sie in der englischen Situation als erste Aufgabe den Kampf ge-

> ›› Interessant sind die Urteile, die von Hayek aus der Distanz des wegweisenden Wissenschaftlers abgibt. Über Frau Thatcher sagt er: ‚Sie ist intellektuell auf ihre politischen Probleme völlig vorbereitet. Sie ist selbst eine Intellektuelle. Sie hat die Dinge verstanden und beherrscht sie. Im ganzen verstehe ich, was sie tut, und ich glaube, daß sie richtig handelt, besonders, daß sie in der englischen Situation als erste Aufgabe den Kampf gegen die Gewerkschaften aufgenommen hat.‘ ‹‹

gen die Gewerkschaften aufgenommen hat. Sie hat klar gesehen, daß gegen die in England übermäßige Macht der Gewerkschaften eine Marktwirtschaft praktisch nicht mehr zu führen war. Deshalb hat sie den Kampf mit der streikenden Bergarbeiter-Gewerkschaft eisern durchgestanden.“

Reagan charakterisiert der Professor so: „Er ist kein Intellektueller. Aber ich glaube, er hat einen sehr guten Instinkt. Ich kann das insofern beurteilen, als er seine Berater in weitem Maße von Institutionen in Amerika genommen hat, die ich gut kenne. In der Auswahl der Persönlichkeiten war er sehr vernünftig. Er hat dieselben Leute genommen, die auch ich genommen hätte.“

WELT: Wie beurteilen Sie seine Politik?

von Hayek: „Beide, Frau Thatcher und Reagan, versuchen, in der Richtung zu arbeiten, die ich für wünschenswert halte. Allerdings ist mir bei Reagan vieles unverständlich. Aber daran sind wahrscheinlich seine ökonomischen Berater schuld. Diese ganze Geschichte mit der riesigen Überschuldung ist mir nicht recht verständlich, obwohl man mir da eine Erklärung genannt hat, die möglicherweise richtig ist. Es wurde mir gesagt, Reagan habe eingesehen, er könne nur dann eine weitere Steigerung der Staatsausgaben verhindern, wenn der Staat so große Schulden hat, daß jeder einsieht, er könne auf keinen Fall noch mehr ausgeben. Daß er ganz bewußt in diese Schulden hineingehe, um dem Kongreß zu zeigen: Wir dürfen die Ausgaben nicht weiter steigern. Das mag richtig sein, obschon ein gewagtes Spiel, aber doch eine Bemühung in der richtigen Richtung – wobei ich im ganzen Reagans Instinkt traue.“

WELT: Aber ein gewagtes Spiel?

von Hayek: „Reagan ist nicht sehr verschieden von Ludwig Erhard, der ja auch – obwohl er weit mehr ein Intellektueller war als Reagan – nicht zuletzt von Instinkten geleitet wurde. Ich habe Erhard bewundert, weil er das Richtige erkannt hat, ohne auf komplizierten Wegen dahinzukommen. Reagan ist in mancher Beziehung ähnlich, obwohl Erhard Professor der Nationalökonomie war und Reagan ein Kinoschauspieler. Daß jemand mit seinem Hintergrund so viel versteht, ist erstaunlich.“

Nach so freimütigen Aussagen über Frau Thatcher und Ronald Reagan will ich hören, was von Hayek über Bundeskanzler Kohl denkt. Seine Antwort: „Wir müssen sehr dankbar sein für das, was er erreicht hat. Im großen und ganzen ist Deutschland heute politisch eines der vernünftigsten Länder auf unserer Welt. Mehr ist in einem Land, in dem die Intellektuellen meinungsmäßig derartig vorherrschen, kaum zu erwarten. Ich bin davon überzeugt, daß der Sozialismus ein Geschäft der Intellektuellen ist, und Deutschland ist ein Land der Intellektuellen. Gerade in den meinungsbestimmenden Schichten ist die Tendenz zum Sozialismus schon unwahrscheinlich stark. In einem solchen Land ein so ordentliches und vernünftiges Team zusammenzubringen, das eine Marktwirtschaft anstrebt, wie es Kohl gelungen ist, das ist überraschend.“

Dann folgt eine Einschränkung: „Aber wenn ich ehrlich bin: Er tut nicht, was er tun sollte. Doch er kommt wohl an das Vernünftige so nahe heran, wie das heute in Deutschland politisch möglich ist. Mich beunruhigt sehr, daß ein Prozeß in Gang kommt, der langsam wieder von der Marktwirtschaft wegführt. Allerdings bin ich nicht überzeugt, daß ich es in seiner Position besser machen könnte.“

WELT: Was müßte der Bundeskanzler nach Ihrer Meinung tun?

von Hayek: „Anerkennen, daß es auch in seiner Partei Sozialisten gibt. Zum Beispiel nenne ich die Bauern und Landwirte, die sich gewiß nicht als Sozialisten fühlen, aber so handeln, als wären sie welche. Kohl müßte sich gegen sie wehren. Aber es kann sein, daß man in Deutschland nicht am Ruder bleiben kann, wenn man nicht gewissen Interessengruppen Konzessionen macht. Kohl mag das Maximum dessen tun, wofür er eine Mehrheit erhalten hat. Es ist mein Eindruck, daß Kohl ein tiefes Verständnis für die Probleme hat. Er ist ein geschickter und ein sehr anständiger Mann.“

Wir wechseln das Thema. Ob es nicht das Wichtigste sei, die Inflation auf Null zu bringen, frage ich. Antwort: „Solange die Geldausgabe ein Monopol der Regierung ist, werden wir kein anständiges Geld bekommen …“

WELT: Monopol der Bundesbank?

von Hayek: „Solange es irgendein Monopol ist. Ich habe die Idee in die Diskussion geworfen, daß man konkurrierende Gelder haben soll. Wettbewerb! Von Anfang an war mir klar, daß die Form, in der ich es vorgeschlagen hatte, nämlich daß es tatsächlich verschiedene umlaufende Gelder in einem Land geben solle, eine Utopie war. Dem kann oder wird keine Regierung zustimmen. Ich habe jetzt eine neue Idee und hoffe, sie demnächst zu lancieren. Es ist mir die sehr einfache Idee gekommen, daß in der modernen Gesellschaft es gar nicht notwendig ist, umlaufende Gelder auszugeben. Es wäre genug, stabile Kredite zu offerieren, die jederzeit mit so viel der umlaufenden Gelder eingelöst werden, als erforderlich ist, um eine gegebene Liste von Rohmaterialien zu kaufen.“

WELT: Was wäre der Vorteil gegenüber dem jetzigen Zustand?

von Hayek: „Daß diese Einheit – die Kredite – wirklich stabil gehalten werden kann und alle umlaufenden Gelder sich der stabilen Einheit anpassen müssen. Wir hätten also eine internationale Einheit, für die ich schon einen besseren Namen habe, den ich aber noch nicht preisgeben will. Nennen wir sie also ‚solid‘ (im Sinn von ‚fest‘, die Red.).“

WELT: „Solid“ – was ist das?

von Hayek: „Das ist einfach eine Bezeichnung wie Mark oder Dollar oder – um einen historischen Namen zu nehmen – Dukaten. Wenn private Institutionen in den Hauptzentren Kredite in ‚Solids‘ ausgeben und sich verpflichten, sie jederzeit gegen so viel der umlaufenden Gelder einzulösen, als erforderlich ist, um eine lange Liste von Rohmaterialien umzusetzen, so kann das – glaube ich – keine Regierung verhindern. Offenbar enthält das deutsche Währungsgesetz eine spezielle Vorkehrung, die eine solche Regelung in Deutschland unmöglich macht. Aber international ginge es, und dann kann sich auch Deutschland der Sache nicht entziehen.“

WELT: Was hätte der sprichwörtliche kleine Mann davon?

von Hayek: „Ich hoffe allen Ernstes, neben der heutigen Geldwirtschaft eine Entwicklung von Institutionen ins Leben zu rufen, die es für jedermann möglich macht, wertstabile Guthaben zu erwerben, die man jederzeit in umlaufendes Geld umwandeln kann. Wenn das einmal auf die Bahn gesetzt ist, wird es unaufhaltsam um sich greifen. Mein Hauptproblem ist dabei nicht so sehr, daß Bankiers sich fürchten, da einzusteigen, weil es zu riskant sei. Das kann es gar nicht sein. Wenn Bankiers überhaupt in der Lage sind, einen realen Zins zu zahlen, müssen sie auch in der Lage sein, einen realen Wert zu erhalten, wenn sie keinen Zins zahlen müssen. Das wirkliche Problem ist: Steigt man in diese Sache ein, so kann man das nicht begrenzen. Soll der Wert konstant erhalten bleiben, muß man jede Nachfrage befriedigen. Man kann nie sagen: Jetzt höre ich auf, ich nehme nichts mehr. Denn dann würde der Wert in die Höhe schnellen. Es geht also darum, sich in ein Unternehmen einzulassen, dessen Dimensionen nicht absehbar sind.“

WELT: Und wie lösen Sie das Problem?

von Hayek: „Ich versuche, die Bankiers damit zu beruhigen, daß die Konkurrenz sie solcher Sorgen sehr schnell entledigen werde. Wenn die Sache so erfolgreich wird, daß man fürchten muß, der Dimensionen nicht mehr Herr werden zu können, dann kommt bestimmt der Konkurrent und greift zu.“

Wir kehren zu den Tagesthemen zurück. SPD und DGB laufen mit der Parole von der „neuen Armut“ Sturm.

WELT: „Neue Armut“ – das soll wohl heißen, daß die Rückkehr zu mehr Marktwirtschaft die soziale Gerechtigkeit zerstöre?

von Hayek: „Wer will behaupten, daß wir die soziale Gerechtigkeit erreicht hätten, obwohl niemand sagen kann, was dieser Begriff überhaupt bedeutet?“

WELT: Jedenfalls wird er fleißig gebraucht …

von Hayek: „Schon in unserem letzten Gespräch (die WELT vom 4. Februar 1983) hatte ich gesagt und wiederhole es: ‚Soziale Gerechtigkeit‘ ist ein Unsinnswort, weil es unerfüllbare Wünsche ausdrückt. Es ist ein gefährliches Schlagwort.“

WELT: SPD und DGB behaupten, die Marktwirtschaft allein sei nicht imstande, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Besteht akute Gefahr, daß die Massenarbeitslosigkeit die Marktwirtschaft in Mißkredit bringt?

von Hayek: „Nicht mit Recht, dennoch kann so argumentiert werden. Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Problem des Mangels an Flexibilität der Löhne. Ich behaupte nicht, daß die Löhne zu hoch seien, sondern daß die Lohnstruktur zu starr ist. Sie paßt sich nicht den Ausnahmen und veränderten Bedingungen an. Löhne müssen sowohl steigen als fallen können. In einem System, in dem die Löhne nicht fallen können, kein einziger Lohn als solcher fallen kann, muß es zu Massenarbeitslosigkeit kommen. Schuld an der Massenarbeitslosigkeit sind die Gewerkschaften.“

WELT: Im Jahre 1980 sagten Sie in einem Interview mit der WELT (Ausgabe vom 28. Januar 1980), Sie *befürchteten in den nächsten* 15 Jahren eine permanente Wirtschaftskrise, die sich durch Wechselbäder von inflationistischen Explosionen und ihnen folgender Stabilisierungskrisen verschärfen werde. Haben Sie diese Befürchtung noch immer?

von Hayek: „Es ist nicht so schlimm gekommen, wie ich es befürchtet hatte. Aber was mich jetzt beunruhigt, ist, daß die Stimmung sich verändert, daß tatsächlich die Vorstellung besteht, die Marktwirtschaft sei an der Arbeitslosigkeit schuld. Wir könnten annähernde Vollbeschäftigung haben, wenn nicht jedermann glaubte, ein Recht auf einen bestimmten Lohn zu besitzen. Dies ist ein Problem der Gewerkschaften, genauer: Das ist das sehr interessante Problem der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Sozialismus, obwohl beide eigentlich so unverträglich wie nur möglich sind. Denn die Gewerkschaften würden in einer sozialistischen Wirtschaft viel wirksamer ihrer Macht beraubt. Aber bis die Sozialisten am Ruder sind, stützen sie noch die Gewerkschaften, und diesem Kompromiß zwischen Sozialismus und Gewerkschaften verdanken wir im wesentlichen die Arbeitslosigkeit.“

Nach diesem aktuellen Teil des Gespräches vertiefen wir uns in grundsätzliche Fragen: Sozialismus-Debatte, Moral, Bevölkerungsexplosion. Darüber soll in einem zweiten Beitrag berichtet werden. Als ich mich verabschiede, entläßt mich Professor von Hayek lächelnd mit den Worten: „Sie haben gewußt, was Sie wissen wollten.“



Professor Friedrich August von Hayek feiert am 8. Mai seinen 86. Geburtstag. Der Wirtschaftswissenschaftler erhielt für sein Werk, das stets mit umfangreicher Lehrtätigkeit in Österreich, Großbritannien, den USA und Deutschland verbunden war, 1974 den Nobelpreis. Die Begründung erwähnt die „bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie und die tiefgründige Analyse der wechselseitigen Abhängigkeit wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Phänomene“. Früher im österreichischen Staatsdienst tätig, ging er 1931 als Professor an die London School of Economics. Dort entstand sein berühmtes Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ (The Way to Serfdom, 1944), ein ausdrucksvoller und leidenschaftlicher Versuch, die liberale Gesellschaft gegen alle Anfechtungen zu verteidigen. 1979 vollendete von Hayek das dreibändige Werk „Recht, Gesetzgebung und Freiheit“. *Hayek lebt heute in Freiburg.*
FOTO: MANFRED RICHTER

Grenzenlose Luftverschmutzung

Der Industriedreck aus der „DDR“ und der CSSR belastet auch die Bundesrepublik

Von B. MARQUARDT

Die lufthygienische Situation im nordbayerischen Grenzgebiet (Hof, Arz berg und Selb) ist, bedingt durch die Umweltverschmutzung in der „DDR“ und der CSSR, gegenwärtig verheerend. Mitte Februar 1985 meldete das lufthygienische Überwachungssystem des Landesamts für Umweltschutz eine Schwefeldioxydkonzentration von durchschnittlich 0,72 mg pro Kubikmeter und Tag. Maßnahmen im Umweltschutz sind im gemeinsamen deutschen Interesse dringend erforderlich, um Fortschritte zu erzielen. Schwefelsaure Rauchgase, die von Osten nach Westen gehen, lassen sich durch Stacheldraht und Mauer nicht aufhalten.

Initiativen des Westens, wie sie die bayerische Landesregierung vorgelegt hat, sind im Interesse der Natur dringend erforderlich. Der Energie-Engpaß der „DDR“ wirkt sich auch auf die Bundesrepublik aus, denn die „DDR“ heizt zunehmend auf Kosten der sauberen Luft in ihren Nachbarländer.

Die „DDR“ hat Anfang der 80er Jahre ihre Energiepolitik drastisch geändert. Für sie bergen die sowjetischen Erdöl- und auch Erdgaslieferungen außerordentliche Probleme, weil diese Waren im Austausch der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als sogenannte „harte Güter“ gelten, die man den Sowjets nur gegen Devisen abkaufen kann. Setzte man zwei Jahrzehnte lang auf das Erdöl, beispielsweise in der Chemie, so soll nunmehr wegen solcher Schwierigkeiten der heimische Energieträger Braunkohle verstärkt genutzt werden. Die Förderung von Braunkohle soll bis 1985 auf jährlich 295 Millionen Tonnen gesteigert werden. Dazu muß die „DDR“ künftig aber mehr Braunkohle in der Region Halle-Leipzig fördert. Wenn diese besonders schwefelhaltige Braunkohle nun aber in Kraftwerken verfeuert wird, dürften die Schwefeldioxyd-Emissionen in der „DDR“ merklich zunehmen.

Auch die Kohleveredelung belastet die Umwelt zusätzlich. Bereits in den 70er Jahren mußte die „DDR“ eine doppelt so hohe Belastung mit Schwefeldioxyd je Quadratkilometer hinnehmen wie die Bundesrepublik. Während hierzulande aber viel zur Rauchgasentschwefelung getan wird, stehen dafür in der „DDR“ kaum finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung. Der Finanzierungsengpaß bestimmt den Umweltschutz in der „DDR“.

Ein Großteil der Emissionen aus den Schornsteinen der Kraftwerke und Chemieanlagen in der „DDR“ belasten zunehmend die Nachbarländer, insbesondere die Bundesrepublik. Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“, scheiterten bisher an der Kostenfrage. Die „DDR“ forderte, daß die Bundesrepublik sich finanziell an der Installierung von Rauchgasentschwefelungsanlagen beteiligt. Angesichts der Zahlungsbilanzschwierigkeiten der „DDR“ wird es unwahrscheinlich, daß dem Umweltschutz dort eine höhere Priorität eingeräumt wird.

In den Massenmedien der „DDR“ finden sich selten Hinweise auf Umweltbelastungen. Zwar gibt es ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und im Jahre 1970 wurde das Landeskulturgesetz als Grundlage des Umweltschutzes in der „DDR“ verabschiedet, doch unterliegen die Mitarbeiter des Ministeriums der Geheimhaltungspflicht, so daß wichtige Informationen der Öffentlichkeit nicht zugängig sind.

Untersuchungen weisen vier Zentren aus, in denen in der „DDR“ auf engem Raum mehr als die Hälfte der industriellen Güter produziert werden und Umweltverschmutzung sowie Luftverunreinigung bedenkliche Ausmaße annehmen. Es sind die Bezirke Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Ost-Berlin. Die Werte liegen dort erschreckend hoch.

Das Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“ im Bezirk Cottbus nimmt eine herausragende Stellung in der industriellen Landschaft der „DDR“ ein. Braunkohle (Schwefelgehalt 3 bis 5 Prozent), zur Zeit noch wichtigster Energieträger des Landes, wird dort an Ort und Stelle in acht Kraftwerken zur Elektrizitätsgewinnung verheizt.

Doch wo immer fossile Brennstoffe verfeuert werden, wird Schwefeldioxyd freigesetzt. Im Umkreis von Cottbus sind nur noch ein Fünftel aller Bäume gesund und 10 Prozent der Waldbestände völlig vernichtet. Ökonomie geht hier vor Ökologie. Die SED-Führung kümmert sich wenig um die negativen Begleiterscheinungen der Industrialisierung in ihrem Land.

Eine international vergleichende Studie hat herausgefunden, daß bezogen auf Schwefeldioxyd und Staub, den beiden Hauptindikatoren der Luftbelastung, „am oberen Ende der Skala nicht etwa Tokio, Chicago, Madrid oder die Städte des Ruhrgebietes standen, sondern die Industriereviere um Halle, Zwickau und Leipzig ...“ Der Jahresdurchschnitt dieser Städte lag mehr als doppelt so hoch wie die Werte von Chicago, Düsseldorf oder Tokio.“

Schwefel-wolken über Europa

Schwefeldeposition pro Jahr in kg je km²: bis unter 3000 | 3000 - unter 5000 | 5000 - unter 7000 | 7000 und mehr

Emission von Schwefel in 1000 t pro Jahr

Berechneter Schwefelhaushalt der europäischen Staaten 1978 - 1980 - Quelle ECE/EMEP

ZAHLENBILDER

Die Luftverschmutzung in Europa kennt keine Grenzen. Die „DDR“ und die CSSR liegen dabei sowohl beim Ausstoß als auch bei der Ablagerung von Schwefel in der Spitzengruppe. ZEICHNUNG: E. SCHMIDT VERLAG

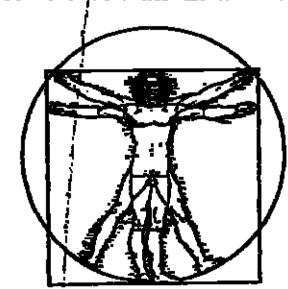
NOTIZEN

Praktischer Arbeitsschutz

Dortmund (lnw) – Beispiele für eine dem Menschen angepaßte Gestaltung von Arbeitsgeräten und -plätzen hat die Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund erstmalig für die Praxis katalogisiert. Die Sonderschrift über „ergonomische Arbeits- und Produktgestaltung“ dokumentiert an 48 Beispielen aus dem Hütten- und Röhrenbereich, wie Lärm- und Schadstoffbelastungen an den Arbeitsplätzen verringert werden können.

Lebensräume schützen

Marburg (DW.) – Dem fortschreitenden Verlust von Pflanzen- und Tierarten sowie Lebensräumen müsse unverzüglich begegnet werden. Dies wird in einem Gutachten über die von der Landwirtschaft



ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen gefordert, das der von der Bundesregierung berufene Sachverständigenrat für Umweltfragen jetzt vorgelegt hat. Sein Vizepräsident, der Marburger Wirtschaftwissenschaftler H. Zimmermann erklärte dazu, die Landschaftsplaner müßten zu diesem Zweck ein „Biotopverbundsystem“ schaffen, das 10 Prozent des ländlichen Raumes einnehme.

Krebsdiagnose

Frankfurt (lhe) – Als weiteren Schritt zur differenzierten Diagnose von Krebs wurde jetzt auf dem Kongreß der deutschen Gesellschaft für Zytologie (Zellkunde) das erste automatisierte Untersuchungssystem für Zellgewebe vorgestellt. Der computergesteuerte Apparat kann Zellmaterial darauf untersuchen, ob es entartet ist. Nach der Erprobung des Prototyps soll das Projekt zum Jahresende für die klinische Prüfung freigegeben werden.

Die Bienenzucht ist bedroht

Die schädliche Varroa-Milbe hat sich über die ganze Bundesrepublik ausgebreitet

Von LUDWIG KÜRTEN

Wachsende Schäden verursacht den deutschen Imkern ein winziger Schädling, der sich vor einigen Jahren in den heimischen Bienenstöcken eingenistet und inzwischen so stark vermehrt hat, daß die Bienenzucht akut bedroht ist. Die Varroa-Milbe ist ein nur 1 Millimeter großes Tier, das vor allem die Bienenbrut bevorzugt, aber auch die erwachsenen Tiere befällt. Sie durchbohrt mit ihren Mundwerkzeugen den Chitinpanzer der Biene und saugt deren Körperflüssigkeit.

Wenn eine Bienenpuppe von zahlreichen Milben befallen ist, verliert sie dabei soviel Hämolymphe – so nennt man das „Blut“ der Insekten –, daß sie sich nicht normal entwickeln kann. Als erwachsene Arbeitsbiene leistet sie dann weniger und stirbt vorzeitig. Bei massivem Befall geht das Bienenvolk ein.

Ursprünglich war die Varroa-Milbe nur in Asien beheimatet und lebte auf einer dort heimischen Bienenart. Erst in der Nachkriegzeit, als die Europäer unsere Honigbiene Apis mellifera bei Entwicklungshilfeprojekten in den asiatischen Raum einführten, begann der Parasit auch auf diesen Wirt überzuwechseln. Bei der europäischen Biene richten die Milben jedoch, im Gegensatz zu den asiatischen Arten, großen Schaden an. Im Lauf der 70er Jahre wurde die Milbe dann auch in Europa eingeschleppt, in der Bundesrepublik tauchte sie erstmals 1977 auf.

In den vergangenen 8 Jahren hat sie sich flächendeckend ausgebreitet und in den Bienenzuchten so stark vermehrt, daß viele von ihnen von der Vernichtung bedroht sind. In der Bundesrepublik sind in den letzten zwei Jahren nach Auskunft von Fachleuten bereits mehrere tausend Völker eingegangen. Angesichts der großen Bedeutung, die Bienen als Blütenbestäuber für die heimische Pflanzenwelt und vor allem auch für den Obstbau besitzen, können die Folgen dieser Epidemie noch gar nicht abgesehen werden.

Die Bekämpfung dieser Parasiten ist außerordentlich schwierig, vor allem weil im Sommer die Milben in den eingedeckelten Brutwaben sitzen und mit Chemikalien schlecht erreichbar sind. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der engen Verwandtschaft zwischen Wirt und Parasit – beide gehören zu demselben Tierstamm. Ein Bekämpfungsmittel muß aber gezielt die Milbe töten, ohne die Bienen zu schädigen. Außerdem muß gewährleistet sein, daß sich die Substanzen nicht im Honig ablagern, da die deutschen Imker besonderen Wert auf ihren „naturreinen“ Honig legen. Bislang gab es in der Bundesrepublik nur ein einziges zugelassenes Verfahren gegen die Milben. Dabei wurden die Bienenstöcke mit einer bromhaltigen Substanz ausgeräuchert. Diese Behandlung war aber auch für die Bienen nicht ganz ungefährlich.



In diesem elektronenmikroskopischen Bild wirkt die Varroa-Milbe wie ein Ungeheuer, sie ist aber nur 1 Millimeter groß. Es handelt sich um das Larvenstadium, das die Bienenbrut befällt FOTO: N.Teworson

Zwei neue Verfahren versprechen jetzt eine Besserung. Man entwickelte ein flüssiges Bekämpfungsmittel, das mit Zuckerwasser versetzt in den Stock geträufelt wird. Die Bienen lecken es auf und geben es, wie bei diesen Insekten üblich, an ihre Stockgenossinnen weiter. Die Milbe nimmt den Wirkstoff dann mit der Körperflüssigkeit der Bienen auf und geht daran zugrunde. Das Mittel ist allerdings verhältnismäßig kostspielig und birgt den Nachteil, daß seine Konzentration im Blut der einzelnen Biene nur schlecht gesteuert werden kann.

Daneben wird auch Ameisensäure als Milbenmittel erprobt. Sie besitzt einen hohen Wirkungsgrad, die Anwendung ist allerdings recht problematisch. Beide Substanzen töten bei optimaler Behandlung einen Großteil der Milben. Sie sind allerdings noch nicht zugelassen. Nur eine schnelle Anwendung wird jedoch verhindern können, daß noch größere Verluste in den Bienenzuchten auftreten. Diese sind in diesem Jahr besonders gefährdet, da der kühle und nasse Sommer 1984 und der harte Winter sie zusätzlich dezimiert haben.

In Frankreich und in den Ostblockländern wird die Varroa-Milbe seit Jahren erfolgreich mit einem Amin-Präparat bekämpft, das man in die Bienenstöcke sprüht. Es verbindet hohe Wirksamkeit mit einem sehr niedrigen Preis. In der Bundesrepublik kann es jedoch wahrscheinlich nicht zugelassen werden, da es im Verdacht steht, krebserzeugend zu sein.

Wissenschaftler suchen zur Zeit nach weiteren Verfahren. Hier stehen vor allem biologische oder „integrierte“ Schädlingsbekämpfungsmethoden im Vordergrund. Man versucht, ausgehend von den inzwischen über den Parasiten gewonnenen Kenntnissen, durch eine gezielte und kombinierte Anwendung von besonders gestaltetem Stöcken und von mehreren chemischen Mitteln den Parasiten soweit zu kontrollieren, daß seine Zahl unter der Schadgrenze bleibt.

Ihn ganz auszurotten, wird nicht mehr möglich sein. Also muß man versuchen, so gut wie möglich mit diesem eingeschleppten Schädling zu leben, ohne daß den Imkern und unserer Ökologie Schaden entsteht.

NACHRICHTEN

Barth Judo-Bundestrainer

Hannover (dpa) – Der Münchner Paul Barth, ehemaliger deutscher Judo-Meister im Halbschwergewicht, ist neuer Bundestrainer für die Frauen-Nationalmannschaft des Deutschen Judo-Bundes.

Chris Evert-Lloyd gewählt

Los Angeles (sid) – Die Tennisspielerin Chris Evert-Lloyd ist von den Lesern einer Zeitung in Los Angeles zur „größten Sportlerin der letzten 25 Jahre" in den USA gewählt worden.

Ski-Trainer abgesetzt

Innsbruck (sid) Karl Kahr, alpiner Cheftrainer der österreichischen Ski-Nationalmannschaft, ist seines Amtes enthoben worden. Nachfolger ist der bisherige Trainer des Schweizer Damenteams, Dieter Bartsch.

Reiten: Weinberg Vierter

Jerez de la Frontera (sid) – Der Eschweiler Peter Weinberg belegte auf Lemur beim Großen Preis des Springreiter-Turniers im südspanischen Jerez de la Frontera den vierten Platz.

Gemeinsame Vermarktung

Frankfurt (sid) – Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland und die Stiftung Deutsche Sporthilfe haben sich bei einem Treffen in Frankfurt darauf geeinigt, in Zukunft einer gemeinsamen Gesellschaft die Vermarktung ihrer Embleme zu übertragen.

Sangster gestorben

London (sid) – Der frühere britische Tennisstar Mike Sangster erlag im Alter von 44 Jahren einem Herzschlag beim Golfspielen in Torquay bei London. 1961 hatte er das Halbfinale in Wimbledon erreicht, zwei Jahre später auch die Halbfinals der internationalen Meisterschaften von Frankreich und der USA.

Krokowski nominiert

Gummersbach (sid) – Thomas Krokowski, Kapitän des Tabellenführers in der Handball-Bundesliga VfL Gummersbach, hat für einen Lehrgang der Nationalmannschaft zugesagt. Der 27jährige, der 1983 seinen Rücktritt erklärt hatte, soll bei der Studenten-Weltmeisterschaft im Juni als Abwehr-Organisator in die Nationalmannschaft zurückkehren.

Neuer Fernseh-Vertrag

Hamburg (dpa) – Der Deutsche Sportbund und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ARD und ZDF stehen unmittelbar vor Abschluß eines neuen Fernsehvertrages, rückwirkend vom 1. Januar 1985 für eine Laufzeit von fünf Jahren. Der DSB soll im ersten Jahr vier Millionen Mark erhalten.

ZAHLEN

EISHOCKEY

WM in Prag. Abstiegsrunde: Schweden – „DDR" 7:2, Bundesrepublik Deutschland – Finnland 5:4.

DIE TABELLE

1.Finnland	9	3	2	4	33:32	8:10
2.Schweden	9	4	0	5	37:34	8:10
3.Deutschland	9	2	1	6	34:40	5:13
4.„DDR"	9	0	2	7	15:60	2:16

Heute spielen: „DDR" – Bundesrepublik Deutschland (17.00 Uhr), Finnland – Schweden (20.30).

FUSSBALL

Zweite Liga: Saarbrücken – Nürnberg 3:2. – **EM-Qualifikation** U 21, Gruppe 3: Rumänien – England 0:0.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Deutschland, erste Runde, Einzel: Luna – Higueras (beide Spanien) 6:2, 7:6, Gunnarsson (Schweden) – Jaite (Spanien) 6:2, 6:1, Birner (CSSR) – Ocleppo (Italien) 6:4, 7:5, Simonsson (Schweden) – Feigl (Österreich) 6:2, 6:2, Ostoja (Jugoslawien) – McNamee (Australien) 6:7, 6:2, 6:2, Arraya (Peru) – Schwaier (Deutschland) 6:4, 7:5, de la Pena – Ingaramo (beide Argentinien) 6:3, 6:4, Vilas (Argentinien) – Schapers (Holland) 6:3, 6:2, Glickstein (Israel) – Bengoechea (Argentinien) 6:7, 6:3, 6:4, Clerc (Argentinien) – Masur (Australien) 6:4, 6:4, Taroczy (Ungarn) – McNamara (Australien) 6:3, 7:6, Westphal (Deutschland) – Günthardt (Schweiz) 1:6, 6:2, 6:2, Pecci (Paraguay) – Perkiss (Israel) 6:3, 6:3, Navratil (CSSR) – Osterthun (Deutschland) 6:3, 6:4, Gildemeister (Chile) – Lewis (Neuseeland) 4:6, 6:4, 7:6, Maurer (Deutschland) – Benhabiles (Frankreich) 6:2, 6:1, Brown (USA) – Perez (Uruguay) 6:4, 6:2, Soares (Brasilien) – Willenborg (USA) 6:7, 6:3, 6:2, Mecir (CSSR) – Frawley (Australien) 6:1, 6:3, Popp (Deutschland) – Tulasne (Frankreich) 6:3, 6:3. – Zweite Runde: Maurer – Taroczy 7:6, 6:3, Aguilera (Spanien) – Popp 6:4, 7:5, Pimek (CSSR) – Navratil 6:3, 6:4, Cancellotti (Italien) – Soares 5:3, 6:3, Brown – Pecci 6:4, 3:6, 6:4.

HANDBALL

DHB-Pokal, zweite Runde, Herren, Gruppe Nord: Herdecke – Weiche-Handewitt 30:31, Fredenbeck – Kiel 22:29, Verden – Dortmund 26:22, Essen – Düsseldorf 21:13, Wanne-Eickel – Altenholz 28:25, Hofweier – Reinickendorf 21:22, Gelnhausen – Gummersbach 14:24, Kondringen-Teningen – Nürnberg 16:20, Verden – Dortmund 26:22.

HOCKEY

Länderspiel, (Feld), Herren in Heidelberg: Deutschland – Frankreich 5:2. – **Damen-Länderspiel** in Velbert: Deutschland – Schottland 4:1.

TISCHTENNIS

Play-Off-Runde, 1. Spieltag, Saarbrücken – Jülich 9:3, Düsseldorf – Grenzau 9:6. – Abstiegsrunde: Bad Hamm – Bayreuth 5:9.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000, 2: 103 847,60, 3: 10 251,70, 4: 144,10, 5: 10,20. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 56 787,20, 2: 974,80, 3: 68,10 – **Auswahlwette** „6 aus 45": Klasse 1, 458 434,60, 2: 152 811,50, 3: 8469,90, 4: 67,00, 5: 6,30. – **Rennquintett:** Rennen A, Klasse 1: 2203,20, 2: 222,10. – Rennen B: Klasse 1: 26,90, 2. entfällt, Jackpot: 26 430,40 – Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot: 596 011,40. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Glanzleistung der deutschen Nationalmannschaft beim 5:1 über die CSSR in Prag

- Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft kann die Reise nach Mexiko zur Endrunde der Weltmeisterschaft 1986 fest buchen. Nach dem 5:1-Sieg über die CSSR in Prag führt sie die Gruppe 2 weiterhin ohne Punktverlust an.
- In erstaunlich kurzer Zeit hat Teamchef Franz Beckenbauer einen Kreis von Spielern gefunden, mit denen er immer neue Variationsmöglichkeiten finden kann. Auch Rummenigge ist nicht mehr der große Mann, der nicht zu ersetzen wäre.
- Ist die deutsche Mannschaft schon wieder Weltklasse? Beckenbauer dämpft jede Euphorie. Aber die österreichische „Kronen-Zeitung" schreibt bereits: „Schüsse aus allen Lagen, einfach super. So wird Deutschland bei der WM ein Wörtchen mitreden."

Hier kann eine große Mannschaft heranwachsen

ULRICH DOST, Prag

Es drängt sich förmlich auf, nach dem 5:1 der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen die CSSR in Prag zu jedem Superlativ zu greifen, der sich anbietet. Wie etwa DFB-Präsident Hermann Neuberger, der von „Traumfußball" sprach. Oder wie der Trainer Berti Vogts, der die Leistung der Nationalmannschaft als „Weltklasse" bezeichnete. Zu sehr hatten die deutschen Fußball-Freunde in den letzten Jahren nach solchen Erfolgen gelechzt, nach Siegen, denen kein Makel anhaftet, und die das Produkt der eigenen Stärke und Überlegenheit waren. Die Zweifel sind endgültig beseitigt: Der deutsche Fußball *zählt wieder etwas in Europa*. Die Zeit des Ärgers und der Zweifel ist endgültig vorbei, eine neue Zeit deutscher Fußball-Herrlichkeit kann beginnen. „Ich glaube", so drückte es Torwart und Mannschaftskapitän Harald Schumacher aus, „hier kann eine ganz große Mannschaft heranwachsen."

Darin liegt viel Wahrheit, wenn die Betonung auf „heranwachsen kann" liegt. Denn so weit ist es noch lange nicht, daß schon jetzt Vergleiche mit großen Mannschaften vorgenommen werden können, die Sportgeschichte geschrieben haben. So überzeugend und imponierend der Erfolg von Prag auch war, die ausschlaggebenden Vergleiche mit den wirklich großen Nationen (Brasilianer oder Franzosen) fehlen noch, um der deutschen Nationalmannschaft das Prädikat „Weltspitze" zu verleihen. Aber allein dieser Gedanke beruhigt: Es ist noch gar nicht so lange her, da sah der Weg, den die deutsche Nationalmannschaft zwangsläufig gehen müßte, wie eine Sackgasse aus. Unglaublich schnell fand Teamchef Franz Beckenbauer den kürzesten Weg zu einer Prachtstraße, an dessen Anfang er jetzt mit seiner Mannschaft steht. Beckenbauer: „Unsere Perspektiven sind derzeit wirklich einmalig."

Und die Vergleiche zu der unglücklichen Derwall-Ära, die sich immer wieder aufdrängen, um Veränderungen deutlich zu machen, sollten nun auch ein für allemal vorbei sein. Horst Köppel, der die Mannschaft trainiert, sagt: „Das bringt doch nichts mehr, Schwamm drüber, das ist vorbei. Die Derwall-Ära ist Schnee vom vergangenen Jahr. Wir richten den Blick nur noch nach vorne." Und was sich dort abzeichnet, das besitzt bereits feste Konturen. Noch vor zwei Monaten sprach Beckenbauer davon, daß sich solche „Kraftakte" wie das 2:1 in der WM-Qualifikation in Lissabon gegen die Portugiesen nicht wiederholen lassen, daß seine Mannschaft bei der Weltmeisterschaft im nächsten Jahr in Mexiko sowieso nicht den Titel holen werde, und daß große Fortschritte nun wirklich nicht herbeigezaubert werden könnten. Ob er will oder nicht, ihm bleibt gar nichts anderes übrig, als seine Meinung zu revidieren: „Wenn ich die Variationsmöglichkeiten meiner Mannschaft sehe, dann kann ich mir schon vorstellen, daß wir eine ganz gute Rolle in Mexiko spielen können."

Die Spiellaune, Selbstsicherheit, Disziplin und das Engagement, in den letzten Jahren alles Eigenschaften, die nicht gerade auf den deutschen Profi zutrafen, sind wieder zum Vorschein gekommen. Nun hat es auch der letzte begriffen, daß Beckenbauer auf diesem Gebiet ganze Arbeit geleistet hat. „Die weitere Entwicklung", glaubt Horst Köppel, „die die Mannschaft seit dem überraschenden 2:1 in Portugal durchgemacht hat, ist die, daß solche Erfolge besser verkraftet werden. Die Spieler drehen nicht gleich durch, sie flippen nicht aus und ergehen sich nicht in Selbstherrlichkeit. Thomas Berthold ist der einzige, der für solche Dinge vielleicht anfällig ist, aber da passen wir schon auf, das sehen wir sofort."

Tatsächlich kann sich aus dem Elitekreis wirklich niemand erlauben, für sich selber Ansprüche abzuleiten. Beckenbauer hat es gerade jetzt noch einmal deutlich gesagt: „Wir sind so gut besetzt, daß jeder jeden ersetzen kann." Ein Glücksfall für ihn, denn *gewöhnlich zählen zwölf oder dreizehn* Spieler zur Stammbesetzung, die kaum Konkurrenten zu fürchten brauchen. Bei Beckenbauer spielt derjenige, der fit ist und der ins taktische Konzept paßt. Dem hat sich jeder zu beugen, egal, welchen prominenten Namen er auch trägt.



Vom Torschützen sieht man nur noch den rechten Arm, der sich triumphierend in die Luft streckt: Jubel nach Bertholds 1:0. FOTO: DPA

Auch Karl-Heinz Rummenigge wird in dieser Beziehung umdenken müssen. Bei beiden wichtigen Siegen der Qualifikationsrunde (in Portugal und nun in Prag) fehlte der Star von *Inter Mailand – beide Male lief es* prächtig. Doch die Schlußfolgerung, auf ihn könne Beckenbauer ruhig verzichten, wäre leichtfertig. „Das wäre Wahnsinn", sagt Günter Netzer, Manager des Hamburger SV. Und auch Beckenbauer denkt nicht daran. Zum Kreis der Nationalmannschaft muß Rummenigge immer gehören. Nur was dann passiert, darf Rummenigge nicht selbst so bestimmen, wie er es einst gewohnt war, sondern auch er wird sich den Gegebenheiten anpassen müssen. Horst Köppel: „Selbstverständlich gehört er zum Kreis. Aber er kann nur dann spielen, wenn er die Leistungen auch bringt. Die Zeiten, wie 1982 in Spanien, als ein verletzter Rummenigge zum Finale antritt, wird es nicht mehr geben."

Beckenbauer und Köppel würden sich ins eigene Fleisch schneiden, sie würden vor den Spielern auch unglaubwürdig werden, wenn sie von ihrer Marschroute abgehen würden. Noch beugen sich die Spieler ihren Argumenten, weil sich der Erfolg eingestellt hat, gerade jetzt müssen sie dieser Linie der Gleichbehandlung treu bleiben. Nur dann schluckt ein Klaus Allofs die Degradierung, erst sehr spät eingewechselt zu werden. Nur dann ist sich ein Felix Magath für die Drecksarbeit nicht zu schade, wenn Mathias Herget einen großen Tag im Mittelfeld erwischt hat. Nur dann rückt Herget freiwillig von seinem Libero-Posten, damit Ditmar Jakobs die Abwehr verstärken kann. Nur dann hat der Teamchef die Variationsmöglichkeiten, die er braucht. Beckenbauer: „Wir werden von Spiel zu Spiel entscheiden, in welcher Besetzung wir auflaufen." Gerade das unterscheidet die deutsche Mannschaft von den großen Mannschaften, deren sich stets wiederholende Aufstellung die Fans herunterbeten können.

Doch genau hierin kann die Stärke des Beckenbauer-Teams liegen: Es *bleibt immer unberechenbar*. Die Mannschaft muß nur von Beginn an den Mut haben, durch ihre Eigeninitiative dem Gegner das eigene Spiel aufzuzwingen. In Prag war es so. Und zwar in einem Maße, daß man nun gar nicht so genau weiß, wie gut die CSSR wirklich spielen kann.

Das Spiel in der Statistik

DW., Bonn

Gleich drei deutsche Spieler erzielten in Prag ihr erstes Länderspieltor: Thomas Berthold, Mathias Herget und Lothar Matthäus. Matthäus freute sich besonders, immerhin war es bereits sein 33. Einsatz in der Nationalmannschaft. Er sagt: „Manchmal zweifelte ich schon an mir selbst, denn in der Bundesliga schieße ich ja genug Tore. Ich glaubte schon, ich würde ein Phantom jagen."

Franz Beckenbauer plant bereits für 1986: „Die Bundesliga-Saison geht 1986 am 1. Mai zu Ende, danach bleiben uns vier Wochen Zeit bis zum WM-Beginn. Zuerst gibt es für die Spieler acht Tage Urlaub, anschließend treffen wir uns im Trainingslager." – Das Spiel in der Statistik:

CSSR: Borovicka (31 Jahre/3 Länderspiele) – Fiala (28/41) – Hasek (21/3), Prokes (31/18), Kukucka (28/6) – Berger (29/21), Chaloupka (26/1) ab 64. Zelensky (27/10), Sloup (32/7) ab 46. Chovanec (25/3) – Vizek (30/48), Griga (23/8), Janecka (27/31). – **Deutschland:** Schumacher (31/59) – Jakobs (31/8) – Berthold (20/5), Förster (26/67), Brehme (24/14) – Herget (29/12), Matthäus (24/33), ab. 82. Thon (18/5), Magath (31/31), Rahn (22/5), ab 71. Allofs (28/35) – Littbarski (25/33), Völler (25/26). – **Schiedsrichter:** Quiniou (Frankreich). – **Tore:** 0:1 Berthold (8.), 0:2 Littbarski (22.), 0:3 Matthäus (37.), 0:4 Herget (43.), 0:5 Allofs (82.), 1:5 Griga (86.). – **Zuschauer:** 35 000.

Alle Ergebnisse der Gruppe 2

Schweden – Malta	4:0
Schweden – Portugal	0:1
Portugal – CSSR	2:1
Deutschland – Schweden	2:0
CSSR – Malta	4:0
Portugal – Schweden	1:3
Malta – Deutschland	2:3
Malta – Portugal	1:3
Portugal – Deutschland	1:2
Deutschland – Malta	6:0
Malta – CSSR	0:0
CSSR – Deutschland	1:5

DIE TABELLE

1.Deutschland	5	5	0	0	18:4	10:0
2.Portugal	5	3	0	2	8:7	6:4
3.Schweden	4	2	0	2	7:4	4:4
4.CSSR	4	1	1	2	6:7	3:5
5.Malta	6	0	1	5	3:20	1:11

Die restlichen Spiele der deutschen Mannschaft: 25.9. in Schweden, *16.10 in Stuttgart gegen Portugal*, 17.11. in München gegen die CSSR.

Gruppe 7: Wales – Spanien 3:0.

DIE TABELLE

1.Wales	5	3	0	2	6:5	6:4
2.Spanien	3	2	0	1	5:3	4:2
3.Schottland	5	2	0	3	6:6	4:6
4.Island	3	1	0	2	2:5	2:4

Völler und der fehlende Egoismus

MARTIN HÄGELE, Prag

Der Rat kam von Franz Beckenbauer. Nach Schulterklopfen und Autogrammeschreiben, nach tausendstimmigen Begeisterungs- und Anfeuerungschören („Rudi, Rudi") im Stadion kam für Rudi Völler um Mitternacht die Kritik. Völler, so Beckenbauer, sei ihm für einen Torjäger nicht egoistisch genug. Auch bei Beckenbauer scheint der Mittelstürmer von Werder Bremen als interne Nummer Eins in jenem hochkarätigen Quartett von Angreifern zu gelten, um die man den Deutschen Fußball-Bund inzwischen nicht nur in Europa beneidet: Völler, Rummenigge, Littbarski, Allofs. Vielleicht deshalb die milde Kritik.

Das deutsche Publikum hat schon längst seine Wahl getroffen. Selbst vor seinem Kapitän Karl-Heinz Rummenigge steht, was die Popularität betrifft, deutlich im Schatten des Bremers. In Völler haben die Fußballfans wieder einen Spieler gefunden, mit dem sie sich identifizieren können. So wie früher mit Uwe Seeler.

„Vielleicht liegt das an meinem Vornamen, den kann man so schön langgezogen brüllen", sagt Völler. Aber auch er hat seinen Teil mit dazu beigetragen, daß ihn die Leute nun besonders mögen: „Früher habe ich mich oft hängen lassen, wenn es bei mir nicht richtig lief. Heute resigniere ich im Spiel nicht mehr. Und die Zuschauer erkennen ganz genau, wenn einer richtig kämpft."

So ist es beim 6:0 in Saarbrücken gegen Malta gewesen, diese Geschichte wiederholte sich nun in Prag. Pech, Pfosten, Latte und gute Torwartparaden verhinderten Treffer von Völler. Ausgerechnet bei den Schützenfesten ging der Schützenkönig leer aus. Und trotzdem prasselte auf ihn der meiste Beifall nieder. Daß er und seine Bemühungen so wichtig genommen werden, „tut natürlich gut" (Völler).

Ein Stück bei dieser Entwicklung vom hochbezahlten Fußball-Star zum Volkshelden ist auch das Verdienst von Franz Beckenbauer. Er hat Völler jene Gesten ausgetrieben, mit denen Völler nach einem verlorenen Zweikampf vor Schiedsrichter und Galerie das arme getretene Opfer markierte: ausgebreitete Hände, schräg zwischen die Schulter gezogener Kopf.

Beckenbauer sagt, hunderte Male habe er dem Rudi schon gesagt, die Hände nicht immer so hoch zu werfen, er wolle das nie wieder sehen. In Prag hat Völler diese Unart zum ersten Mal sein gelassen. Aber schon bekommt er vom Teamchef seine nächste Haus- und Denkaufgabe: Er soll egoistischer werden. Daß Völler in manchen Szenen selbstlos Mitspieler bediente, anstatt auf eigene Faust Erfolg zu suchen, daß hängt mit dem gegenwärtig exzellenten Betriebsklima in der Nationalmannschaft, aber auch mit alten Fußball-Kameradschaften zusammen. „Der Litti, der Lothar Matthäus und der Andy Brehme – wir sind doch miteinander in der *U 21 aufgewachsen", sagt Völler*. Und solche persönlichen Beziehungen spielten eben manchmal auch eine Rolle.

Vom Part des Publikumslieblings der Nation sollen nun auch Rudi Völlers Kollegen bei Werder Bremen profitieren. „Beim Zweikampf mit Bayern München sind wir nicht nur auf unser eigenes Publikum angewiesen, auch auf die Zuschauer auswärts. Und da ist es schon ein Vorteil, wenn dich die Leute nicht schon beim Einlaufen ausspeifen." Nicht nur Tore Marke Rudi Völler, auch Sympathiepunkte sollen helfen, um die mit einem Zähler Vorsprung führenden Münchner kurz vor dem Ziel noch einmal abzufangen. So wenigstens wünscht es sich Rudi Völler.

EISHOCKEY / Das Team der Bundesrepublik hat ihr Minimalziel erreicht: Nach Sieg über Finnland keine Abstiegsgefahr mehr

Personaldiskussion für die nächste Saison hat bereits begonnen

dpa/sid, Prag

Um sieben Uhr war gestern morgen in Prag die Nacht beendet. Schrille Marschmusik dröhnte aus hunderten von Lautsprechern und leitete den Tag der Arbeit ein. Zu jenem Zeitpunkt hatte die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft den wichtigsten Teil ihrer Schwerstarbeit bei der Weltmeisterschaft schon verrichtet. Denn wenige Stunden zuvor hatte sie sich mit 5:4-Sieg über Finnland den Klassenerhalt gesichert. Sie hat jetzt drei Punkte Vorsprung vor dem Tabellenletzten „DDR", gegen den sie heute abend im abschließenden Spiel antreten muß. Weil das Spiel bedeutungslos geworden ist, gönnte sie sich am Tag der Arbeit einige Stunden der Muße, in denen Bundestrainer Xaver Unsinn bereits sein persönliches Fazit zog.

„Das war die schwerste WM, die ich je mitgemacht habe, ob als Trainer oder Spieler. Wir haben den Verjüngungsprozeß begonnen, und ich glaube, er ist uns ganz gut gelungen. Einbrüche hatten wir nur gegen die Sowjets und im zweiten Spiel gegen Schweden", resümierte Unsinn. Der Bundestrainer gibt sich zufrieden, obwohl seine Mannschaft nur ein Minimum erreicht hat und dabei sogar noch vom Glück profitierte. Sie hatte Glück, daß die schwachen Finnen ihren absoluten Tiefpunkt ausgerechnet im Spiel gegen Deutschland hatten und sie hatte das Glück, auf indirekte Hilfe durch die „DDR" zu treffen. Nur weil die Spieler aus Ostberlin und Weißwasser international noch großen Aufholbedarf haben, war es Unsinns Mannschaft vergönnt, den Generationswechsel ohne Abstieg in die Zweitklassigkeit zu vollziehen.

Jetzt steht die Mannschaft wieder da, wo Xaver Unsinn sie vor vier Jahren übernommen hat: Auf dem siebten Platz. Mehr war allerdings nicht zu erwarten angesichts der Fortschritte der Konkurrenz. Auch die nähere Zukunft bietet keine rosigeren Perspektiven. Denn der vollzogene Verjüngungsprozeß war nur der erste Schritt. Niemand weiß, in welcher Zusammensetzung sich die Nationalmannschaft in der nächsten Saison präsentieren wird. Einige Spieler haben ihren Rücktritt bereits angekündigt, andere sind noch unentschlossen und wieder andere haben sich in Prag mit ihren Leistungen selbst in Frage gestellt.

Endgültig ist in jedem Fall der Rücktritt des Landshuters Erich Kühnhackl (34). Der Mann, dessen Name zum Symbol für das deutsche Eishockey wurde, wird die Nationalmannschaft nach 15 Jahre verlassen – obwohl ein finnischer Journalist in der Pressekonferenz ironisch fragte: „Spielt Erich Kühnhackl auch noch 1995 für Deutschland?" „Nach den heutigen medizinischen Erkenntnissen bestimmt," konterte Xaver Unsinn, doch Kühnhackls Entschluß ist unwiderruflich. Oberflächlich gesehen verschaffte er sich sogar ein versöhnliches Ende seiner einst strahlenden Karriere, deren Glanz in Prag verblaßte.

Hohn und Zorn hatte er sich zugezogen, weil er in den ersten fünf Spielen nur Mitläufer war, der die Mannschaft Kraft kostete, die andere für ihn opfern mußten. Bessere Leistungen bot er erst, nachdem Xaver Unsinn mehrere längere „deutliche Aussprachen" mit ihm geführt hatte. Gegen Finnland war er dann wieder voll da und erzielte zwei wichtige Tore: Die Treffer zum 3:3-Ausgleich und zum 5:4-Sieg. „Der Erich hat sich nach den vielen Angriffen und Schlägen unter die Gürtellinie noch einmal überwunden. Ich kann ihm nur dankbar sein," kommentierte Xaver Unsinn, der den Kapitän nach den Olympischen Winterspielen 1984 zur Fortsetzung der internationalen Laufbahn überredet hatte. Kühnhackl beendet sie jetzt in dem Land, in dem er aufgewachsen ist (erst als 17jähriger übersiedelte er mit seiner Familie nach Deutschland) und in dem Ort, in dem er 1978 den Durchbruch schaffte. Damals hatte er die Skorer-Wertung gewonnen, hatte die meisten Punkte für Tore und Vorlagen erspielt und damit sogar den russischen Stürmerstar Alexander Maltsew in den Schatten gestellt. Künftig spielt er Eishockey nur noch in der Schweiz, bei Erstligaverein EHC Olten. „Ich bereue nichts, es war eine schöne Zeit und ich wußte immer, daß ich im Mittelpunkt des Interesses stand. Ob positiv oder negativ," zog Kühnhackl einen Schlußstrich.

Sein Nachfolger in der Nationalmannschaft steht schon fest: Ernst Höfner vom Deutschen Meister SB Rosenheim gilt als der designierte Kapitän. Er gehört zu den wenigen unumstrittenen Spielern in der deutschen Mannschaft. Ebenso wie sein Vereinskamerad Georg Franz, der als größte Entdeckung des deutschen Teams gefeiert wurde. Von ihm erhofft sich Xaver Unsinn „Signalwirkung nach unten", nach dem Motto „ja, wenn der der Schorsch das schafft . . .". Georg Franz als vorbildliches Beispiel und Motivation für die junge Bundesligaspieler: „Zuhause sind mit Uwe Krupp, Mike Schmidt, Peter Draisaitl und Ron Fischer weitere Kandidaten, die schon bald wie viele meiner Prager WM-Neulinge international Furore machen können."

Sie könnten die Nachfolger werden falls Udo Kießling, Peter Scharf oder Marcus Kuhl ihre Rücktrittsabsichten in die Tat umsetzen. Oder für die Spieler, auf die Xaver Unsinn wegen enttäuschender Leistungen in Zukunft verzichten kann. Auf Uli Hiemer beispielsweise, der als erster Deutsche in der nordamerikanischen Profi-Liga NHL für die New Jersey Devils spielt. Er erfüllte die Erwartungen nicht. Auch Torwart Karl Friesen spielte unter Form während die künftigen Düsseldorfer Roy Roedger und Manfred Wolf bei allem Einsatz den Spielwitz vermissen ließen. Kämpferisch überzeugend war neben den Rosenheimer Angreifern nur der Kölner Verteidiger Udo Kießling, der sich noch mit verbissenen Einstellung sogar unbeliebt machte in der Mannschaft.

Die Personaldiskussion, bereits vor der Weltmeisterschaft beherrschendes Thema in der Nationalmannschaft, ist noch längst nicht abgeschlossen. In die Spekulationen ist auch der Bundestrainer eingeschlossen, denn er ist nicht in jedem Fall zur Vertragsverlängerung bereit: „Ich muß jetzt mit dem Verantwortlichen sprechen. Da macht sich schon wieder der Gedanke breit, die Nationalmannschaft in die unterste Schublade zu schieben. Aber die Klubs erhalten hohe Ablösegebühren. Da kann ich auch mit Mitarbeit erwarten. Wir brauchen noch mehr Freiräume, wenn wir unseren Sport international weiter voran bringen wollen. Wenn die Vereine allerdings sagen, sie haben kein Interesse an einer starken Nationalmannschaft, bin ich ihnen auch nicht böse. Nur dann eben ohne mich, dann mache ich Schluß."

JUNIOREN

Berti Vogts lobt Funkel

sid, Frankfurt

Ein 1:1 in der CSSR und Rang zwei hinter der CSSR (3:1 Punkte), punktgleich mit Schweden (3:3) – die Halbzeit-Bilanz der deutschen Fußball-Juniorenauswahl (U 21) in der Qualifikation zur Europameisterschaft 1986 löst zwar Optimismus aus, die nächsten vier Monate ohne Spiel halten die Zuversicht aber in Grenzen.

„Ich sehe jetzt eine gute Chance zum Gruppensieg, zumal wir noch zweimal zu Hause antreten können", meinte Junioren-Trainer Berti Vogts nach dem Spiel seiner Mannschaft in Mlada-Boleslav. „Aber die lange Unterbrechung ist ein Problem." Vor dem nächsten Spiel in Schweden im *September steht im August nur noch* ein Test auf dem Programm.

Während Franz Beckenbauer und sein A-Team im Juni in Mexiko den WM-Ernstfall testen, fällt die gleichzeitig vorgesehene Afrika-Reise für den Nachwuchs aus. „Wir wollten nur gegen A- oder U 21-Mannschaften spielen, doch solche Gegner waren nicht zu finden", erläuterte Vogts.

Planungsschwierigkeiten sind für den Trainer freilich fast schon alltäglich. In der CSSR mußte Vogts verkraften, daß der Hamburger Wolfgang Rolff wegen der Absage von Briegel und Rummenigge im Kader der A-Mannschaft blieb. „Erfahrene Spieler sind für uns fast unbezahlbar", urteilte er.

Das positive Beispiel des 26jährigen Uerdingers Wolfgang Funkel bestätigte diese Worte. „Er hat eine hervorragende Leistung gezeigt", lobte Vogts, „nicht nur, weil ihm das Ausgleichs-Tor gelang." Die *offene Position des laut Reglement* erlaubten älteren Spielers unter den Talenten könnte nach Vogts' Einschätzung auch der Kölner Stephan Engels einnehmen.

RADSPORT

Gölz auf Platz drei

KLAUS BLUME, Frankfurt

Das war der bisher größte Erfolg des jungen deutschen Profi-Radrennfahrers Rolf Gölz (22) aus Bad Schussenried: Beim deutschen Weltpokal-Rennen „Rund um den Henninger Turm" mit Start und Ziel in Frankfurt wurde er hinter dem australischen Sieger Phil Anderson und dem Holländer Jan Lammerts Dritter.

Auf den 15 letzten schweren Kilometern am Hainer Weg in Frankfurt versuchte Gölz, der für das italienische Del-Tongo-Team startet, allein die Entscheidung gegen den erfahrenen Jan Lammerts (26), dem Sieger der Flandern-Rundfahrt 1984, herbeizuführen. Doch Gölz mußte dabei unentwegt führen. Lammerts war das recht, denn auf diese Weise vergeudete Gölz seine Kräfte, und Vorjahressieger Phil Anderson, ein Teamkollege des Holländers in der Panasonic-Mannschaft, konnte seine Aufholjagd erfolgreich zu Ende führen.

Gölz winkte und fauchte den Holländer unterwegs an: „Komm, tu doch etwas". Doch Lammerts wollte und konnte nicht. Als Dritter kam Gölz schließlich über die Ziellinie, fuhr sofort zu seinem Mannschaftswagen, warf sich dort in den Fahrersitz, vergrub das Gesicht in seine Hände und sagte: „Mein Gott, ich hatte den ganzen Tag über ein so gutes Gefühl, es ist doch prima gelaufen, doch ich hätte merken müssen, daß Lammerts gar nicht für sich, sondern für Anderson arbeitete." Und dann: „Ich habe während des gesamten Rennens keinerlei Unterstützung von meinem italienischen Team erhalten. Die haben morgens beim Frühstück gesagt: Wir sehen mal, was das Rennen bringt. Aber dabei blieb es."

Zur Erklärung: Das Del-Tongo-Team ist die Mannschaft des Italieners Guiseppe Saronni, der in Frankfurt nicht am Start war und deshalb auch nicht die Zügel in die Hand nehmen konnte – zum Schaden von Gölz.

Honecker nicht zur Siegesfeier nach Moskau?

brk./dpa, Berlin

SED-Chef Honecker wird offenbar nicht an den Moskauer Siegesfeiern zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 9. Mai teilnehmen. Politische Beobachter gehen jedoch davon aus, daß Honecker vor den Feiern in Moskau mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow zusammentreffen wird. Anlaß der Honecker-Reise ist die Eröffnung eines Museums in Krasnogorsk bei Moskau, das der Arbeit des kommunistisch beeinflußten „Nationalkomitees Freies Deutschland" gewidmet ist. Das Museum war im Juli 1943 vom Zentralkomitee der nach Moskau geflüchteten Exil-KPD gegründet und geführt worden.

Die Eröffnung des Museums ist zugleich auch eine öffentliche Würdigung von Honeckers Vorgänger Walter Ulbricht, der in dem Komitee mitgearbeitet hatte. Neben der Museumseröffnung will der SED-Chef auch den Ernst-Thälmann-Platz seiner Bestimmung übergeben.

Unmittelbar danach will Honecker Moskau verlassen, um am Abend des 7. Mai in der Ostberliner Staatsoper Unter den Linden am Staatsakt aus Anlaß des „Tages der Befreiung" teilzunehmen. Nach jahrelanger Unterbrechung wird der 8. Mai in der „DDR" erstmals wieder als Feiertag begangen.

FDP am 1. Mai im Kreuzfeuer

Auch aus der Union Kritik an den Haussmann-Ideen / Breit: Mißbrauch der Arbeitslosen

DW. Bonn

Zu einem Frontalangriff auf die Bundesregierung haben die Gewerkschaften ihre Kundgebungen am „Tag der Arbeit" genutzt. In das Kreuzfeuer der Kritik geriet besonders die FDP. Vorwürfe an ihre Adresse kamen nicht nur von den Gewerkschaftschefs, sondern auch aus den Reihen der Union. Weitere Kritikpunkte in den Reden der Gewerkschafter und des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Willy Brandt waren die hohe Arbeitslosigkeit und die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bonner Koalition.

Herbe Kritik übte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf der zentralen Mai-Kundgebung in Hamburg an dem Vorschlag des FDP-Generalsekretärs Helmut Haussmann, die Einstellung von Arbeitslosen auch unter tariflichen Löhnen zu ermöglichen. Eine Verwirklichung dieses Vorschlags hätte zur Folge, daß Arbeitslose „wie eine Ware zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen werden". Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Hans Mayr, forderte die Arbeitnehmer in seiner Rede in Dortmund sogar dazu auf, die FDP bei der Landtagswahl am 12. Mai in Nordrhein-Westfalen nicht zu wählen. Die FDP wolle sich in den Nordrhein-Westfälischen Landtag „zurückschleichen, indem sie auf die subjektiven Vorurteile einer Wählerminderheit spekuliert. Dieses Kalkül muß durchkreuzt werden. Die erklärten Gegner der Arbeitnehmerschaft müssen am 12. Mai einen Denkzettel mit dem Stimmzettel bekommen", erklärte Mayr.

Von einem „sozialpolitischen Amoklauf der FDP" hat der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), auf der Mai-Kundgebung der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) in Ingolstadt gesprochen. Die FDP versuche, sich mit „markigen Sprüchen und sozialpolitischen Kahlschlagkonzepten" an der von ihr mitverschuldeten Arbeitslosigkeit politisch zu profilieren. Die Ideen Haussmanns seien kein ernstzunehmender sozialpolitischer Vorschlag, sondern „dreiste Parteipropaganda".

Breit verlangte im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und den „Sozialstaatsabbau" von der Bundesregierung eine grundlegende Änderung ihrer Politik. Wer die Arbeitslosen „einfach ihrem Schicksal überläßt und ein beschäftigungspolitisches Nullprogramm macht, der handelt zutiefst unsozial und zutiefst unchristlich", sagte Breit im Hinblick auf die Verabschiedung eines Beschäftigungsförderungsgesetzes an die Adresse von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er bekräftigte die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und öffentlichen Investitionen.

Während jedoch Breit an das Verantwortungsbewußtsein von Arbeitgebern und Politikern appellierte und sie aufforderte, gemeinsam mit den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, sprach der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, mit Blick auf die Sozialpolitik der Bundesregierung von einem „systematisch vorbereiteten Klassenkampf von oben". Deshalb habe „diese Regierung keine Chance mehr verdient". Wunder forderte, ebenso wie der Stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft auf, gegen die Politik der Bonner Regierung „Front zu machen. Warum soll es uns nicht gelingen, in der Frage der Arbeitslosigkeit eine Massenbewegung zu entfachen, wie wir sie bei der Friedensbewegung erlebt haben?", fragte der GEW-Vorsitzende.

Für eine „breite Bewegung gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit, gegen konservative Seifenblasen und für ernsthafte beschäftigungspolitische Initiativen" hat sich auch Brandt ausgesprochen. Voraussetzung einer solchen Bewegung sei, daß auch denjenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz hätten, klar werde, „daß sich die Ellbogen-Gesellschaft gegen alle Arbeitnehmer richtet", sagte Brandt.

Scharfe Proteste gegen „Satire" in WDR-Sendung

dpa, Köln/Hamburg

Scharfe Zuschauerproteste hat gestern eine „Satire" innerhalb der ARD-Sendung „Mai-Revue" ausgelöst, in der Moderator Hansjürgen Rosenbauer Telefoninterviews mit US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl simulierte.

In der „Satire" ließ man den „US-Präsidenten" unter anderem erklären, er wolle gemeinsam mit Kohl Bergen-Belsen besuchen. Um keinerlei Gefühle zu verletzen, habe er beschlossen, den Besuch in Bitburg und Bergen-Belsen mit dem Hubschrauber vorzunehmen. Er wolle nicht landen, aber über beiden Orten schweben. Da die völlige Versöhnung die Absicht seines Besuches sei, werde er dann weiter nach West-Berlin fliegen und über dem Spandauer Gefängnis auch Rudolf Hess grüßen.

Nach Angaben einer Redaktionssprecherin des für die Sendung verantwortlichen Westdeutschen Rundfunks (WDR) haben Hunderte von Zuschauern „zum Teil in drastischer Form" gegen die Sendung protestiert und den WDR immer wieder als „Rotfunk" bezeichnet. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff nannte die „Satire" in der „Bild"-Zeitung eine „Verhöhnung unserer Gäste, denen wir Sicherheit und Freiheit verdanken".

Walesa: Das ist Willkür

Warschau spricht von 112 politischen Häftlingen

DW. Warschau

Regierungssprecher Jerzy Urban hat vor der Presse in Warschau bestätigt, daß es trotz der Amnestie des vergangenen Jahres bereits wieder 112 politische Gefangene in Polen gibt. Von ihnen seien 108 in Untersuchungshaft. Zu diesen Häftlingen gehört der Chef eines Untergrundverlages, Czeslaw Bielecki, der zusammen mit dem Schweizer Staatsbürger Clive Loercher am 13. April festgenommen wurde. Urban sagte, Bielecki werde der Zusammenarbeit mit einer „fremden Organisation" zum Schaden der Volksrepublik beschuldigt. Gegen den Schweizer werde wegen Beihilfe ermittelt. Urban bezeichnete auch die vier im Popieluszko-Prozeß verurteilten Sicherheitsoffiziere als „politische Gefangene".

Nach Angaben des Arbeiterführers Lech Walesa sollen sich 150 Polen wegen politischer Motive in Haft befinden. Walesa forderte in einem Telegramm an den Parlamentspräsidenten dazu auf, gegen die Massenverhaftungen von Arbeitern und Intellektuellen vorzugehen, mit denen der Staat unerlaubte Kundgebungen am 1. Mai verhindern wollte. Die Regierung, so Walesa, habe „tausende Polizisten und Soldaten zum Kampf gegen das Volk" auf die Straßen geschickt. Die „Allgegenwärtigkeit der Polizei" übertreffe „alles, was man jemals gesehen hat". „Der Maifeiertag hat mit Festnahmen begonnen".

Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hatte die Bevölkerung aufgerufen, mit Gegenkundgebungen zu den offiziellen Maiparaden gegen die jüngsten Preiserhöhungen zu protestieren. Oppositionskreise vermuten, daß die Festnahmen angesichts des Kundgebungsaufrufes als „Vorbeugemaßnahmen" zu verstehen sind. Am Montag waren auch drei Mitarbeiter Walesas – Bogdan Olszewski, Piotr Konopka und Konrad Marusczcyk – festgenommen worden. Außerdem wurden in Warschau und Krakowitz (Südpolen) einige Wortführer des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) und der Gewerkschaft „Solidarität" nach Hausdurchsuchungen festgenommen. Wie bereits in den vergangenen Jahren seit dem Verbot der „Solidarität" im Dezember 1981 sollte auf diese Weise offenbar die politische Opposition im Lande bei den offiziellen Feierlichkeiten am 1. Mai so weit wie möglich von der Öffentlichkeit ferngehalten werden.

In dem Telegramm betont Walesa: „Was gegenwärtig in Danzig und vielen anderen Städten geschieht, erfordert ein Eingreifen. Sollen wir den Tag der Arbeit auf dieses Weise feiern? Wäre es nicht besser, die Maiparaden abzusagen, als die Leute unter Eskorte durch die Straßen zu jagen, die von den Ordnungskräften belagert werden? Es wird eine Verhöhnung der Feier der Arbeiter sein."

„Invasion in Nordirland"

Proteste gegen Besuch des irischen Regierungschefs

R. GATERMANN, London

Der Besuch des irischen Premiers FitzGerald in Nordirlands zweitgrößter Stadt Londonderry hat die Ulster-Unionisten zu einem lautstarken Protest veranlaßt, der in der Sache auch von Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher unterstützt wurde. Sie betrachtete die Visite als einen Protokollverstoß, war vor dem Unterhaus zu einer eindeutigen Verurteilung mit Rücksicht auf die jüngste Verbesserung der Beziehungen zu Dublin aber nicht bereit.

Garret FitzGerald und sein Außenminister Peter Barry kamen aus Anlaß der Einweihung einer von Irland kräftig subventionierten Fluglinie zwischen Dublin und Londonderry nach Nordirland. Dies geschah auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt, John Tierney, einem Mitglied der nationalistischen Sozialdemokratischen und Arbeiterpartei (SDLP), der gemeinsam mit dem SDLP-Parlamentsabgeordneten John Hume den Gast auf dem kleinen Flugplatz willkommen hieß. Die engen Kontakte traten wenig später deutlich zutage, *als Irlands Regierungschef in Ansprachen* mehrfach die Bürger aufforderte, bei den Kommunalwahlen am 15. Mai ihre Stimme der SDLP zu geben und nicht der rivalisierenden Sinn Fein, dem politischen Flügel der IRA.

Diese „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ulsters" versetzten die Unionisten in Rage. Pastor Ian Paisley, Führer der Demokratischen Unionisten, wetterte: „Dies ist eine Invasion unseres Territoriums durch den Premierminister eines feindlichen und fremden Landes." Vor dem Unterhaus in London bezeichnete Enoch Powel, Abgeordneter der Offiziellen Unionisten, den Besuch als „unangekündigtes Eindringen". In der britischen Regierung war die Haltung zu diesem Besuch geteilt. Während das Nordirland-Ministerium ihn als privat beschrieb, nannte Downing Street ihn „formell" und „offiziell". Frau Thatcher erklärte, „zwei bis drei Tage" zuvor über die Reise informiert worden zu sein. Besuche irischer Regierungschefs in der Nordprovinz der Insel sind eine Seltenheit. Seit den offiziellen Gesprächen, die 1965 Sean Lemass in Belfast führte, hat es nur *zwei weitere Besuche* gegeben.

Ein Dämpfer für Rasch

Auf dem Berliner FDP-Parteitag Kritik an Behandlung Oxforts

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Dämpfer kam nicht unerwartet. Als der vor 14 Tagen in den Berliner Senat gewählte Finanzsenator Günther Rexrodt seinen Parteifreund Walter Rasch erneut für das Amt des FDP-Landesvorsitzenden vorschlug, verursachte der Applaus der 250 Delegierten nur ein laues Lüftchen im Berliner Kongreßzentrum.

Die Ovationen auf dem Landesparteitag der Liberalen heimste dagegen eine Dame ein. Vor allem Delegierte des rechten Parteiflügels beklatschten die von ihr am Rednerpult betriebene Vergangenheitsbewältigung, die einer offenen Feldschlacht glich. Sechs Wochen nach dem glänzenden Wiedereinzug der Berliner FDP in das Landesparlament – mit 8,5 Prozent der Wählerstimmen – warf sie Landeschef Walter Rasch „Wahlbetrug" vor. Die Delegierte: „Am Wahlabend wurde gefeiert, am nächsten Tag das Messer gewetzt, um Herrmann Oxfort zu köpfen." Der so angesprochene einstige Wortführer des rechten Parteiflügels und bei den innerparteilichen Grabenkämpfen abgesetzte ehemalige Justizsenator vernahm diese Worte nicht mehr. Er hatte bereits die Stätte der Abrechnung verlassen.

So entging ihm auch der Schlußsatz seiner Parteikollegin: „Ich möchte mich bei Herrn Oxfort für das entschuldigen, was Herr Rasch ihm angetan hat." Ihre Kritik an der Führungsqualität des Berliner FDP-Chefs ließ nur einen Schluß zu. Und nicht wenige Redner gesellten sich dazu, die in aller Offenheit forderten, Walter Rasch nicht mehr als Leitfigur an die Spitze der Berliner Liberalen zu setzen. Doch der so Gescholtene ging schließlich, genau fünf Minuten nach 20.00 Uhr, ohne Gegenkandidat ins Rennen.

Als nach einer Viertelstunde die ausgezählten Karten auf dem Tisch lagen, war Rasch um Haaresbreite an seiner wohl schwersten politischen Niederlage vorbeigerutscht: Mit nur fünf Stimmen Mehrheit hatte sich die Mitte-Links-Strömung innerhalb der Berliner Liberalen durchgesetzt. Der 43jährige Rasch nahm die Wahl für die nächsten zwei Jahre an, „trotz des knappen Ergebnisses und der Diskussionen, die am Rande der Ehrabschneidung lagen", wie er sagte.

Der knappe Sieg – für den Gewählten jedoch eher eine moralische Niederlage – hat für Rasch unerwünschte Zwänge zur Folge, weil ihn offensichtlich nur die Stimmen zahlreicher Parteilinker retteten. Auffällig war in den Diskussionsbeiträgen vor dem entscheidenden Wahlgang, daß sich sogar maßgebliche Repräsentanten des linken Parteiflügels für Rasch stark gemacht hatten. So der Vorsitzende des Bezirks Charlottenburg, Otto Hoffmann, der noch wenige Wochen vor den Wahlen in Berlin mit seinen Bezirksfreunden erwogen hatte, wie die „Abtrünnigen" aus Berlin-Tiergarten eine Beteiligung an der Wahl abzulehnen.

Das Thema „Tiergarten" hatte gleich zu Beginn des Parteitages für Zündstoff gesorgt: Zum einen aufgrund der vorbereiteten Parteiordnungsverfahren gegen jene FDP-Mitglieder, welche die Beteiligung dieses Bezirksverbandes an den Wahlen verhindert hatten. Der neugewählte Parteivorstand muß nun entscheiden, ob diese Mitglieder in einem wenig erfolgversprechenden Verfahren diszipliniert werden. Ein zweites Mal schlugen die Wellen der Kritik höher, als Walter Rasch bei der Ehrung von *Mitgliedern für 20jährige Parteizugehörigkeit* den FDP-Bezirksvorsitzenden von Tiergarten, Jörg-Uwe Post, ausdrücklich ausgeschlossen hatte. „Mieser persönlicher Stil", sagten einige Delegierte über das Verhalten ihres Landesvorsitzenden, der in seiner Grundsatzrede noch für innerparteiliche Integration aller Gruppierungen plädiert und vor „Hinterzimmerpolitik" gewarnt hatte.

Die These von der „fairen Partnerschaft" zum Koalitionspartner CDU schließlich, die Rasch vor seiner knappen Wiederwahl beschworen hatte, könnte nach diesem Parteitag schon bald mit einem Fragezeichen versehen werden. „Wir möchten in das Verhältnis zur CDU einige Differenzen einbauen", meldeten sich linke FDP-Mitglieder zu Wort. Widerspruch gegen diese Forderung regte sich kaum.

Daß die Suche der Partei nach einer neuen Position und nach neuen Betätigungsfeldern ohne große Verzögerung beginnen müsse, war auch die Auffassung des „Alt-Linken" und früheren Bürgermeisters, Wolfgang Lüder, der wieder in den Landesvorstand einzog. Der einstige Gegner einer CDU/FDP-Koalition war letztlich aber der Mann, der zusammen mit Walter Rasch den Abgang von Herrmann Oxfort bewirkte.

Blinde Blockierer

J. G. – Als erster der Betroffenen brachte es nun der Hoesch-Konzern mit der Vorlage seines schönen 1984er Abschlusses an den Tag: Dividende gibt es nicht, weil dies nach Bonner Ansicht „grundsätzlich" nicht mit gleichzeitigen Zahlungen aus dem 3-Milliarden-Stahlhilfeprogramm vereinbar sei. Einige hunderttausend Stahlaktionäre, und nicht nur sie, reiben sich ob solcher Blockade verdutzt die Augen. Wie war das noch? Ihre Subventionen erhalten die deutschen Stahlunternehmen doch nur als kärgliche Abwehr enormer Wettbewerbsverzerrungen aus ingesamt zwanzig Mal so hohen Subsidien, mit denen seit Jahren die Nachbarn in der EG ihre Stahlwerke füttern.

Ergo sollte man sich über jedes Stahlunternehmen freuen, das bereits (wie Hoesch und Thyssen) vornehmlich aus eigener Kraft den Rückweg zur Dividendenreife schaffte und dies auch schon mit Kapitalerhöhung demonstrierte. Wer eigentlich in Bonn stellt sich da blind und taub gegen solche Rückkehr zur Normalität, gegen die Subventionsursache und gegen das Programm einer Bundesregierung, die in der Förderung breitgestreuten Eigentums am Produktivkapital zu Recht ein wesentliches Element unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sieht? Er sollte schleunigst tätige Reue üben.

Die Hoffnung ist berechtigt, daß diese kurzsichtige Dividenden-Blockade wenigstens für die 1985er Stahl-Abschlüsse wieder verschwindet.

Drei Säulen

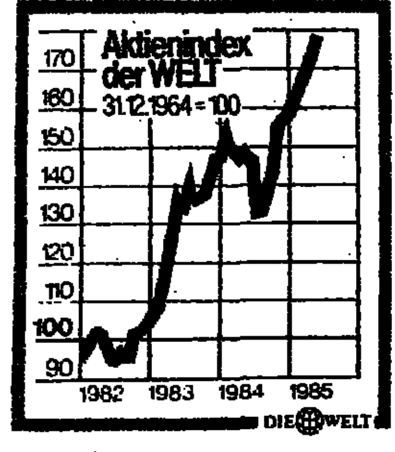
Py. – Die Zeit der Bilanzbesprechungen bei Lebensversicherungs-Unternehmen ist auch wieder die Zeit der Klagen über die mangelnde Einsicht der Bonner Politik in die Notwendigkeiten einer Besserstellung von Prämien für Lebensversicherungsverträge. Jedermann weiß, daß die – übrigens seit 100 Jahren und schon damals mit gutem Grund bestehende – steuerliche Berücksichtigung bei den Sonderausgaben unzureichend ist, nicht zuletzt dank der steigenden Ausgaben jedes Arbeitnehmers für die gesetzliche Sicherung bei Krankheit und Alter. Hier gerade müßte die Regierung hellhörig werden, schließlich weiß sie ja um die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung als mittragende Säule der Alterssicherung. Die zweite Säule, die betriebliche Altersversorgung, leidet unter der verunsicherten Unternehmerschaft, und die dritte, die zusätzliche private Lebensversicherung, kommt in Zeiten nicht wachsender realer Haushaltseinkommen kaum voran. Dabei spart gerade sie dem Staat später erhebliche Mittel, die sonst – angesichts der ungünstigen demographischen Entwicklung in die Rentenversicherung – zugeschossen werden müßten.

Hoffnungspotential

Von CLAUS DERTINGER

Das Aktiengeschäft plätschert an den deutschen Börsen ziemlich lustlos dahin. Die Kurse bröckeln auf breiter Front leicht ab, seit das Kursniveau am 22. April einen neuen absoluten Höchststand (WELT-Aktienindex 179,9 Punkte) erreicht hatte. Bis vorgestern war der WELT-Index auf 178,0 Punkte zurückgekrochen. Damit lag er um 2,5 Prozent über dem Stand von Ende März; das ist zwar ein bescheidener Gewinn, aber das Ergebnis ist nicht übel, wenn man bedenkt, wie pessimistisch viele Börsianer in das 2. Quartal gingen, weil sie fürchteten, mit dem Dollar sinke auch der Fixstern für die deutsche Börse.

Wie so oft, wenn die Banken nur wenige Aufträge in den Büchern haben und der Markt in den Schlaf zu fallen scheint, lassen viele Börsianer jetzt die Köpfe hängen. Darauf sollte



man aber nicht allzuviel geben, denn ihre Stimmung ändert sich auch rasch wieder, wenn von irgendwoher neue Impulse kommen. Viel wichtiger für die Anlagestrategie an der Aktienbörse ist die Beobachtung, daß die Kurse trotz der lustlosen Stimmung auf dem Parkett nur mäßig zurückweichen. Es ist keinerlei drängendes Angebot zu sehen. Das spricht dafür, daß der aufwärts gerichtete Grundtrend trotz der derzeitigen Konsolidierungspause noch nicht gebrochen ist.

Begründen ließe sich das auch mit den Rahmenbedingungen an der Konjunktur und Zinsfront, die weiterhin günstig einzuschätzen sind. Die Prognose der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die eine Beschleunigung des Wachstums in diesem und im nächsten Jahr erwarten, unterstreichen dies. Auch aus dem Unternehmensbereich kommen weiterhin gute Nachrichten. Beispiel dafür ist der Chemiegigant Hoechst, der heute über einen anhaltenden Gewinnanstieg im 1. Quartal und auch im April berichtet. Weitere Glanzberichte über die aktuelle Geschäfts- und Ertragsentwicklung dürften in den nächsten Wochen mit der Veröffentlichung der Bilanzen und auf den Hauptversammlungen folgen. Darin liegt erfahrungsgemäß ein Impulspotential für die Aktienbörse.

Immer wieder rätselt man in Börsenkreisen, wie sich der Dollar in der nächsten Zeit entwickelt und welchen Einfluß ein neuerlicher Rückgang des Dollarkurses auf die deutschen Wertpapiermärkte haben könnte. Werden deutsche Papiere für ausländische Anleger uninteressanter, wenn die Mark teurer wird? Kommt etwa zusätzliches Aktienangebot an den deutschen Markt, weil Ausländer Währungsgewinne realisieren wollen? Für derlei Befürchtungen sind bislang keinerlei Anzeichen zu erkennen.

Interessant und vielleicht ermutigend ist aber etwas anderes. Von Verwaltern international gestreuter Vermögen sind jetzt in zunehmendem Maße Empfehlungen zu hören, wegen des wachsenden Dollarkursrisikos und auch wegen der Abschwächung der US-Konjunktur und amerikanischer Unternehmensgewinne, Anlagen in US-Aktien zu reduzieren und den Erlös in Währungen mit Aufwertungspotential zu investieren, zu denen neben dem japanischen Yen natürlich auch die DM, der holländische Gulden und der Schweizer Franken gehören. Man darf gespannt sein, wann aus derartigen Empfehlungen Transaktionen resultieren, die sich in Nachfrage auch am deutschen Aktienmarkt niederschlagen.

Eine Verstärkung des ausländischen Interesses für die DM als Anlagewährung könnte auch mit der Öffnung des deutschen Kapitalmarktes für bisher nicht erlaubte Finanzierungsinstrumente wie Zerobonds und Anleihen mit variablem Zins (Floating Rate Notes) verbunden sein. Sie werden erstmals in diesem Monat angeboten und scheinen zusätzliches internationales Publikum anzulokcken. Diese Neukonstruktionen könnten einen zinssenkenden Effekt haben, sofern die Konditionen nicht so gewählt werden, daß sie nur für die Schuldner attraktiv sind mit der Folge, daß der Markt verstopft wird.

DEUTSCHE STAHLPRODUZENTEN / „Für uns ist die Welt noch lange nicht heil"

Paket von Ausgleichsforderungen kommt auf den Tisch der Regierung

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Besser als in den letzten Jahren stehe die Branche heute da, konstatierte Thyssens Stahlchef Heinz Kriwet als Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, auf der Mitgliederversammlung des deutschen Stahlproduzentenverbandes. Wegen der Subventionslawine in der EG werde man aber der Bundesregierung bis Ende Mai ein neues Paket von Ausgleichsforderungen zum Schutz deutschen Stahlpotentials präsentieren.

„Verzweifeln Sie nicht", rief Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) den Stahlunternehmern zu. Der Gastredner auf der Mitgliederversammlung signalisierte verständnisvolle Bereitschaft, auch ohne neues Stahlhilfeprogramm („das wird es nicht geben") die „Manövriermasse" jetzt noch möglicher Kompensationen für die Wettbewerbsverzerrungen aus der EG-Subventionslawine für die deutsche Stahlindustrie auszuschöpfen.

Andererseits warb Bangemann bei den sehr skeptischen Unternehmern um Verständnis und Vertrauen dafür, daß er auf der März-Sitzung des EG-Ministerrates einer Aufstockung der 1985er EG-Subventionssumme um die Hälfte auf gut 30 Milliarden Mark ohne klar definierte Stillegungs-Auflagen an die Subventionsempfänger zustimmte. Nur mit solcher Kompromißbereitschaft habe man den erneut und einstimmig beschworenen totalen Stopp der Subventionslawine für Ende 1985 erreichen können. Die Details weiteren Kapazitätsabbaus bei den aufgebesserten Subventionsempfängern (vor allem in Frankreich und Italien) werde die neu rekrutierte EG-Kommission definieren und realisieren.

Kritischer sah es auf der Mitgliederversammlung Branchenpräses Kriwet („die Welt des Stahls ist für uns noch lange nicht heil") für die bislang in der EG am kargsten subventionierten und gleichwohl im Kapazitätsabbau am weitesten vorangeschrittenen deutschen Stahlproduzenten. Noch wisse man nicht, ob zusätzlicher Kapazitätsabbau bei den aufgebesserten Subventionsempfängern auch in der „Kompromißzeit" nach 1985 tatsächllich stattfinde.

Obendrein sei bis jetzt in Frankreich und Italien (zusammen größer als der deutsche Drittel-Anteil am EG-Stahlausstoß) in nun achtjährigem Subventionswettlauf pro Jahr und Rohstahltonne 30 Prozent mehr als hierzulande investiert worden. „Die negative Langzeitwirkung unserer unfreiwilligen Abstinenz werden wir noch zu spüren bekommen." Andeutungsweise kündigte Kriwet der Bundesregierung an, was sie denn an Ausgleichsforderungen der Deutschen zu erwarten hat. Der für die Branche derzeit 130 Millionen Mark pro Jahr teure „Selbstbehalt" beim subventionierten Herabschleusen des deutschen Steinkohlenpreises auf das Weltmarktniveau sollte weg. Die mindestens ebenso teure Arbeitgeber-Erstattung des Arbeitslosengeldes für Frühpensionäre nach „59er Regelung", mit dem Bonner „Arbeitsförderungsgesetz" zugunsten der „Vorruhestandsregelung" eingeführt, sollte verschwinden.

Obendrauf: Die 20prozentige Investitionszulage aus dem Bonner Drei-Milliarden-Stahlhilfeprogramm sollte auch für alles gelten, was bis Ende 1985 nur angezahlt ist. Die „bedingte" Rückzahlungspflicht für den aus besagtem Programm finanzierten „Umstrukturierungsaufwand" sollte verschwinden.

Das alles, betonte Kriwet, bedarf keines neuen Stahlhilfeprogramms. Offen ließ er, ob die Branche die zum Mai-Ende neu terminierte „Notifizierungsfrist" mit neuen Wünschen nutzen wird. Nötig hätte man's auch mit Blick auf den Weltmarkt. Zwei Exempel: Brasilien nimmt gerade ein (Staats-)Hüttenwerk in Betrieb, bei dem die Kapitalkosten den ganzen Umsatz schlucken; Libyens großes Massenstahlwerk (mit starker deutscher Anlagenbau-Beteiligung vor Vollendung) kann beim heutigen Weltmarktpreis noch nicht einmal seine Zinskosten verdienen. Das Heil, das solchen „Newcomern" bestenfalls blüht, können sie zum Nachteil der stark exportintensiven Deutschen auf dem Weltmarkt finden.

US-KONJUNKTUR

Reagans Gepäck enthält mehr düstere Statistiken

H.-A. SIEBERT, Washington/Bonn

US-Präsident Ronald Reagan hat ein Bündel neuer negativer Wirtschaftsdaten mitgebracht, die er in der ersten Vollsitzung den anderen sieben Gipfelteilnehmern präsentieren wird. Sie zeigen zweierlei:

1. Begraben werden muß die Hoffnung, daß sich in den USA das Konjunkturtempo nach dem Rückfall im ersten Quartal 1985, als die reale Wertschöpfung nur um 1,3 (Gesamtjahr 1984: 6,8) Prozent zunahm, rasch wieder beschleunigt. Eher ist mit einer sechs bis neun Monate dauernden Boompause zu rechnen.

2. Weiterhin wird ein großer Teil der amerikanischen Inlandsnachfrage vom Ausland gedeckt; vermutlich werden die US-Bürger in diesem Jahr Waren im Wert von 130 Mrd. Dollar mehr konsumieren als sie produzieren. Auch bei einem schneller sinkenden Dollarkurs wächst das Handelsdefizit, da sich bei der Anpassung von Ein- und Ausfuhren ein Verzögerungseffekt ergibt.

Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington ist der Index der führenden Konjunkturindikatoren im März um 0,2 Prozent gesunken, nach einer Zunahme um 0,5 und 1,3 Prozent (revidiert) im Februar und Januar. Es wiederholt sich offensichtlich die im zweiten Halbjahr 1984 registrierte Achterbahnfahrt, die Amerikas wirtschaftliche Wachstumsrate von 8,6 in den ersten sechs Monaten auf 2,95 Prozent drückte. Es kommt nun auf die Geldpolitik der US-Notenbank an. Öffnet sie die Schleusen zu weit, vergrößern sich allerdings die Inflationsgefahren.

Im März zeigten sieben von zehn verfügbaren Indikatoren nach unten, so die Firmengründungen, die Aufträge für Investitions- und Konsumgüter sowie Vormaterialien zu 72er Preisen, die Lieferzeiten, sensible Rohstoffpreise, Aktien und die reale Geldversorgung. Dagegen wurde etwas länger gearbeitet und mehr gebaut. Nach einer anderen Statistik des Ministeriums sind in den USA die Orders für verarbeitete Erzeugnisse in den vergangenen zwölf Monaten achtmal gesunken. Im Februar und März waren es jeweils 0,9 Prozent.

Das Defizit in der US-Handelsbilanz ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres, verglichen mit der gleichen Zeitspanne 1984, von 30,2 auf 32,8 Mrd. Dollar gestiegen. Die Lieferungen ins Ausland erhöhten sich um 5,1 Prozent auf 55,7, die Einfuhren jedoch um 6,4 Prozent auf 88,5 Mrd. Dollar (cif). Nach diesen Zahlen wird das Defizit in der Hauptsache von dem Importsog verursacht, während sich Amerikas Exporte, entsprechend dem historischen Trend, etwa normalisiert haben.

Im März nahmen die US-Ausfuhren um 3,3 Prozent auf 18,4, die Einfuhren nur um 0,7 Prozent auf 29,5 Mrd. Dollar zu. Unterm Strich blieb ein Minus von 11,05 Mrd. Dollar. Im Handel mit Japan verbuchten die USA ein Defizit von 3,2 Mrd. Dollar. Mit Westeuropa war es halb so groß.

AUF EIN WORT

„Daß die Bürger bestrebt sind, ein Weniger bei der gesetzlichen Rentenversicherung durch ein Mehr bei der Lebensversicherung auszugleichen, sollte aus der Sicht der Sozialpolitik um so mehr Anerkennung finden, als sich die Unsicherheiten im Hinblick auf das zukünftige Leistungsvermögen der gesetzlichen Sicherungssysteme in den letzten Monaten noch verschärft haben."

Arno Paul Bäumer, Vorstandsvorsitzender der Allianz Lebensversicherung AG, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Milcherzeugung weiter mit Verlust

HH, Bonn

Die Verluste in der Milcherzeugung der Europäischen Gemeinschaft werden nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) auch 1985 und danach „kaum unter 25 Milliarden Mark" im Jahr liegen. Rund zwölf Milliarden hätten die Steuerzahler über die EG-Kasse zu zahlen, die restlichen 13 über die nationalen Agrarhaushalte. Die Gesamtsumme entspreche einer Tausend-Mark-Subvention je Kuh und fast 25 Pfennig je Liter Milch. „Jedem Erwerbstätigen werden dafür jährlich 250 Mark aus der Tasche gezogen", schreibt die AgV. Eine Besserung sei zumindest bis jetzt nicht in Sicht. Zumindest bemühe sich die Bundesregierung in Brüssel, „einer Sanierung entgegenzuwirken".

SCHIFFAHRT

Schadenersatz-Leistungen bei Unfällen künftig höher

HEINZ HECK, Bonn

Bei Unfällen in der See- und Binnenschiffahrt sollen Geschädigte nach den am Dienstag vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwürfen künftig höhere Schadenersatzleistungen erhalten: Bei Personenschäden (Tod oder Körperverletzung) können je Passagier bis zu 320 000 Mark Schadenersatz verlangt werden. Reisegepäckschäden müssen bis zu 10 000 und Schäden an mitgeführten Kraftfahrzeugen bis zu 16 000 Mark ersetzt werden.

Justizminister Hans A. Engelhard hat unter Hinweis auf das Hamburger Barkassenunglück vom Oktober 1984 an die Notwendigkeit der Reform des geltenden Schadenersatz- und Haftungsrechts in der Fahrgastbeförderung erinnert. Damals seien 19 Menschen ums Leben gekommen und beträchtlicher Sachschaden entstanden.

Die Geschädigten sowie die Hinterbliebenen der Unfallopfer hätten nach geltendem Recht insgesamt nur Schadenersatz in Höhe des Restwertes der gesunkenen und stark beschädigten Unglücksbarkasse beanspruchen können, also nur rund 60 000 Mark. Denn laut geltendem Recht ist die Haftung des Beförderers auf den Restwert des Wracks beschränkt.

Die neuen Regelungen sollen nach dem Vorschlag des Justizministers für den Beförderer zwingend sein und dürfen nicht zu Ungunsten der Passagiere durch spezielle Reisevertragsbedingungen herabgesetzt oder abbedungen werden. Begünstigt seien Millionen Schiffspassagiere. Zugleich soll die Gesamthaftung des Reeders für Großschäden in der See- und Binnenschiffahrt wesentlich erhöht werden: auf 150 000 Mark, multipliziert mit der Gesamtzahl der für das Schiff zugelassenen Reisenden. Auch im Seefrachtrecht soll es künftig weitere Verbesserungen geben.

WELTBANK

Dritte Welt sollte Bonner Gipfel stärker beschäftigen

KAREN SÖHLER, Berlin

Die Wirtschaften der Industrieländer müssen kontinuierlich wachsen, damit die Länder der Dritten Welt eine Chance haben, ihre Schwierigkeiten zu beheben. Wachstum schafft den Rahmen, der ermöglicht, den Protektionismus einzudämmen und die Entwicklungsländer stärker am Welthandel zu beteiligen, erklärte Frank Vogl, Informations-Direktor der Weltbank, auf einem europäischen Presseseminar der multilateralen Organisation. Seine Worte galten ebenso den Teilnehmern des Bonner Weltwirtschaftsgipfels. Sie sollten ermahnt werden, während der folgenden Tage der Entwicklungspolitik Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen. Die Konjunkturen der Industriestaaten hingen auch von ausländischen Absatzmärkten ab.

Daß Wirtschaftswachstum allein weder Hungerkatastrophen, noch Verschuldungskrisen beseitigen kann, wissen die Experten. Kritisch setzten sie sich mit der zukünftigen Rolle des Instituts auseinander. Vor allem in Afrika versucht die Weltbank eine führende Rolle einzunehmen. Denn die Zahlungsbilanzschwierigkeiten afrikanischer Länder spiegelten die katastrophale Situation des Kontinents wieder. Überbrückungskredite des Internationalen Währungsfonds könnten in diesen Länder wenig ausrichten, da die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufbau fehle. Langfristige, projektgebundene Darlehen, wie sie die Weltbank vergibt, führten aus diesem Grund zu größeren Erfolgen. Schließlich würden die einzelnen, von den jeweiligen Regierungen vorgeschlagenen Projekte eingehend geprüft.

Trotz dieser Gründlichkeit schlagen noch rund 20 bis 30 Prozent aller Weltbank-Projekte fehl. Mit dieser Bemerkung wies Professor Robert Cassen von der Universität in Sussex darauf hin, daß die Effizienz der Weltbank gesteigert werden könnte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Pensionen zugeteilt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbank stellt der Kreditwirtschaft eine Liquiditätshilfe von 15,2 Mrd. DM im Rahmen eines Wertpapier-Pensionsgeschäftes zur Verfügung. Der aus zwei Tranchen bestehende Zinstender hat eine Laufzeit von 32 bzw. 60 Tagen. Wie die Bundesbank mitteilte, gingen für die erste Tranche Gebote über 14,6 und für die zweite Tranche über 9,7 Mrd. DM ein. Die Zuteilung erfolgte zu 9,1 Mrd. DM mit einem Zins von 5,6 Prozent und für die zweite Tranche im Volumen von 6,1 Mrd. DM mit 5,7 Prozent.

EG droht Kanada

Luxemburg (AFP) – Die Europäische Gemeinschaft hat Kanada mit Gegenmaßnahmen gedroht, falls Ottawa nicht „in den nächsten Tagen" offiziell seine Bereitschaft erklärt, die Import-Kontingente für Rindfleisch aus der EG zu erhöhen. Die EG wird gegebenenfalls im Rahmen der Bestimmungen des Gatt entsprechende Import-Beschränkungen für kanadische Produkte einführen.

Nigeria läßt Kontrolle zu

Genf (dpa/VWD) – Nigeria läßt seine Ölförderung und -exporte jetzt kontrollieren, womit der die Organisation der 13 erdölexportierenden Länder (OPEC) eine niederländische Wirtschaftsprüfungsfirma beauftragt hat. Das ergaben die zweitägigen Beratungen des OPEC-Exekutivrats.

Schweden-Anleihe

London (VWD) – Schweden begibt zwölfjährige Notes mit variablem Zinssatz (FRN) über 1,5 Mrd. DM, deren Halbjahreszinssatz um ⅛ Punkt über Sechsmonats-Libor liegt, teilte die Deutsche Bank AG als Konsortialführer mit. Die Titel werden im Mai 1997 fällig. Sie können nach fünf Jahren zu pari gekündigt werden. Die Kommissionsgebühren belaufen sich auf insgesamt 0,18 Punkt.

Kartellamt stimmt zu

Berlin (AP) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat keine Einwände gegen den geplanten Zusammenschluß der drei bisher selbständigen Spar-Großhandlungen Pfeifer & Schmidt, Schenefeld, Karl Koch & Sohn GmbH & Co. KG, Düsseldorf, und der Kehrer & Weber GmbH, Poing, zur Spar Handels-AG mit Sitz in Hamburg erhoben. Einer Mitteilung zufolge führt die Fusion der überwiegend im Lebensmittelgroß- und -einzelhandel tätigen Unterehmen nicht zu einer „Addition von Marktanteilen" auf dem Angebotsmarkt, da sie in unterschiedlichen räumlichen Absatzgebieten tätig seien.

Rekord-Überschuß

Tokio (AP) – Der Überschuß in der japanischen Handelsbilanz ist im Fiskaljahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 10,07 auf 45,62 Mrd. Dollar gestiegen. Die Ausfuhren stiegen um 11,3 Prozent auf den Rekordwert von 167,79 Mrd. Dollar. Dagegen nahmen die Einfuhren nur um 5,1 Prozent auf 122,17 Mrd. Dollar zu. Der Leistungsbilanzüberschuß stieg zwischen 1983 und 1984 von 24,23 auf 36,99 Mrd. Dollar.

Appell von Blüm

Hannover (dl.) – Den vollen Auftragsbüchern der Industrie müssen jetzt Einstellungen folgen. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wandte sich auf der zentralen Maikundgebung der DAG in Hannover mit seinem Aufruf an die Industriellen: „Jetzt brauchen wir Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen. Jetzt muß bewiesen werden, daß wir mit der sozialen Marktwirtschaft die Arbeitslosigkeit bewältigen."

Baldridge zum Stahlstreit

Brüssel/Washington (dpa/VWD) – Der amerikanische Handelsminister Malcolm Baldridge unterstützt die Position der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Engpaßklausel bei Stahlrohren. Dies wurde nach der Rückkehr einer von Kommissionspräsident Jacques Delors geführten EG-Delegation aus Washington bekannt. Baldridge will den Angaben zufolge mit der US-Stahlindustrie Kontakt aufnehmen.

Wochenausweis

	23.4.	15.4.	23.3.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	59,1	58,6	57,6
Kredite an Banken	101,7	101,5	103,9
Wertpapiere	4,1	4,1	4,2
Bargeldumlauf	104,3	106,6	105,0
Einl. v. Banken	42,5	51,3	39,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	10,6	4,6	6,1

GATT / Wichtigstes Gipfelziel für US-Administration

Schlagabtausch mit Frankreich

H.-A. SIEBERT, **Washington/Bonn**

Der Schlagabtausch zwischen den USA und Frankreich – schon eine fast übliche Erscheinung auf den Wirtschaftsgipfeln – ist programmiert, nachdem die Regierung in Paris noch einmal erklärt hat, sie werde ohne eine Stabilisierung des Währungssystems einem frühen Datum für die von den USA und Japan geforderte neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) nicht zustimmen.

Noch kurz vor dem Flug an den Rhein machte US-Finanzminister James Baker in Washington klar, daß die Handelsrunde das wichtigste Gipfelziel der Reagan-Administration sei. Sie müsse so schnell wie möglich, spätestens aber 1986, beginnen, um den im Kongreß und anderswo immer stärker vordringenden Protektionismus in Schach zu halten, sagte er vor den mitgereisten Journalisten. Der amerikanische Plan ist, außer Handelsgüter auch Dienstleistungen, Agrarerzeugnisse, Spitzentechnologien und Investitionen in das Regelwerk des Gatt einzubeziehen.

Laut Baker ist die Beseitigung von Einfuhrhemmnissen der sicherste Weg, die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Eile ist für ihn deshalb geboten, weil die Freihandelsgespräche bis zu sieben Jahre dauern können. Der Eindruck ist nicht falsch, daß die Reagan-Mannschaft fest mit der Schützenhilfe von Bundeskanzler Kohl rechnet. Die Bonner Regierung müsse sich sowieso zu einer größeren Geste durchringen, um in den USA den Streit um Bitburg vergessen zu machen, hieß es dazu in diplomatischen Kreisen. Sie schließe auch konjunkturelle Maßnahmen ein.

Baker lehnte eine förmliche Koppelung der Handels- und Währungsgespräche, wie von Paris gewünscht, strikt ab. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, daß über die monetären Schwierigkeiten schon seit zwei Jahren debattiert werde und der Zehnerklub am 21. Juni in Tokio seine in Williamsburg in Auftrag gegebene Währungsstudie vorlege. Sie enthalte Empfehlungen, auf die man ohnehin warten müsse.

Folgt man Baker, dann ist eine Verbesserung der westlichen Währungsordnung nicht durch ein Umkrempeln des Systems, sondern nur durch nationale Wirtschaftspolitiken, die auf stabilere Preise zielen, zu erreichen. Das führe beinahe automatisch zu einer größeren Konvergenz. Aus seiner Sicht ist der Dollar stark, *weil er von der niedrigen US-Inflationsrate profitiert.*

Laut Baker werden die USA keinerlei Schritte unternehmen, um den Dollar künstlich abzuwerten. Allein der Markt müsse über den Kurs entscheiden. Der Minister sprach sich auch gegen koordinierte Interventionen, wie immer häufiger im Kongreß gefordert, aus. Zu verantworten seien Eingriffe an den Devisenmärkten nur dann, wenn die Spekulation zu ungeordneten Verhältnissen, sprich wilden Schwankungen, führe. Baker torpedierte alle Erwartungen, die an das Treffen der Fünfergruppe im Januar geknüpft worden waren.

Konjunkturpolitisch konzentrieren sich die USA, so Baker, auf die Bundesrepublik Deutschland und Japan. Von diesen beiden Ländern erhoffen sie sich Maßnahmen, „die das Wachstumstempo ohne Reflation beschleunigen". *Sowohl Bonn als auch* Tokio verfügen über genügend Spielraum, um die Wachstumsverluste in Amerika aufzufangen, betonte der Minister. *Ausdrücklich erwähnte er das* deutsche Steuerprogramm; ansonsten kämen alle marktorientierten Instrumente in Frage. Grundsätzlich würden auch für *die Partner die* „Reaganomics" gelten: weniger Steuern und Bürokratie sowie mehr Markt und freier Handel.

Nach Baker werden die USA in Bonn eine Konsolidierung zu Hause durch Abbau des Haushaltsdefizits *und gleichzeitige Steuerreform* versprechen. Das Steuerpaket wird Präsident Reagan nach seiner Rückkehr aus Europa dem Kongreß zuleiten. Wie es *jetzt aussieht,* verlieren die Unternehmen etwa zehn Prozent ihrer 1981 eingeführten Abschreibungserleichterungen. Getrimmt wird die geplante Verdoppelung der Einkommensteuer-Freibeträge.

Überraschend hat Henry Wallich, *Gouverneur der US-Notenbank, in einem* Gespräch mit Journalisten die Wachstumsprognose der Treasury für 1985 unterstützt. Trotz des Einbruchs *im ersten Quartal, als die US-*Wertschöpfung real nur um 1,3 Prozent zunahm, soll sie vier Prozent betragen. Wallich sagte es nicht, aber ein solch starkes Plus ist nur bei einem weniger restriktiven Geldkurs möglich.

EG-AUTOINDUSTRIE / Unsicherheit über oft angekündigten Aufschwung bremst

Keine Verbesserung beim Absatz

WERNER NEITZEL, **Hinterzarten**

Am europäischen Automobilmarkt hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres noch keine Verbesserung der Absatzzahlen gezeigt. Wie Hanns R. Glatz, Generalsekretär des Verbindungskomitees der Automobilindustrie der Länder der EG (CLCA), anläßlich der diesjährigen Generalversammlung des Dachverbandes der nationalen Automobilverbände der EG in Hinterzarten, darlegte, scheine der Absatzeinbruch in Frankreich allerdings abgebremst zu sein. Demgegenüber habe der britische Markt eine vorübergehende Belebung erfahren, der italienische stagniere hingegen nach wie vor. In der Bundesrepublik Deutschland mußte ein starker Rückgang der Neuzulassungen (1. Quartal: fast 20 Prozent Minus) hingenommen werden.

Als Ursachen lokalisiert Glatz zum *einen die Unsicherheit über den oft* angekündigten Wirtschaftsaufschwung und die restriktive Wirtschaftspolitik in den meisten Mit*gliedsländern der Gemeinschaft.* Überlagert werde dies durch die seit einem Jahr anhaltende Debatte über die Einführung neuer Abgasvorschriften für Pkw und die steuerliche Förderung schadstoffarmer Autos in der Bundesrepublik und den Niederlanden. Der hieraus allein für die Bundesrepublik resultierende Kaufstau wird auf 450 000 Pkw geschätzt.

Nach Einschätzung der EG-Automobilverbände sei es für die weitere Entwicklung der Autokonjunktur in der Gemeinschaft von großer Bedeutung, ob es gelinge, die Zuversicht der Verbraucher wieder zu stärken und die Unsicherheit bei den Automobilkäufern auszuräumen. In diesem Zusammenhang fordert die Automobilindustrie die Regierungen und Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft auf, schnell zu Entscheidungen zu kommen. Dies gelte insbesondere für die Frage der Festlegung der europäischen Abgasgrenzwerte, welche die besonderen Probleme der kleine*ren und mittleren* Pkw *berücksichtig*ten, sowie für die Frage der Verfügbarkeit unverbleiten Benzins in geeigneter Qualität.

Es dürfe nicht aus den Augen verloren werden, daß der Zusammenhang zwischen Autoabgasen und Waldschäden nach wie vor ungeklärt sei, sagte Glatz. Die vom Ministerrat der EG angestrebte Senkung des Schadstoffausstoßes habe daher vorbeugenden Charakter. Das CLCA hatte seine Tagung bewußt in Hinterzarten im Hochschwarzwald durchgeführt, um sich an Ort und Stelle ein Bild über den Grad der Waldschäden zu machen. Überwiegende Meinung der Delegierten nach einer Waldbe*sichtigung: „Sehr beeindruckend."*

Das Jahr 1984 war für die europäische Automobilindustrie insgesamt nicht zufriedenstellend verlaufen, denn die Ende 1983 aufgekommene leichte Konjunkturerholung setzte sich nicht fort. Auf dem EG-Markt sanken die Neuzulassungen von Pkw in 1984 um 2,3 Prozent auf 8,6 Mill. Einheiten. Die Neuzulassungen von Nutzfahrzeugen verringerten sich um 2,7 *Prozent auf knapp* unter 1 Mill. Einheiten. Die Minuszahlen in der Pkw-Produktion betrugen in Großbritannien 13 Prozent, in Frankreich 8,4 *Prozent und in der Bundesrepu*blik 2,3 Prozent. Lediglich in Italien gab es ein Plus von 3,1 Prozent.

INTERNATIONAL HARVESTER / Mit Tenneco einig

Französische Tochter verkauft

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die International Harvester (IH) France, mit 2,3 Mrd. Franc Umsatz (1984) zweitgrößter Landmaschinenproduzent Frankreichs nach Renault, soll unter die Kontrolle der amerikanischen Tenneco Inc., Houston, geraten. Dies sieht ein von dem Mineral*ölkonzern vorbehaltlich der Zustim*mung seiner Aktionäre mit den französischen Behörden getroffener Rettungsplan vor. Er betrifft indirekt auch die deutschen *Harvesterwerke* in Neuss, die den französischen Werken Traktorenmotoren liefern.

Im November 1984 hatte die Tenneco-Tochter J. I. Case den nordamerikanischen Landmaschinensektor der International Harvester Co. (IHC), Chicago, sowie die britische IHC-Tochter übernommen. Seitdem besitzt Tenneco eine Option auf den Erwerb der französichen, deutschen und dänischen Harvesterwerke im Wert von 430 Mill. Dollar. Von einer Einigung mit der französischen Regierung hatte Tenneco auch die Übernahme der deutschen und dänischen IHC-Tochter abhängig gemacht.

Nunmehr hat sich die Gesellschaft bereit erklärt, 600 Mill. Franc innerhalb *von drei Jahren bei IH-France* zu investieren. Die französische Regierung will ihrerseits zur Sanierung des Unternehmens 120 Mill. Franc Staatskredite und 40 Mill. Franc Subventionen aufbringen.

Das Abkommen sieht außerdem *vor, daß die französischen Banken* auf 30 Mill. Franc ihrer Forderungen an IH-France voll verzichten und für weitere 240 Mill. Franc stimmrechts*lose Tenneco-Aktien im Austausch* erhalten. Die amerikanische Harvester will ihrerseits 500 Mill. Franc Forderungen an ihre französische Tochter aufgeben.

IH-France hat in den letzten drei Jahren Verluste von zusammen 1,1 Mrd. Franc verbucht. Die Kapazitäten konnten in den letzten Jahren immer weniger ausgelastet werden. Gegenwärtig erreicht die Jahresproduktion nur noch knapp 10 000 Einheiten. Geplant ist jetzt die Schließung unrentabler Anlagen in Angers und Croix, jedoch soll das Werk von Saint-Diziers (1750 Beschäftigte) zum europäischen Produktionszentrum für Getriebe ausgebaut werden.

HANDEL / Verbände lehnen staatliche Eingriffe bei Kompensationsgeschäften ab

Warentausch hilft Devisen zu sparen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Der internationale Tauschhandel erlebt eine Renaissance. „Alle Anzeichen deuten auf eine erhebliche Steigerung der Gegengeschäftswünsche von immer mehr Ländern in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre", betonte Hans Gerd Kirchfeld, stellvertretendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels und Außenhändler in Düsseldorf.

Die enorme Verschuldung der Dritten Welt, vor allem der Schwellenländer, die Rezession der vergangenen Jahre, der Protektionismus der Industrieländer und die Devisennot in Ost und Süd beschränken sich nach Ansicht von Klaus Richter, dem neuen Präsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Bartergeschäfte keineswegs mehr auf die osteuropäischen Staatshandelsländer. Nicht zuletzt hätten die strengen Auflagen des Internationalen Währungsfonds für die Umschuldungsländer den Tauschhandel zu einer Art „Zauberformel" werden lassen, um dringend benötig*te Waren ohne Devisen aus den Indu*strieländern beziehen zu können.

Richter veranschlagt den Anteil der Bartergeschäfte am Welthandel auf fünf bis zehn Prozent. Das amerikanische Handelsministerium rechnet mit zehn bis 20 Prozent. Die OECD beziffert den Kompensationshandel auf rund 15 Prozent der Exporte aller Industriestaaten im Ostblock. Im pazifischen Becken wird der Anteil bereits auf 50 Prozent aller Außenhandelsumsätze zwischen diesen Ländern geschätzt, wobei Japan kräftig mitmischt.

Die Bundesregierung bewertet die Kompensation negativ für die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und das Wachstum des Welthandels. „Die deutsche Außenwirtschaft, zumal die mit der Kompensation konfrontierte Exportwirtschaft, muß sich jedoch den – wenn auch nicht immer geliebten – Anforderungen stellen, will sie im internationalen Wettbewerb wie bisher eine Spitzenposition einnehmen", erklärte Kirchfeld. *Die Exporteure* könnten bestimmte Geschäfte nur dann machen, wenn die geforderte Kompensation auch durchgeführt wird.

Die deutschen Außenhandelsunternehmen hätten sich diesen Anforderungen gestellt und in Erweiterung *ihrer Funktion ein spezifisches* Kompensations-Know-how entwickelt. Die beiden Verbände haben jetzt ihren bisher nur auf Staatshandelsländer ausgerichteten Service ausgedehnt, exportierende Industrie-Unternehmen mit Importspezialisten zusammenzuführen. Das Adreßmaterial haben sie in einer Broschüre „Unternehmen im Kompensationshandel" zusammengestellt.

Die Verbände halten es für falsch, durch staatliche Maßnahmen die Kompensationsgeschäfte kontrollieren und beschränken zu wollen. Denn das würde nur zu einer weiteren Bürokratisierung führen.

ÖSTERREICH / Weniger Steuern auf Aktienerträge?

Euphorie an Wiener Börse

WOLFGANG FREISLEBEN, **Wien**

Eine anhaltende Hausse-Stimmung herrscht seit Monaten an der Aktienbörse in Wien. Ende März hatte der Aktienindex der Wiener Börsenkammer mit 154,89 sogar einen historischen Höchststand erreicht. Das gleiche gilt auch für den Börsenumsatz, der sich von dem Rekordwert des Februar (225 Millionen Schilling) nochmals auf 285,5 Millionen Schilling steigerte – und ohne den Aktienhandel der Banken, die fast die Hälfte des Umsatzes aus dem Handel öster*reichischer Aktien außerhalb* der Börse abwickeln.

Sogar die Aktien von jahrelang als Pleitefirmen verschrienen Unternehmen aus Krisenbranchen erfreuten sich steigender Nachfrage. Gesuchte Werte wie jene der großen Versicherungen legten zwar kräftig zu, waren aber im Handel kaum erhältlich. Ähnlich ist es traditionell bei den privaten Brauereien oder den Industriebetrieben der verstaatlichten Großbanken. Nur wenige, vorwiegend angeschlagene Unternehmen, konnten von der allgemein guten Stimmung nicht profitieren.

Die Ursachen für diese kräftige Belebung an der Wiener Börse nach langen Jahren der Agonie liegen einerseits in den allgemein verbesserten Ertragsaussichten der Unternehmen. Andererseits aber auch in der Ankündigung von Finanzminister Franz Vranitzky, die steuerliche Diskriminierung der Aktienerträge deutlich zu vermindern. Die Aufwärtstendenzen werden noch verstärkt durch eine bereits vor Monaten einsetzende rege Nachfrage aus dem Ausland – vor allem von Banken und privaten Anlegern aus der Bundesrepublik.

Der Aufschwung hatte sich schon 1984 abzuzeichnen begonnen, als mehr als die Hälfte der inländischen Börsenwerte leichte Kursgewinne auswiesen. Im diesem Jahr notierten etliche Werte sogar Kurssprünge von mehr als 100 Prozent. Die Steigerung zwischen 50 und 100 Prozent ist ebenfalls keine Seltenheit. Die Kursgewinne an der Wiener Börse zählen derzeit weltweit zu den größten.

SPARKASSE IN BREMEN / Ungünstiger Rahmen

Konsolidierung eingeleitet

W. WESSENDORF, Bremen

„Die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bremen haben sich 1984 deutlich auf die Geschäftsentwicklung der Sparkasse in Bremen ausgewirkt", sagte Vorstandsmitglied Heinrich Frick. Deshalb habe sich die Geschäfts- und insbesondere Ertragsentwicklung nach einem überdurchschnittlichen Wachstum 1983 wieder verlangsamt. Und dieser Trend setze sich bislang in diesem Jahr fort.

Der ungünstige Rahmen habe in der Kreditwirtschaft zu einem verschärften Wettbewerb geführt, gleichzeitig seien auch die Risiken im Kreditbereich größer geworden. Dennoch fühle sich die Sparkasse verpflichtet, ihre Leistungen weiterhin in den Dienst Bremens zu stellen. Allerdings könne das Institut seine Aufgaben nur bei ausreichenden Gewinnen erfüllen, deshalb gehe die Sparkasse in eine Phase der Konsolidierung.

Das Ergebnis wird im Berichtszeitraum insbesondere durch einen geringeren Zinsüberschuß beeinträchtigt. Die Zinsspanne verringerte sich um 0,27 auf 2,97 Prozent. Der Zinsüberschuß schrumpfte damit von 265,5 auf 260,6 Mill. DM. Das ordentliche Betriebsergebnis ging im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent zurück. 1983 war es noch um 5 Prozent gestiegen. Kräftig aufgestockt wurden nach Angaben von Vorstandsmitglied Friedrich Rebers die Einzelwertberichtigungen, die der Sparkasse neben den Pauschal- und Sammelwertberichtigungen immer ein insgesamt ausreichendes Risikopolster böten.

„Unter diesen schwierigen Umständen" zog Rebers das Resümee, „können wir mit dem Ergebnis 1984 durchaus noch zufrieden sein, wenn auch der Überschuß, den die Sparkasse 1984 erwirtschaftete, mit 26,1 Mill. DM hinter dem des Vorjahres von 34,5 Mill. DM zurückblieb." Nach Abzug der Spenden in Höhe von 1 Mill. DM konnten 25,1 Mill. DM den Sicherheitsrücklagen zugeführt werden. Das haftende Eigenkapital der Sparkasse einschließlich der Landesbausparkasse erhöhte sich damit auf 373,2 Mill. DM, das entspricht einem Anteil von 4,07 Prozent der Bilanzsumme gegenüber 3,96 Prozent in 1983 oder – gemessen an den Kundeneinlagen – 5,42 Prozent gegenüber 5,27 Prozent des Vorjahres.

HOESCH / Ertragsfortschritt auf solidem Kurs setzt sich fort – Schlußgalopp bei den Stahlinvestitionen

Bonner Veto blockiert Rückkehr zur Dividende

J. GEHLHOFF, Dortmund

Den Lohn der bei ihr besonders intensiv betriebenen Roßkur des Abbaus von Stahlkapazitäten präsentiert die Dortmunder Hoesch AG für 1984 mit größerem Ertragsfortschritt denn je in zehn Jahren europäischer Stahlkrise. Die 1982 begonnene Ertragswende erfaßte nun voll auch den Stahlbereich und endete für den Konzern nebst 63 (16) Mill. DM Ertragssaldo des Beteiligungskontos bei einem auf 182 Mill. DM versechsfachten „wirtschaftlichen Ergebnis". Nach 77 Mill. DM Aufwandsaldo im außerordentlichen Bereich, der aus (vorerst) substanzstärkender Vorsorge stammt, und nach geringer Ertragssteuerlast (man hat noch etliche 100 Mill. DM steuerliche Verlustvorträge) bleibt ein Konzern-Jahresüberschuß von 94 Mill. DM.

Kaum mehr als die Hälfte davon hätte Hoesch benötigt, um den 100 000 Eigentümern des 1984 mit 50prozentigem Agio auf 356 (285) Mill. DM erhöhten Aktienkapitals, die im Krisenjahrzehnt nur einmal eine „Pflegedividende" sahen. (für 1976 mit 2 DM), eine hier schneller als beim Gros der EG-Stahlindustrie gelungene Genesungskur mit 5 DM Dividende zu honorieren. Das hätte nebst 36 Prozent Körperschaftssteuer auf den Ausschüttungsbetrag 48 Mill. DM gekostet. Doch nichts wird ausgeschüttet.

Erklärung wie Trost für diesen Affront bietet der als „Hoesch-Sanierer" so erfolgreiche Vorstandsvorsitzende Detlev Rohwedder vor allem mit folgendem: Mit Brief vom 8. März 1985 habe der Bundeswirtschaftsminister der Hoesch AG kundgetan, daß Auszahlungen aus dem Bonner 3-Milliarden-Stahlhilfeprogramm nach Regierungsansicht „grundsätzlich nicht mit der Ausschüttung einer Dividende vereinbar" seien. Dem habe sich Hoesch, nachdem man bis Ende 1984 rund 384 (298) Mill. DM solcher Hilfe erhielt und für 1985 noch bis zu 300 Mill. DM erhofft, unterwerfen müssen.

Keine komplette Unterwerfung, tröstet Rohwedder. Für die Verwendung des 1985er Gewinns, der den Konzern nach aktuellem Vorstandsurteil weiterhin auf sehr solidem Kurs des Ertragsfortschritts zeigen wird, verhandle man mit Bonn über die Aufhebung des Dividenden-Vetos. Näheres zur dann möglichen Dividende werde er frühestens auf der Hauptversammlung (14. Juni) sagen. Weiterer Trost: Mit dem Bezugsrecht von rund 4 DM/Aktie bei der 1984er Kapitalerhöhung habe der Aktionär immerhin Ähnliches wie die von Bonn blockierte Dividende erhalten.

In beträchtlichem Ausmaß verdankte der Konzern seinen 1984er Ertragsfortschritt der Tatsache, daß der Stahlbereich, bei 4,1 (3,9) Mill. t Rohstahlausstoß und 3,9 (3,5) Mill. t Walzstahlabsatz mit 43,6 (42,7) Prozent am Konzern-Fremdumsatz beteiligt, sein „wirtschaftliches Ergebnis" nach noch knapp negativem Vorjahresresultat nun „wesentlich" ins Positive drehte. Da lag auch der Schwerpunkt des weiteren Abbaus der Belegschaftszahl mit nun noch 17 800 (19 200) Stahl-Beschäftigten.

Und beim Stahl liegt auch das Hauptgewicht der Gesamtinvestitionen des Konzerns, die 1984 mit 163 (20) Mill. DM auf Finanzanlagen entfielen und 1985 trotz Ausbleibens neuer Firmenakquisition noch kräftig auf etwa 800 Mill. DM steigen sollen. Da geht's um Großprojekte wie „Durchlaufglühe" und „100 Prozent Strangguß", die Hoeschs Dortmunder Stahlbasis weiter stärken sollen, bei den Siegerland-Betrieben des Konzerns aber ab 1986 einen forcierten Personalabbau bringen werden.

Zu seiner überdurchschnittlichen Investitionsintensität wird Hoesch auch dadurch getrieben, daß die 20prozentige Investitionszulage aus dem Bonner Stahlhilfeprogramm nur für das bis Ende 1985 Fertige gilt. Deshalb wird nun der Schlußgalopp bei Stahl-Investitionen eingelegt. Was danach zur Verbreiterung der Aktivitäten eines im Stahl (wie alle Deutschen) kaum noch wachstumsfähigen Konzerns investiert und/oder akquiriert werden soll, verschiebt der Vorstand einstweilen in die Weisheit vielsagenden Schweigens.

Hoesch-Konzern	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	7251	+ 7,6
dav. Stahl	3162	+ 9,9
Weiterverarbeitung	2741	+ 8,9
Handel/Dienstl.	1350	+ 0,4
Exportquote	37,3	(33,8)
Belegschaft	33 500	- 5,0
Personalaufwand	1956	- 0,7
Gesamtinvestitionen	588	+160,0
Abschreibungen	350	- 1,0
Cash flow	625	- 3,0
Zinsaufwandsaldo	122	- 8,0
Wirtschftl. Ergebnis	182	(31)

SMH-BANK

Gewinn unter neuer Leitung

dpa/VWD, Frankfurt

Das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH) hat bereits im ersten Jahr unter der Leitung der britischen Lloyds-Bank mit Gewinn gearbeitet, bestätigte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der SMH-Bank, John Hobley. Nach dem Beinahe-Zusammenbruch der ehemaligen Privatbank unter der Führung des mittlerweile verhafteten Ferdinand Graf von Galen hatte die Lloyds-Bank im Januar 1984 das Wertpapiergeschäft, Teile des kommerziellen Bankgeschäfts, die Mitarbeiter und den Firmennamen der SMH-Bank übernommen.

Außer am Bankenplatz Frankfurt habe die SMH-Bank die Kundschaft weitgehend zurückgewinnen können. Im ersten Quartal 1985 sei der Gewinn „sehr erfreulich" gewesen, so daß die Geschäftsleitung auch für 1985 die Entwicklung „zuversichtlich" beurteile.

Im ersten Geschäftsjahr wurde eine Bilanzsumme von 1,3 Mrd. DM erreicht. Das Geschäftsvolumen belief sich auf 1,6 Mrd. DM. Die Zinsmarge sei allerdings noch nicht zufriedenstellend gewesen, so daß der Verwaltungsaufwand nicht aus dem Zinsüberschuß gedeckt werden konnte. Sehr erfreulich war dagegen der Provisionsüberschuß. Ein wesentlicher Teil des Betriebsgewinns wurde dazu benutzt, die erstmals zu bildende Sammelwertberichtigung für das Kreditgeschäft zu dotieren, die in der Bilanz mit 10,4 Mill. DM ausgewiesen wird.

Am 1. April 1985 war die Eingliederung des Kundengeschäfts der ehemaligen fünf deutschen Filialen der Lloyds Bank International Ltd. in die SMH-Bank abgeschlossen. Damit ist die SMH-Bank neben Frankfurt, Hamburg und Offenbach auch in Düsseldorf, München und Stuttgart vertreten. Das Eigenkapital der Bank wurde im März um 40 auf 140 Mill. DM erhöht, das ausschließlich von der Lloyds-Bank-Gruppe gehalten wird. Die Bilanzsumme beläuft sich damit auf 1,8 Mrd. DM und das erweiterte Geschäftsvolumen auf mehr als 2,3 Mrd. DM.

PIEROTH / Engagement in der Weinerzeugung Chinas

Mehr Erfolg im Ausland

J. NEANDER, Frankfurt

Als drittes Getränkeunternehmen der Welt nach Coca Cola und Remy Martin will die deutsche Pieroth-Gruppe, Burg Layen, die Volksrepublik China zugleich als Produktionsstätte und als Absatzmarkt nutzen. Wie der geschäftsführende Gesellschafter Kuno Pieroth am Rande einer Pressekonferenz in Frankfurt erläuterte, will sich das Unternehmen in China über einen Franchise-Nehmer in der Weinerzeugung engagieren, um die Weine dann zum Teil im Lande selbst, zum Teil aber auch an China-Restaurants im Ausland (vor allem in den USA) zu verkaufen.

Gemeinsam mit einer chinesischen Weinbauerngenossenschaft sind bereits Anbauversuche mit ausgesuchten einheimischen Rebsorten im Gang. Die gesamte Kellertechnik soll von Pieroth gestellt und beim Ausbau der Weine überwacht werden. Gedacht ist an eine Investition in Höhe von zwei bis drei Mill. DM. Ein Problem stellt bisher noch die Preisgestaltung dar.

Genau wie bei den beiden anderen westlichen Unternehmen wollen die chinesischen Behörden den Preis für diese Erzeugnisse in langfristigen Verträgen ein für alle Mal festsetzen, ohne auf die Entwicklung am Markt Rücksicht zu nehmen. Die Verhandlungen sind noch im Gang. Das Unternehmen hofft, wie der zweite geschäftsführende Gesellschafter Huber es formuliert, auch den Chinesen noch das nötige Vertrauen in das Funktionieren des Marktes vermitteln zu können.

Auch 1984 wieder machen vor allem die ausgedehnten Auslandsaktivitäten in über 20 Ländern den Erfolg der Pieroth-Gruppe aus. Der Gruppenumsatz stieg um 5,2 Prozent von 610 auf 641,5 Mill. DM. Die eigene Umsatzplanung hatte lediglich eine Steigerung von etwas über drei Prozent im Visier. Der Auslandsumsatz wuchs um 10,2 Prozent auf 282 Mill. DM und macht jetzt schon 44 Prozent (im Vorjahr 42,1 Prozent) vom Gesamtumsatz aus.

Im Inland sind die Umsätze, wenn man den Direktvertrieb von Wein allein berücksichtigt, erneut um ein Prozent gesunken. Pieroth betrachtet dies inmitten einer allgemein ungünstigen Situation der deutschen Weinwirtschaft in den letzten Jahren dennoch als Erfolg. Der Abstand zur Konkurrenz auch im Inland sei größer geworden. Huber: „Aber wir wären verrückt, wenn wir im Inland mit Gewalt und gegen den Markt Steigerungen erzielen wollten, die wir im Ausland leichter haben können."

Mit dem Ergebnis ist Pieroth 1984, wie es in traditionellem Understatement heißt, „nicht ganz unzufrieden". Mit einem härteren Geschäft und leichten Preissteigerungen, vor allem bei den knapper gewordenen Kabinettweinen, wird für 1985 gerechnet. Nach wie vor herrscht Mangel an guten Außendienstmitarbeitern.

Die relativ gute Entwicklung im Ausland (zum Beispiel in Frankreich ein Plus von 28 Prozent fast ausschließlich mit französischen Weinen) läßt Pieroth an seinem erklärten Fernziel festhalten: Ende des Jahrzehnts mit etwa 800 Mill. DM Umsatz der Branchenführer in ganz Europa zu werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KSB erhöht

Frankenthal (dpa/VWD) – Eine auf 6,50 (vier) DM je Stammaktie erhöhte Dividende schlägt die Klein, Schanzlin und Becker AG (KSB), Frankenthal, für das Geschäftsjahr 1984 vor. Die Vorzugsaktien sollen mit 7,25 (5) DM bedient werden. Hauptversammlung ist am 28. Juni.

Brau-AG mit Verlust

Nürnberg (VWD) – Die Brau-AG Nürnberg zahlt für das Geschäftsjahr 1984 keine Dividende. Die Einladung zur Hauptversammlung am 13. Juni enthält keinen Gewinnverwendungsvorschlag. Wie auf Anfrage zu erfahren war, fiel 1984 ein Bilanzverlust von rund 1,17 Mill. DM an, weshalb auf die Bedienung des Grundkapitals von 15,760 Mill. DM verzichtet wird. Für 1983 wurden aus 946 000 DM Bilanzgewinn sechs Prozent Dividende gezahlt.

Zehn Prozent Dividende

Düsseldorf (VWD) – Die Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, zahlt für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. November) eine Dividende von zehn Prozent. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 10. Juni hervorgeht, steht dazu ein Bilanzgewinn von 13,722 (4,606) Mill. DM zur Verfügung. Davon gehen zunächst 4,540 Mill. DM für die nachträglich für 1983 beschlossene Gewinnausschüttung (fünf Prozent) ab. Am Grundkapital von 90,8 Mill. DM ist die Owens Illinois Inc., Toledo/USA, mit über 80 Prozent beteiligt.

Genssler zu Flick

Düsseldorf (J.G.) – Die einst elf Personen starke und derzeit auf drei Köpfe reduzierte Geschäftsführung seiner Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf, stockt der Alleineigentümer zu einem Quartett auf: Zum 1. Juni tritt Rolf Genssler (57), bislang Executive Vice-President des auf Metallgeschäfte konzentrierten US-Konzerns Amax, in die Geschäftsführung ein. Da soll er (vorerst) die Auslandsinteressen des Konzerns betreuen. Hans Wenrer Kolb (bald 65) wird neben Friedrich-Karl Flick der einzige persönlich haftende Gesellschafter der Holding bleiben.

NAMEN

Dr. Roland Bitschnan, Generalbevollmächtigter der Kammgarnspinnerei J. C. Wirth, Donaueschingen, und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Dura Tufting GmbH, Fulda, ist im Alter von 55 Jahren verstorben.

Heinz Neumüller, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe CeWe Color GmbH & Co. KG, Oldenburg, beging am 1. Mai seinen 65. Geburtstag.

Frank Wössner (44), Mitglied des Vorstandes der R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden, verläßt das Unternehmen. Zu seinem Nachfolger wurde zum 1. Juli Dr. **Eckhardt Wilkens** (42) berufen.

Hans-E. Schönbeck wurde zum Präsidenten des EG-Dachverbandes der Automobilhersteller gewählt.

VW montiert in Tunesien

dos. Wolfsburg

Ein Gemeinschaftsunternehmen, das die Montage von VW-Fahrzeugen in Tunesien übernehmen soll, ist jetzt in Tunis gegründet worden. Nach Angaben der Volkswagenwerk AG soll mit Investitionen von rund 50 Mill. DM ein Montagewerk in Bou Arara (Regierungsbezirk Siliana) errichtet werden. Spätestens ab Mitte 1987 sollen die ersten Fahrzeuge montiert werden; bis Ende 1988 werde die Produktionskapazität von 5000 Einheiten jährhlich erreicht sein.

Geplant ist die Fertigung von 2000 leichten Nutzfahrzeugen und 3000 Pkws der Modelle Golf und Jetta. VW wird die benötigten Teilesätze aus der Bundesrepublik liefern; sie sollen durch tunesische Teilelieferungen komplettiert werden. In der Endphase werden in dem Werk etwa 400 Personen beschäftigt sein.

Vertragspartner des Gemeinschaftsunternehmens, das die Zusammenarbeit mit VW über einen gesonderten Kooperationsvertrag regeln will, sind tunesische Privatleute, der tunesische VW-Importeur Ennakl SA, Entwicklungsbanken und der belgische VW-und Audi-Importeur D'Ieteren NV, Brüssel, bei dem auch die Gesamtplanung des Projekts liegt.

In einer weiteren Mitteilung verweist VW auf die Neuordnung der Marketing Aktivitäten, die weltweit in einem Zentralbereich konzentriert werden. Mit der Leitung dieses Bereichs wird Peter Weiher, derzeit bei VW of America zuständig für Verkauf und Marketing, betraut.

EUROPA CARTON / Ergebnis trotz Streikeinbußen deutlich verbessert

Mengenboom bei Papier und Karton

JAN BRECH, Hamurg

Ein Umsatzwachstum von rund 10 Prozent auf etwa 800 Mill. DM in der Gruppe und ein unverändertes Betriebsergebnis erwartet die Europa Carton AG (ECA), Hamburg, in diesem Jahr. Bei anhaltender Mengenkonjunktur hat ECA nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Werner Woitas in den ersten vier Monaten 1985 ein Umsatzplus von 15 Prozent erreicht. Nur im Wellpappengeschäft sei die Nachfrage schwächer.

Zur Ertragsentwicklung erklärt Woitas, daß es in den beiden großen Bereichen Wellpappe und Faltschachteln unverändert Nachholbedarf gebe. In diesen Sparten seien Preiserhöhungen von mindestens 4 Prozent notwendig. Bei Altpapier bewegten sich die Preise nach wie vor auf hohem Niveau, und bei Karton wurden Korrekturen von 5 bis 6 Prozent in diesem Jahr vorgenommen.

Zum Gruppenumsatz im Jahr 1985 wird zum ersten Mal das niederländische Faltschachtelwerk der Menno Goesmans B. V. mit 20 Mill. DM beitragen, das ECA Anfang dieses Jahres gekauft hat und das Kapazitätsengpässe im Bremer Werk für Getränkeverpackungen beseitigen sowie Wachstumschancen in Spezialmärkten wahrnehmen soll. Expansion erwartet ECA ferner bei den auf Lizenzbasis übernommenen neuen Verpackungssystemen für Getränke.

Das Ergebnis des Jahres 1984 bezeichnet Woitas als gut, aber mit Schattenseiten. Während die Sparten Verpackungsfertigung, die immerhin rund 75 Prozent zum Geschäftsvolumen beisteuerten, die Ergebnisse des Vorjahres nicht erreichten, gab es bei Karton, Papier und Altpapier durch starken Mengenwachstum und höhere Preise eine „nennenswerte Erholung der Ergebnisse".

Im Jahresüberschuß schlägt sich diese Entwicklung in einer Verbesserung um 62 Prozent auf 10,7 Mill. DM nieder. Die Nettoumsatzrendite hat nach Angaben von Woitas erstmals die Marke von einem Prozent deutlich übersprungen. Aus dem Gewinn werden 0,5 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest von 9,5 Mill. DM der kanadischen Muttergesellschaft Consolidated-Bathurst Inc., Montreal, ausgeschüttet; der bislang höchste Dividendenbetrag.

Bei der nahezu vollständigen Gewinnausschüttung müsse berücksichtigt werden, so erklärt Woitas, daß ECA im Vorweg wie auch in den Vorjahren alle steuerlichen Möglichkeiten genutzt und erhebliche stille Reserven gebildet habe. Das Betriebsergebnis vor Steuern gibt Woitas für 1984 mit 19,5 Mill. DM an.

Der Gruppenumsatz der ECA, die zu den führenden Herstellern von Papier- und Kartonverpackungen in Deutschland zählt, erhöhte sich im Berichtsjahr um 15 Prozent auf 733 Mill. DM. In der Wellpappensparte, die knapp 50 Prozent beisteuert, betrug das Plus 11,9 Prozent, bei Faltschachteln (Anteil 22 Prozent) knapp 4 Prozent, bei Papier/Karton (13 Prozent Anteil) rund 20 Prozent und bei Altpapier (12,4 Prozent Anteil) 68 Prozent. Die Kapazitäten seien gut beschäftigt gewesen. Die gleichwohl unbefriedigende Ertragsentwicklung in den dominierenden Sparten wird auf starke Verteuerungen bei den Rohstoffen und die Arbeitskämpfe in der Druckindustrie zurückgeführt.

Aktien unter Druck

Gewinnmitnahmen bei den Standardwerten

DW. – *Die schwächere Tendenz in New York und der weiter schwankende Dollar lösten am deutschen Aktienmarkt Gewinnrealisationen aus. Wegen der rückläufigen Kaufaufträge aus dem Ausland führten sie auf breiter Front zu weichenden Notierungen. An der Zurückhaltung der Anleger konnte die zuversichtliche Prognose der wirtschaftswissenschaftlichen Institute ebensowenig ändern wie die überwiegend günstigen Berichte, die von den Unternehmern über das erste Quartal dieses Jahres abgegeben worden sind.*

Unter Gewinnmitnahmen hatten besonders die in den letzten Tagen überdurchschnittlich gestiegenen Nixdorf-Aktien zu leiden. An der Montagbörse wurden sie vorübergehend noch mit 600 DM notiert, fielen am Dienstag aber bis unter 580 DM zurück und erholten sich später nur schwerfällig. Glattstellungen auch bei Siemens, wo der Kurs um 5 bis 6 DM reduziert wurde. Bei den Großchemiewerten hatten BASF mit einem Abschlag um rund 3 DM am meisten unter Abgaben zu leiden. Autowerte ebenfalls unter Druck, mit Ausnahme von VW, wo die Bilanzpressekonferenz offensichtlich zur Stabilisierung beigetragen hat. Trotz der zum Stillstand gekommenen Zinssenkung konnten sich die meisten Bankaktien gut behaupten. Für die Papiere der Dresdner Bank liegt unverändert eine größere Kauforder im Markt.

Frankfurt: BASF sanken um 3,20 DM und Cassella gaben um 6 DM nach. Siemens verminderten sich um 6,60 DM und AEG gaben um 2 DM nach. VW konnten sich um 2 DM verbessern.

Düsseldorf: Auf der Verliererseite befanden sich Kochs Adler mit minus 4 DM, Dyckerhoff St. mit minus 4,60 DM und Dt. Atlanten mit minus 5 DM. Conc. Chemie verbesserten sich um 5 DM, Heinrich Lehmann um 6,90 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich bei 487 DM minus 10,50 DM stärker ab. Triton gingen mit minus 2 DM aus dem Markt. HEW waren mit minus 0,30 DM und NWK Vz. mit minus 0,50 DM knapp gehalten. Phoenix Gummi begannen zu 121 DM und lagen später bei 123 DM plus 4 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld zogen um 10 DM und Detewe um 5 DM an. Dt. Hypobank Berlin und Lehmann lagen um je 0,50 DM freundlicher. Berthold und Herlitz St. gaben um je 4 DM nach.

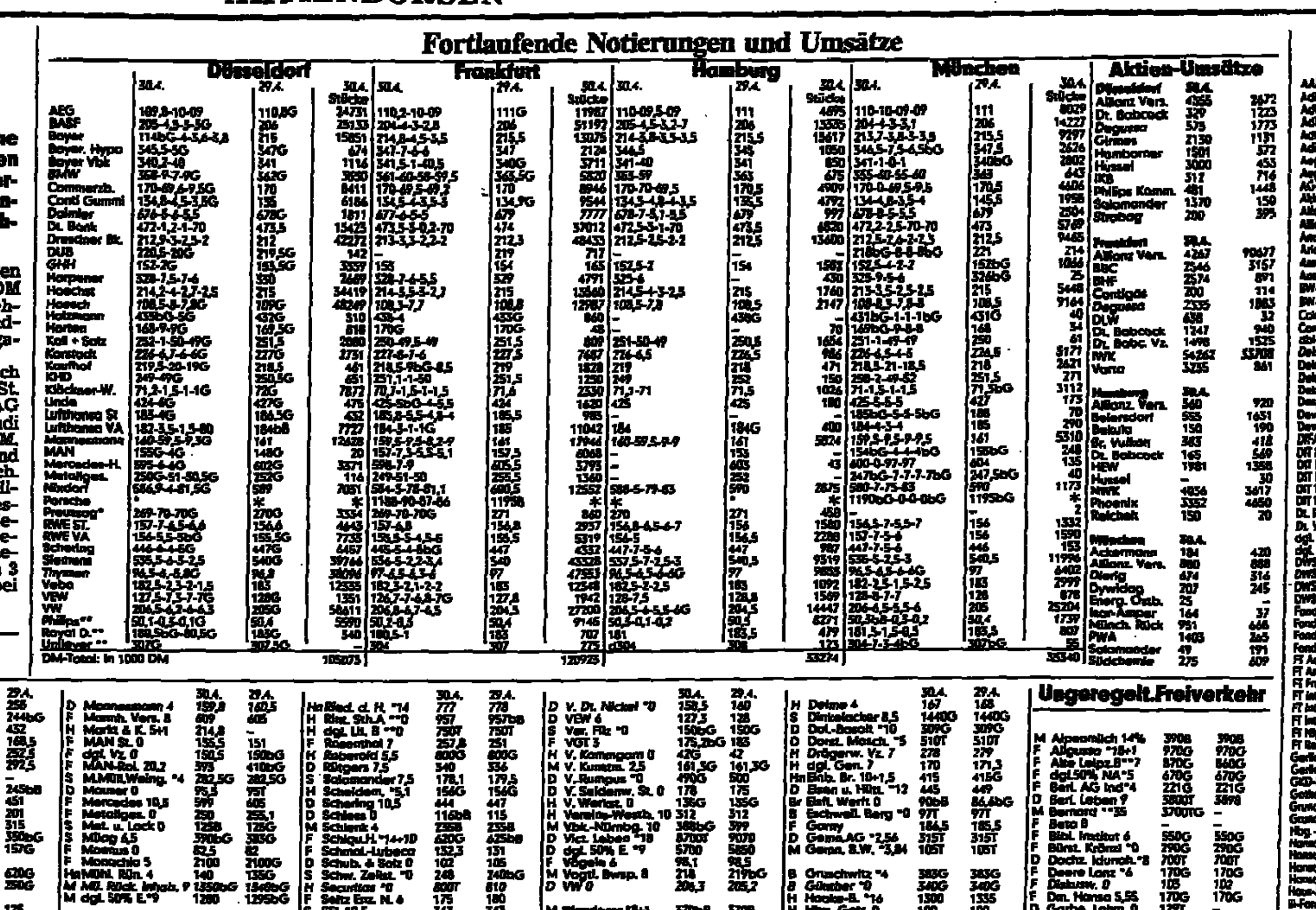
München: Aigner konnten sich um 0,50 DM verbessern, AGrob St. zogen um 4 DM an und Deckel AG befestigten sich um 1,50 DM. Audi AG verminderten sich um 27 DM. Dywidag sanken um 3 DM und Electro 2000 gaben um 1 DM nach.

Stuttgart: Schwäbische Zellstoff stockten um 8 DM auf. Aesculap gewannen 10 DM. Zeag Zement setzten ihre Aufwärtsbewegung um 6 DM fort. Audi NSU fielen um 33 DM und Daimler um 3 DM zurück. Für Gehe bestand bei minus 4 DM Kaufneigung.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 178,00 (178,9)
WELT-Umsatzindex: 2378 (2718)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

		30.4.	29.4.
H	Aach M Berl.9+2,50	1155	1159
H	Aach. M. Vers. 7	380bB	375G
D	Aach. Rück. 9	1280	1280
D	Aseag *4	490G	490G
M	Ack-Gögg 4	107bG	108
H	Adca 0	135G	136
D	Adler 9	310G	310G
F	Adt 0	15	16
F	AEG-Telef. 0	109,5	111,5
D	AEG-Kabel 8	281G	281G
S	Aesculap 8	411xD	410
F	AGAB 5	115,5	116

Ausländische DM-Anleihen

Ausland
New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Wien

Creditanst.-Bkv.Vz.		308
Gösser-Brauerei		480
Länderbank Vz.		542
Österr. Brau AG		480
Perlmooser	Feier-	455
Reininghaus	tag	685
Schwechater Br.		260
Semperit		158
Steyr-Daimler-P.		166
UniversaleHochTief		255
Veitscher Magnesit		424
Index		61,28

Kopenhagen

Den Danske Bank	304	301
Jyske Bank	620	615
Kopenh. Handelsbk.	310	309
Novo Industri	795	788
Privatbanken	264	262
Ostasiat. Komp.	211	204
Dan. Seidenfabr.	540	540
For. Bryggerier St.	990	975
Kgl. Porc. Fabr.	230	230

Zürich

Brüssel

Arbed		1740
Brux. Lambert		1950
Cockerill Ougrée		231
Ebes		3075
Gevaert	Feier-	3800
Kreditbank	tag	8200
Petrofina		6800
Soc. Gén. d. Belg.		1875
Sofina		7150
Solvay		4200
UCB		5100
Index		2219,54

Madrid

Hongkong

Singapur

Cycle + Car.		3,82
Cold Storage		2,54
Dev. Bk. of Sing.		5,95
Fraser + Neave		5
Kl. Kepong	Feier-	2,66
Mal. Banking	tag	5,8
Nat. Iron		2,9
OCBC		8,9
Sime Darby		1,94
Singapur Land		2,63
Un. Overs. Bank		4,34

Paris

Sydney

Brok. Hill Prop.	6,34	6,26
Coles	3,8	3,8
CRA	6,6	6,62
CSR (Theiss)	2,95	3,01
Metals Expl.	0,6	0,6
MIM-Holdings	3,4	3,48
Myer Emporium	1,79	1,78
North Broken Hill	2,65	2,7
Oakbridge	0,96	0,97
Peko Wallsend	4,3	4,4
Poseidon	4,35	4,35
Thomas Nat. Tr.	1,93	1,95
Waltons Bond	0,37	0,38
Westpacific Banking	3,83	3,84
Western Mining	4,18	4,28
Woodside Petr.	1,59	1,59
Index	873,90	–

Optionshandel

Frankfurt: 30. 4. 85

790 Optionen = 42 400 Aktien,

davon 200 Verkaufsoptionen = 10 800 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/6, 7-120/2,3, 10-110/9,9, 1-120/7,2, **BASF** 7-210/8,5, 10-210/12, 10-220/8,9, 10-230/4, 10-240/2,2, 1-220/13, 1-240/7,4, **Bayer** 7-180/40, 7-190/29,5, 7-200/19, 7-210/10, 7-220/3,1, 7-230/2,5, 10-210/7, 10-220/8, 10-230/12, 10-240/5,5, 10-250/2, 1-220/18,4, 1-240/9,5, 1-260/5, **BBC** 10-220/21,9, 10-230/7,5, **BHF** 7-290/10, **Bay. Hypo** 7-350/13,4, 7-360/8, **Bekula** 10-100/2,5, **BMW** 7-420/2, **Commerzbk.** 7-170/8,6, 7-180/3,1, 7-190/1,5, 10-170/12,5, 10-180/5,4, 10-190/4, 1-180/9, 1-10/6,8, 1-200/4,4, **Conti** 7-140/4,45, 10-150/2,8, 1-130/20,2, **Daimler** 7-650/55, 10-700/34, 10-730/17,4, 1-75/13,5, **Deutsche Bk.** 7-420/56,3, 7-430/44,5, 7-440/36, 7-480/10, 10-430/67,5, 10-460/39,9, 10-490/16, 10-510/12, 10-520/6,05, **Dresdner Bk.** 7-190/24, 7-200,5/10,6, 7-210/9,5, 7-220/4,9, 10-210/14,6, 10-220/8,9, 10-230/6,1, 1-230/11, **Hoechst** 7-200/19,5, 7-220/3,5-5, 7-230/2,2, 10-210/17,9, 10-220/12, 10-250/7,8, 1-230/11,5, **Hoesch** 7-110/4, 7-120/1,5, 10-100/14, 10-110/7,2, 10-120/3, 1-120/6, **Karstadt** 7-230/2,6, **Kaufhof** 7-240/6, 10-230/15,4, **Klöckner** 7-75/3, 7-85/1, 10-70/3, 10-80/2,4, 1-80/5, **Lufthansa Vz.** 10-190/14,9, **MAN** 7-150/11, **Mercedes** 7-600/21,6, **Mannesmann** 7-160/10, 7-170/3, 7-180/1, 10-160/13, 10-170/7,5, 10-190/1,9, 1-180/7, **Preussag** 7-290/5,6, **RWE St.** 1-150/10,4, **RWE Vz.** 10-160/6, 1-170/3,2, **Schering** 7-400/11,4, 10-460/19, 1-480/15, **Siemens** 7-493,3/54, 7-523,3/30, 7-640/20, 7-550/6, 10-570/18,6, 10-580/12,4, 1-610/15,4, 1-630/12,6, 1-650/5, **Thyssen** 7-85/8,3, 10-100/8,5, 10-110/4, 1-110/6, 1-120/4, **Veba** 7-180/7, 10-110/11,6, 10-190/4,5, **VEW** 7-130/3,6, **VW** 7-220/4, 10-210/11,65, 10-220/7,5, 10-250/2,8, **Alcan** 7-80/3,6, 10-80/7,4, 1-80/4, **Chrysler** 7-110/10, **General Motors** 7-220/10, **IBM** 7-450/4,4, 10-440/12, 10-480/5, **Philips** 10-55/2,85, 1-55/4,8, **Sony** 10-55/3,8, **Xerox** 7-140/9, 10-150/7, 1-150/8,1. **Verkaufsoptionen:** **AEG** 7-110/2, 10-110/2,9, 1-110/4, **BASF** 7-210/7, 10-200/2,5, 10-210/9, 1-210/10,6, **Bayer** 7-210/2,4, 10-200/1,5, 10-210/3,4, 1-200/3, **BMW** 10-330/2, 10-380/9,5, **Commerzbk.** 7-170/2,5, 10-170/3,5, **Conti** 10-130/2,2, 1-130/3,25, **Daimler** 1-680/15, **Deutsche Bk.** 7-460/6, 10-470/15, 1-430/3,2, 1-440/6,4, 1-460/15, **Dresdner Bk.** 1-200/4,8, **Hoechst** 10-210/3,9, **Hoesch** 7-110/3, 10-110/3,9, **Kaufhof** 7-210/1,2, **Klöckner** 10-70/2,2, **Lufthansa St.** 1-190/9,4, **Mannesmann** 1-160/4,6, **Siemens** 7-520/2,5, 10-500/2,8, **Veba** 10-190/8,9, 1-180/3, **VW** 10-190/1, 10-200/3,8, 1-190/2,5, **Alcan** 7-80/4,3, **Chrysler** 7-110/4,6, 10-100/3, **General Motors** 10-200/8,1, **IBM** 7-410/20, 10-370/3,5, 10-380/5,4, 10-390/12, 1-380/6,3, **Sperry** 7-150/2,4, **Unilever** 7-300/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾– 8½	5⅝–5⅞	5 –5¼
3 Monate	8⅞– 8⅞	5¾–6	5¼–5¼
6 Monate	9 – 9¼	5⅞–6⅛	5¼–5½
12 Monate	9⅜– 9⅝	6 –6⅜	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1829,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1260,00	1524,75
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	230,00	285,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,25	284,15
20 belgische Franken	178,50	231,99
10 Rubel Tscherwonez	241,25	303,39
2 südafrikanische Rand	245,50	278,73
Krüger Rand, neu	1018,00	1200,42
Maple Leaf	1018,00	1200,42
Platin Noble Man	899,50	1065,33

Außer Kurs gesetzte Münzen)*

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	236,00	299,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,50	236,38
20 franz. Franken „Napoléon"	178,75	232,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	941,00	1136,58
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,25	236,27
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,50	128,23
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	436,00	553,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,23

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

30. 4. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0862	3,0942	3,10570	3,03	3,13
London¹)	3,833	3,847	3,773	3,77	3,92
Dublin¹)	3,121	3,135	3,078	3,05	3,20
Montreal³)	2,2580	2,2660	2,2322	2,22	2,32
Amsterd.	88,340	88,560	88,155	87,50	89,50
Zürich	119,280	119,460	119,210	118,00	120,75
Brüssel	4,957	4,977	4,920	4,84	5,04
Paris	32,705	32,865	32,385	32,00	33,75
Kopenh.	27,625	27,745	27,425	27,00	28,75
Oslo	34,580	34,700	33,985	33,75	35,50
Stockh.**)	34,250	34,410	33,655	33,50	35,25
Mailand²) **)	1,561	1,571	1,536	1,52	1,62
Wien	14,206	14,246	14,191	14,13	14,55
Madrid**)	1,781	1,791	1,748	1,72	1,84
Lissabon**)	1,770	1,790	1,666	1,45	2,25
Tokio	1,2275	1,2305	–	1,21	1,27
Helsinki	47,760	47,980	47,085	47,00	46,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*) **)	2,237	2,2910	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,005	2,0240	–	1,92	2,07
Johannesbg.*)	1,686	1,605	–	1,38	1,63

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Ungeachtet höherer Tagesgeldsätze in New York geriet der Dollar-Kurs unter Abgabedruck, der am 30. 4. bei 3,0675 sein tiefstes Niveau verzeichnete. Bis zum Nachmittag stellte sich jedoch wieder eine Erholung ein, die den Kurs bis 3,1150 ansteigen ließ. Innerhalb dieser Bandbreite hatte die Bekanntgabe des leicht verringerten Fehlbetrages (11,05 Mrd. Dollar) der amerikanischen Handelsbilanz sowie die negative Aussage der wirtschaftlichen Frühindikatoren (–0,2 Prozent) nur kurzfristig Kurseinfluß. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 3,0902 festgestellt, ohne daß die Bundesbank in das Marktgeschehen eingriff. Die insgesamt wenig klare Dollarbeurteilung erbrachte dem Englischen Pfund einen Kursanstieg um 3,1 Promille auf 3,840. US-Dollar in: Amsterdam –; Brüssel 62,255; Paris –; Mailand 1985,00; Wien 21,7340; Zürich 2,5880; Ir. Pfund/DM 3,128; Pfund/Dollar 1,2426; Pfund/DM 3,840.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 30. April: In D-Mark 2,23512 (Parität 2,24184); in Dollar 0,724270 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 30. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,25; Verkauf 22,25 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Euro-Dollarzinssätze zogen am 30. April bis ³⁄₁₆ Prozent an und sorgten so für Höhere Dollarabschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,74/0,64	2,31/2,21	4,95/4,75
Pfund/Dollar	0,46/0,44	1,18/1,14	1,88/1,83
Pfund/DM	2,90/1,50	7,10/5,70	12,2/10,8
FF/DM	21/5	47/31	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 4.: Tagesgeld 5,90–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 30. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,00 (7,50) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,75 (5,37) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,88, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.

Renten kaum verändert

Der schwache US-Bonds-Markt und der zur Schwäche neigende Dollar hoben sich in ihrer Wirkung auf die Tendenz am deutschen Rentenmarkt weitgehend auf. Übrig blieb eine überraschend widerstandsfähige Haltung in allen Sektoren. Der Markt für Bundesobligationen stand im Zeichen der Börseneinführung der 7½prozentigen Serie 53, die mit 100,20 Prozent zu ihrem letzten Verkaufskurs in den Handel kam. Mit einem Volumen von 4,5 Milliarden DM ist dies die größte Emission, die bisher in den amtlichen Rentenhandel eingeführt worden ist.

Bundesanleihen

		30.4.	29.4.
F 7¾ Bund 79 II	4/85	100,1G	100,1
F 7¾ dgl. 79 I	7/85	100,3	100,3
F 8 dgl. 74 IV	10/85	100,8	100,8
F 6½ dgl. 78 II	3/86	99,5	99,48
F 5¾ dgl. 78	6/86	99,15	99,15
F 7½ dgl. 76 I	12/86	101,15bG	101,1
F 6½ dgl. 77	1/87	101,1	100,95G
F 7½ dgl. 76 II	1/87	100	100bG
F 6¼ dgl. 77	4/87	100,3	100,3
F 6½ dgl. 77	7/87	97,8	99,85
F 6 dgl. 77	10/87	98,7	98,8
F 6 dgl. 78 I	1/88	98,6	98,55
F 6½ dgl. 78 I	9/88	99,45	99,4
F 6¾ dgl. 78 II	12/88	99,6	99,8
F 6¾ dgl. 79	1/89	100,2	100,2
F 7½ dgl. 79 I	4/89	101,56	101,55
F 10 dgl. 81 I	4/89	110,1	110,2
F 7¾ dgl. 79 I	6/89	102,5	102,3
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,85	103,85
F 8 dgl. 79 II	8/89	103,7	103,8
F 7¾ dgl. 79 II	9/89	102,36	102,4
F 7¾ dgl. 79 II	11/89	102,95	103,05
F 7¾ dgl. 80	1/90	103,15G	103,2
F 10 dgl. 80	4/90	111,85	112,05
F 6¾ dgl. 78	5/90	95,8	95,7
F 8¾ dgl. 80 I	7/90	104,9G	104,9
F 8¼ dgl. 80 II	11/90	106	105G
F 7¾ dgl. 82 I	11/90	102,9	102,9
F 9 dgl. 81	2/91	106,15G	106,15
F 7½ dgl. 83 III	4/91	101,8	101,75
F 10½ dgl. 81	7/91	114,05	114
F 10½ dgl. 81	9/91	114,55G	114,55
F 10 dgl. 81 II	12/91	113,45	113,45
F 9¾ dgl. 82 I	1/92	112G	112
F 9¾ dgl. 82 II	3/92	112,15	112,15G
F 9½ dgl. 82	4/92	111,15G	111,15
F 9 dgl. 82 I	5/92	108,45	108,45
F 8¾ dgl. 82	6/92	106	105,95G
F 9 dgl. 82 II	8/92	108,75	108,75
F 8½ dgl. 82	9/92	107,35	107,2G
F 7¾ dgl. 82 II	12/92	102,95	102,9
F 7½ dgl. 83	1/93	101,6	101,35
F 6 dgl. 78 II	3/93	94	94
F 7½ dgl. 83 II	3/93	101,4	101,35
F 8½ dgl. 83	4/93	105,15	105,15
F 8 dgl. 83	7/93	104	104
F 8½ dgl. 83 II	8/93	105,15	105,15
F 8½ dgl. 83 III	10/93	105,15bG	105,15
F 8½ dgl. 83 IV	11/93	105,2	105,2
F 8½ dgl. 83 V	12/93	105,25	105,25
F 8½ dgl. 84	1/94	105,1	105,1
F 8½ dgl. 84 II	2/94	105,25	105,25
F 8 dgl. 84	3/94	104,05	104,15
F 8½ dgl. 84 III	6/94	105,35	105,35G
F 8½ dgl. 84 IV	7/94	105,35G	105,35
F 8½ dgl. 84 V	8/94	105,5	105,5
F 7¾ dgl. 84	10/94	101,45	101,5
F 7 dgl. 84	12/94	98,45	98,4
F 7 dgl. 85	1/95	98,4	98,4
F 7½ dgl. 85	2/95	99,8	99,8
F 7¾ dgl. 85	3/95	102,05	102,05
F 7½ dgl. 85	95	101bG	101
F 8 Obl. 80 S.7	6/85	100,15	100,15
F 7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,4G	100,4G
F 8¾ dgl. 80 S.9	10/85	100,85	100,9
F 8¾ dgl. 80 S.10	1/86	101,7	101,7G
F 9 dgl. 81 S.11	1/86	101,75	101,75
F 9¾ dgl. 81 S.12	3/86	102,95	103G
F 10 dgl. 81 S.13	3/86	103	103
F 9½ dgl. 81 S.14	4/86	103G	103
F 10 dgl. 81 S.15	4/86	103,3	103,3
F 10½ dgl. 81 S.16	6/86	104,25	104,25
F 11 dgl. 81 S.17	8/86	105,15	105,2
F 10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,2G	105,2
F 10 dgl. 81 S.19	10/86	104,55	104,6
F 9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,2G	104,2G
F 10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,1G	105,1G
F 10 dgl. 81 S.22	11/86	104,75G	104,75G
F 9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,25G	104,25
F 9¼ dgl. 82 S.24	1/87	104,85	104,85
F 9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,95	104,95
F 9½ dgl. 82 S.26	4/87	104,6	104,7
F 9 dgl. 82 S.27	4/87	104,3	104,3
F 8¾ dgl. 82 S.28	5/87	103,4	103,4
F 9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,5	105,5
F 9 dgl. 82 S.30	8/87	104,7	104,7
F 8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,3	104,3
F 8¾ dgl. 82 S.32	10/87	103,15	103,15
F 8 dgl. 82 S.33	11/87	102,8	102,8
F 7¾ dgl. 82 S.34	11/87	102,2	102,2
F 7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,7	101,7
F 7½ dgl. 83 S.36	1/88	100,9	100,95
F 6¾ dgl. 83 S.37	3/88	100	100
F 7 dgl. 83 S.38	5/88	100,45	100,45
F 7½ dgl. 83 S.39	6/88	101,2	101,2
F 7½ dgl. 83 S.40	6/88	101,7	101,7
F 8 dgl. 83 S.41	6/88	102,95	103
F 8 dgl. 83 S.42	9/88	103,1	103,1
F 8 dgl. 83 S.43	12/88	103,2	103,2
F 8¼ dgl. 83 S.44	12/88	103,9	103,95
F 8 dgl. 84 S.45	3/89	103,2	103,25
F 7¾ dgl. 84 S.46	4/89	101,75	101,75G
F 7¾ dgl. 84 S.47	7/89	102,2	102,25
F 7¾ dgl. 84 S.48	9/89	102,45	102,35
F 7½ dgl. 84 S.49	10/89	101,4	101,4
F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	100,5	100,4
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	99,45	99,65
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	98,6	98,65

Bundesbahn

		30.4.	29.4.
F 7 dgl. 77	3/87	100,55bG	100,5
F 6 dgl. 77	9/87	98,55	98,45
F 6 dgl. 78 II	7/88	97,85	97,85
F 6¾ dgl. 77	5/89	98,8	98,7
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,35	103,35
F 6 dgl. 78 I	2/90	96,55	96,45
F 8 dgl. 80 II	7/90	104	104G
F 9 dgl. 81	5/91	108	108
F 10¼ dgl. 81	9/91	115,35	115,55G
F 10¼ dgl. 81	11/1	114,55G	114,55
F 8 dgl. 80 I	2/92	105,5	105,4bG
F 10 dgl. 82	2/92	113,55G	113,55
F 9½ dgl. 82	7/92	111,5G	111,3G
F 8 dgl. 82	11/92	105,5	105,5
F 7¾ dgl. 83	1/93	102,2	102,2
F 8½ dgl. 83	10/93	105,1	105,1
F 8½ dgl. 84	6/94	105,3	105,3
F 7½ dgl. 84	10/94	99,7	99,7
F 7½ dgl. 85	1/95	98,65	98,65

Bundespost

		30.4.	29.4.
F 6¾ Bdpost 68	6/88	99,4	99,4G
F 8 dgl. 72 I	9/87	102,35G	102,35bG
F 8 dgl. 80	3/90	103,95	104,95
F 7¾ dgl. 80	9/90	102,75	102,75
F 8¾ dgl. 80	12/90	106,6	106,6
F 10 dgl. 81	3/89	110,15	110,15
F 10½ dgl. 81	6/89	111,4	111,4
F 10½ dgl. 81	10/91	115,3G	115,3
F 9¾ dgl. 82	2/92	112,25	112,25G
F 8¾ dgl. 82	6/92	107,25	107,1
F 8½ dgl. 82	10/92	105,95bG	105,85
F 7¾ dgl. 83	2/93	102,3	102,25
F 8½ dgl. 83	9/93	106,55	106,55G
F 8¼ dgl. 84	2/94	105,1	105,1
F 8 dgl. 84	9/94	105,9	103,9

Länder – Städte

		30.4.	29.4.
S 6¾ Bd.-Württ.78	86	99,7	99,6
S 8¾ dgl. 82	92	105	105
M 6½ Bayern. 67	87	102,5	102,5
M 6 dgl. 68	85	100T	100T
M 6 dgl. 78	88	97,3	97,25G
M 8½ dgl. 80	90	106G	106
M 8¾ dgl. 82	92	107	107
M 7¾ dgl. 83	93	101,5bG	101,45
M 8 dgl. 84	94	105,25	105,1
B 8½ Berlin 70	85	100,6G	100,6G
B 8 dgl. 72	85	100,1G	100,1G
B 6½ dgl. 78	88	99,7G	99,7G
B 8¾ dgl. 80	88	104,75G	104,75G
Br 7½ Bremen 71	87	101,25G	101,25
Br 8 dgl. 72	87	101,5G	101,5G
Br 7½ dgl. 85	95	100,5G	100,5G
H 8½ Hamburg 70	85	100,6G	100,6G
H 6¾ dgl. 77	92	99,15	98,75G
H 8 dgl. 80	92	103,25	103,25G
H 9¾ dgl. 82	92	111,5G	111,5G
H 7½ dgl. 85	92	101,25	100,75
H 8¾ dgl. 84	94	104,5G	104,5
F 8 Hessen 71	86	101,5	101,5
F 6¾ dgl. 78	88	97,7	97,55
Hn 8½ Niedersa. 70	85	100,8G	100,8G
Hn 7½ dgl. 72	87	100,9G	100,9G
Hn 8 dgl. 72	87	101,6G	101,6G
Hn 7½ dgl. 79	87	101	101G
Hn 7¾ dgl. 82	92	102G	102G
Hn 8 dgl. 83	95	103	103,25
Hn 8 dgl. 84	94	103,4	103,3
Hn 7¾ dgl. 84	94	101,75	101,6
D 7½ NRW 85	95	101,1	101
D 7¾ dgl. 85	95	102,25	102
D 8½ dgl. 83	95	106,15	106,15
D 8¼ dgl. 85	95	104,9G	104,8G
D 8¼ dgl. 84	92	104,25	104,8
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	100,75	100,5
F 8½ Saar 70	85	100,75G	100,75
F 7 dgl. 72	87	100,1G	100,1G
F 6 dgl. 78	88	97,5	97,4G
H 7¾ Schl.-H. 72	87	100,5	100,5G
H 8 dgl. 84	94	103	103
S 7½ Stuttgart 71	86	100,9G	100,9G
S 7¾ dgl. 72	87	101,15G	101,15G
S 8 dgl. 83	95	103,25	103,25

Bankschuldverschr.

	30.4.	29.4.
F 6 Allg. Hyp. Pf 1	86G	86G
F 6½ dgl. Pf 5	92G	92G
F 7 dgl. Pf 2	100G	100
F 7½ Bakola Pf 104	106,4G	106,4G
F 9 dgl. Pf 106	107,2G	107,2G
F 10 dgl. Pf 108	111,3G	111,3G
F 7 dgl. KS 132	99,25G	98,6G
F 8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
F 9 dgl. KS 149	101,4G	101,4G
M 5½ Bayer.Hyba. Pf 14	96,5G	96,5G
M 6 dgl. Pf 28	84,5G	84,5G
M 6½ dgl. Pf 2	99,25G	99,25G
M 7 dgl. Pf 3	99,25G	99,5G
M 6½ dgl. KS 14	99,75G	99,75G
M 7½ dgl. KS 27	101,25G	101,25G
M 5 Bayer.Hypo Pf 33	123G	123G
M 5½ dgl. Pf 11	128G	128G
M 6 dgl. Pf 34	81G	81G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 8½ dgl. Pf 10	87,75G	87,75G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Ldn. Aufb. IS 15	99,4G	99,4G
M 6 dgl. IS 14	98,75G	98,75bG
M 6 dgl. IS 17	98,15G	98,15G
M 8½ dgl. KO 47	100,4G	100,4G
M 8½ dgl. KO 48	100,5G	100,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,5G	101,5G
M 5 Bayer.Vereb. Pf 17	128,5G	128,5G
M 6 dgl. Pf 4	95G	95G
M 6½ dgl. Pf 3	92G	92G
M 8½ dgl. Pf 12	91,5bG	91,5bG
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,25G	100,25G
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	94,75G	94,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	100G	100G
Hn 6 dgl. KS 29	86G	86G
Hn 7 dgl. KS 30	100,5G	100,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116bG	116bG
D 6 dgl. Pf 109	84G	84G
D 6½ dgl. Pf 123	92bG	92G
D 6½ dgl. Pf 141	95G	95G
D 7 dgl. Pf 143	97G	97G
D 7 dgl. KO 113	100G	100G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
H 5½ dgl. Pf 50	74,7G	74,7G
H 9 dgl. KS 159	102,2G	102,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,4G	100,4G
F 9 dgl. Pf 239	105,7G	105,7G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110,3G	110,3G
H 7 dgl. KS 35	100,7G	100,7G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96,7G	96,7G
F 6½ dgl. IS 75	99,6G	99,6G
F 6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO 55-4	87G	87G
F 6 dgl. KO 46	82G	82G
F 7½ dgl. KO 185	100,9G	100,9G
F 9 dgl. KO 129	100,05G	100,05G
Hn 6 Dt.Hyp. Hann. Pf 91	81,5G	81,5G
Hn 7 dgl. KS 101	100,5G	100,5G
Hn 10 dgl. KS 134	100G	100G
Hn 8½ dgl. KS 140	100G	100G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	101,75	101,75
Br 4 dgl. Pf 57	99G	99G
Br 5 dgl. Pf 87	70G	70G
Br 7 dgl. Pf 125	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
Br 6 dgl. KS 86	82G	82G
Br 6½ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	77,5G	77,5G
F 5½ dgl. Pf 59	84,5G	84,5G
F 6 dgl. Pf 142	83,5G	83,5G
S 9 Dt.Pf.Wl.Bd. 402	106,25	106,25
Br 5½ Dt.Schiffsbk. Pf 62	88,9G	88,9G
Br 6½ dgl. Pf 65	100G	100,2G
Br 6½ dgl. Pf 60	98,65G	98,65G
Br 6½ dgl. Pf 74	99,85G	99,85G
Br 6½ dgl. Pf 76	99,1G	99,1G
Br 6½ dgl. Pf 77	97,8G	97,8G
Br 6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
Br 8½ dgl. Pf 47	100,9G	100,8G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	74,55G	74,15G
F 5½ dgl. Pf 53	81,05G	80,65G
F 6 dgl. Pf 79	82G	81,2G
F 6 dgl. Pf 130	96,5G	96,4G
F 6½ dgl. Pf 133	91,35G	91
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115,5G	115,5G
H 6 dgl. 14	94,9G	94,9G
H 6 dgl. 47	84,5	84,5
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
F 6 dgl. Pf 80	97,95G	97,95G
F 8 dgl. Pf 75	102G	102G
F 4 dgl. KO 5	101G	101G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	87,5G	87,5G
H 6½ dgl. Pf 80	–	–
H 8 dgl. KO 175	101,25G	101,25G
H 9 dgl. KO 259	101,95G	101,95G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	117,5	117,5
F 5 dgl. Pf 12	71,5G	71,5G
F 7 dgl. Pf 25	99,4G	99,4G
F 6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	92,7G	92,7G
F 7 dgl. Pf 12	97,4G	98G
F 4½ dgl. KO 6	100	100
F 8½ dgl. KO 81	102,8G	105,3G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,95G	101,95G
S 6 dgl. Pf 28	94,5G	94,5G
S 6 dgl. Pf 49	92G	92G
S 8½ dgl. KS 8	101,7G	101,7G
H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89	87	87
H 7 dgl. Pf 97	95G	95G
H 6½ dgl. KS 78	99,75G	99,75G
H 10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
H 11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	90,5G	98,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104	104
H 6½ dgl. Pf 42	100G	100G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	98,9G	98,9G
Hn 7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
Hn 9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn 7½ dgl. IS 6	101,2G	101,2G
Hn 10 dgl. IS 37	100,5G	100,3G
F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F 6 dgl. Pf 58	89,9G	89,9G
F 6 dgl. Pf 95	81	81G
F 7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D 5½ dgl. K	107G	107G
D 4 dgl. Pf 18	105G	105G
D 6 dgl. Pf 28	97G	97G
D 6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D 5½ dgl. KO 3+E	–Zhg	–Zhg
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	75,25G	75,25G
S 7 dgl. Pf 125	100,25G	100,5G
S 7 dgl. Pf 128	96G	96G
S 8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S 6 dgl. KS 77	84,5G	84,5G
Br 5 Sl.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	82,9G	82,9G
Br 5½ dgl. Pf 43	90,4G	89,9G
Br 6 dgl. Pf 56	84,95G	84,95G
Br 7 dgl. Pf 61	94,7G	94,7G
Br 8 dgl. Pf 70	101,8G	101,8G
Br 9 dgl. Pf 68	100G	100G
H 6 Schiffshyp.Pf 25	99,7G	99,7G
M 6 Süddboden Pf 41	94,25G	94,25G
M 5½ dgl. Pf 57	82G	82G
M 6½ dgl. Pf 143	99,25G	99,25G
M 7 dgl. Pf 87	99,5bG	99,5G
M 7½ dgl. Pf 184	101G	101bG
M 7 dgl. KS 49	98G	98G
M 7½ dgl. KS 81	108,5G	108,5G
M 8 dgl. KS 133	102,25G	102,25bG
M 9 dgl. KS 185	105,5G	105,5G
M 9½ dgl. KS 171	105,5G	105,5G
M 5 Verbank Nbg.Pf55	117,5G	117,5G
M 6 dgl. Pf 95	82,25bG	82,5bG
M 7 dgl. Pf 100	100,3bG	100,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,25	100,2G
D 6½ dgl. Pf 483	99,9G	99,9bG
D 9½ dgl. Pf 1007	108,8G	108,8G
D 8 dgl. Pf 1015	102,65T	102,65T
D 6½ dgl. KO 420	98,9G	98,9G
D 9½ dgl. KO 1301	108,25G	108,25bG
D 8½ dgl. KS 1278	100,15G	100,15G
D 8 dgl. IS 1512	102,45bG	102,45G
D 6½ dgl. IS 679	98,45bG	98,45G
D 6 Westf Land.Pf 14	98G	98G
D 6½ dgl. Pf 19	89G	89G
D 7 dgl. Pf 20	94T	94T
D 8½ Westf.Hyp.Pf550	100G	100G
D 9½ dgl. Pf 564	102G	102G
D 9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür.Hypo.Pf 84	79,5G	79,5G
S 7 dgl. KS 58	100,5G	100,5G
S 6½ Wür.Kola Pf 1	93,95G	93,95G

Sonderinstitute

	30.4.	29.4.
D 6 DSLB Pf 28	89,5G	89,5G
D 6 dgl. Pf 47	86G	86G
D 7 dgl. Pf 63	94,5G	94,5G
D 7½ dgl. Pf 99	97G	97G
D 8 dgl. Pf 104	103,5G	103,5G
D 8 dgl. Pf 165	105G	100G
D 5½ dgl. RS 45	98,75G	98,75G
D 6 dgl. RS 75	98,5bG	98,5bG
D 8 dgl. RS 120	101G	101G
D 8½ dgl. RS 153	101,25G	101,25G
D 7 dgl. RS 162	99,75G	99,75G
D 9½ dgl. RS 172	102,75G	102,75G
D 9 dgl. RS 186	107,75G	107,75G
D 10 dgl. RS 193	105G	105bG
D 11½ dgl. RS 195	104,75G	104,75G
D 8 KfW 78	100,75	100,75G
D 7¾ dgl. 79	101	100,8
D 8 dgl. 84	105G	105
F 10 Kredit 81	112,6	112,6
F 8½ Krd.Wied.aufb.82	106,25G	106,25G
F 7½ dgl. 83	101,1	101,1G
F 8½ dgl. 83	104,3G	104,3
F 7½ dgl. 84	100,9	99,9
F 7½ dgl. 84 I	101G	101G
F 7½ dgl. 84 II	101G	101G
F 6 Lawi.Rent.Bk.RS15	99,25G	99,25G
F 6 dgl. RS 16	99,45	99,45
F 6 dgl. RS 19	98,75G	98,75G
F 7½ dgl. RS 27	100,3G	100,3G
F 6½ dgl. RS 60	99,25G	99,25G
F 7 dgl. 94	99,25G	99,25G
F 7 dgl. 99	100G	100G
F 8 dgl. 101	105G	105G
F 7½ dgl. 102	101,5G	101,5G
F 9½ dgl. 126	104,25G	104,25G
D 8 LAG IS 76	100,7	100,7
D 6½ dgl. IS 77	99,7	99,7G
D 5½ dgl. 78	97G	97G
D 7 dgl. 79	100,35	100,3bG

Industrieanleihen

	30.4.	29.4.
F 6 Badenwk. 78	97	96,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,6G	100,6bG
F 7½ Conti Gummi 71	100,25G	100,25G
F 5½ HEW 62	99,7G	99,7G
F 7½ dgl. 71	100G	100G
F 4½ Harpen 59	2370G	2370G
F 7½ Hoesch 71	100,25G	100,25
F 7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F 7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G
F 7¾ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76	100,25G	100,25G
F 7½ Klöckner W. 71	100,25	100,35
F 8 dgl. 72	100,6	100,6
F 6 NWK 61	99,4G	99,4G
F 6 dgl. 62	98,6G	98,6G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	96,6G	96,6G
F 6 Rh.Braw. 63	97,6T	97,8T
F 6 dgl. 65	97G	97G
F 6 RWE 63	98,5T	98,25bG
F 6 dgl. 65	97,6G	97,6G
F 7¾ dgl. 71	100,55G	100,55G
F 7 dgl. 72	99,9T	99,9T
F 6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	98,25G
F 6½ dgl. 68	100,5G	100,5
F 8 Schleswag 71	100,4G	100,4bG
F 7½ Thyssen 71	100,25G	100,25
F 8 dgl. 72	101,25G	101,5G
F 7¾ dgl. 77	100T	100T
F 8 VEW 71	100,5G	100,5G
F 6½ dgl. 77	99	98,5T
F 7 VW 72	99,9G	99,9G

Optionsscheine

	30.4.	29.4.
F 8½ BASF 74	84,4	87bG
F 11 BASF OverZee82	64,1	66
F 3 BASF 85	58,5	59,1
F 7¾ Bayer Int. Fin. 79	70,5	71,2
F 10½ dgl. 82	81,3	82
F 3¾ Bayer 84	68	68,9
F 7¾ dgl. 85	53,8	54,5
F 7¾ BHF Bk.Int.83	86,1G	86,5
F 3¾ Commerzbk. 78	33,1	33,2
F 5 Conti 84	50,4	51
F 8½ Degussa 83	144,8	141
F 4½ Dt.Bk. Comp.77	135,5	135
F 3¾ Dt. Bk.Int. 85	153,5	153,5
F 4 Dresd.Bk.Int.83	50,1	50,1
F 4 dgl. 83 II	54,5	54
F 8 Dresdner Bk. 84	68,3	67,9
F 3½ Hanwa 84	435bG	450
F 10 Hoechst 75	360	362
F 6½ dgl. 79	74,9	77,6
F 8 Hoechst 83	92	93,2
F 5½ Itoh Fuel 84	350	340bB
F 7¾ Jap.Syn.Rubber82	2002	2050bG
F 5¾ Jusco 83	2900G	2900
F 3½ Kansai Paint 84	950ratB	1100
F 3¾ Kaufhof 84	43,6	44
F 3½ Linde Int. 84	101	101
F 3½ Mitsubishi 84	705	728
F 3½ Nippon Fluor 84	945	945T
F 8 Preussag 84	46,3	48
F 5¾ Rhythm W 83	1291G	1291bG
F 6½ Schering 83	133,5	134
F 7¾ Siemens 83	310	310
F 3¾ Tsumura „A 84	500	514
F 3¾ dgl. „B 84	535	535
F 4 Veba 83	46,8	44,5
F 6½ Wells F. 73	725bG	755
M Stumpf 78	65TG	61bG
F 6¾ Ciba-Geigy 75	1700	1750T
F Commerzbk. 84	57,4	57,4
F 7 Comabk.Int.Lux.83	41	40,3
F Comabk.Int.Lux.84	56	57,4
F Mitsui 82	238bB	240bG

Optionsanleihen

	30.4.	29.4.
F 8½ BASF 74 m. O.	158G	158,1
F 8½ dgl. 74 o. O.	102G	102
F 3 dgl. 85 m.O.	119,85	120
F 3 dgl. o.O.	74	73,5bG
F 3¾ Bayer 84 m. O.	123,75	124,5
F 3¾ dgl. 84 o. O.	76,6	76,75
F 7¾ BHF Bk.Int.85 m. O.	105,5T	105,5T
F 7½ dgl. 85 o.O.	82G	85
F 3½ C.Itoh F.84 m.O.	95,5T	95G
F 3½ dgl. 84 o. O.	87,25	87,75
F 3¾ Cobk.I.78 m.O.DM	108G	108
F 3½ dgl. 78 o. O. DM	95,9	93,1
F 5 Conti 84 m. O.	134,5	135
F 5 dgl. 84 o. O.	82,25	84,75
F 4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O. $	134,1	133,5G
F 4½ dgl. 78 o. O. $	90,5	89,5
F 6¾ dgl. 83 m. O.	111G	111
F 6¾ dgl. 83 o. O	87,5	78,5
F 3¾ dgl. 85 m. O.	131,5G	132,5G
F 3¾ dgl. 83 o. O.	87,75	87,5T
F 4 Dresdn.Bk. 85 m. O	108	108,5
F 4 dgl. o. O.	90,25	89,9G
F 4 dgl. 84 m. O.	129T	128,5T
F 4 dgl. 84 o. O.	105,25	105,1
F 3½ Fuji 84 m. O.	105	105,75
F 3½ dgl. 84 o. O.	87,75	88,75
F 3½ Hanwa 84 m. O.	96,25G	96G
F 5½ dgl. 84 o. O.	88G	88G
F 7½ Jap. Synth. 82 m.O.	200G	208G
F 7½ dgl. 82 o. O.	100,5G	100,5
F 5¾ Jusco 83 m. O.	142,25G	142G
F 5¾ dgl. 83 o. O.	96,25G	96,25G
F 3½ Kansai Paint 84 m. O.	106	109,75
F 3½ dgl. 84 o. O.	87,5	88bB
F 3½ Kaufhof 84 m. O.	97,5G	97,5G
F 3¾ Kaufhof 84 o. O.	76,4G	76,25T
F 3½ Linde Int. m. O.	105,5	104
F 3¾ dgl. o. O.	73,8	74,25
F 3½ Mitsubishi 84 m. O.	105bG	105,5
F 3½ dgl. 84 o. O.	91	91
F 3½ Nippon Flour 84 m.O	108G	108T
F 3½ dgl. 84 o. O.	89,5G	90bB
F 5¾ Rhythm Watch83 m.O	126G	126G
F 5¾ dgl. 83 o. O.	95,5G	95,5G
F 4¾ dgl. 84 m. O.	102	101
F 4¾ dgl. 84 o. O.	91,5T	92,5T
F 3½ SBC Fin. 84 m.O.	97,75	97,75
F 3½ dgl. o. O. 84	74	74,9
F 3¾ Tsumura Jus.84 m.O	107	108
F 5½ dgl. 84 o. O.	88	88,5
F 4 Veba 83 m. O.	119,5G	119,5G
F 4 dgl. 83 o. O.	82,75	82,9
F 6½ Wells.F.73 m O DM	166G	165G
F 6½ dgl. 73 o. O. DM	98,5	98,5T
M 3½ Stumpf 78 m. O.	152G	152G
M 3½ dgl. 78 o. O.	95B	95bB

Währungsanleihen

	30.4.	29.4.
H 6½ Kopenhagen 72	99,45bG	99,25G

Wandelanleihen

	30.4.	29.4.
H 8 Beiersdorf 82	234G	237G
H 4 Deutsche Bk. 84	159	158,35
H 6½ KSB 83	136bB	136,5T
F 6 Pfaff 84	118,75	118

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	30.4.	29.4.
D 8½ Aeroport 82	102,5G	102,65
D 7¾ B.N.D. 79	99,3	99,25bG
D 7¾ Bayer Cap. 82	102	101,75
D 8½ Caisse N.T. 70	100,35G	100,35G
D 7¾ CFE 77	99,25bG	99,25bG
D 6¾ dgl. 78	97,5bG	97,25bG
D 8½ Cons. Cred. 70	102,5G	102,5G
D 6½ Cred. Nat. 79	99,1	99,5
D 6¾ Dänemark 72	99,5G	99,75
D 9¼ dgl. 74	105,5T	105,25bG
D 7¾ dgl. 77	101,25T	101T
D 6 dgl. 78	97,2bB	97T
D 6½ dgl. 79	97,5G	97,75
D 7¾ dgl. 80	100,25G	100,55
D 8¼ dgl. 80	102,45	102,45
D 10 dgl. 82	108,75	108bG
D 10¼ dgl. 82	112,25bG	112,75G
D 7¾ dgl. 83	101,5	101
D 8 dgl. 83	102,75	102,4
D 7¾ dgl. 84	100,6	100,9
D 7½ dgl. 84	101,25	101,2
D 6¾ Den Norsk. 77	99,25T	99G
D 6 dgl. 78	97bB	97bB
D 8½ ENEL 82	103T	103,5T
D 7¾ Fuji Int. 84	101,4	101,4
D 8¾ GZ Wien 81	114,25	113,75bG
D 7 H.-Bk.Dän. 73	99,25	99,25TG
D 8½ dgl. 80	102,75G	102,9
D 10½ dgl. 81	111bG	111G
D 8½ dgl. 83	104	103,45G
D 8 Imatran 72	100,75bG	101G
D 7¾ Iscor 71	100G	100bG
D 7 dgl. 72	99,2bG	99,2G
D 7 dgl. 73	98,75bG	98,75G
D 8½ dgl. 73	100,5G	100,5G
D 9 dgl. 83	103,9	103,75T
D 7¾ Island 77	100,2G	100,2G
D 9½ dgl. 82	107,75	109,25T
D 6½ Ugin-S. 78	98,9	98,5bG
D 8½ dgl. 80	100,25	100bG
D 7¾ Manitoba 83	102	101,8
D 6½ Manit.Hyd. 72	100,5T	100rtG
D 8 Nat. West. 75	–	–
D 11 dgl. 81	118,35	118T
D 9¾ dgl. 82	112G	112,5
D 7¾ Nipp. Cred. 83	98,95	99G
D 7¾ Norges H. 77	100G	100bG
D 6 dgl. 77	97,1G	97,1G
D 8½ Norges K. 70	100,3G	100,3G
D 7 dgl. 77	101G	101,4bG
D 6 dgl. 77 I	98bG	98,15bG
D 6 dgl. 77 II	97,8	97,8bG
D 6 dgl. 78	97,75G	97,75G
D 6½ dgl. 79	99,2	99
D 7¾ dgl. 79	102,35bG	102,75
D 8¼ dgl. 79	102,75	102,75bG
D 7¾ N. Scotia 71	100,5bG	100,55T
D 7 N. S. Pow. 72	100,25G	100,75
D 6¾ Occid. Fin. 78	97,25bG	97,5
D 7 Petrobras 78	97	97bB
D 8 dgl. 79	98	98,5bB
D 8½ Pyhrn Autob. 77	97,6G	97,65bB
D 8½ Queensl. A. 70	100,5G	100,8
D 7 RENFE 79	99,6G	99,85bB
D 10 dgl. 82	111,5T	111,5T
D 8¾ dgl. 83	102,35G	102,8
D 7¾ Somiko F. 82	102G	101,75G
D 7½ Sun Int. 73	100,75T	100,2G
D 7¾ Svenska C. 73	99,6G	99,6G
D 10¾ dgl. E. 81	109bG	109G
D 9½ Svensk. Ex. 82	104,25bG	104,25G
D 5½ Tauernaut. 78	92,5G	92,5G
D 9¾ dgl. 82	112T	–
D 6 TVO-Kraftw. 78	97bG	97bG

Wandelanleihen

	30.4.	29.4.
F 4¾ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp. 83	105	103G
F 3½ All Nippon 78	125G	127G
F 3¾ Asahi Opt. 78	143G	145G
F 4¾ Canon Inc. 77	458	465T
F 5¾ Daiei Inc. 80	124G	125G
F 3 Daikin Int. 84	124,25	126
F 4¾ Fujitsu Lim. 78	730T	730T
F 5¾ Hoogovens 68	88G	88G
F 3½ Izumiya Co. 78	138G	138G
F 3½ Jusco Co. 78	106	106G
F 4 Kawashima Tex. 84	107G	107G
F 6 Komatsu 76	151G	151
F 6 Konishiroku Photo81	143G	145G
F 6¾ dgl. 82	135	135G
F 5½ Korakuen 78	110,25G	110,25G
F 7¾ Kraft Inc. 70	180T	182T
F 3½ Marudai F. 78	103G	103G
F 5¾ Minolta Cam. 77	325G	325G
F 4 dgl. 79	249,5G	247T
F 6¾ Mitsub. H. 81	166,5	170G
F 6 dgl.81	125	126
F 6 Nichii Co. Ltd.80	132	130T
F 3½ Nissan Mot. 78	106	105
F 4 Nisshin Steel 78	172T	170T
F 7¾ Nitto Boseki 84	105G	104,5
F 3½ Olympus 78	300G	305G
F 3¾ Omron Tat. 79	380G	385G
F 4¾ Orient Fin. 79	210G	215G
F 3½ Ricoh Comp. 78	210G	214G
F 6¾ Rothm. Int. 72	120G	120G
F 3¾ Sanden Corp. 78	125G	125G
F 6¾ Sekisui 76	147G	147G
F 3½ Stanley 78	190G	190G
F 6 Taiyo Yuden 82	145	152G
F 5 Texaco Int. 66	98,8bG	98,9
F 3½ Tok.Elec. 78	460G	460G
F 4 Tokyu Land 79	107,5G	107,5G
F 3½ Trio Kenw. 78	147G	145G

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei. PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr); B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

	30.4.	29.4.
M Abbott Labor	154,1	158,4
F L'Air Liquide	200G	198G
D Akzo	99	99
F Alcan	77,5	79,5
F Alcoa	95	99exD
F Alg. Bk. Nedld.	377,5	378
F All Nippon Air	5,5T	5,3
F Allied Corp.	136	140
M ALPS El.	23,2	23,2
F Amax	53,5	54,8
F Am. Cyanamid	162G	167G
F *Amatech*	266	274
M AMR	120,4	127,8
D American Expr.	133	150
D Am Motors	10,1	9,8
F *Am. T & T*	64,4	65,1
F Amro Bank	65,2	65,5exD
F Anglo Am. Corp.	41,6	42
M Anglo Am. Gold	28,4	28bG
F Arbed	85,5	87G
D Armco	23,4	24,4
F Asahi Chem.	10,8	10,8
M *Atl. Richfield*	178,5	164
H Atlas Copco	40G	40,5
M Avon	64,4bG	66,1
D *Baker Int.*	56,2	57G
F *Bell Canada*	22,3	22,95
F Banco de Bilbao	29,7G	29,7
F Banco Central	28	28
F Banco Hisp. Americ.	15,5	15,5
F Banco de Santander	24,9	24,9
F Banco de Vizcaya	38	37,4
F Barlow Rand	17,7	17,7T
M Baxter Trav. Lab.	46,6	48,5
D Beatrice Foods	92T	97T
F *Bell Atlantic*	271	273,5
D Bell Canada	91T	91T
F *Bell South*	114,8	116
D Bethlehem Steel	51,5bG	52,1bG
F Black & Decker	65	67,5
F *Boeing*	189	192,5
M Bougainville Copper	4,55	4,6
F Bowater	8,9	8,9exD
D BP	21,2	20,9
M *Broken Hill ADR's*	24,8	25
F *Broken Hill*	13	12,6
F Bull	16,15	16,2
F *Cdn. Pacific*	133,5	135
F Canon	16,5	16,6
F Casio Comp.	21,7	21,7
F Caterpillar	100	101
D Ch. Manhattan	165	169
F Chrysler	106,6G	111
M Citicorp.	140	141,5
F City Investing	115,5	120G
F Coca-Cola	209	214
D Colgate	77,5G	79B
M Commodore Int.	30,5	30,5
M Comm. Satellite	100	102,4
F Cons. Gold F.	20,6	20,7
F Control Data	92,5	95,8
H Courtaulds	5,3G	5,3G
M CRA	13,2	13,35
M CSR	6,2	6,2
F Daiei	7,5G	7,5G
M Daiwa Sec.	9,6	10
F Dart & Kraft	292G	295
M De Beers Cons.	16,5B	16,2
F Deere Comp.	88	87
F Delta Air Lines	128G	135
F *Diam. Shamrock*	59,5	62
M Digital Equipm.	307,5	319,8
M Disney Prod.	238,2	243
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	7,6bB	7,85
D Dow Chemical	92,5	93
D Dresser	64,5	64,5
M Driefontein Cons.	84,9	84,9
D DuPont	168,5	172G
H Dunlop	2,68	2,68
D Eastern Air Lines	24,6	25
F *Eastman Kodak*	205,6	206,5
F *Eaton*	158T	163G
F Elf Aquitaine	76,5	77,7
F Emhart	87G	89G
D Ericsson	100T	104G
D Exxon	158G	161G
M Fed. Nat. Mortg.	48,6	50
D Fiat St.	4,65T	4,6G
D dgl. Vz.	3,85T	3,8T
F Finsider	0,09B	0,08G
D Fisons	11,25G	7,95exD
M Fluor	57,9	57,5
D Ford	125,5	131G
F Fujitsu	15	15,4
F *General Electric*	183	187,9
F General Food	195G	202G
F General Mining	43	43T
D General Motors	208	215,5
D Gen. Shopping	194T	194G
D Gevaert	186G	188G
F Goodyear	81	83,3
H Grace	122	124G
F *Greyhound*	84G	89
D GKN	8,7bG	9B
F Gulf Canada	44,1	46,5
D Halliburton	98G	96,6
F *HCA Hospital*	130	130T
M Hewlett Packard	100	102,1
D Highveld Steel	6	6,2
D dgl. o. O.	6	6,3G
F Hitachi	990	1007
M Holiday Inns	162,5	167
F Homestake	76,5	77,7G
M Hongkong Land	4,5bB	4,5
H *Hong.& Shang.Bk.*	3,2	3,2G
D Hoogovens	51	53G
D Hughes Tool	47	47G
M Hutchison Whampoa	46,2	45,9
F IBM	393,5	398
F ICI	29	28,6
M *Impala Plat.Hold.*	35,6	35,5
M Imperial Oil	120	122,4
M Intern. Harvester	27	28
F *Inco*	41,7	42exD
F Int. T & T	104	104
D Istituto Fin. Ind.	–	–
F Italcementi	132	130G
F Izumiya	12G	12G
F Japan Line	1,25	1,25T
M Jardine Math. Hold.	4,7	4,7bG
D Jusco	9G	8,6G
F Kawasaki Kisen	2,25	2,3
F Kawasaki Steel	1,8	1,8T
M Kloof Gold Min.	124,8	126
F Komatsu	5,1	5,4G
D KLM	51bG	52
F Konishiroku Photo	8,8T	8,5T
F Kubota	4G	4G
D Lafarge	165bB	166T
D Litton Ind.	215G	217G
F Lone Star	70	73,5G
D LTV	30,1	31,3
F *M.I.M. Hold.*	6,7	6,75
M *M.I.M. ADR's*	13,5	13,35
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,7G	3,7G
M Marudai Food	7G	7G
D Matsushita El.	18,5	18,75
M McDonald's	192	197
M Merrill Lynch	91,4	95,7exD
F *McDonnell D.*	239,5	246,5
M Medtronic	86,5	87,9
M Minerals & Res.	26	25,1
D Minnesota M.	239G	248G
D Minolta Camera	11bB	11bG
F Mitsubishi Chem.	5,75T	5,75T
F Mitsubishi El.	4,8	4,85
F Mitsui Bk.	13,4	13,2G
F Mitsui & Co.	4,1G	4,1G
F Mitsui Engin.	2G	2G
F Mitsui O. S. K.	2,1G	2,1G
F Mitsumi El.	12,5	12,65
H Mobil Corp.	95	95
F Monsanto	138	138
F *Montedison*	2,51	2,49
F Murata	30,5	30,5
M Nat. Semicond.	32,9	34
M NCR	81,8	83,6
D Nat. Westminster	22,5T	22,5T
F NEC Corp.	13,8	14
F Nestlé	7800	7777G
D Nikko Sec.	8,7T	8,7B
F Nippon Kokan	1,6T	1,6T
F Nippon Shinpan	7,1G	7,1G
M Nippon Steel	1,75bG	1,75
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	7,75	7,7G
F Nisshin Steel	1,9T	2,1G
F Nissho - Iwai	5bG	5G
D NL Industries	38,5G	38G
M Nomura Sec.	13,5	13,95
F Norsk Hydro	39,4	39,6exD
F Novo Ind.	420	420
F *Nynex*	258,5	262,5
H Occ. Petroleum	92,5	95
F Océ v. d. Grint	285G	285G
F Olivetti St.	9,8	10
F Olivetti Vz.	8,95	9
F Olympus Optical	15G	15,3G
H v. Ommeren	26,5	26,5
F Omron Tateisi	22G	22G
F *Pacific Telesis*	210,5	216,2
F Pakhoed	58,8	58,2
F *PanAm*	15,8bB	16
D Parker Drilling	20	20
F *Parker Hannifin*	92G	95G
F *Peko Wallsend*	9,3	10
M Pepsi	166	164,4
F Pernod	230T	230G
F *Peugeot*	110,5	110
F Philip Morris	285,5	290
M Phibro-Salomon	118	121,4
H Philips	50,2	50,5
M Pioneer El.	31	31,3
F Pirelli	3,45	3,45
M Polaroid	86	89,6
M Prime Computer	49,5	50,8
F Procter & G.	159G	165
D Ramada Inns	23,5G	23,5G
M Ranger Oil	11,7	11,6
F Reuter	14,5G	14,5G
F Ricoh	11bG	11,4
F Rio Tinto NA-St.	25,6	24
F Rio Tinto Kumm.	25G	23G
H Robeco	63,5	64
F Rockwell	109,5	109,5
H Rolinco	60	60
F Rorento	39G	39,8
F Rothmans Int.	6,8T	6,8
D Rowan Cos.	29,7	29
H Royal Dutch	180,5	183
M *Rustenb. Plat.Hold*	27bG	27,1
F Sankyo Steamship	1,3G	1,3
F Sanden Corp.	7,2T	7,1G
M *Santos*	12,5	12,6
F Sanyo Elec.	5,45G	5,75
F Sanwa Bk.	18	17,5G
M SASOL	9,45	9,55
F *Schering Plough*	136T	135exD
F Schlumberger	127	128
F Schw. Alum.	978	955
F Schw. Bankverein PS	394	397
M Sears, Roebuck	102,9	104,8
F Seiyu Stores	8G	8G
F Sekisui House	6,8G	6,8G
F Selected Risk	50G	50G
F Shell Canada	64,2	66,5
H Shell T & T	27G	27
D Singer	109,3	110,5
F Snia Viscosa	4,37	4,35
D Solvay	285T	207T
D Sony Corp.	53,9	54,8
F *Southwestern Bell*	234,5	243
D Sperry Corp.	154	158
F Squibb	173G	180G
F Standard Oil	150	148,5
F Stanley Elec.	11,5T	11,2T
F Steyr-Daimler-P.	23G	23,3
F Sumitomo	7,8G	7,8G
F Sumitomo Heavy	3T	3T
D Sumitomo Metal	1,75G	1,8G
D Sun	160G	159G
M *Sunshine Mining*	25,6	26,5
F Swissair	1240G	1230exD
F Taisei Kens.	2,9G	2,95
M Tandy	90,5	92
F Taiyo Yuden	13,1	13,5G
F Tenneco	135	136G
D Texaco	122,4	121,5
F Texas Instruments	286,5	299
D Thomson-CSF	176T	179T
D Thorn Emi	16,5G	15,9T
F Tokyo El.	15,7	16,3
D Tokyo Pac	410G	410G
F Tokyo Sanyo El.	8,3G	8,3G
D Toray	5,55G	5,55G
D Toshiba	4,71	5G
M Toyota Motor	16,2	16,8
D Trans World Airl.	44	40,5
F TRIO Kenwood	10T	10G
F TRW	222G	228G
F Tsumura Juntendo	24T	25T
D UAL	128G	131
H Unilever	303	307
F Union Carbide	117	120
D Uniroyal	58,5T	60G
F United Techn.	121,5	125,5
F *US Steel*	85	85,7
M *US West*	253	256,5
M Vaal Reefs Expl.	29,8bG	30
D Vmf-Stork	140	140T
D Volvo A	90	–
D dgl. Nam B	92G	–
M Wang Labor	54	55,5
F Warner Commun.	87	87,5
F Warner Lambert	117,5	122
F Wells Fargo	166	169
M Western Deep L.	140	140,8
M *Western Mining*	8,7bG	8,6
M Westinghouse El.	92,3	94,5exD
F Westl.-Utrecht H.	90,1	90,5
M Weyerhaeuser	86,6	89,3exD
M Wheelock Marden	14,1	14,3
D Xerox Corp.	139	144

Warenpreise – Termine

Deutlich schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 4	29. 4.
Mai	349,00	347,25
Juli	327,25	327,50
Sept	327,00	328,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	30. 4.	29. 4.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	248,44	248,19
Amber Durum	239,99	239,99

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	128,30	128,70
Juli	132,50	132,80
Okt.	137,80	138,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	127,20	126,50
Juli	124,80	124,60
Okt.	120,00	121,20

Hafer Chicago (c/bush)	30. 4.	29. 4.
Mai	160,50	161,50
Juli	158,00	159,00
Sept.	156,75	157,50

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	283,25	284,50
Juli	280,00	282,00
Sept.	270,00	271,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 4.	29. 4.
Mai	142,00	141,80
Juli	134,60	134,10
Okt.	123,50	124,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Terminkontr. Mai	145,80	146,99
Juli	145,55	147,50
Sept.	145,50	147,25

Kakao New York ($/t)	30. 4.	29. 4.
Terminkontr. Mai	2347	2406
Juli	2090	2148
Sept.	2050	2088
Umsatz	6267	1441

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	3,24	3,13
Juli	3,54	3,45
Sept.	3,74	3,66
Okt.	3,88	3,77
Mai	4,25	4,15
Umsatz	12 925	11 776

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	30. 4.	29. 4.
	3,05	3,07

Kaffee London (£/t) Robusta-	30. 4.	29. 4.
Kontrakt Mai	2106–2110	2116–2118
Juli	2160–2200	2167–2167
Sept.	2194–2200	2207–2210
Umsatz	2594	2596

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1790–1800	1864–1865
Juli	1830–1831	1880–1881
Sept.	1812–1813	1853–1859
Umsatz	7322	2286

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	–	97,80–99,00
Aug.	107,40–107,80	105,60–105,80
Okt.	111,80–112,00	109,60–110,00
Umsatz	2160	1897

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 4.	29. 4.
schw. Sarawak spez.	700,00	705,00
weißer Sarawak	870,00	870,00
weißer Muntok	880,00	880,00

Orangensaft New York (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Mai	158,20	157,20
Juli	156,60	155,80
Sept.	154,90	154,20
Nov.	152,40	152,60
Jan.	152,40	152,70
Umsatz	400	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Südstaaten fob Werk	48,00	48,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	34,75	48,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,51	32,98
Juli	31,40	31,70
Aug.	30,65	30,90
Sept.	29,90	30,25
Okt.	29,05	29,45
Dez.	28,30	28,60
Jan.	28,05	28,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	33,00	33,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	21,50	21,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,50

Talg New York (c/lb)		
top white	19,75	19,75
fancy	19,25	19,25
bleichfähig	18,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50

Schweine Chicago (c/lb)		
April	46,20	46,80
Juni	49,20	49,75
Juli	49,80	50,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,70	60,30
Juli	66,80	67,87
Aug.	65,05	66,75

Rinder Chicago (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	56,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	587,50	592,50
Juli	595,00	601,50
Aug.	597,50	604,00
Sept.	599,00	605,00
Nov.	606,00	615,50
Jan.	617,50	626,50
März	629,00	638,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	120,50	121,50
Juli	126,50	127,50
Aug	129,50	130,50
Sept.	132,10	133,00
Okt.	135,30	136,00
Dez.	140,70	141,40
Jan.	143,00	143,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	30. 4.	29. 4.
Mai	368,00	369,50
Juli	368,00	370,00
Okt.	370,70	372,00

Kokosöl New York (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	30. 4.	29. 4.
jegl. Herk. cif	geschlossen	1040,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	geschlossen	717,50

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	geschlossen	705,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	geschlossen	246,50

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	geschlossen	815,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	geschlossen	307,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	30. 4.	29. 4.
Mai	66,25	66,26
Juli	64,94	65,20
Okt.	64,75	64,80
Dez.	64,80	64,78
März	65,95	65,95
Mai	55,50	66,50

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	42,00	42,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	30. 4.	29. 4.
Mai	512-515	511-512
Aug.	529-531	529-530
Okt.	533-534	534-536
Umsatz	122	37

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	30. 4.	29. 4.
Mai	55,00	55,00
Juli	55,40	55,20
Okt.	55,50	55,30
Dez.	55,50	55,30
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	30. 4.	29. 4.
Mai	630,0-642,0	636,0-638,0
Juli	656,0-660,0	645,0-650,0
Okt.	638,0-639,0	632,0-633,0
Umsatz	76	45

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	30. 4.	29. 4.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	30. 4.	29. 4.
Mai	12 219	geschl.
Juni	12 710	geschl.

Kautschuk London (p/kg)	30. 4.	29. 4.
Nr. 1 RSS loco	66,00-69,00	66,00-69,00
Juni	69,00-71,50	69,00-71,50
Juli	70,00-72,50	70,00-72,50
Aug.	71,10-73,50	–
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	30. 4.	29. 4.
Mai	192,50-193,25	192,25-193,00
Juni	193,50-194,00	193,00-194,00
Nr. 2 RSS Mai	192,00-193,00	191,50-192,50
Nr. 3 RSS Mai	189,00-190,00	188,50-189,50
Nr. 4 RSS Mai	182,50-183,50	182,00-183,00
Tendenz: 0		

Jute London (£/lgt)	30. 4.	29. 4.
BWC	945,00	945,00
BWD	930,00	930,00
BTC	945,00	945,00
BTD	930,00	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	30. 4.	29. 4.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	345,46-345,85	348,99-349,37
drittfolg. Monat	350,46-350,85	354,74-354,93
Blei: Basis London		
laufend. Monat	119,64-120,03	120,04-120,42
drittfolg. Monat	116,95-117,14	117,35-117,54
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1746,54-1750,38	1718,08-1720,00
drittfolg. Monat	1719,61-1723,46	1710,41-1714,25
Zink: Basis London		
laufend. Monat	269,68-270,05	273,44-274,20
drittfolg. Monat	268,52-268,71	271,14-271,52
Produz.-Preis	297,04	299,41
Reinzinn 99,9%	3897-3936	3899-3937

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	30. 4.	29. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	480,49-483,76	492,03-495,29
Blei in Kabeln	127,50-128,50	127,75-128,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	456,00-458,00
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	30. 4.	29. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	441-449	448-458
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	482-483	484-489
MS 63	481-488	490-496

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	30. 4.	29. 4.
ab Werk prompt (Ring./kg)	27,80	28,10

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	30. 4.	29. 4.
Leg. 225	378-395	378-395
Leg. 226	380-397	380-397
Leg. 231	410-430	410-430
Leg. 233	430-440	420-440

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	30. 4.	29. 4.
Platin (DM je g)	30,908	30,608
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkpr.	32 810	32 850
Rücknahmepr.	31 960	32 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 980	33 020
Rücknahmepr.	32 150	32 190
verarbeitet	34 600	34 650
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 325	32 380
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	644,60	641,50
Rücknahmepr.	625,70	622,70
verarbeitet	672,90	669,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	30. 4.	29. 4.
London 10.30	324,65	323,00
15.00	321,35	322,50
Zürich mittags	324,50-325,00	322,75-323,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 950	98 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	508,00	507,90
3 Monate	523,50	523,10
6 Monate	538,35	538,70
12 Monate	562,55	567,70
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	226,40	228,20
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	90,30	91,70

New Yorker Preise	30. 4.	29. 4.
Gold H & H Ankauf	321,35	322,50
Silber H & H Ankauf	628,50	629,00
Platin fr. Händlerpr.	277,00-280,00	277,00-280,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	113,00-114,00	110,00-112,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	615,00	635,00
Juni	620,00	640,00
Juli	622,00	643,50
Sept.	632,00	652,00
Dez.	648,00	668,00
Jan.	653,50	673,90
März	663,50	684,40
Umsatz	27 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	30. 4.	29. 4.
Mai	60,80	62,80
Juni	61,45	63,45
Juli	61,80	63,80
Sept.	62,50	64,50
Dez.	63,00	65,00
Jan.	63,00	65,00
März	63,25	65,20
Umsatz	13 200	13 500

Londoner Metallbörse

	30. 4.	29. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	896,00-897,00	910,00-910,50
3 Monate	914,00-915,00	925,00-926,00
Blei (£/t) Kasse	310,00-311,00	313,00-314,00
3 Monate	304,50-306,00	307,00-308,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1228,0-1229,0	1261,0-1263,0
3 Monate	1197,0-1198,0	1211,5-1212,0
abends Kasse	1221,0-1223,0	1252,0-1254,0
3 Monate	1194,0-1194,5	1211,0-1211,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1194,0-1194,5	1198,0-1200,0
3 Monate	1188,0-1190,0	1211,0-1211,0
Zink (£/t) Kasse	703,00-705,00	708,00-710,00
3 Monate	701,00-701,50	707,00-708,00
Zinn (£/t) Kasse	9260-9270	9230-9235
3 Monate	9230-9235	9190-9195
Quecksilber ($/Fl.)	–	290-300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70-72

In tiefer Trauer gebe ich hiermit Nachricht vom Tode meines Adoptivvaters

Busso Graf von Bocholtz-Asseburg

Herr auf Hinnenburg
letzter Herr auf Wallhausen

* 17. November 1909 † 27. April 1985

gestorben auf der Hinnenburg, versehen mit den heiligen Stärkungen der Kirche.

Im Namen der Familie
Friedrich Graf von der Asseburg

3492 Brakel-Hinnenburg

Die Beisetzung findet statt am Donnerstag, dem 2. Mai 1985, um 14.00 Uhr auf der Hinnenburg.

Bevor es zu spät ist . . .
. . . jetzt nach Spanien
1. Sonderausgabe mit det. INFO über Investment, Immob., Geschäftseröffn., Daueraufenthalt, Steuern etc.
Verfasser: **Hans-J. Wollenberg, Leonhardsberg 17, 8900 Augsburg** (Buchpreis inkl. Porto innerh. Deutschlands DM 20,–), Sofortzusand.

Partnervermittlung Uschi
Eichendorffstr. 8, 4709 Bergkamen
Tel. 0 23 07 / 5 52 66
Geöffnet: Mo.–Fr. 13.00–23.00 Uhr
Ein Besuch, der sich lohnt!

Ferienhäuser in Dänemark
Sonderangebot: 7 Tage buchen – 5 Tage bezahlen
Prospekt kostenlos in Ihrem Reisebüro oder bei
Vermittlungs-Bureau
Waller Heerstr. 176, 28 Bremen 1
Tel. 04 21 / 38 70 91

Einladung: Hans J. Schueren, Vice President und Senior Market Analyst von Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith, New York, spricht (in deutscher Sprache) zum Thema:

Wall Street 1985 – aus börsentechnischer Sicht

Hans J. Schueren ist einer der führenden Analysten an Wall Street und Merrill Lynch eines der größten Investmenthäuser der Welt. Wenn Sie also aus kompetenter Quelle über die Aussichten auf dem wichtigsten Finanz- und Kapitalmarkt – den USA – informiert werden wollen, sollten Sie zu dem Vortrag mit Hans J. Schueren kommen und sich noch heute anmelden. Teilnahmegebühr DM 50,–.
Seminare finden statt in:
Hamburg, am 6. Mai 1985, um 19.00 Uhr,
Düsseldorf, am 7. Mai 1985, um 19.00 Uhr,
Frankfurt/Main, am 9. Mai 1985, um 19.00 Uhr,
Stuttgart, am 10. Mai 1985, um 19.00 Uhr,

Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

Merrill Lynch

4000 Düsseldorf · Karl-Arnold-Platz 2 · Tel. 0211/45810
6000 Frankfurt/Main · Ulmenstraße 30 · Tel. 069/71530
2000 Hamburg 1 · Paulstraße 3 · Tel. 040/321491
8000 München 2 · Promenadeplatz 12 · Tel. 089/230360
7000 Stuttgart 1 · Kronprinzstraße 14 · Tel. 0711/22200



Berufs-Chancen in der Pharma-/Chemie-Branche

. . . unter diesem Titel erscheint in der WELT am

4. Mai

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie in diesem Bereich tätig? Dann sollten Sie diese Ausgabe der WELT unbedingt durchsehen – einerlei, ob Sie konkrete Veränderungsabsichten haben oder sich einfach nur mal über die Angebote der Pharma-/Chemie-Branche informieren wollen.

01-488

Wenn Sie jetzt Ihren Zeitschriftenhändler nach Richtig Sammeln. Briefmarken! fragen, dann lernen Sie die Zeitschrift für alle Wissensdurstigen und Neugierigen kennen, die Sie leicht verständlich und anschaulich über Sammeln informiert.

Manchmal kommt es vor, daß Ihr Zeitschriftenhändler Richtig Sammeln. Briefmarken! nicht vorrätig hat. Dann schreiben Sie uns bitte und fordern Sie ein Probeheft an beim DBZ-Verlag, Römerstraße 47, 5427 Bad Ems. Oder rufen Sie unseren 24-Stunden-Abo-service an. Telefon 02603/4041.

Richtig Sammeln. Briefmarken!

Ich liege und schlafe ganz mit Frieden, denn allein Du, Herr, hilfst mir, daß ich sicher wohne.
Psalm 4, Vers 9

Nach einem erfüllten und begnadeten Leben entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit plötzlich unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Lisa Freifrau von Rheinbaben

geb. Freiin von Paleske
Trägerin des Roten Kreuz Ordens 3. Klasse von 1914/18
* 19. 7. 1897 † 27. 4. 1985

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Georg-Wilhelm Frhr. v. Rheinbaben, Oberst a. D.
Ingeborg Frfr. v. Rheinbaben geb. Mittendick
Beatrix Freiin v. Rheinbaben
Alexandra Freiin v. Rheinbaben
Dr. Hans-Kaspar Frhr. v. Rheinbaben
Angelica Frfr. v. Rheinbaben geb. v. Stein
zugleich im Namen aller Angehörigen

8000 München 40, Heßstraße 2
Hamburg, Köln, München

Beerdigung: Donnerstag, den 2. Mai 1985, um 13.30 Uhr in München, Waldfriedhof, Alter Teil.

WERBEFIRMA
aktiv, solvent, gesucht für gemeinnützigen Bundesverband.
Zuschr. unt. E 1599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handwerksunternehmen, im Bereich Sanitär, Heizung, Wasseraufbereitung, Planung, Beratung und Montage tätig, möchte expandieren.
Gesucht wird Werksvertretung, Verkaufsbüro, Kundendienstvertretung usw.
Angebote unter S 1631 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Bitte kommen Sie

zur katholischen Glaubenskundgebung

am Sonntag, dem 5. Mai 1985

in Mainz,
Konzerthaus Eltzer Hof, Eingang Mittlere Bleiche!
11.00 Uhr Feierliches Hochamt
14.30 Uhr Rede
16.00–17.00 Uhr Stille Sühneanbetung

Thema: „Die sichere Wende – Wartest Du auf den Heiligen Geist – oder wartet der Heilige Geist auf Dich?"

Zelebrant und Prediger: Pfarrer Hans Milch
Veranstalter: actio spes unica
Eintritt frei!

FINANZANZEIGE

ATLAS COPCO AKTIEBOLAG
Nacka bei Stockholm

Die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 24. April 1985 beschlossen, je Namensaktie im Nennbetrag von skr 25,– eine

Dividende
in Höhe von skr 4,50

für das Geschäftsjahr 1984 auszuschütten. Die Dividende wird voraussichtlich ab 7. Mai 1985 von der Wertpapier-Registrierungs-Zentrale (Värdepapperscentralen VPC AB) an die Aktionäre gezahlt, die am 29. April 1985 (Stichtag) im Aktionärsregister eingetragen waren.

Für die auf den Deutschen Auslandskassenverein AG (AKV) eingetragenen Atlas Copco Aktien werden den Miteigentümern am Sammelbestand über ihre Depotbank die Dividendenbeträge nach Eingang zum jeweiligen Tageskurs in Deutscher Mark oder auf Wunsch in Schwedischen Kronen gutgeschrieben.

Die von der Dividende in Schweden üblicherweise einzubehaltende Quellensteuer beträgt 30 %. Nach dem deutsch-schwedischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 17. April 1959 ermäßigt sich diese Quellensteuer jedoch im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) auf 15 %. Diese Ermäßigung tritt für einen in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Aktionär bereits durch Entlastung an der Quelle ein; d. h., es werden in diesem Falle anstelle der üblicherweise einbehaltenen 30%igen Quellensteuer in Schweden nur noch 15 % einbehalten, wenn der Aktionär damit einverstanden ist, daß seine Berechtigung zur Inanspruchnahme des ermäßigten Steuersatzes der auszahlenden schwedischen Stelle auf besonderes Verlangen durch Nennung seines Namens und seiner Anschrift nachgewiesen wird. In der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) wird die Dividende ohne Abzug einer deutschen Kapitalertragsteuer ausgezahlt. Sie unterliegt jedoch in Höhe ihres Bruttobetrages für unbeschränkt steuerpflichtige Personen (Steuerinländer) der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Dabei wird von der in Schweden einbehaltenen Quellensteuer 15 % auf die deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer für diese Kapitalerträge angerechnet.

Im April 1985
Im Auftrag der ATLAS COPCO AKTIEBOLAG

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesker, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Kurs Übersee

Bm. – Der deutsche Markt wird für die Produzenten von Brauerei- und Getränkemaschinen zwar auch in Zukunft große Bedeutung haben, denn hier winken nicht nur Ersatzinvestitionen, sondern auch große Märkte für Innovationen, die gerade in diesen Branchen besonders große Fortschritte brachten.

Doch die Zuwachsraten für ihr Geschäft werden diese beiden Sparten des Maschinenbaus in Übersee holen müssen, in jenen Regionen, in denen ein naher Brunnen schon zu höherer Lebensausstattung gehört, von abgefüllten, sterilen und schmackhaften Getränken ganz zu schweigen.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer sind der Markt von morgen. China und seine Zuwachsraten – und seine hochkarätige Delegation auf der „interbrau '85" – signalisieren es.

Mehrkonsum ist vom deutschen Markt nicht zu erwarten. Mit über 620 Liter Getränkeverbrauch im Jahr ist der Bundesbürger „satt". Jetzt geht die Jagd auf Marktanteile auf.

Da hat die Branche der alkoholfreien Getränke recht gute Karten. Wein wächst langsam. Kaffee ist nach wie vor die Nummer eins in der Getränke-Statistik. Bier verliert am heimischen Markt leicht, hat sogar 1984 den zweiten Platz an alkoholfreie Getränke abgeben müssen.

Doch gerade dieses Geschäft liegt zu einem erheblichen Teil in Brauerhand, die es zudem verstanden haben, die im Inland gelassenen Federn im Export zurückzuholen.

Die Zukunft der Brauerei- und Getränkemaschinen-Industrie liegt also in Übersee – und dort wird man die geographisch günstiger gelegenen Amerikaner und Japaner nur schlagen können, wenn man die Nase technologisch vorn hat.

Dafür ist die „interbrau '85" die richtige Arena – und es ist sehr zu begrüßen, daß sie künftig in einem Vier-Jahres-Rhythmus stattfindet, wie die Olympiade, um die Kräfte zu messen!

TECHNIK / Neuerungen im Sudhaus

65 Prozent der Energie beim Kochen eingespart

Sicher ist die am meisten ins Auge fallende Entwicklung auf dem Sektor der Würzekochung gegeben: So wurden Anlagen konzipiert und auch schon in die Praxis eingeführt, die bis zu 65 Prozent der bisher für das Kochen aufgewendeten Primärenergie einzusparen gestatten.

Während die Brüdenverdichtung zusammen mit dem Außenkocher es gestattet, die bisherige bewährte Technologie – wenn auch mit verkürzten Zeiten – beizubehalten, so wendet doch die Niederdruckkochung höhere Temperaturen von 104–108 Grad Celsius über 15 bis 20 Minuten hinweg an, wobei der Verdampfung in allen Stufen eine große Bedeutung zukommt. Die Hochtemperaturwürzekochung, mittlerweile auf 150 Sekunden bei 135 Grad Celsius eingespielt, bedarf ebenfalls einer ausgiebigen Verdampfung von Aromasubstanzen, die bei höheren Temperaturen in vermehrtem Maße gebildet werden. Die thermische Belastung muß bei allen diesen Verfahren sorgfältig abgestimmt und kontrollierbar sein.

Zu fordern ist bei diesen geschlossenen Systemen eine genaue Hopfen(-Produkt)-Dosierung zu wünschenswerten Zeitpunkten. Die dem Kochprozeß nachfolgende Würzebehandlung bedient sich der gewohnten Apparaturen wie Whirlpools, Zentrifugen oder Heißwürzefilter, wobei aber gewisse Heißhaltezeiten bei 95–100 Grad Celsius noch wünschenswert sein können.

Auf dem gesamten Sektor der Würzebereitung sind in den letzten acht Jahren eine Reihe von Verbesserungen getätigt worden, die entweder der Optimierung bereits gängiger Verfahren dienten, oder die aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse einen Einfluß auf den Würzebereitungsprozeß selbst nahmen.

Die Naßschrotung erfuhr eine Verbesserung durch Einführung einer definierten oder kontinuierlichen Weiche; bei der Trockenschrotung wurde die Leistung der Mühlen, vor allem aber in Verbindung mit einer besseren Konditionierung der Schrotbeschaffenheit, speziell für den Läuterbottich, günstiger gestaltet.

Die Geometrie der Maischgefäße tendiert wieder zur runden Form, wobei zusätzlich als Auswirkung empirischer, aber wissenschaftlicher abgesicherter Erkenntnisse die Belüftung der Maische verringert wird. Dies wirkt sich auf die Abbauvorgänge beim Maischen, aber auch auf die Geschwindigkeit der Abläuterung positiv aus.

Der Läuterbottich scheint sich als Läutergerät durchzusetzen: Abmaischen von unten, sorgfältig konstruierte Schneidmaschinen und Überschwänzeinrichtungen sowie eine echte Verbesserung der Überwachung haben ihn, auch bei größten Schüttungen, auf Leistungen gebracht, die vor acht Jahren nur für Maischefilter zu gelten schienen. Die Forderung nach Würzen von geringerer Trubstoffbelastung, sowie der hohe Ausbeutestandard wird den Maischefilterherstellern und den Tücherlieferanten einige Konstruktionsüberlegungen abfordern; inwieweit die Hochdruckfilter in künftige Planungen einbezogen werden können, soll ebenfalls die „interbrau" erweisen.

Bei der Würzebehandlung wurden bessere „Whirlpools" (mit größerem Durchmesser-Höhenverhältnis) eingeführt; auch hier ist das Einpumpen von unten realisiert worden. Die Zentrifugen sind weiter entwickelt worden, was Leistung nach Quantität und Qualität angeht. Der Kieselgurfilter für die heiße Würze könnte ein besonders sicheres Verfahren der Heißtrubabtrennung bieten, wobei aber hier die Dimensionen zum Beispiel Hopfenpulververwendung voll ins Kalkül gezogen werden müssen.

Die Kaltwürzebehandlung beruht weiterhin auf den bewährten Verfahren. Durch die Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft ist in dem genannten Zeitraum manches zutage gefördert worden, was früher Allgemeingut war. LUDWIG NARZISS

Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Technologie der Brauerei I an der Technischen Universität München-Weihenstephan

WELT-GESPRÄCH / Dietrich Voth, Geschäftsführer Fachabteilung Brauerei- und Getränkemaschinen im VDMA:

Drei von vier Maschinen gehen in alle Welt

Das Signal steht auf Grün, die ‚interbrau '85' ist in Fahrt", sagt Dietrich Voth in einem Gespräch mit der WELT kurz vor der internationalen Veranstaltung in München. Voth ist Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)-Fachabteilung Brauerei- und Getränkemaschinen. Aussteller und Besucher hätten lange auf dieses internationale Branchenereignis warten müssen.

Die herausragenden internationalen Maschinenbau-Messen in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Voth eingebettet in eine langjährige Tradition, aus der heraus sie sich aber ständig an die sich ändernden Marktverhältnisse anpassen müßten. So auch die „interbrau", die 1887 zum erstenmal stattgefunden hat, also seit bald 100 Jahren existiert. Sie sei ein besonders lebendiges Beispiel für diese ständige Auseinandersetzung zwischen Vergangenheit und Zukunft. Der „Austragungsort" für dieses Ereignis sei das seit einigen Jahren auf über 100 000 Quadratmeter erweiterte Münchener Messegelände gegenüber der Theresienwiese.

„Der Maitermin läßt zwar wehmütige Erinnerungen an das bei der letzten ‚interbrau '77' sich anschließende Oktoberfest wach werden", sagt Voth, „aber die Maschinenbauer als dominierende Ausstellergruppe mit ihrer sprichwörtlichen Anpassungsfähigkeit waren trotz großer Bedenken bereit, das Experiment eines Frühjahrstermins einzugehen."

Am 10. Mai, wenn die „interbrau '85" ihre Tore schließe, werde man wissen, ob sich dieser Bonus gegenüber der Stadt München ausgezahlt habe.

Und was sagt er zu den zum Teil sehr gezielten Spekulationen „über einen ganz bestimmten" anderen Austragungsort der nächsten „interbrau" 1989? „Sie sind dem VDMA zwar eine willkommene Hilfe bei künftigen Verhandlungen, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt muß man diese Spekulationen als Wunschdenken ansehen", lautet die klärende Antwort. Zunächst gelte es, die „interbrau '85" zu einem Erfolg zu machen. Sieben Jahre lang hat man auf die „interbrau" verzichtet. Ist dieser Zeitraum nicht zu lang gewesen? Dietrich Voth überlegt nicht lange, denn das ist sein Thema: „Der Erwartungsdruck war bei den Ausstellern und bei den Besuchern groß." Insofern habe der ungewöhnlich lange Zeitraum seit 1977 auch seine positiven Aspekte.

Ein Beispiel? Er werde die auf immer kürzere Messezyklen dringenden Veranstalter vielleicht nachdenklich



Dietrich Voth

stimmen. Die Maschinenhersteller seien der Meinung, künftig mit dem Vier-Jahres-Turnus richtig zu liegen.

Worauf sollten sich die Besucher der „interbrau" einrichten, die sich Weltmesse für Getränketechnik nennt? „Die Antwort ist relativ einfach", sagt Voht, „denn es sind die drei ‚essentials' für hochkarätige Investitionsgüter-Fachmessen:

1. Ein umfassendes, aber konzentriertes Angebot für eine möglichst klar umrissene kompetente Zielgruppe;

2. eine besucherfreundliche Präsentation dieses Angebots, das heißt im wesentlichen eine übersichtliche Branchengliederung, die es dem Besucher ermöglicht, die Messe zu erschließen und für sich zu nutzen; und

3. eine service-orientierte Infrastruktur auf dem Messegelände, aber auch in der Stadt, in deren Obhut sich Aussteller und Besucher begibt."

Weiß der Geschäftsführer des VDMA zu sagen, mit welchen Erwartungen die Aussteller nach München kommen? „Sie wünschen sich in erster Linie ein qualifiziertes, internationales Fachpublikum, das die anstehenden Investitionen zur Entscheidungsreife vorantreibt", antwortet Voth. Die deutsche Getränkemaschinen-Industrie habe einige Jahre mit schwachen Wachstumsraten hinnehmen müssen.

Bei einer Exportquote von fast 75 Prozent hätten sich die Einbrüche in einigen Exportregionen – etwa Südamerika und Naher Osten – in den letzten Jahren äußerst störend bemerkbar gemacht. Nach dem sehr schwachen Exportjahr 1983 mit minus 16 Prozent hätte 1984 dann wieder eine Steigerung des Exports um 21 Prozent beschert. „An diese Quote möchten die deutschen Maschinen-Hersteller – und sicher nicht nur diese – 1985 anknüpfen", kommentiert Voth.

Welche Märkte haben sich besonders gut entwickelt? „Erfreulich gut entwickelt sich der Markt der Sowjetunion und der Volksrepublik China", erklärt Voth. Hier zahlten sich nun die langjährige und geduldige Bearbeitung des Marktes durch weitsichtige Unternehmer aus. Die deutschen Getränkemaschinen-Hersteller hätten zur „interbrau '85" eine hochrangige chinesische Delegation eingeladen, die auf der Messe selbst und bei einer anschließenden Exkursion zu Anwender- und Hersteller-Firmen ihre Investitions-, Kooperations- und Lizenzvorhaben ein gutes Stück vorantreiben werde.

Nun spielt ja auch das alkoholfreie Getränk eine immer bedeutendere Rolle auf der „interbrau", eine Produkt-Palette, die mit „Brau" gerade noch so viel zu tun hat, wie Brauereien sich dieses Geschäftes auch angenommen haben. Wie steht der VDMA als ideeller Träger der „interbrau" zu diesem Thema? „Zunächst einmal ist die Marktentwicklung der letzten 20 Jahre hin zu den alkoholfreien Getränken von den Maschinenherstellern umgehend aufgegriffen worden. Wenn also die Getränkeindustrie gleichermaßen den Markt für Bier und Softgetränke bedient und die Maschinenhersteller ebenfalls beides anbieten, ergibt sich fast zwangsläufig, daß auf der „interbrau" Maschinen und Anlagen für die Bier- und die Softmärkte angeboten werden.

Lediglich die Achtung vor der fast 100jährigen Trademark „interbrau" und das Kapital, das in der Weltgeltung dieses Namens steckt, haben uns von einer Namensänderung abgehalten. Im übrigen nehmen wir es ernst, daß andere Messen mit klar definierten Zielgruppen, wie zum Beispiel die DLG-Molkereitechnik in Frankfurt für den Bereich Milch oder die INTERVITIS in Stuttgart für den Bereich Wein, neuerdings ihr Interesse für das von der ‚interbrau' angebotene Spektrum entdeckt haben", sagt Dietrich Voth. Bereits die „interbrau '77" habe als Antwort auf die wachsende Nachfrage nach alkoholfreien Getränken ihr Angebot in diese Richtung ausgeweitet.

Voth hält fest, daß „interbrau '85" als Weltmesse für Getränketechnik ganz klar auf den Bereich Bier und alkoholfreie Getränke konzipiert sei. Im Interesse der Erhaltung eines für die Besucher übersichtlichen Angebotes sollten nach Auffassung des VDMA die international eingeführten, qualitativ hochwertigen Fachmessen ihre Zielgruppen-Ansprache nicht verwässern und damit verflachen. Er hoffe, daß Vernunft und Selbstbeschränkung dazu führen werden, daß Qualität nicht durch Quantität ersetzt wird und damit sowohl Besucher als auch die Aussteller überfordert werden – und möglicherweise eines Tages mit Desinteresse reagierten, was letztlich nur dem Messeplatz Bundesrepublik Deutschland in seiner Gesamtheit schaden könnte.

HANS BAUMANN

INTERNATIONALE FACHMESSE / Investitionsgüterschau der Welt-Getränkewirtschaft

München – das klangvolle Synonym für Bier

Mit der „interbrau '85" findet in München die größte und bedeutendste Investitionsgütermesse der Welt für die Getränkewirtschaft statt. Nach den Jahren 1957, 1971 und 1977 freuen wir uns sehr, erneut diese Weltmesse für Getränketechnik durchführen zu können.

Mit Recht sprechen wir von einer Weltmarktveranstaltung, da es unser Geschäft ist, im Rahmen internationaler Fachmessen ein weltweit lückenloses Angebot mit einer möglichst umfassenden Nachfrage zusammenzubringen. Das ist uns bei der „interbrau '85" gelungen: Mit 868 ausstellenden Unternehmen aus 26 Ländern, die auf 105 000 Quadratmetern ihre Produkte in einem vorher noch nie so lückenlos dargestellten Angebot zeigen.

Die Aussteller werden alles präsentieren, was sie seit der letzten Veranstaltung 1977 auf dem Gebiet der Getränketechnologie an Neuigkeiten entwickelt haben. Ein Vergleich mit der letzten „interbrau" im Jahre 1977 läßt kräftige Zuwachsraten erkennen. Damals nahmen insgesamt 611 Unternehmen an dieser Messe teil.

Bemerkenswert ist die große Steigerung des internationalen Aussteller-Anteils: Er konnte von 23 Prozent 1977 auf 39 Prozent in diesem Jahr gesteigert werden. Diese starken Wachstumsraten sind einerseits auf ein weltweites Interesse, andererseits wohl auch auf den langen Zeitabstand zur vorangegangenen Veranstaltung zurückzuführen.

Umso mehr ist es zu begrüßen, daß die Maschinenindustrie für die Zukunft einen neuen Turnus von künftig vier Jahren plant. Damit sollen die Bedürfnisse der internationalen Getränkewirtschaft noch stärker berücksichtigt werden.



Dr. Werner Marzin ist Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH. FOTO: MMG/LOSKE

Die führende Rolle, die der deutsche Maschinenbau weltweit auf dem Gebiet der Getränketechnik einnimmt, ist Ursache dafür, daß die Hersteller aus der Bundesrepublik Deutschland traditionsgemäß besonders stark auf der „interbrau" vertreten sind.

Große Wachstumserwartungen sind vor allem mit dem Export nach Japan, in die Volksrepublik China, in den gesamten pazifischen Raum und in die UdSSR verbunden. So wird beispielsweise eine fachlich hochqualifizierte chinesische Delegation auf der „interbrau '85" erwartet, um die schon bestehenden Kontakte zur deutschen Getränkemaschinenindustrie noch zu vertiefen und neue Kooperationsabkommen vorzubereiten.

In Fachkreisen gilt die „interbrau" als führendes Informations- und Kontaktforum der Branche. Dazu trägt wesentlich bei, daß sie in einer direkten Assoziation zum Messeplatz Bundesrepublik Deutschland steht. Eine so hochspezialisierte Messe darf nicht zu einer Wanderveranstaltung degradiert werden.

Es war bisher stets der Ehrgeiz der deutschen Großmesseplätze, für die jeweiligen Branchen weltweit mit der spezifischen internationalen Fachmesse ein Spitzenereignis durchzuführen. Wir sind zuversichtlich, uns gegenüber Regionalveranstaltungen im In- und Ausland auch im Dienste der deutschen Industrie behaupten zu können.

Zum Erfolg dieser Messe wird sicher auch wesentlich beitragen, daß sie in München stattfindet, da die bayerische Landeshauptstadt in einem gedanklichen Zusammenhang mit der Getränkewirtschaft steht.

Die Zahl der Anmeldungen auf der Besucherseite ist groß. Wir sind sicher, daß wir das 1977 erzielte Ergebnis von 58 000 Fachbesuchern aus 112 Ländern überbieten können. Das Informationsbedürfnis der Branche ist hoch; Gedankenaustausch und Information, aber auch die direkte Investitionsentscheidung werden auf der „interbrau '85" die entscheidenden Motive für die Teilnahme sein.

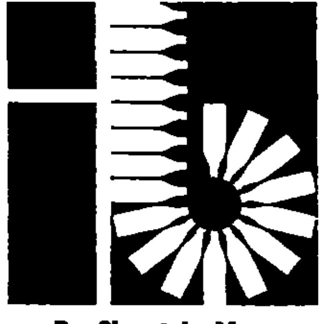
WERNER MARZIN

DER MARKT

Sowjetunion ist der größte Kunde

Die Produktion der deutschen Brauerei- und Getränkemaschinen-Industrie wird nach vorläufigen Zahlen ein nominales Plus von rund 6,6 Prozent in 1984 auf 1,2 Milliarden Mark erreicht haben. Das Plus wäre damit noch leicht real. Die Fachabteilung Brauerei- und Getränkemaschinen im VDMA erklärt dazu, daß dies zwar kein überwältigendes Ergebnis sei. In Anbetracht der desolaten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in zahlreichen traditionellen Absatzländern sei die deutsche Getränkemaschinen-Industrie aber froh, daß sie das schwierige Jahr 1984 insgesamt „mit heiler Haut" durchstanden habe.

Bei einer Exportquote von 75 Prozent in 1984 (nach 72 Prozent in 1983 und 76 Prozent in 1982) wird klar, wo für den deutschen Getränkemaschinenbau die Würfel fallen: im Export nämlich. An dieser Tatsache wird auch die Bedeutung der „interbrau" deutlich, der Weltmesse für Getränketechnik.



Das Signet der Messe

In der Exportstruktur hat es jedoch einige Verschiebungen gegeben. Großbritannien, das 1983 noch unbestritten mit 56 Millionen Mark Exportanteil Platz 1 hielt, ist 1984 auf Platz vier zurückgefallen. Das entspricht einem Minus von 42,8 Prozent. Platz 2 wurde von den USA mit 57,4 (53) Millionen Mark gehalten (plus acht Prozent). Auf Platz 1 hat sich die Sowjetunion geschoben, die Maschinen im Werte von 66,6 Millionen Mark abnahm (plus 174 Prozent). Kräftige Einbrüche mußte die Getränkemaschinen-Industrie in Südamerika (minus 51 Prozent) und im Nahen Osten (minus 41 Prozent) hinnehmen.

Aber auch bei den Einfuhren von Brauerei- und Getränketechnik hat sich der Markt bewegt. 1984 erhöhten sich die Importe um 25 Prozent auf fast 111 Millionen Mark (dem stehen Exporte in Höhe von über 792 Millionen Mark entgegen).

Den kräftigsten Auftrieb melden die Schweden mit plus 90 Prozent auf fast 42 Millionen Mark, gefolgt von Italien mit plus 89 Prozent auf 20,4 Millionen Mark. Großbritannien – als Beispiel – lieferte mit einem Volumen von fünf Millionen Mark 1984 gut ein Viertel weniger als 1983. Den Japanern sollte auch hier das Augenmerk gelten: Sie lieferten zwar nur für 1,5 Millionen Mark, doch das waren 272 Prozent mehr als 1983.

Dieser weltweite Markt spiegelt sich in der „interbrau '85". Das Messegelände in München ist voll ausgebucht. Der Besucher findet eine klare Gliederung nach Branchen: Am Nordeingang erwarten ihn Rohstoffe, Maschinen und Anlagen für Mälzerei und Schroterei, in Hallen 5 und 6 haben die Getränkemaschinen-Hersteller ihren Standort; und bis zu den Hallen 16 bis 25 schließen sich Abfüll- und Verpackungsmaschinen an.

BRAUWIRTSCHAFT / Präsident Asche: Sorge um Kollision mit der European Brewery Convention (EBC)

Uns packen die Probleme von allen Seiten

Nach einer Pause von sieben Jahren findet die „interbrau '85" in einem Jahr statt, das für die deutsche Brauwirtschaft mit Problemen gespickt ist. Klaus Asche, Präsident des Deutschen Brauer-Bundes und Vorstandsvorsitzender der Holsten-Brauerei AG, Hamburg, formuliert in einem Gespräch mit der WELT: „Es ist allgemein bekannt, daß sich auf allen für uns relevanten Ebenen tiefgreifende Strukturänderungen vollziehen." Doch das schreckt den promovierten Juristen noch nicht. Ihn beunruhigt, daß sich diese Strukturänderungen gleichzeitig vollziehen. Es „hagelt" von allen Seiten.

So laut *die Schlacht am deutschen* Biermarkt auch tobt, Klaus Asche würdigt, daß sich dieser Strukturwandel dennoch so lautlos und diszipliniert vollzieht. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, zumindest aber *nicht mit dramatischer Begleitmusik*, hat sich die Zahl der Brauereibetriebe in der Bundesrepublik Deutschland seit Kriegsende mehr als halbiert. Konzentration, die Folge eines Verdrängungswettbewerbs, hat in vielen Brauhäusern der Bundesrepublik Schicksal gespielt.

Kaum Nachwuchs bei Privatbetrieben

Über 3000 Brauereien gab es noch vor 35 Jahren, 1956 waren es gerade noch 2300 – und heute sind es nur noch 1240, wovon über zwei Drittel in *Bayern zu Hause sind. Asches Sorge:* Vornehmlich bei den Privatbetrieben der deutschen Brauwirtschaft mangelt es an Nachwuchs. Entweder ist die Generationenfolge abgerissen oder die Nachkommen sind nicht interessiert, den väterlichen Betrieb zu übernehmen und weiterzuführen.

Klaus Asche bedauert diese Entwicklung, wenn er an die so traditionsreiche, buntgefächerte deutsche Bierlandschaft denkt. Doch als Mann des Marktes kann er sich nicht ganz auf die Seite der Emotionen schlagen.

Er muß den Markt im Auge behalten und als Präsident der Brauer darum bemüht sein, einen großen Zweig *des deutschen Getränkemarktes* schlagkräftig zu erhalten.

So geht zwangsläufig sein Blick über die Grenzen, weil heute unbestritten ist, daß der deutsche Biermarkt keine Insel der Seligen bleiben wird.

Und bei einem solchen Blick erkennt er, daß der Durchschnittsausstoß einer deutschen Brauerei gerade 75 000 Hektoliter im Jahr beträgt. Und die Nachbarn?

„In den Niederlanden beträgt der durchschnittliche Ausstoß je Brauerei 750 000 Hektoliter, das Zehnfache unserer Brauereien, im kleinen Irland sind es 700 000 Hektoliter, in Frankreich und in England 400 000, in Japan beachtliche 1,4 Millionen und in den USA sage und schreibe 2,6 Millionen Hektoliter Ausstoß je Brauerei."

Natürlich will Klaus Asche nicht dem Gigantismus das Wort reden, viel zu sehr gilt es für ihn, eine gesunde, urige Durchmischung der deutschen Biermarktstruktur zu erhalten.

Doch das wird nur möglich sein, wenn sich die Kapazitäten in einem Maße zurechtgeschrumpft haben, denn es wird wohl nur dem Freund des Bieres gefallen können, daß der Bierpreis – real – seit Jahrzehnten unverändert geblieben ist.

Klaus Asche, Präsident des Deutschen Brauer-Bundes FOTO: DIE WELT

Natürlich ist die tiefste Ursache der gegenwärtigen – und wohl auch noch der künftigen – Problematik die Sättigung des Marktes. Mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 146 Litern führt die Bundesrepublik beim Bierkonsum in der Welt. Man ist „satt" bei einem Getränkeverbrauch von rund 640 Litern im Jahr.

Doch die Stagnation droht, keine zu bleiben. Die Zahl der Menschen in der Bundesrepublik nimmt ab, Konsumgewohnheiten ändern sich. Es gilt nicht mehr, Bier-Durst im Meer eines unbegrenzten Durstes zu stimulieren. Es gilt vielmehr, den Durst in die eigenen Bahnen umzulenken. Doch das heißt, den Bierhahn zu eigenem Nutzen drosseln, Kaffee und Tee und Milch haben ähnliche Ambitionen.

Catch as catch can. Die Gegner bleiben die gleichen, der ausgesetzte Preis – der generelle Durst – bleibt trotz Inflationsraten unverändert. Ein anderes Bild des gleichen Phänomens: Der Hunger, stimuliert von ständig steigenden Kosten, wird immer größer, aber der Kuchen bleibt der gleiche.

Zwangsläufig haben in einer solchen Situation jene Unternehmen der Brauwirtschaft die Nase vorn, die das Liquiditätsmanagement beherrschen, die also für den Notfall rüsten, *der nur ein Fall* noch heftigerer Kämpfe um Marktanteile sein kann.

Diese „Gerüsteten" dürfen aber nicht nur die betriebswirtschaftliche Thesaurierung im Auge haben, *um in Material*schlachten um Absatz schlechtem Geld gutes nachwerfen zu können.

Sie müssen größten Wert darauf legen, auf keinen Fall technisch auf der Strecke zu bleiben – der häufigste *Grund* von Betriebsstillegungen, weil aus eigener Kraft keine Liquidität mehr zu beschaffen war, die man in Kapital einer umgerüsteten, modernen Brauerei mit niedrigen Kosten hätte umwandeln können. Der Tod der verpaßten Gelegenheit ist der Herzinfarkt in der Brauwirtschaft – der Rost-Kollaps.

Hier wollen wir wieder den *Brauer-Präsidenten fragen: Kann* die „interbrau" dazu beitragen, die Überlebenschancen der deutschen Braubetriebe zu erhöhen? Die Antwort Klaus Asches läßt nicht auf sich warten: „Die deutsche Brauwirtschaft erwartet von der „interbrau" Innovationen auf dem technischen Sektor. Sicher werden diese Innovationen die Brautechnik und die Technologie, die sich in Deutschland auf sehr hohem Niveau befinden, nicht umwälzen können, doch gerade die vielen kleinen Schritte haben uns in der Vergangenheit in unseren Betrieben beachtenswerte Erfolge gebracht. Wir sehen daher in der ‚interbrau' insbesondere für unsere mittelständischen Betriebe eine gute Möglichkeit, Anregungen für die Investitionen der Zukunft zu erhalten."

Und dann verweist Klaus Asche *auf ein Novum bei den Investitions*entscheidungen: Das Hauptziel der Investitionstätigkeiten liege heute bei der Ersatzbeschaffung und nicht mehr bei der Rationalisierung und Kapazitätserweiterung.

In Zukunft im Vier-Jahres-Rhythmus

Das heißt: Die Rationalisierung ist ausgereizt – oder wird mit der Ersatzbeschaffung automatisch mit angeschafft. Das gilt auch für die gedämpfte Kapazitätserweiterung, die automatisch mit dem neuen Equipment ins Haus kommt.

Und was bedeutet die deutsche Brauwirtschaft effektiv für die Aussteller in München? Diese Frage kann Klaus Asche mit einer einzigen Zahl beantworten: 1983 (die Zahlen für 1984 liegen noch nicht vor, ändern aber auch kaum etwas am Gesamtvolumen) betrugen die Brutto-Anlageinvestitionen der deutschen Brauindustrie rund 1,2 Milliarden Mark, 84 Prozent davon entfielen auf Geräte *und Maschinen – also auf jene, die auf* der „interbrau '85" in München dabei sind.

Und um Kontakt zum technischen Fortschritt halten zu können, begrüßt es der Präsident des Deutschen Brauer-Bundes ebenso wie der Vorstandsvorsitzende von Holsten, daß nun die „interbrau" im Turnus von vier Jahren stattfinden soll, obwohl es für Asche ein kleiner Schönheitsfehler ist, daß dieser Rhythmus mit dem Kongreß der European Brewery Convention (EBC) kollidiert, der alle zwei Jahre stattfindet.

Appell von Klausch Asche an die Verantwortlichen der „interbrau": Es wäre *gut, wenn durch eine richtige* Terminierung eine Kollision vermieden werden könnte.

HANS BAUMANN

TRINKGEFÄSSE

Die Kleider des Bieres

Mode ist nichts anderes, als Signal-Flagge zeigen! Der kecke, etwas rauhe Typ kommt in Leder daher: Rancherlook. Der bodenständige, agrarisch bewußt sportliche Mensch hüllt sich in Tweed. Die Nase hoch und im Aktenkoffer Pläne, das sind die Requisiten des *Industrie*blau. Diese Nachricht kennt jeder im Land: Ich bin oben!

Jetzt formen die Designer auch den Biermarkt, aber auch den der schärferen Getränke. Stellten sich noch vor *20 Jahren die Marken im* Wettstreit nur im Etikett und in den Annoncen vor, so kredenzen sie nun ihr Bier in unverwechselbarem, edlem Glas. Rastal in Höhr-Grenzhausen, einer der bedeutendsten deutschen Glasdesigner mit Hermann Hoffmann an der Spitze, zogen den Biermarken und den Edelschnäpsen unverwechselbare Kleider an.

Das Bierglas von Opa ist tot, es lebe das Bierglas! Doch konnte man bisher aus dem Gattungsglas lediglich darauf schließen, daß Bier darin abgefüllt wird, so bringt das Markenglas heute gleich eine Fülle von *Informa*tionen mit:

Der König-Pokal verheißt wie der Bitburger Krug würziges Pilsener, die Licher Tulpe aus Hessen verspricht (promoviert von der Werbung) wahre Natur im Glase, Reinheit nach dem Gesetz für Bier aus dem Jahre 1516.

Auf der gleichen Welle schwimmt der Biertrinker, der auf Jever eingeschworen ist. Auch hier identifiziert er ein Bier über das charakteristische Glas mit Reinheit, blauem Himmel, frischem Wind vom Meer, rasant wie *Gorch Fock.*

Das Rolinck-Glas fängt das Münsterland ein, das Herforder Westfalen. Warsteiner dagegen hat die versprochene Eleganz seines Premium Verum mit der Tulpe auf die Spitze *getrieben – neuerdings sogar in ge*brochenem Glas, die „Eistulpe".

Die Königsbacher aus Koblenz gingen mit Rastal einen sehr eigenwilligen Weg. Sie ließen sich einen Pils-Pokal schneidern, den es in gleicher Form in drei verschiedenen Größen gibt, als Pokal mit 0,2, 0,3 und 0,4 Litern. Das Glas unterscheidet sich nur in seinem Umfang, läßt sich gut



An ihren Gläsern kann man sie erkennen. FOTO: RASTAL

füllen und *aufbewahren* – eine Hilfe für den Wirt und für den Gast ein leicht erkennbares Signal, daß er es mit einem Königsbacher zu tun hat.

Die rustikale Bierzivilisation unserer Väter wandelt sich über das Glas zur Bierkultur. Nur für Banausen, die aus der Flasche trinken, ist Bier austauschbar.

Verschont vom Glas, das eine Marke signalisiert, bleiben noch das Alt, das Kölsch und das obergärige Weizenbier. Sie kommen nach wie vor mit Gattungsglas zum Durst, das Kölsch in der schlanken Stange, das Alt im *gestauchten Glasrohr*, dem Becher, und das Weizen in der Regel in der gewaltigen Tulpe.

Der Krug mit seinen vielen Vettern, die Kanne (vom Lateinischen canna, das Rohr) oder der Humpen (*als die gebräuchlichsten*), *hat* die gleiche Historie wie das Glas. Da er jedoch schon früh dem Menschen diente, bindet sich an ihn auch ein besonderes Stück Kulturhistorie.

Noch heute trinke der Geistliche den *Meßwein* (*das Blut Christi*) aus dem silbernen Kelch. Die christliche Religion ist ohne die Schale, den Becher, den Krug oder den Kelch gar nicht denkbar. Er ist unverzichtbares Requisit der religiösen Zeremonie.

Aber nicht nur im religiösen Ritual hat der Krug seinen festen Platz. Auch die Rechtsgeschichte kennt ihn als Rechtsmittel. Wie heute noch in ländlichen Gegenden Verträge per Handschlag besiegelt werden, so war es früher Rechtssitte, daß Absprachen dann Vertragscharakter hatten, wenn sie mit Zutrinken besiegelt wurden („Darauf müssen wir einen trinken!").

Wenn ein Trinkgefäß so wichtige Funktionen zu erfüllen hatte, mußte es zwangsläufig besonderen kulturellen Rang erlangen in Form, Material und Zierrat.

Auf die Spitze getrieben hat es ein unbekannter Meister 1669, als er den Zunftpokal der Hamburger Bruder*schaft in Silber trieb, ihn teilweise* vergoldete und reich ziselierte. Die Holstenbrauerei hat dieses kostbare, 75 Zentimeter hohe Stück von einem alten Silberschmied nacharbeiten lassen – für 20 000 Mark. Der Pokal steht in einer Vitrine der *Brauerei-Lobby* – ein kulturhistorisches Stück, an dem sich die Diskussion über Kunst oder Kitsch heißlaufen kann.

WR.

HOPFENMARKT / Allein in der Hallertau arbeiten 4032 Betriebe

Jetzt pflücken Roboter die Dolden und verarbeiten die Ranken zu Dünger

„Malz gibt dem Bier den Körper, aber erst der Hopfen verleiht dem Gerstensaft die Seele." Wer das sagt, muß es schließlich wissen: Wilhelm Klotz, Vorsitzender des Verbandes der Hopfenkaufleute und Hopfenveredler. Sein Sitz ist der kleine, aber feine Ort Wolnzach – mitten in der Hallertau. Aber dort residieren auch der Verband deutscher Hopfenpflanzer, die Hopfenverwertungsgenossenschaft Hallertau, die deutsche Gesellschaft für Hopfenforschung und zwei weltbekannte Unternehmen, die Hopfen zu Pulver, zu Pellets und auch zu Extrakten verarbeiten.

Die Seele des Bieres

Und so wie der Hopfen die Seele des Bieres ist, so ist die deutsche Hopfenwirtschaft (*und auch die des* Auslandes) Teil der Seele der interbrau '85 in München. Denn allein in der Hallertau arbeiten 4032 Betriebe im Hopfenbau. Dort grünt es zum Ausgang des Sommers auf 16 721 *Hektar Fläche.*

Und wo vor 20 Jahren noch Jahr für Jahr an die 100 000 Hopfenpflükker tätig waren, sind jetzt Maschinen im Einsatz, die Stück für Stück gut und gern 80 000 Mark kosten. Diese Roboter pflücken nicht nur die Dolden, sie verarbeiten auch die riesigen Ranken zu Gründünger.

Neun Anbaugebiete für Hopfen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Sie lieferten im letzten Herbst 722 000 Zentner Hopfen, aber aus der Hallertau kamen allein 628 000 Zentner. Damit war man in der Hallertau weit vom Rekordjahr 1982 entfernt, als die Hopfengärten 740 241 Zentner brachten.

Doch aus den 628 000 Zentnern lassen sich schon über *260 Millionen* Hektoliter Bier brauen, ein klares Indiz dafür, daß große Teile des weltweit geschätzten deutschen Hopfens exportiert werden, denn die Bierproduktion in der Bundesrepublik beträgt „nur" gut 95 Millionen Hektoliter im Jahr, die der ganzen Welt dagegen fast eine Milliarde Hektoliter!

Hopfen wird zum erstenmal im 12. Jahrhundert als Beigabe zum Bier erwähnt, zunächst, um es besonders haltbar zu machen. Dann entdeckte man aber auch seine beruhigende Wirkung auf den Menschen. Und schon im 15. Jahrhundert sind alle früheren Beigaben zum Bier verpönt, wie *Eichenlaub, Möhren, Salbei oder* auch Enzian.

Und wieviel Hopfen ist in einem Liter Bier? So leicht ist diese Frage nicht zu beantworten, denn die Hopfengabe, deren Bitterstoffe Isohumulone genannt werden, schwanken je Liter Bier zwischen 20 und 48 Milligramm. 20 Milligramm etwa hat ein einfaches Schankbier, 48 Milligramm ein hochverhopftes Pilsner Bier, von dem die Damen behaupten würden, daß es im Halse kratze.

Trotz aller Maschinen rund um den Hopfen erfordert dieses Lianengewächs immer noch eine Menge Handarbeit. Die Hopfendolden müssen gedarrt werden, von Hand werden sie abgesackt und schließlich versiegelt – *ein traditioneller Vorgang, der sich* als Qualitätsmerkmal bis auf den heutigen Tag gehalten hat.

Von Ärzten empfohlen

Den Siegelzwang hat der Reichstag 1929 im Zuge des sogenannten Hopfenherkunftsgesetzes erlassen, und auf diesem Gesetz fußt schließlich auch die EG-Richtlinie, die 1978 in Brüssel erlassen wurde und Anbaugebiet, Jahrgang und Sorte vorschreibt – und eine Vermischung strikt untersagt.

Das Lupulin, die Bitter- und Gerbstoffe des Hopfens, sind nicht nur unentbehrlich in der Brauwirtschaft. Sie werden auch von der Medizin genutzt. Lupulin ist antiseptisch, verhindert also die Vermehrung von Bakterien.

Noch im vorigen Jahrhundert gab es Ärzte, die ihren an Tuberkulose leidenden Patienten empfahlen, Bier zu trinken, um der Krankheit Herr zu werden.

WR.

MALZMARKT

Der Bedarf sinkt, doch Auftrieb durch Weißbier

Die Malzversorgung der Bundesrepublik Deutschland geht mit der Rückführung des Bierverbrauchs ebenfalls zurück. Doch da gibt es einen bedeutsamen Unterschied. Der Gerstenmalzbedarf geht weiter zurück, der Verbrauch an Weizenmalz dagegen erhöht sich, weil das Weizenbier (Weißbier) immer neue Freunde findet.

	1978	1980	1982	1983	1984
Malzbedarf (1000 t)	1672	1782	1851	1866	1774
für Herstellung von Bier im Inland	1607	1622	1682	1676	1626
Ausfuhr	65	160	169	190	148
Deckung des ges. Bedarfs (1000 t)					
Inlandsproduktion*	1535	1610	1596	1614	1705
Bezüge aus der „DDR"	17	9	9	9	9
Einfuhr	120	163	246	243	258
Deckung des Bedarfs für die Herstellung von Bier im Inland durch Bezüge aus der „DDR"					
1000 t	137	172	255	252	267
%	8,5	10,6	15,2	15,0	16,4
aus der Inlandsproduktion					
1000 t	1470	1450	1427	1424	1359
%	91,5	89,4	84,8	85,0	83,6

*Als Differenz errechnet, daher einschl. Bestandsveränderungen und statistischer Fehler

Aber nicht nur der effektive Verbrauch an Malz (Gerstenmalz und Weizenmalz zusammen) ermäßigt sich. Auch der Verbrauch in Kilogramm je Hektoliter geht erneut weiter zurück. Während 1950/59 noch rund 19,404 Kilogramm Malz je Hektoliter benötigt wurden, ist der Bedarf auf heute 17,649 Kilogramm gesunken.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Biere sind „leichter" geworden. Trank man im Jahrzehnt von 1950 bis 1959 noch mastigere Biere, so ist heute das leichte, helle Bier Pilsener Brauart gefragt. Für Vollbiere schreibt die Biersteuer Malzgaben zwischen elf und 14 Prozent (Stammwürze) vor. Doch der Trend geht deutlich in Richtung elf Prozent – weg von den schwereren Bieren.

WR.

ALKOHOLFREIE GETRÄNKE

Die Branche steht vor großen Investitionen

Für die Hersteller und den Handel im Bereich alkoholfreier Getränke kommt die „interbrau '85" gerade zur rechten Zeit. Vor allem beim Vertrieb steht die Branche vor neuen Investitionen.

Das Jahr 1984 hat die deutsche Brauindustrie nachdenklich gemacht. Sie büßte eine seit Jahrzehnten gehaltene Position ein: Den zweiten Platz in der deutschen Getränke-Rangliste. Ungefährdet ist Platz eins für die sogenannten Hausgetränke (Kaffee und Tee). Sie führen einsam mit 254 Liter je Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Auf Rang zwei rückten 1984 mit 146 Liter die alkoholfreien Getränke vor, die das Bier mit 145 Liter auf Platz drei verwiesen.

Dieser Erfolg ist aber nicht der wachsenden Beliebtheit der alkoholfreien Getränke zuzuschreiben, obwohl sie sich in den letzten Jahren deutlich nach vorn gearbeitet haben. Doch der verregnete Sommer des vergangenen Jahres hat den Durst auf Bier und alkoholfreie Getränke gebremst.

Der Durst auf Bier ging pro Kopf auf 145 (146) Liter zurück. Hier muß jedoch angefügt werden, daß große Teile des Marktes alkoholfreier Getränke an die Brauindustrie gebunden sind, daß sie Süßgetränke und Nektare als Handelsware auf ihrer Palette führen, oder aber im Besitz oft führender Brunnen für Mineralwässer sind (Bitburger: Gerolsteiner, DUB-Schultheiss: Apollinaris, Binding: Selters, Königsbacher: Daumer Sprudel).

In der Branche der alkoholfreien Getränke gilt als sicher, daß die Marktanteile noch höher sein könnten, wenn die Preise nicht unter so starkem Kostenschub stünden, daß alkoholfreie Getränke in den Gaststätten oft dem Bierpreis davongeeilt sind.

Frostschäden in Florida

Diese Aussage gilt in besonderem Maße für den weiten Markt der Zitrusgetränke. Hier hat die Frostperiode in Florida den Weltmarkt hart tangiert. Heute noch fehlt rund eine Viertelmillion Tonnen Orangenkonzentrat zur Herstellung entsprechender Säfte. Die marktwirtschaftliche Folge: Die Preise für dieses Konzentrat sind um gut 100 Prozent gestiegen. Und mit einer Normalisierung der Ernten zur Deckung des weltweiten Bedarfs wird nicht vor 1987/88 gerechnet.

Aber nicht nur der Rohstoff und seine Preise legen dem Markt der alkoholfreien Getränke (AfG) Hemmschuhe an. Die bedeutsame Absatzschiene Getränke-Fachgroßhandel legt den AfG Fesseln an. Da dieser Markt nur noch seine Kosten in den Bereichen Distribution und Logistik beeinflussen kann, wächst die Tendenz der Großhändler gegen markenspezifische Gebinde.

Der Ausweg des Fachgroßhandels heißt folgerichtig „Einwegware", doch damit kollidiert er automatisch mit dem Konsumententrend zum Mehrweggebinde und den heftigen Intensionen der Bundesregierung zum Mehrweggebinde aus umweltpolitischen Gründen. Die Brunnenindustrie hat rechtzeitig die Weichen gestellt und wurde so zum Vorreiter am Markt für AfG. Sie kreierte die bundesweit einheitliche und austauschbare Mehrwegflasche, die sich im Bereich des Bieres mit der Euro-Flasche vergleichen läßt.

Einheitliche Flaschen

Und die Nektar- und Fruchtsaft-Hersteller sind auf dem besten Weg, ein Einheitsgebinde auf den Markt zu bringen. Ein entsprechender Beschluß wurde bereits auf Verbandsebene gefaßt.

Jetzt liegt der Schwarze Peter wieder bei den Fachgroßhändlern. Ihre Forderung wurde erfüllt. Das Tohuwabohu des Flaschenwirrwarrs geht damit wohl zu Ende. Die Einheitsflasche für Fruchtsäfte und Nektare paßt dann wieder auf die Palette der Großhändler.

Die Industrie der alkoholfreien Getränke sollte im Zuge der Vereinheitlichung der Flaschen auch gleich den nächsten Schritt mitvollziehen: Die Verringerung der Gebindegrößen. Die Haushalte werden kleiner, also automatisch auch der Bedarf an Großgebinden.

Gewünscht wird vom Konsumenten ein kleineres, leichter handhabbares Gebinde – nicht mehr die schwere Zwölferkiste, sondern vielleicht der Sechserpack, wie er beim Bier gut angekommen ist.

Ein solcher Schritt bietet sich auch aus einem betriebswirtschaftlichen Grund an: Für kleinere Gebinde lassen sich in der Regel höhere Erlöse je Einheit erzielen, ein Ausweg der Branche aus der inzwischen eingetretenen Preisstarre. Auch hier gilt: Es wäre nicht das erstemal, daß ein Markt über ein neues Gebinde auch neue, positive Impulse erhalten würde.

Unerwähnt bleiben darf bei solchen Perspektiven nicht, daß die Maschinenindustrie von der Füllung bis zur Verpackung keine Probleme hat, Wünsche in der Frage der Gebinde prompt zu erfüllen. Was fehlt, ist also der Investitionsbeschluß, der sicherlich nicht leichtfällt angesichts des übersetzten Marktes bei den alkoholfreien Getränken. Aber auch hier können Investitionen zur Bereinigung des Marktes beitragen. C. B.

Verzicht auf den Pasteur?

Die Innovation in der deutschen Bier- und Getränkeindustrie kommt in kleinen Schritten daher. Sensationen hat es nie gegeben. Der zylindrochonische Tank war keine und das Keg-Faß auch nicht. Selbst die kontinuierliche Gärung wird die Brauer nicht vom Stuhl reißen, zu lange schon sind ihre theoretischen Vorteile bekannt, als ob ihre Anwendungsreife noch überraschen könnte.

Und dennoch wird es eindrucksvolle Neuheiten im Detail auf der „interbrau '85" geben. Vor der Messe wurde der Deckel des Geheimnisses nicht gelüftet, man wollte das Überraschungsmoment bewahren.

Doch die Firma Pall Filtrationstechnik GmbH, in Dreieich bei Frankfurt, lüftete ihr Geheimnis schon vor der Messe: Pall bringt den Membran-Filter für die Bierfiltration – woran schon lange gearbeitet wird, weil man mit der herkömmlichen Methode nicht alle Eiweiße und Hefen aus dem Bier „fischen" konnte.

Der Zwang: Anschaffung eines Pasteurs zur Sterilisierung des Bieres, wenn es auf weite Reisen gehen mußte, oder wenn man seinen Konsum nicht überwachen kann (Kleingebinde-Dosen, die oft monatelang in Kühlschränken liegen).

Den Pasteur will Pall überflüssig machen – ohne den „tötenden" Einfluß der Pasteurisierung (Überhitzung) auf das Bier. Die Biologie des Bieres könnte so erhalten bleiben, was der Wahrung seiner Qualität dient. Ein neuer Schritt voran zur Reinhaltung des deutschen Bieres. WR.

BIER IN ZAHLEN / In Bayern gilt es als fünftes Element – Produktion beträgt fast 93 Millionen Hektoliter

Der Export hält den hohen Ausstoß

Die Bundesrepublik Deutschland ist die Nummer eins unter den Biernationen dieser Erde. Und in der Bundesrepublik wiederum rangiert Bayern vom Image als Bierstaat in den Köpfen aller Biertrinker der Welt weit vorn. Bayern und Bier – das sind schon Synonyme, nicht umsonst gilt dort das Bier als fünftes Element.

Auch was die in der Bundesrepublik erzeugten Mengen angeht, so kann sich Bayern sehr wohl sehen lassen. Dort wurden im letzten Jahr 27,5 Prozent der insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland erzeugten fast 93 Millionen Hektoliter Bier produziert. Nur Nordrhein-Westfalen mit seiner erheblich größeren Bevölkerung kam auf 29,3 Prozent.

Nach Bayern rangiert unter den Bundesländern Baden-Württemberg mit über elf Millionen Hektoliter Ausstoß auf Platz drei (das große Weinland!), Niedersachsen/Bremen auf Platz vier mit über acht Millionen Hektoliter Ausstoß, Hessen auf Platz fünf mit gut 7,6 Millionen Hektoliter, Rheinland-Pfalz Platz sechs mit gut fünf Millionen Hektoliter, Hamburg mit 2,8 Millionen Hektoliter auf Platz sieben, gefolgt auf Platz acht vom Saarland mit 2,7 Millionen Hektoliter, West-Berlin auf Platz neun mit beachtlichen zwei Millionen Hektoliter Ausstoß.



Flaschenwasch-Anlage der Firma Holstein & Kappel in Dortmund
FOTO: DIE WELT

Obwohl der Biermarkt stagniert und seine kleine Zuwachsrate von zwei Prozent im vergangenen Jahr nur über einen beachtlich gestiegenen Export erreichen konnte, erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch mit 148,3 Liter je Bundesbürger (Greise und Säuglinge einbegriffen) einen neuen Rekord. Die Behauptung von Wissenschaftlern, daß der Getränkekonsum seine Spitze pro Bürger bei 600 Liter im Jahr finden werde, ist von der Praxis überholt. Der Getränkeverbrauch stieg 1983 noch einmal um 1,6 Liter auf 644 Liter – ein Zenit, der zumindest im verregneten Jahr 1984 nicht wieder erreicht wird.

Bei weitem am tiefsten faßt der Deutsche für Bier in die Tasche, wenn es darum geht, Getränke einzukaufen. Im letzten Jahr gab er für „sein" Bier 302 Mark pro Bürger aus, auch hier wieder einschließlich der Greise und Kinder. Milch rangiert in dieser Statistik auf Rang 2 mit 186 Mark pro Person, gefolgt von Spirituosen mit 133 Mark und Bohnenkaffee mit 127 Mark.

Kein Land der Welt hat soviele Brauereien wie die Bundesrepublik und West-Berlin – obwohl Jahr für Jahr 30 bis 50 Braustätten ihre Pforten schließen. Im letzten Jahr waren noch rund 1250 Brauereien in Betrieb, 1956 waren es noch 2280! In diesen Zahlen kommt die Konzentration der deutschen Brauwirtschaft zum Ausdruck, die von Nord nach Süd ein beachtliches Gefälle hat.

So haben die Brauereien in Norddeutschland (einschließlich West-Berlin) einen durchschnittlichen Ausstoß je Betrieb von 350 000 Hektoliter, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 283 000 Hektoliter. Bayern bildet hier mit rund 30 000 Hektoliter das Schlußlicht, weil es das Land der Brauereien ist, mit insgesamt immer noch 867 gegenüber 40 in Norddeutschland und 98 in Nordrhein-Westfalen.

Wie stark sich der Ausstoß konzentriert, kleinere also zu Gunsten von größeren Braustätten aufgeben, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre. 1962 noch gab es 1567 Brauereien mit einem Ausstoß bis zu 20 000 Hektoliter, heute sind es nur noch 845. Während 1962 nur 16 Brauereien mehr als 500 000 Hektoliter im Jahr herstellten, waren es im letzten Jahr schon 46.

Da im Inland der Durst auf Bier weitgehend gelöscht ist, versuchen die Brauer Wachstum im Export zu finden. Wohl nicht ganz ohne Erfolg. Während 1950 lediglich 122 000 Hektoliter Bier exportiert wurden, waren es 1983 immerhin schon 4,3 Millionen. Hauptkunden sind die EG-Länder, die davon über zwei Millionen Hektoliter abnahmen, gefolgt von den USA mit gut 1,1 Millionen Hektoliter. Nach Großbritannien gingen 825 000 Hektoliter und nach Italien 760 000 Hektoliter.

Die Biereinfuhr ist nach wie vor gering. Sie liegt seit 1980 kaum verändert bei rund 700 000 Hektoliter.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Brauwirtschaft wird allein schon an ihrem Umsatz von über 14 Milliarden Mark deutlich. Jahr für Jahr kauft sie bei der Landwirtschaft rund 2,3 Millionen Tonnen Gerste und bei den Hopfenbauern rund 400 000 Tonnen Hopfen.

In der deutschen Brauwirtschaft sind zur Zeit 62 000 Mitarbeiter beschäftigt, die einen durchschnittlichen Bruttolohn von über 42 000 Mark beziehen. 1960 waren noch 81 400 Menschen in den Brauereien tätig, die jährlich 7211 Mark verdienten. Aber der Staat kassiert fleißig mit. Im letzten Jahr bekam er fast 1,3 Milliarden Mark Biersteuer überwiesen (durchschnittliche Biersteuerbelastung je Hektoliter Ausstoß: 14,27 Mark).

Von der Brauwirtschaft leben viele andere Branchen. Beweis: In den drei vergangenen Jahren wurden Jahr für Jahr rund 1,2 Milliarden Mark investiert, davon nehmen Maschinen und Geschäftsausstattung mit fast einer Milliarde den größten Anteil. In dieser Zahl kommt auch für die Aussteller auf der „interbrau '85" in München die Attraktion dieser Messe zum Ausdruck, denn es steht fest, daß die deutsche Brauwirtschaft weiter heftig investieren muß, wenn sie den Wettbewerb im Inland und den Wettbewerb gegen die großen ausländischen Konzerne bestehen will, falls das Reinheitsgebot vom Europäischen Gerichtshof für nichtig erklärt werden sollte und so ausländischen Bieren Tür und Tor geöffnet wird. C. B.

AUSFUHR / Über 80 Prozent konzentrieren sich auf sechs Länder – In England führt Holsten, in Amerika Beck's

Die USA halten unbestritten den ersten Platz

Deutsches Bier hat bei den Biertrinkern in aller Welt den Ruf, den Salzburg bei den Musikfreunden genießt. Höchste Qualität, erstklassiger Geschmack, hervorragende Bekömmlichkeit dank nicht zu überbietender Reinheit. Und wo die Prämissen so stimmen, wie bei diesem Produkt, da stellt sich die Nachfrage fast von selbst ein.

In Zahlen stellt sich das so dar: 1950 exportierte die deutsche Brauwirtschaft 122 000 Hektoliter Bier – und man darf sicher sein, daß diese Menge fast ausschließlich von Bremen aus in alle Welt ging und den stolzen Markennamen Beck's trug. Denn Beck's war bis zum Zweiten Weltkrieg ausschließlich Export-Brauerei. Deutsche mußten ins Ausland reisen, wenn sie dieses Nobelbier trinken wollten. Es liegt auf der Hand, daß die Bremer nach dem Krieg die alten weltweiten Kontakte wieder aufnahmen und – vornehmlich in die USA – exportierten. Gleichzeitig aber baute Beck's auch sein Geschäft in der Bundesrepublik und in West-Berlin auf.

Die Ausfuhr von Bier stieg schnell. 1960 waren es schon über 900 000 Hektoliter, 1970 1,6 Millionen und 1980 über 3 Millionen Hektoliter. In diesem Jahr werden rund 4,5 Millionen Hektoliter Bier exportiert – eine eindrucksvolle Menge, aber doch immer noch sehr gering, mißt man sie an der Bierproduktion in der Bundesrepublik von 93 Millionen Hektoliter.

Man mag nach Australien, auf die Philippinen oder nach Japan reisen, überall gibt es deutsches Bier – auch wenn man es manchmal suchen muß. Denn exportiert wird in 135 Länder dieser Erde – aber über 80 Prozent des Bierexports konzentrieren sich auf nicht mehr als sechs Länder.

Spitzenreiter sind die USA mit 23 Prozent (wo Beck's unbestritten führt), gefolgt von Großbritannien mit 20 Prozent (wo unbestritten Holsten führt), auf Platz 3 Italien mit 18 Prozent (Tummelplatz vieler deutscher Brauer), Platz 4 hält Frankreich mit 12 Prozent (stark wachsend) auf Rang 5 und 6 liegen Österreich (sechs Prozent) und die Schweiz (vier Prozent).

Seriöse Partner gefragt

In diesen Exportziffern sind jene Mengen nicht enthalten, die in Lizenz im Ausland gebraut werden. Hier führt mit Abstand Löwenbräu, gefolgt von Holsten (in Großbritannien). Neben der Lizenzbrauerei gibt es deutsche Brauereien im Ausland, oder aber doch Beteiligungen (Prototyp ist die Oetkergruppe mit ihrem Prinz-Bräu in Italien).

Bier-Export ist ein herbes Geschäft. Ohne seriöse Partner im Ausland läuft nichts. Importagenten in den USA fordern nicht selten ein „Eintrittsgeld" – ob dann aus dem „Geschäft" etwas wird, steht in den Sternen. Wirklich Geld verdienen nur jene deutschen Exportbrauereien, die saubere Verträge mit ebenso sauberen Importeuren unterhalten.

Unabdingbar ist für das Exportgeschäft die Ausstattung der Exportbrauereien mit Keg-Fässern. Wirte im Ausland lehnen es ab, Bierfässer nach deutscher Art mit einem Degen anzustechen. Sie fordern das Keg-Faß, in das der Stechdegen bereits integriert ist, das nur mit zwei Handgriffen an die Zapfleitung angeschlossen zu werden braucht. Keg-Fässer sind teuer – und manchmal kommen sie aus dem Ausland nicht zurück.

Kein Wunder, daß der Bierexport in Fässern nur rund 38 Prozent des Gesamtexports umfaßt, vornehmlich in die benachbarten Länder. Die ferneren Regionen werden mit Flaschen und Dosen bedient (62 Pozent). Wer dabei Mehrwegflaschen verwendet, macht aus ihnen Einwegflaschen, weil sie nie zurückkehren, ein weiterer Kostenfaktor, der Bierexport zum Vabanque-Spiel macht.

Ein weiterer Kostenfaktor ist der Zwang, Exportbier zu pasteurisieren, es also keimfrei zu machen durch Erhitzen auf rund 70 Grad Celsius, was bei Flaschen- und Dosenbier selbstverständlich ist, weil man nicht weiß, wie lange dieses Bier in Hotels oder in Geschäften im Ausland lagert.

Faßbier, das in Nachbarländer exportiert wird, geht frisch zum Kunden, weil in der Regel relativ schneller Ausschank sichergestellt ist. Ausnahme: Beck's. Traditionell wird die gesamte Produktion pasteurisiert, die weltweite Distribution empfiehlt diese Sicherheitsmaßnahme.

Zum Export gehört der Import, um das Bild vom Bier-Außenhandel zu runden. Eigentlich könnte man den Import vernachlässigen, wenn er nicht eine so starke politische Komponente hätte. Ein einziges Prozent des Bierkonsums in der Bundesrepublik und in West-Berlin stammt aus Importen – effektiv grob 700 000 Hektoliter, davon die Hälfte aus Dänemark. Hinzu kommen rund 200 000 Hektoliter aus der „DDR".

Geringer Importanteil

Die Hohe Behörde der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft argwöhnt, daß der geringe – und sogar fallende – Bierimport der Deutschen restriktiver Politik zuzuschreiben sei.

Und da Paragraph 30 der EG-Gesetzgebung protektionistische Importpolitik gegenüber Mitgliedsländern der EG untersagt, wird demnächst der Europäische Gerichtshof darüber entscheiden, ob das deutsche Reinheitsgebot fallen soll, das für die Bierproduktion in der Bundesrepublik nur die Verwendung von Wasser, Hefe, Hopfen und Malz zuläßt, das also Zusatzstoffe (Chemie) untersagt. Und da Importbiere dem deutschen Reinheitsgebot genügen müssen, argwöhnt die Hohe Behörde, daß das Reinheitsgebot den Import behindere. WR.

STRUKTUR

Im Südwesten dominiert das Weinlokal

Daß die Bundesrepublik Deutschland Bierland Nummer eins ist, zeigt nicht nur der rege Zustrom inländischer Firmen zur interbrau '85 vom 3. bis 10. Mai in München. Auch der hohe Anteil von ausländischen Firmen an dieser Weltmesse für Getränketechnik spricht eine deutliche Sprache.

Befragen wir die Statistik, die in diesem Falle nicht fehlinterpretiert werden kann. In allen EG-Ländern zusammen gibt es 1700 Braustätten, davon lagen 1983 genau 1292 in der Bundesrepublik Deutschland. Der deutsche Anteil an den Braustätten Europas beträgt demnach 76 Prozent.

Wesentlich geringer ist der Anteil der Deutschen am Bierausstoß aller EG-Brauereien. Sie produzierten im letzten Jahr 235 Millionen Hektoliter Bier (die weltweite Bierproduktion wird auf rund eine Millliarde Hektoliter geschätzt). Der deutsche Anteil daran von 95 Millionen Hektoliter beträgt gerade 40 Prozent.

Der Grund für diese Diskrepanz liegt auf der Hand: In den übrigen Ländern der EG ist die Konzentration erheblich weiter vorangeschritten. Großbritannien stellt mit nur 131 Brauereien über 60 Millionen Hektoliter Bier her. Irland bringt es in nur acht Brauereien auf fast sechs Millionen Hektoliter. Auch die Niederländer haben eine hohe Produktivität je Braustätte, denn sie erzeugen in 22 Betrieben über 17 Millionen Hektoliter. Hier liegt der Ausstoß pro Brauerei mit über 735 000 Hektoliter vor dem der Iren mit fast 705 000 Hektoliter, aber weit vor den Deutschen, die es auf ganze 73 000 Hektoliter im Durchschnitt aller Braustätten bringen.

Interessant ist, daß der überwiegende Teil des Ausstoßes vom letzten Jahr von 93 Millionen Hektoliter in der Flasche oder in der Dose zum Durst kommt. 1960 waren es erst 60,1 Prozent. 1983 immerhin schon 72,5 Prozent, wenn man den Tankbierausstoß hinzurechnet, der in der Regel in Flaschen oder Dosen abgefüllt wird.

Am stärksten hat sich der Wandel vom Faßbier zur Flasche und Dose in Nordrhein-Westfalen vollzogen. Dieses typische Kneipenland hatte 1960 nur einen Flaschen- und Dosenbieranteil von 45,3 Prozent des Landesausstoßes. Der Faßbieranteil also dominierte. Man ging in die Kneipe, um sein Bier zu trinken. Zur Zeit liegt der Flaschen- und Dosenbieranteil bei 63,6 Prozent, was bedeutet, daß auch dieses Kneipenland zum Bierkonsum vor dem Fernseher übergegangen ist.

Am höchsten ist der Flaschen- und Dosenbieranteil in Schleswig-Holstein mit zur Zeit 89 Prozent des Ausstoßes. Aber auch 1960 war er mit 70 Prozent schon ungewöhnlich hoch. Diese Entwicklung spiegelt sich umgekehrt in der Entwicklung des Faßbiergeschäftes, das in Nordrhein-Westfalen seit 1960 von 54,7 Prozent auf heute 36 Prozent zurückgegangen ist. Relativ stabil blieb der Faßbieranteil in Baden-Württemberg mit 26 Prozent zur Zeit gegenüber 24 Prozent 1960. Es dominieren die Weinlokale; Bier wird daheim getrunken. WR.

Konkurrenzfähig nur durch Spielfilme? – Interview mit Dietrich Schwarzkopf

Wenn's viele essen, muß es ja schmecken

WELT: Die ARD wiederholt in diesem Sommer eine Serie von Krimi-Klassikern, die bei der Erstausstrahlung Publikumsmagneten waren. Wollen Sie, nachdem das Fernsehprogramm nun schon proppevoll ist mit Filmen, wirklich noch mehr Filme Programm nehmen?

Schwarzkopf: Im genannten Fall geht es um Fernsehspiel-Produktionen. Was die echten Spielfilme anbelangt: Wir planen in der Tat, am späten Freitagabend und am späten Samstagabend auf längere Sicht Spielfilme zusätzlich ins Programm zu nehmen. Wir haben ja gegenwärtig schon am Samstagabend einen späten Spielfilm im Programm, und das mit beachtlichen Einschaltquoten, trotz der späten Sendezeit. Wir sehen nicht ein, warum wir einen solchen Service nicht anbieten sollen. Außerdem gründet die ARD ihre Hauptattraktivität keineswegs auf den Kinofilm. Zum Vergleich: Das ZDF hat doppelt so viele Spielfilme in der Hauptsendezeit, wenngleich übers Jahr *insgesamt nicht mehr.*

WELT: Kollegen von Ihnen, *auch konservative Kollegen,* sprechen von einer zunehmenden McDonaldisierung des deutschen Fernsehens: Ist es so?

Schwarzkopf: Zunächst: Das McDonalds-Konzept ist ja nichts Negatives, sondern ein Speiseangebot, das offensichtlich von so vielen Leuten akzeptiert wird, *daß McDonalds ein* internationaler Erfolg ist. Dann: Wir haben zur Zeit in der ARD genau eine amerikanische *Dauerserie* im Hauptabendprogramm: „Dallas". Solange „Dallas" pausiert, senden wir „Magnum". Das ist im Gemeinschaftsprogramm alles. Im übrigen sind wir gerade dabei, wöchentlich eine eigenproduzierte deutsche Serie zu bringen, die „Lindenstraße". Im Dezember dieses Jahres wird sie anlaufen.

WELT: Warum waren die deutschen Sender bisher eigentlich nicht in der Lage, solch eine Superserie wie „Dallas" auf die Beine zu stellen, sondern immer nur Serien über acht oder 13 Folgen?

Schwarzkopf: Das hängt damit zusammen, daß bisher bei der ARD die einzelnen Mitgliedsanstalten Unterhaltungssendungen, auch Serien, innerhalb ihres Anteils am Gemeinschaftsprogramm produziert haben – aber nicht darüber hinaus gemeinschaftlich. Ich halte es für dringend erforderlich, daß die ARD-Anstalten sich gemeinsam bemühen, Unterhaltungsserien zu produzieren, die länger im Programm sind.

WELT: Eine der kurzen Serien war „Schöne Ferien" vom SFB, Einschaltquoten um 50 Prozent. Jetzt gibt es Ärger, weil der Reise-Riese TUI Mitfinanzier war ...

Schwarzkopf: Das ZDF war es, das die Kunst des Zusammenwirkens mit Dritten im Programm sehr hoch entwickelt hat – und zwar deutlich auch *zu seinem eigenen Vorteil.* Wenn wir bei der ARD gelegentlich das gleiche tun, dürfte die Öffentlichkeit eigentlich nicht stärker die Nase rümpfen, als sie das beim ZDF getan hat. Bei solchen Kooperationen muß natürlich die redaktionelle Verantwortung ganz klar sein. Und vertretbare Grenzen müssen eingehalten werden ...

WELT: Sind sie im Fall „Schöne *Ferien*" eingehalten worden?

Schwarzkopf: Der SFB betont, daß seine Verantwortung bei dieser Produktion voll gewahrt blieb.

WELT: Glauben Sie nicht, daß ARD *wie ZDF mit ihrer Menge an* Spielfilmen – auch attraktiven neuen Filmen – nicht nur die Film*theater, sondern langsam auch den* Videomarkt kaputtkriegen?

Schwarzkopf: Bei den attraktiven neuen Spielfilmen dauert es ja immer noch eine Weile, bis wir sie bekommen. Und das amerikanische Beispiel zeigt doch: Die Videonutzung liegt deutlich vor der Fernsehnutzung neuer Filme. Drüben ist die Reihenfolge so: Kinonutzung, Videonutzung, Nutzung im Kabel-TV – und dann erst Nutzung in den großen Fernsehsystemen. Vielleicht entwikkckelt sich das bei uns in eine ähnliche Richtung. Was die Klage der Kinobesitzer anbelangt, daß wir zuviele Spielfilme bringen: Das Publikum, das in die Filmtheater geht, ist ein jüngeres, das grundsätzlich nicht so viel fernsieht. Im übrigen bringen die neuen privaten Fernsehanbieter in der Bundesrepublik erheblich mehr Spielfilme ins Programm als wir.

WELT: WDR-Fernsehdirektor Hübner hat dieser Tage eine „immer härter werdende Konkurrenz zwischen ARD und ZDF" konstatiert. Dabei hat man das Gefühl, daß beide Fernsehsysteme nun wirklich alles tun, um sich nicht *gegenseitig ins Gehege zu kommen.* Die ARD-Programmstruktur-Reform beispielsweise, die zu echter Konkurrenz geführt hätte, haben Sie ja zu den Akten gelegt ...



Hält die psychologische Bedrohung der privaten Programmanbieter für größer als die reale: ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf
FOTO: TEUTOPRESS

Schwarzkopf: Daß die Programmstruktur-Reform zu den Akten gelegt ist, glaube ich nicht. Ich habe eher den Eindruck, sie ist nur vertagt. Was die Frage der Konkurrenz anbelangt: Sie ist tatsächlich viel härter geworden. Wobei natürlich auch die Einsicht gewachsen ist, bei der ARD wie beim ZDF, daß wir gemeinsame Interessen haben in einer sich verän*dernden Medienlandschaft.*

WELT: Aber von Konkurrenz kann man doch ernsthaft erst sprechen, wenn die privaten Anbieter wirklich von vielen gesehen werden können und nicht, wie zur Zeit, von ein paar hunderttausend?

Schwarzkopf: Um es mittelalterlich auszudrücken: Allein das Vorzeigen der Folterwerkzeuge, also die Ankündigung, daß es nun private Konkurrenz geben wird, hat bei der ARD manches in Bewegung gebracht. Eines steht fest: Die psychologische Wirkung der Privaten war bisher größer als die reale.

HANS-HERMANN TIEDJE

KRITIK

Sternstunden in der Provinz

Mit mildem Lächeln und in jedem Augenblick souverän servierte Peter von Zahn **Neues aus Schildershausen** (ZDF). Diese ganz und gar ungiftige Fernsehsatire behandelte ein demokratisches Dauerspiel: das wahlkampfabhängige Gerangel um die Macht.

Bürgermeister Alois Schrombski (herrlich selbstgefällig: Günther Strack) *verliert sein Amt an die Oppo*sitionschefin Dr. Vera Salm (Monika Schwarz). Sie räumt nach gewonnener Wahl *mit dem Schlendrian und* den korruptionsverdächtigen Amtspraktiken ihres Vorgängers auf. Ihr Geliebter, von Schrombski rechtzeitig (wegen der saftigen Abfindung) entlassener Pressesprecher (Christoph Lindert), wird Chefredakteur des „Schilderhausener Anzeigers". Das Blättchen hat den Blattmachern des „stern" schon so manches heiße Thema weggeschnappt.

Spätestens beim Auftauchen von Schrombskis Tagebüchern, deren Abdruck zum Auflagenknüller und zum heißen Thema der Kabel-TV-Sendung „Echolot" wird, ist das mit den Hitler-Tagebüchern hereingefallene Hamburger Magazin verspottete Zielscheibe der Kleinstadtpersiflage („Schilderhausens Geschichte muß neu geschrieben werden").

Ohne den weltweit beachteten „stern"-Skandal um die von Reporter *Heidemann und Schriftenfälscher* Kujau besorgten Hitler-Kladden hätte von Zahns Fernsehsatire im luftleeren Raum gehangen (und wäre sicher nie geschrieben worden). So aber geriet der 75minütige Bildschirmspaß (Regie: Eberhard Itzenplitz) zur späten Sendezeit zum vielbelächelten Ereignis. Von Zahns Reporterauftritt in dem von totaler Werbung abhängigem Kabelfernsehen war von urkomischer Tücke.

GÜNTER RUDORF

Schuldig, Euer Ehren!

Drei Serienhelden gleich in diesem Film: Dennis Weaver, Robert Culp und Larry Hagman. Das war kein Zufall: Denn das einzige, was diesen Film von einer beliebigen Folge einer beliebigen amerikanischen Fernsehserie störend unterschied, war seine Länge.

Sonst war in Bob Kelljans Film **Das Urteil des Richters** (ZDF) alles da, was diese *Dutzendware* auszeichnet: Realitätsferne, glatte Action-Routine statt Interesse an den Charakteren, eine Anhäufung von Klischees; sogar die Abblendpausen für die in Amerika eingefügte Werbung fehlten nicht. Und selbst hier, wo die Zeit doch dafür ausgereicht hätte, die Handlung aus sich selbst heraus zu entwickeln, wurde sie förmlich mit Fußtritten vorangetrieben: Immer wenn es nicht weiterging, tauchte jemand mit Erklärungen auf.

Ausgesprochen aufgesetzt wirkte *auch die sozialkritische Tendenz* mit dem Tenor: Vor der Wahrheit kommt die Beförderung. Und zwar kriegte der brave Bently am Schluß nicht den eigentlich erwarteten Dank für seine Bemühungen, aber man ahnte schon: In Zukunft, wenn er erst einmal seinen intriganten Kollegen losgeworden sein wird, wird er schon seinen Weg machen.

So weit, so schlecht. Doch ausgesprochen sauer stieß auf, wie hier ein eklatanter Fall von Rechtsbeugung billigend dargestellt wurde: Ein Richter verurteilt *ohne Ermittlungsverfahren* zwei Männer wegen einer Sache, für die sie gar nicht angeklagt waren.

Und was den Regisseur Kelljan angeht, so dürfte es nicht schwer sein, sich schnell auf ein Urteil zu einigen: Schuldig, Euer Ehren!

SVEN HANSEN

 **Donnerstag** 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Wochenstunden-Puzzle
11.10 Sieh an, sieh an
11.45 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.20 Internationale Tennismeisterschaften von Deutschland
16.00 Tagesschau
16.10 Wir Kinder
von der Zwergschule Stohren
17.00 Weltwirtschaftsgipfel
Aktuelle Sendung aus Bonn
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.20 Die Deutschen im Zweiten Weltkrieg
5. Das Drama des Luft- und Seekrieges
Hitlers Krieg hatte den ganzen Globus erreicht. Der Plan zwischen Berlin und Tokio war, die *Welt in zwei Operationsgebiete* aufzuteilen: in das pazifische und in das atlantische. Deutsche U-Boote stießen bis vor New York, in die Karibik und bis Sumatra vor.
21.50 ... scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte
Von und mit Hans Scheibner
22.35 Tagesthemen
23.05 Eishockey-WM
Finalrunde in Prag
23.55 Tatort
Blütenträume
Krimi von Bruno Hampel
Der junge Seemann Harry Rohwedder fühlt sich wie ein kleiner Krösus, als er aus Amerika nach Deutschland zurückkehrt. Doch *seine funkelnagelneuen Dollar*scheine sind Blüten ...
1.05 Tagesschau

ZDF

15.00 Der Gipfel in Bonn
Live-Reportagen und Studiogespräche zum Auftakt
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast vorgesehen: My Mine
17.50 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Dick und Doof
Der zermürbende Klaviertransport
Mit Stan Laurel und Oliver Hardy
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind"
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Gut für Ihre Figur – Zu einem neuen Aktivprogramm des Deutschen Sportbundes / *Training mit* Herz – Chancen nach dem Herzinfarkt durch ambulante Koronargruppen / Tips für den Notfall – Replantationen retten Glieder / Nicht auf das Glück verlassen – Sicherheitstraining verhindert Unfälle
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Schwarze Säulen weißer Macht
Die „städtischen Schwarzen" in Südafrika
Bericht von Helmut Lange
22.50 Das kleine Fernsehspiel
Ordnung
0.30 heute



Nun hat's doch noch geklappt: Das Klavier ist endlich in der Wohnung (Dick und Doof – ZDF, 18.20 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Das Abschlußzeugnis
15.00 Siehste!
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Großvaters neue Arbeit
17.00 Kicker-Stammtisch
Die Drahtzieher – Stars und ihre Manager
18.00 Fauna Iberica
Raffael, der Kormoran
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Unsere Tante ist das Letzte
Deutscher Spielfilm (1973)
Mit Eddi Arent, Gisela Schlüter, Ernst H. Hilbich u. a.
Regie: Rolf Olsen
20.30 High Chaparral
Der Verbündete
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Edgar Wallace Reihe
Der Mann mit dem Glasauge
Deutscher Kriminalfilm (1968)
Mit Horst Tappert, Karin Hübner, Hubert von Meyerinck u. a.
Regie: Alfred Vohrer
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Qualifikationsspiel für die Fußball-WM
UdSSR – Schweiz
18.00 Bilder aus Deutschland
Auf der Walz
19.00 heute
19.30 Derrick
Auf eigene Faust
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 „Wenn ich abends Angst vorm Krieg hab'"
Aus der Reihe „Kinder Kinder"
22.30 Der Maler Max Beckmann
Film von Claus Hermans
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
Physik (3)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.20 Vor der Wahl '85
Umweltschutz in NRW. Was ist erreicht, was bleibt zu tun?
Mit Landwirtschaftsminister Klaus *Matthiesen, SPD,* Bernhard Worms, CDU, Achim Rohde, FDP, Hermann Brendieck, Grüne
22.15 Der Tiger von Texas
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit John Barrymore jr., Chill Wills u. a.
Regie: Alan LeMay
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Das Verhalten der Tiere (3)
Die Evolution des Geistes
20.00 Tagesschau
20.20 O. K. Nero
Italienischer Spielfilm (1952)
Mit Silvana Pampanini, Gino Cervi u. a.
Regie: Mario Soldati
22.05 Kultur aktuell
Frauen am Theater
22.55 Claudio Monteverdi
L'Arianna
Film von *Christian Lips*
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft
Berufsvorbereitung – Möglichkeiten und Chancen
19.05 Autoreport
19.20 Fluch des Blutes
Amerikanischer Spielfilm (1950)
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Buenos Dias, Karolina
Eine deutsche Ordensfrau in den Armenvierteln von Santiago de Chile
22.30 Die Zitadelle

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Physik (3)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Nachrichten
19.30 Alcatraz (3)
20.30 Der lächelnde Jesus
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Vis-à-vis
Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gewerkschaften in Frankreich und in der Bundesrepublik / Ein typisches Wochenende diesseits und jenseits des Rheins / Grenz-Kabarett mit Martin Graff und Klaus Spürkel
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Burgund heute
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
Federrupfen beim Ziervogel
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Christoph Kolumbus oder die Entdeckung Amerikas
Komödie von Walter Hasenclever *nach Kurt Tucholsky*
20.30 Taschenbuch-Telegramme
Freizeit – Hobby – Erziehung – Wissen
20.45 Gott im Weltraum?
Begegnungen mit Astronauten – einmal anders
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Lady von Shanghai
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Orson Welles, Rita Hayworth u. a.
Regie: Orson Welles
23.10 Rundschau
23.15 Actualités



Tischlein, deck dich

P. D. – Wortspielereien sind alt, und der Franzose Siné war gewiß nicht der erste, der sie in witzige Bilder umsetzte. Trotzdem sind seine „Portées de chats" längst ein Karikaturenklassiker. In ihnen wird komisch durchgespielt, was sich, von „cha(t)grin" über „cha-cha-cha" bis zu „cha(t)plin" aus dieser Silbe Doppelsinniges gewinnen läßt. Das hat viele Nachahmer – auch in Deutschland – gefunden. Gleichwertig oder gar besser war bislang keiner. Bislang.

Dieser Tage kam ein schmales quadratisches Büchlein auf den Tisch. Verziert mit einem Regenbogen von Ecke zu Ecke und der dezenten Mitteilung in Prägeschrift „Ronald Schmitt Tische". Das ist eine Firma in Eberbach, die sich auf die Produktion solcher nützlichen Vierbeiner spezialisiert hat. Um ein wenig auf ihre Produkte aufmerksam zu machen, verbündete sie sich mit dem Zeichner Günter Hugo Magnus, der uns nun mit seinen – kaum der Realität, sondern der Sprache abgelauschten – Magnus-Tischen konfrontiert.

Das fängt simpel mit Glastischen an, die auf einem „S" oder einem „T" als Fuß ruhen, was jeweils als Eßtisch oder Teetisch zu lesen ist. Doch dann wird es schnell vertrackter. Ein Tisch in Form einer englischen Landkarte will als „britisch", ein runder Tisch mit einem aufgeschlagenen Buch auf der Platte als „romantisch" gelesen werden. Vier Fanta-Flaschen auf einem Tisch stehen „fantastisch" da, und ein Mann, der mit der Zunge Dias probiert, die neben einem Fotoapparat liegen, belehrt uns „dialektisch".

So geht es munter weiter. Mit mehr als zwei Dutzend solcher Tische hat Günter Hugo Magnus das Buch möbliert. „Eklektisch" wie „bombastisch" hatten bei der Ausstattung allerdings keine Chance. „Artistisch" und „parodistisch" sind vielmehr die Kennzeichen dieser witzigen Wort-Wohn-Kultur.

Das Tier in der Plastik des 20. Jahrhunderts: Die „Animalia 85" in Münster

Panther steht für Sehnsucht

Vor dem Zoo von Münster steht seit ein paar Jahren eine acht Meter hohe Plastik des Bildhauers Karl Ehlers. Der Volksmund hat sie treffend die „Giraffe" getauft. Der Künstler gab sich weniger assoziativ und nannte sie modernistisch „Ineinandergefügt". Drei kurvenreiche Bänder winden sich nach oben und fallen, einen giraffenartigen Raum umschreibend, locker wieder zur Erde zurück.

Ob nun Giraffe oder nicht – die Plastik ist zum Signum einer Ausstellung geworden, die unter dem Titel „Animalia 85" im Zoo und in der Galerie „S" der Stadtsparkasse Münster 200 Tierplastiken von 70 Künstlern des 20. Jahrhunderts vereint. Die drei wohl wichtigsten Tierplastiker dieses Jahrhunderts, August Gaul, Philipp Harth und Gerhard Marcks, sind ebenso vertreten wie berühmte Namen, Henry Moore oder Marino Marini zum Beispiel.

Welche Bedeutung hat die Tierplastik heute überhaupt? In welchem Sinne beziehen sich moderne Künstler auf dieses Thema? Ehlers z. B. entfernt sich ja nicht nur im Titel seiner Plastik von allen Anmutungswerten, die sich mit dem „Tier" gemeinhin verbinden. Der Körper wird bei ihm nur umschrieben, bleibt eine Leerform. Die Abstraktion hat bei ihm einen Grad erreicht, der nur noch unter Zuhilfenahme der Phantasie eine Brücke zum – vielleicht! – gemeinten Sujet ermöglicht.

Es geht gar nicht mehr um das Tier. Der Raum wird umgrenzt und bewegt. Die drei – unterschiedlich großen – Wellenwürfe gliedern den Raum, machen ihn in den Unterschieden erfahrbar. Gleichwohl wird die Assoziation nicht ausgeschlossen. Vor allem im Kontext Zoo stellt sich ein Realitätsbezug her: die Giraffe. Hier sind Identitäten ins Wanken geraten. *Hier wird die Nähe des Erkennbaren verweigert.* Hier schafft sich der Mensch aus dem und im Raum eine Vorstellung, die frei ist von allen Vor-Bedeutungen.

Womit man bei einem zentralen Problem der Tierplastik im 20. Jahrhundert wäre: Nachdem in der modernen Kunst schon das Menschenbild unsicher wurde, nachdem die Befragung der Rezeptionsbedingungen in den Vordergrund rückte, hat natürlich auch die Tierplastik eine Umdeutung erfahren – der unsichere Mensch muß sich seine unsichere Umwelt neu schaffen.

Tierdarstellungen haben in der Kunst – es gibt sie seit mindestens 30 000 Jahren – immer etwas mit Vergewisserung der Umwelt zu tun gehabt. Das Tier war Gott und war Dämon. Mit ihm hing die Lebenssicherung zusammen, und in ihm erkannte der Mensch sich wieder oder spürte seine Entfernung von der Natur. Im 20. Jahrhundert, das die Tierdarstellung an den Rand drückte oder dem Trivialen überließ, spiegeln sich da, wo dennoch künstlerisch auf das Tier bedeutsam Bezug genommen wurde, all diese Aspekte, „fragwürdig" geworden, wider.

Münster liefert dafür vielfältige Beispiele. Der Panther (1908) von Franz Marc *scheint in seiner gebändigten* Vitalität für das Mensch-Tier-Verhältnis noch am unproblematischsten. Er steht für eine pantheistische Sehnsucht, in der vibrierenden Natur, in der Spannung von Ruhe und Kraft sich selbst wiederzufinden. Betrachtet man dagegen Henry Moores „Skull" (1969), einem Elefantenschädel nachgebildet, so ist die Deutung schon wesentlich problematischer.

Moore interessiert das Tier zunächst einmal gar nicht. Zwei Blöcke sind aufeinandergelegt, ein dritter fügt sich zungenartig dazwischen. Eine architektonische Situation, archaisch und dennoch deutlich organisch akzentuiert. Nicht Wärme wird *hier vermittelt und auch keine symbolische* Bedeutung. Moore bezieht sich auf das Urwelthafte, auf die Verbindung von Anorganischem und Organischem. Ein Gegenzeichen zur Zeit? Eine Vergewisserung der Wurzeln und Gemeinsamkeiten alles Seienden?

Bernhard Heiligers „Vogelstele" (1969) verfolgt ähnliche Intentionen. Der nur noch assoziativ erkennbare Vogelkopf ist zurückgedreht in eine Fluchtlinie mit dem nach oben driftenden Körper – eine in Bewegung übersetzte Architektur, archaisch geformt. Das Tier bestenfalls ein Anlaß. Die Konstruktion dominiert. Heiliger sucht nach Grundmuster, nicht nach Realität.

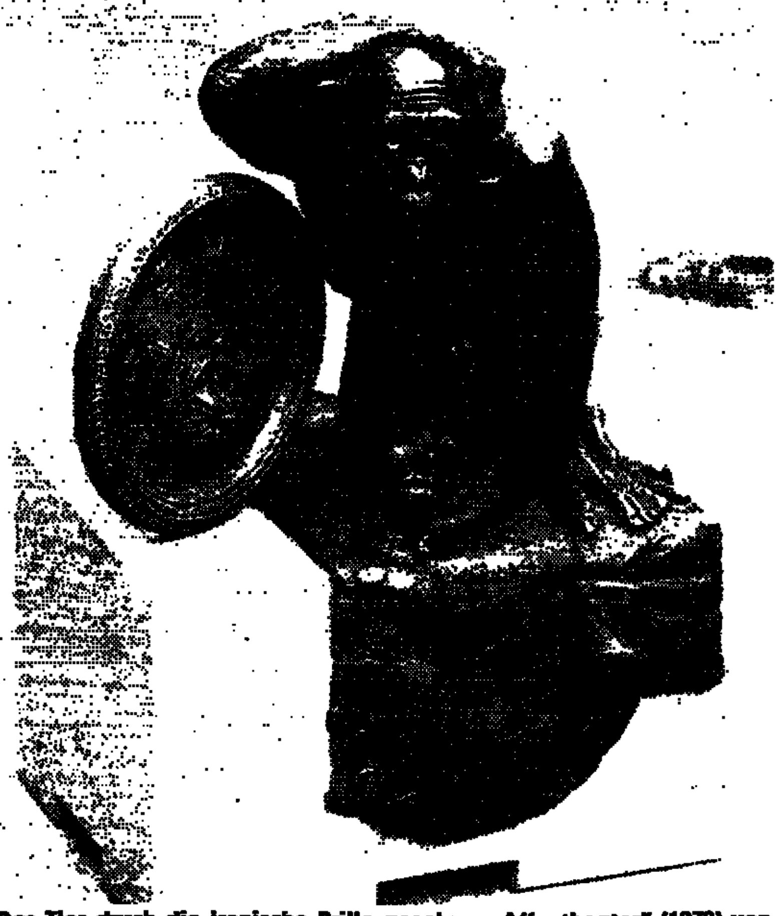
Auch in naturbezogeneren Plastiken wie bei Gaul oder stärker noch bei Marcks wird bereits nach Grundmustern der Existenz gesucht. Bei Gaul dominieren noch Ausdruck und Haltung. Aber keine Nähe zeigt sich an, sondern bestenfalls augenzwinkernde Ironie. Seine „Käuzchen" (1903/04) sind fast Karikaturen des Menschen. Und Marcks läßt seine kniende „Kuh" (1949) in den Raum schauen, daß der ganze Körper sich in diesen Blick hinein aufzulösen scheint.

Ob Ottmar Alt buntverspielte Märchen erzählt, ob Ewald Mataré sich ins Konstruktive wendet, ob Hans Uhlmann mit gebogenen Eisenstäben das Tier ins Technologische übersetzt oder ob Ossip Zadkine das Tierhafte in einem Wesen namens „Chinesischer Hund" zusammenfaßt – den Bildhauern des 20. Jahrhunderts sind die Bilder ins Wanken geraten. Der Abstraktionsgrad ist kaum das Entscheidende. Es geht um die Suche nach Identitäten, die sich oft erst nach völliger Entfremdung neu begründen läßt.

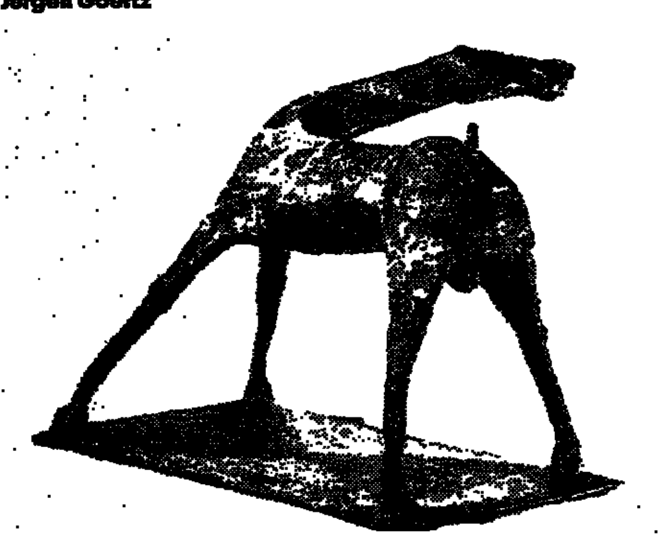
In Münster stehen viele dieser Plastiken im Zoo. Sie wirken hier fremd und ein wenig verloren, wie aus einer Gegenwelt kommend. Die wirklichen Tiere scheinen ihnen überlegen, weil sie zumindest vordergründig mehr Trost versprechen (bis 4. August, Katalog: 3 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Gleichzeitig zeigt das Mittelrheinische Landesmuseum Mainz bis 9. Juni die Ausstellung „Philipp Harth zum 100. Geburtstag – Tiere in der deutschen Plastik des 20. Jahrhunderts"; Katalog 14 Mark.



Das Tier durch die ironische Brille gesehen: „Affentheater" (1978) von Jürgen Goertz



Das Tier als Vorwand für Experimente: „Das Pferd" (1950) von Marino Marini, aus der Ausstellung in Münster FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Katholische Bischöfe kritisieren Godard-Film

dpa, **Bonn**

Der Ständige Rat der katholischen Deutschen Bischofskonferenz hat heftige Kritik an dem Kinofilm „Maria und Joseph" („Je Vous Salue, Marie") von Jean-Luc Godard geübt. Der Film habe in der Bundesrepublik eine breite Reaktion hervorgerufen, die von Betroffenheit bis Empörung reiche, heißt es in der *Erklärung. „Viele gläubige* Christen lehnen es dabei besonders ab, daß der Regisseur die heiligen Namen Maria und Joseph sowie die biblische Verkündigung der Menschwerdung Jesu mit der Handlung einer gegenwärtigen Liebesgeschichte verbindet ... Der Film beabsichtigt zwar keine direkte Nacherzählung der biblischen Verkündigungsgeschichte, dennoch haben viele Gläubige den Eindruck, daß mit dem, was ihrer Frömmigkeit heilig ist, in einer dem Heilsereignis unangemessenen Weise gespielt wird."

Verlag der Autoren und edition text + kritik

dpa, **Frankfurt**

Der Verlag der Autoren in Frankfurt und die Münchner edition text + kritik haben eine Zusammenarbeit vereinbart. Die im Verlag der Autoren erscheinende „Theaterbibliothek" mit mehr als 60 Titeln wird künftig von der edition text + kritik im Buchhandel vertrieben. Im Herbstprogramm der „Theaterbibliothek" erscheinen Erstveröffentlichungen von Rainer Werner Fassbinder, Dario Fo, Klaus Pohl und F. K. Waechter.

Spaziergang durch einen Lustgarten der Musik

dl. **Wolfenbüttel**

Ein „*Musikalischer Lustgarten*" ist bis zum 1. Dezember in der Zeughaushalle der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel zu besichtigen. Gezeigt werden in dieser Ausstellung Zeugnisse der Musikgeschichte aus der Musiksammlung der Bibliothek. Schwerpunkte sind neben wertvollen Manuskripten aus dem Mittelalter seltene Drucke des 15. bis 17. Jahrhunderts.

Nun auch Buchmesse in Schweden

dpa, **Frankfurt**

An der ersten schwedischen Buchmesse vom 10. bis zum 12. Mai in Stockholm werden sich auch *rund 230 deutsche Verlage mit einer* Kollektivausstellung beteiligen. Gezeigt werden rund 2100 Buchtitel aus deutscher Produktion. Schweden ist ein interessanter Markt für den deutschen Buchhandel. 1983 wurden deutschsprachige Bücher und Zeitschriften im Wert von rund 20 Millionen Mark in das skandinavische Land geliefert; im selben Zeitraum importierte die Bundesrepublik schwedische Literatur für rund vier Millionen Mark.

Neuer Direktor am „Dramaten"

AFP, **Stockholm**

Der schwedische Fernsehregisseur und -produzent Lars Löfgren ist von der schwedischen Regierung zum neuen Leiter des „Dramaten", des Königlichen Schauspielhauses von Stockholm, ernannt worden. Löfgren tritt am 1. April 1986 die Nachfolge des Finnen Lasse Poeysti an, der wegen eines Konflikts mit der Truppe des Schauspielhauses seinen Rücktritt eingereicht hatte.

Kurzgeschichtenwettbewerb der Stadt Arnsberg

Die unbekannte Siegerin

Die Kurzgeschichte als Literaturgattung hat in Deutschland eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg die rechte Anerkennung gefunden. Das amerikanische Vorbild spielte dabei die entscheidende Rolle. Aber da es mit den Publikationsmöglichkeiten für dieses Genre nicht zum besten bestellt ist – Bücher mit Kurzgeschichten verkaufen sich nicht sonderlich gut – wird es von den Autoren meist vernachlässigt. Dem will der Deutsche und Internationale Kurzgeschichtenwettbewerb der Stadt Arnsberg, der in diesem Jahre zum neunten Male durchgeführt wurde, entgegenwirken.

1969, zum ersten Wettbewerb, hatten nur 60 Autoren ihre Arbeiten eingereicht. 1985 waren die Juroren dagegen mit nicht weniger als 657 Einsendungen konfrontiert. Dabei kamen die Manuskripte aus 26 Nationen, darunter auch allen Staaten Osteuropas, mit Ausnahme Albaniens und der Sowjetunion. Auch von den 54 anwesenden Schriftstellern kamen 17 aus Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei. Reiseschwierigkeiten gibt es für die Osteuropäer im allgemeinen nicht. Dabei muß man allerdings beachten, daß nur aus Ungarn und Jugoslawien die Wettbewerbsbeiträge direkt von den Autoren selbst eingesandt würden. Die anderen werden dagegen von den jeweiligen Schriftstellverbänden ausgesucht. Das führt denn auch dazu, daß die literarische Qualität dieser Geschichten merklich höher als der Durchschnitt der deutschen Einsendungen liegt, weil die gestandenen deutschen Dichter wie Böll, Grass, Lenz usw. offenbar die Niederlage bei einem solchen Wettbewerb fürchten.

Die deutschen und ausländischen Beiträge werden getrennt bewertet. Es gibt einen Preis für die beste deutsche und einen Preis für die beste ausländische Kurzgeschichte. Beide sind mit je 10 000 DM ausgeschrieben. Der deutsche Preis fiel in diesem Jahr an die Autorin Hanneliese Taschau aus Hameln für die Erzählung „Angebote an den Durchreisenden", in der pointiert und collagehaft in einem sehr nüchternen, scheinbar unbeteiligten Stil – in einer Art überhöhter Reportage – Eindrücke von einer KZ-Verhandlung vor einem deutschen Gericht wiedergegeben werden. Der ausländische Preis fiel an die Rumänin Carmen-Francesca Bancio für die Kurzgeschichte „Das strahlende Ghetto", in der auf sehr subjektive originelle Art die Empfindungen, Beobachtungen, Gedanken, Enttäuschungen und Hoffnungen einer Ghettobewohnerin geschildert werden.

Nach Preisvergabe an die nicht anwesende Rumänin begann das große Telefonieren. Offenbar gehört aber Carmen-Francesca Bancio in Bukarest nicht zu den bekannten Autoren. Zur Verblüffung der Veranstalter in Arnsberg war kurzfristig zur Preisverteilung nichts Näheres über die Autorin herauszubekommen.

So zeigte sich erneut, daß gerade das Arnsberger Treffen auch unbekannten Autoren eine Chance gibt. Denn im Gegensatz zu manch anderem Literaturwettbewerb hierzulande werde die Namen der Autoren der einzelnen Geschichten der Jury nicht mitgeteilt. Erst nachdem der Preisträger bestimmt ist, wird das Geheimnis gelüftet. Das hat denn bei dem Arnsberger Wettbewerb immer wieder dazu geführt, daß Erzähler, die in der deutschen Literaturszene einen prominenten Namen haben, mit ihren Beiträgen schon im Vorfeld aussortiert wurden und gar nicht erst in die Endausscheidung kamen.

ANATOL JOHANSEN

Andrej Konchalovskys Film „Maria's Lovers"

Abschied von gestern

Ein niveauvolles Melodram. Nicht hitzige Erotik, wie die Filmwerbung suggeriert, sondern ein elegischer, wortkarger Stil kennzeichnet den Film „Maria's Lovers", den der Exilrusse Andrej Konchalovsky im ländlichen Amerika gedreht hat. Es gibt auch nicht mehrere „Lovers" für Maria, sondern nur einen einzigen, dazu freilich einen Ehemann, der als Liebhaber seine Probleme hat. Die Ursachen dieser Probleme und ihre Bewältigung will der Film zeigen.

Die tiefenpsychologischen Bemühungen sind dabei weniger gelungen als die Schilderungen der vermeintlichen Oberfläche. Denn in unvergleichlichen Bildern schildert Konchalovsky die amerikanische Provinz, den Stolz und das Elend von Small Town und Country, die Geborgenheit und die Enge im ererbten Puritanismus.

In der russischen Provinz am Ende des Bürgerkrieges spielt Andrei Platonows Novelle „Der Fluß Potudan". Die nicht sonderlich komplexe Handlung hat Konchalovsky nach Pennsylvania ins Jahr 1945 verlegt. Nach mehrjähriger japanischer Kriegsgefangenschaft kommt Ivan Bibic (John Savage) in seine Kleinstadt zurück. Hier haben sich jugoslawische Einwanderer angesiedelt. Zu ihnen müssen wir also auch Robert Mitchum rechnen, der als Vater Bibic ein würdiges Fossil (aber keine „beste Nebenrolle") abgibt. Und Nastassja Kinski, eben die Maria, die erstens Waisenmädchen, zweitens Krankenschwester ist und drittens treu ihre taube Babuschka umsorgt. Sie ist die geballte Unschuld.

Und als reinen Engel hat Ivan sie auch in Erinnerung. Nur hat sich seine Vision von ihr während des Krieges in so lichte, so unzugängliche Höhen entfernt, daß ein Anknüpfen an die einst unbeschwerte Jugendromanze ganz erhebliche Probleme bereitet. Zwar heiratet er Maria, doch das ius primae noctis vermag er nicht zu nutzen. Es zeigt sich, daß er sich mit der Verklärung der Geliebten unbewußt auch ein Berührungsverbot auferlegt hat. Das abzuschütteln gelingt ihm nicht. Und so flieht er bald vor der Schmach, verläßt seine Jungfrau, verdingt sich irgendwo auf einem Schlachthof.

Seine Arbeit könnte gröber nicht sein, aber so bewältigt er traumatische Erinnerungen aus Krieg und Gefangenschaft. Laut sind die Kerle, mit denen er umgeht, vulgär ihre Frauen, aber hier kann er sich als Mann beweisen. Die einsame Maria läßt sich unterdessen – nach langer Abwehr, langem Zögern – von einem durchreisenden Tramp (Keith Carradine) verführen. Als sie Monate später vor dem Schlachthof wartet, als sie – erkennbar geschwängert – die Unberührbare nicht mehr ist, findet Ivan zu ihr zurück.

Konchalovsky steuert gelegentlich knapp an den Klippen der Rührseligkeit vorbei. Doch beweist er untrügliche Stilsicherheit. Seine Personenführung ist exzellent; prägend sind mimische Nuancen und behutsame Gesten. Und abgesehen von der durchgehend überzeugenden Charakterdarstellung im Ensemble – Nastassja Kinski war nie vielseitiger, nie lebendiger als hier.

Der Authentizität der Personen steht eine romantische Kameramalerei gegenüber. Wie hier Interieurs, Straßen, Landschaften zu betörenden Kompositionen verdichtet sind, erinnert an *die Bilder Edward Hoppers.* Die Atmosphäre, nicht die Handlung, die Personen, nicht ihre Erlebnisse, bleiben in Erinnerung.

DIETMAR BITTRICH

Entdeckung in Hagen: Storaces Shakespeare-Oper

Chaos durch Zwillinge

Kagel, Stockhausen und der nicht so bekannte Franzose Pierre Schaeffer gelten als die Erfinder der sogenannten „konkreten Klänge" in der Musik. Aber nun war zu hören, daß schon der Londoner Stephen Storace, etwas jünger als sein zeitweiliger Wiener Lehrer Mozart und ebenso jung verstorben, Donner, Blitz und Hagelschlag auf eigenen Notensystemen in seine Opern-Ouvertüre komponierte. Hagens Städtische Bühne führte diese 199 Jahre alte Ausgrabung jetzt mit entsprechenden Szeneneinfällen vor.

Es ist eine vertonte „Komödie der Irrungen". Die Handlung hält sich an William Shakespeare. Zwei Schiffbrüchige, Herr und Diener (in Hagen von Reinhard Leisenheimer und Martin Hausberg gesungen), scheitern vor der Stadt ihrer Erzfeinde, Ephesus. Sie wollen deshalb möglichst wenig auffallen. Aber das gelingt nicht, weil in der Stadt – was sie nicht wissen – ihre ihnen unbekannten, eineiigen Zwillinge (Hans Lürgen Lazar und Peter Nikolaus Kante übernahmen diese Rollen) leben. Was da alles an Verwechslungen, vermeintlich ehelichen, außerehelichen oder sonstwie hanebüchenen Straftatbeständen anfällt, damit überbrückt der berühmte Librettist Lorenzo Da Ponte, der auch Mozart seinen „Figaro" und „Don Giovanni" textete, ohne Mühe drei Stunden.

Die Ausstatter, Thomas und Wanda Richter-Forgách wollten allerdings alles provokant und modern. Rokoko-Anmut, wie sie der Partitur entströmt, war ihre Sache nicht. Sie schwelgten deshalb in den grellbunten Farbtöpfen der Pop-Art, angereichert mit Metallic-Geglitzer. Sie schnürten die singenden Damen (Lubica Orgonášová und Heide Christians) in stramme Zwangsjackenkostüme à la Richard Lindner, und ließen ihre dennoch üppig-offenherzigen, rosa Oberweiten (inspiriert von Tom Wesselmann?) in den Gebirgshügeln einer surrealen Seelandschaft des auf Sperrholz gemalten Urlaubsparadieses, das leicht und schnell umzuräumen war, wiederkehren. Offenbar war das als Attraktion für den an Video-Clips gewöhnten Opernbesucher-Nachwuchs von übermorgen gedacht.

Die Musik und ihre Wiedergabe überstanden jedoch mühelos – wie einst bei der Uraufführung auf Italienisch Anno 1786 im Wiener Burgtheater – solche Dekorationskapricen. Michael Halász dirigierte das Orchester der Stadt Hagen mit leichter, nerviger Hand. „Gli equi voci" sind mit ihren vielen Opernnummern, die sich von einschmeichelnden Arien kunstgerecht bis zum zehnköpfigen Presto-Vivace-Schlußeffekt aufstocken, ohne Vorbehalt Cimarosas „Heimlicher Ehe" (Wien, 1792) gleichzustellen, die kaum je im Repertoire ernstlich Pause hat machen müssen. So gerät man merkwürdigen Zufällen, die gleichwertige Werke ins Aus schickten, auf die Spur.

Es mag den Hagener Abend begünstigt haben, daß sich der deutsche Text von C. H. Henneberg (vom Vokabular einmal abgesehen) dem Zungenschlag der Singpartien flüssig anpaßt. Der Spielleiter, Andreas Prohaska, inszenierte nicht gegen die Sängerstimmen, selbst wenn bei den Zwillings-Gags (bei Halbzeit schienen sogar noch zwei ‚doppelte Lottchen' mitzumischen) reichlich viel Commedia dell'Arte-Jokus mitlief. So war es ein Vergnügen, denn auch die übrigen Solisten – Toshiki Toyama, Horst Fiehl, Werner Hahn, Celeste Barrett – nahmen die vom Komponisten programmierten Rollenfächer trefflich wahr.

HEINRICH von LÜTTWITZ

THEATER-KALENDER

2. **Berlin:** 22. Theatertreffen (bis 21. Mai)
   Hamburg, Ernst-Deutsch-Theater; Anouilh: *Eurydike* (R: Marian)
   Zürich, Schauspielhaus; Churchill: Besitzer (DE) (R: Läuchli)
3. **Recklinghausen,** Ruhrfestspiele; Toller: Die Maschinenstürmer (R: Lichtenstein)
   Wien, Burgtheater; Molière: Der eingebildete Kranke (R: Tillemanns)
4. **Hamburg,** Thalia Theater; Odets: Das große Messer (R: Fried)
   Köln, Schauspiel; Corneille: Horatius (R: Gosch)
5. **Frankfurt,** Schauspiel; Shakespeare: Maß für Maß (R: Mouchtar-Samorai)
   Ulm: 5. Baden-württembergisches Schultheatertreffen (bis 11. Mai)
8. **Freiburg,** Theater; Bond: Sommer (R: Breth)
   Göttingen: 14. Norddeutsches Theatertreffen (bis 20. Mai)
11. **Berlin,** Schaubühne; Marivaux: Triumph der Liebe (R: Bondy)
   Bonn, Bühnen der Stadt; Tschechow: Drei Schwestern (R: Noelte)
17. **Mülheim/Ruhr:** 10. Mülheimer Theatertage (bis 31. Mai)
18. **Köln,** Schauspiel; Pohl: La Balkona Bar (U) (R: Weigl)
24. **München,** Cuvilliés-Theater; de Filippo: Die Kunst der Komödie (R: Baumbauer)
   Saarbrücken: 8. Woche des jungen französischen Theaters (bis 2. Juni)
25. **Bochum,** Schauspielhaus; Büchner: Leonce und Lena (R: Peymann)
27. **München:** 7. Internationales TheaterFestival (bis 10. Juni)
31. **München,** Residenztheater; Ibsen: John Gabriel Borkman (R: Bergman)

Als Amerikas Künstler nach Europa blickten: „Vogelnest" von John William Hill, aus der Ausstellung im Brooklyn Museum FOTO: KATALOG

Wie die Präraphaeliten nach Amerika kamen – Die John-Ruskin-Ausstellung im Brooklyn Museum

Künstlerische Wahrheitssucher mit bravem Pinsel

Das Brooklyn Museum ist wegen seiner Lage außerhalb des Kunst-Zentrums Manhattan ein wenig das Stiefkind unter den New Yorker Museen. Dabei hat es diesen Status gar nicht verdient: Seine Malcolm-Morley-Retrospektive oder die umfangreiche Ausstellung asiatischer Kunstwerke ebenso wie die Installationen junger, zeitgenössischer Künstler haben ihm längst einen festen Platz unter den großen New Yorker Ausstellungsorten verschafft.

Was zur Zeit dort gezeigt wird, muß man wohl im Licht der neuen amerikanischen Bemühungen sehen, die eigenen kunstgeschichtlichen Wurzeln zu entdecken. „The New Path: Ruskin and the American Pre-Raphaelites" heißt die kleine, sorgfältig zusammengestellte Auswahl, die zeigt, wie sehr Amerikas Kunst-Welt noch vor 120 Jahren von Europa beeinflußt war, und wie, darüber hinaus, wissenschaftlich-weltanschauliche Strömungen in die Kunst einfließen konnten.

Denn die Manie des 19. Jahrhunderts für akkurate wissenschaftliche Beobachtung und Beschreibung machte sich – u. a. über den Kritiker und Schriftsteller John Ruskin – auch in der Kunst bemerkbar. Nicht mehr Phantasie oder Inspiration galten Ruskin als die höchsten künstlerischen Ziele, sondern „das ernste, liebevolle Studium von Gottes Werk der Natur".

Ruskins emphatische Verquickung von Kunst, Natur und Moral fiel in Amerika auf fruchtbaren Boden. Es bildete sich ein Grüppchen amerikanischer Künstler – darunter Charles Herbert Moore, John William Hill, Henry Roderick Newman und William T. Richards. Eine „Gesellschaft für die Förderung der Wahrheit in der Kunst" wurde 1863 in New York City gegründet; das kämpferische kleine Magazin, „The New Path", sorgte für die Verbreitung der strengen neuen Kunstphilosophie.

Das Resultat aller dieser Bemühungen gleicht ein wenig dem Streben übereifriger Schüler, es dem Lehrer mehr als recht zu machen. Die Ausstellung zeigt zahlreiche, von der Stimmung her höchst gelungene Arbeiten, darunter Henry Roderick Newmans Landschaft mit Stilleben, „Grapes and Olives" (1878) und Thomas Charles Farrers spiegelglatte, romantische Seelandschaft „Mount Tom" (1865).

Überhaupt vermag die Wildheit der amerikanischen Landschaft immer wieder den braven Pinsel der künstlerischen Wahrheitssucher in Schwung zu bringen. Die Gemälde sind von vibrierender Farbigkeit und lassen die immense Weite des Landes Amerika ahnen. Die zahlreichen Farne, gestürzten Waldbäume, Wasserfälle und minutiös abgebildeten Waldhimbeeren summieren sich jedoch zu nicht viel mehr als einem charmanten Blick in eine Vergangenheit, da amerikanische Künstler noch wenig eigenen Gestaltungsdrang verspürten und gelehrige Schüler ausländischer Propheten waren.

Die beiden Ruskin-Zeichnungen zu Beginn der Ausstellung – ein skeptisch-kühles Selbstporträt in Aquarell und Gouache über Bleistift (1861) und ein leuchtend buntes Aquarell „Fragment of the Alps" (1854–56) – überzeugen in ihrer Kraft und – bei dem „Fragment" – durch eine wunderbare Luminosität. Ruskin selbst, so scheint es, war der bessere Vertreter seiner Ideen als die Mehrzahl seiner eifrigen transatlantischen Jünger. (Bis 10. Juni; Boston: 3. Juli bis 8. Sept.; Katalog 29,95 Dollar.)

VERA GRAAF

Neues in der Affäre Gregory

A. GRAF KAGENECK, Paris

In der verwirrenden „Affäre Gregory“, dem ungeklärten Mord an dem vierjährigen Gregory Villemin am 16. Oktober 1984 im Vogesendorf Lepanges bei Epinal konzentrieren sich die Verdachtsmomente jetzt immer mehr auf die 27jährige Mutter des Jungen, Christine Villemin. Schriftexperten des Gerichts sind nach einer erneuten Prüfung der „Drohbriefe“, welche ein Unbekannter vor und nach dem Mord an die Eltern des kleinen Gregory gerichtet hatte, der Ansicht, daß sie mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ von Christine Villemin selber geschrieben worden sind. Wollte die junge Frau, falls sie wirklich die Täterin war, jeden Verdacht von sich ablenken?

Zudem hat die Polizei am Haus der Villemins Reste einer Schnur gefunden, mit der Gregory an Händen und Füßen gefesselt worden war, ehe man



Unter schwerem Verdacht: Christine Villemin

ihn in den Vologne-Bach stieß. Weitere Stücke derselben Art Schnur fanden sich in den Häusern anderer Familienmitglieder. Bisher hatte man das Haus der Villemins nie näher in Augenschein genommen, da man offenbar einen Mord des Kindes durch die eigenen Eltern ausschloß. Schließlich haben sich auch einige Alibi-Angaben der Christine Villemin zur fraglichen Tatzeit als nicht stichfest erwiesen.

„Ich bin am Ende. Mir bleibt nur noch der Selbstmord, aber dann wird jeder sagen, daß ich schuldig war“, ließ Christine Villemin durch ihren Anwalt, Maitre Garaud, erklären. Und Reportern sagte sie: „Ich weiß, daß ich angeklagt werde. Aber ich bin unschuldig.“ Die im fünften Monat schwangere junge Frau ist allein. Ihr Mann, Jean-Marie, sitzt seit dem 1. April im Gefängnis von Nancy, weil er drei Tage vorher seinen 23jährigen Vetter Bernard Laroche erschossen hatte. Laroche war von der Justiz eine Zeitlang des Mordes verdächtigt, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Karteibewegungen als seltene Glücksmomente

Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes zieht Bilanz

SABINE KOBES, Bonn

Jeden Besuch in einer fremden Stadt begann Elisabeth Pasch* mit dem gleichen Ritual: Telefonzelle suchen, Telefonbuch aufschlagen, nach ihrem Geburtsnamen suchen. Und auf der Straße immer wieder derselbe Gedanke: Könnte diese Mittsechzigerin meine Mutter sein?

Jahrelang dauerte diese Suche. Anfang 1945 hatte Mutter Pasch die Tochter zu Pflegeeltern gegeben, für kurze Zeit, wie sie damals glaubte. Dann kam das Kriegsende und die überstürzte Flucht aus Danzig. Mutter Pasch und ihre zweijährige Tochter verloren sich aus den Augen.

Erst als Elisabeth Pasch – längst im Süddeutschen ansässig, verheiratet und selbst Mutter – auf die Vierzig zuging, schrieb sie einen Brief an den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Es stellte sich heraus, daß beim DRK schon lange die Karte „Mutter Pasch sucht Tochter Elisabeth“ lag. „Karteibegegnungsverfahren“ heißen solche Glücksmomente im DRK-Jargon. Zwei Suchkarten konnten aussortiert werden.

Mit dem Rucksack in den Westzonen gesammelt

Auch vierzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg klappen die Rotkreuz-Forscher die Aktendeckel noch nicht zu. Allein 1984 war die Fahndung nach Wehrmachts- und Zivilverschollenen 25 226mal erfolgreich, darunter in 77 „Kinderfällen“ (Eltern suchen ihre Kinder, Kinder ihre Eltern).

Mit der Informationsbeschaffung aus den Anfängen haben die Such*dienstmethoden von heute nicht* mehr viel gemein. „Rucksackweise“ holten zwei ehemalige Wehrmachtskameraden (einer von ihnen der spätere Soziologieprofessor Helmut Schelsky) 1945 Angaben zusammen. „Von Hamburg aus zogen die beiden durch die Westzonen und sammelten Personalien“, weiß Manfred Blum von der Bonner Suchdienst-Leitstelle zu berichten. Nahezu jede Familie vermißte einen oder mehrere Angehörige, vor allem der Kontakt zu Kriegsgefangenen im Osten war abgebrochen.

Heimkehrer wurden befragt, Anfang der fünfziger Jahre 1,4 Millionen Verschollene registriert. Im Laufe der Jahre weitete sich die Kartei immer mehr aus. Minutiös legte das DRK bändeweise Bildlisten mit Personaldaten ehemaliger Soldaten an. Mit diesen Angaben über Herkunft, Einheit und letzten bekannten Kampfeinsatz machten sich die Suchdienstmitarbeiter auf den Weg zu Veteranentreffen.

Über 2,4 Millionen Suchanträge sind bis April dieses Jahres beim DRK gestellt worden, 2 126 662 inzwischen abgeschlossen. In 99 von hundert Fällen besteht die „Schicksalsklärung“ in einer definitiven Todesnachricht. Die DRK-Fahnder arbeiten gegen die Zeit. Mit jedem Jahr verwischen die Spuren mehr. Trotzdem hoffen seit vergangenem Jahr 492 neue Antragsteller, mit Hilfe des Suchdienstes einen Blick in die Vergangenheit werfen zu können. Oft sind es Aussiedler aus dem Osten, ehemalige Findel- und Adoptivkinder um die Vierzig, die erst jetzt diese Chance bekommen.

Nicht jedesmal ist der Wunsch, ein Elternteil wieder in die Arme schließen zu können, Ursprung einer Suchaktion. So etwa bei jenem Mann, der 1944 als Säugling irgendwo in Ostpreußen in der Klinik gelassen wurde. In allen Papieren stand „Geburtsort unbekannt“. Doch vage Erinnerungen an Geburtsort und -datum wurden die ersten Bausteine eines Identifizierungs-Puzzles. Und dank der Informationsfülle und einer Portion Kombinationsgeschick der Suchdienstmitarbeiter konnte die Lücke im Ausweis nach wenigen Wochen geschlossen werden.

Auch mit der Skepsis mancher Klienten wissen die Rotkreuzforscher umzugehen. Manfred Blum: „Wenn uns die Eltern eines verschollenen Kindes zweifelnd vorhalten, wir präsentierten ihnen doch nur irgendjemanden – dann setzen wir vier oder fünf Ehepaare nebeneinander, lassen den ‚verlorenen‘ Sohn oder die Tochter hereinkommen und warten ab.“ Bisher ist das Erkennungsspiel immer aufgegangen. „Blut gerät zu Blut“, nennt es Blum.

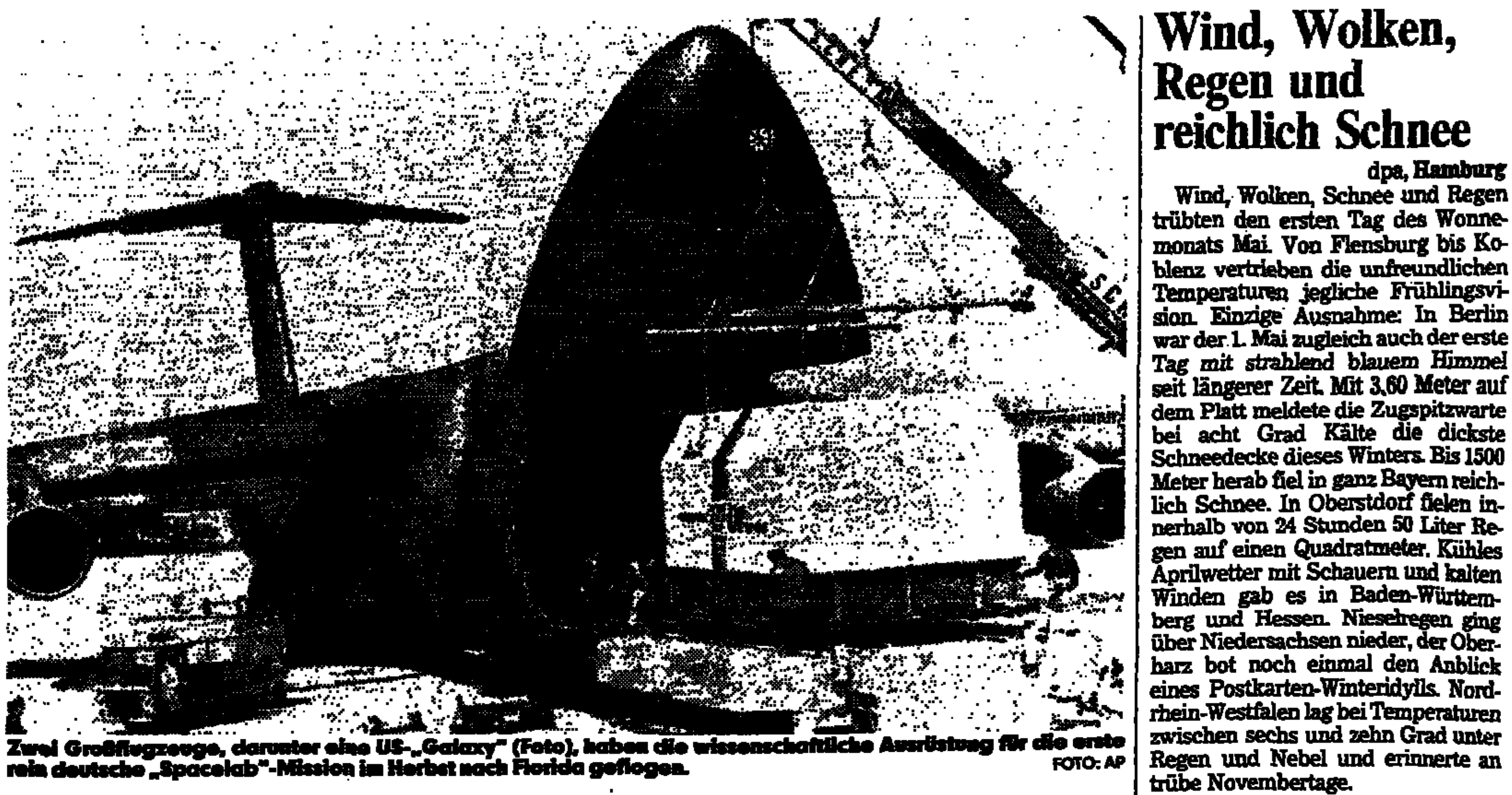
Beim DRK wird nicht auf guten Glauben gearbeitet

Doch beim DRK wird nicht „auf gut Glauben“ gearbeitet. Erst wenn auch „der Leberfleck hinterm Ohr“ überprüft wurde und das Blutgruppengutachten Klarheit verschafft hat, geht die Erfolgsmeldung hinaus.

Gertrud Maletzki*, 1942 in Oberschlesien geboren, versuchte ihre genauen Ursprünge per Suchmeldung in einer Illustrierten herauszufinden. Und tatsächlich erreichte sie vor zwei Wochen der Anruf einer alten Dame aus Hamburg. Hoffnung keimte auf. Doch als die beiden Frauen Details austauschten, „da stimmte alles nicht.“ Nun versucht der DRK-Suchdienst sein Glück.

Erst in den neunziger Jahren, so Manfred Blum, werden die Quellen versiegt sein.

*Name von der Redaktion geändert



Zwei Großflugzeuge, darunter eine US-„Galaxy“ (Foto), haben die wissenschaftliche Ausrüstung für die erste rein deutsche „Spacelab“-Mission im Herbst nach Florida geflogen. FOTO: AP

„Ein unübertroffenes Stück“

Vorbereitungen zur ersten deutschen Raum-Mission mit „Spacelab“ angelaufen

W. WILL, Kennedy Space Center

Gestern hat am Startkap in Florida der „deutsche Countdown“ für die „Spacelab“-Mission D-eins begonnen, an der im Herbst zwei deutsche Wissenschafts-Astronauten teilnehmen werden. Startschuß war ein Empfang, den das Management von MBB-Erno gab. „Ihr Deutschen“, sagte ein Nasa-Ingenieur, „seid hier am Kap für zweierlei bekannt: für hervorragende Arbeit – und für außergewöhnliche Parties.“

„Spas‘, der freifliegende Satellit *aus dem Hause Messerschmitt*“, urteilte etwa General „Abe“ Abrahamson, „ist ein großer Wurf.“ Und ein Nasa-Wissenschaftler in der „Denkerwerkstatt“ Huntsville meinte: „Das Bremer Spacelab ist ein unübertroffenes Stück Wertarbeit – es müßte viel öfter geflogen werden.“

Weitere 40 deutsche Techniker und Ingenieure, Experten der Raumfahrt, treffen in diesen Tagen, zum Teil mit ihren Familien, am Startkap ein – wo bereits seit einigen Jahren etwa zehn deutsche Techniker-Familien, vorwiegend mit „Spacelab“ befaßt, ihren Sitz haben. Sie haben sich Autonummernschilder geben lassen, auf denen „Erno“ – der Name ihrer Bremer Firma – und eine Nummer steht.

Zwei gewaltige Transportmaschinen, ein Lufthansa-Jumbo und eine US-Lufwaffen-„Galaxy“, sind auf der Raumflugzeugpiste des Kennedy Space Center gelandet und haben für die D-eins-Mission Test- und Bodenkontrollgeräte sowie die „Spacelab“-Einbauschränke mit den wissenschaftlichen Apparaturen, „Racks“ genannt, von Bremen ans Startkap geflogen.

Die beiden deutschen Astronauten für diese Mission, Dr. Reinhard Furrer und Dr. Ernst Messerschmid, werden in einigen Wochen in den USA erwartet, wo sie ihr in Deutschland begonnenes Training für die Mission vervollständigen.

D-eins: Das ist die erste Raumflugzeugmission, die vollständig im Auftrag eines fremden Staates geflogen wird – im Auftrag Deutschlands. Dafür steht auch das Zeichen „D“ vor schwarz-rot-goldenem Hintergrund. Das Unternehmen, mit etwa 70 verschiedenen wissenschaftlichen Experimenten an Bord, kostet rund 400 Millionen Mark, wovon die Nasa 160 Millionen Mark für Fracht- und Serviceleistungen erhält.

Die jetzt vergrößerte deutsche Techniker-Gemeinde am Kap bereitet diesen Flug im Detail vor: Zehntausende Funktionen sind zu überprüfen, Einbauten zu überwachen, *Instrumente einzustellen. „Von der* Bodenarbeit“, sagt einer der Deutschen, „hängt der Erfolg im Weltraum ab.“ Er ist, wie alle seine Kollegen, gern am Kap, seit einigen Jahren bereits, und er sieht, wie alle seine Kollegen, der Rückberufung mit gemischten Gefühlen entgegen. Die ewige Sonne Floridas, das Meer, die Strände kann Bremen eben nicht bieten.

„Spacelab“ befindet sich zur Zeit im Weltraum, im Frachtraum der Fähre „Challenger“, deren Besatzung noch bis kommenden Montag um die Erde kreisen wird. Chefwissenschaftler George Fichtl erklärte gestern, sieben von neun Versuchen, darunter die Zucht von Kristallen für die elektronische Industrie, verlaufen nach Plan.

In der Raumfähre war es in den vergangenen Tagen zu Problemen gekommen. Futterreste und Mist aus den Käfigen mitgeführter Ratten und Äffchen schwirrten durch das Raumschiff. Der Fütterungsmechanismus in den Käfigen, der erstmals eingesetzt wurde, hatte versagt. Die Bo*denkontrollzentrale hatte daraufhin* den Astronauten vorgeschlagen, die Käfigöffnungen mit Klebefolie zu verschließen. Den Versuchstieren geht es gut. Sie haben sich offenbar an die Schwerelosigkeit gewöhnt.

„Spacelab“, eine europäische Gemeinschaftsleistung und gebaut bei MBB-Erno in Bremen, wird auch das Herzstück der D-eins-Mission, bei der übrigens erstmals acht – Höchstzahl bisher: sieben – Menschen in einem Raumflugzeug eingesetzt werden.

Ein Nasa-Ingenieur meinte, „mit Spacelab hat sich Deutschland fest und auf Dauer in der Raumfahrt engagiert“. Das stimmt. Denn der D-eins-Mission werden weitere deutschorientierte Flüge folgen, an der geplanten US-Raumstation wird es eine europäische und damit betont deutsche Beteiligung geben, und es sollte nicht ausgeschlossen werden, daß die deutsche Industrie, ihrer Zuverlässigkeit und Qualitätsarbeit wegen, von der Nasa sogar Service-Verträge angeboten bekommt. (SAD)

Wind, Wolken, Regen und reichlich Schnee

dpa, Hamburg

Wind, Wolken, Schnee und Regen trübten den ersten Tag des Wonnemonats Mai. Von Flensburg bis Koblenz vertrieben die unfreundlichen Temperaturen jegliche Frühlingsvision. Einzige Ausnahme: In Berlin war der 1. Mai zugleich auch der erste Tag *mit strahlend blauem Himmel* seit längerer Zeit. Mit 3,60 Meter auf dem Platt meldete die Zugspitzwarte bei acht Grad Kälte die dickste Schneedecke dieses Winters. Bis 1500 Meter herab fiel in ganz Bayern reichlich Schnee. In Oberstdorf fielen innerhalb von 24 Stunden 50 Liter Regen auf einen Quadratmeter. Kühles Aprilwetter mit Schauern und kalten Winden gab es in Baden-Württemberg und Hessen. Nieselregen ging über Niedersachsen nieder, der Oberharz bot noch einmal den Anblick eines Postkarten-Winteridylls. Nordrhein-Westfalen lag bei Temperaturen zwischen sechs und zehn Grad unter Regen und Nebel und erinnerte an trübe Novembertage.

Ins Netz gegangen

AFP, Bogota

Der kolumbianischen Polizei ist einer der meistgesuchten Drogenschmuggler Lateinamerikas ins Netz gegangen. Wie zuständige Stellen in Bogota gestern mitteilten, wurde der Kolumbianer Jose Ramon Mata Ballesteros am *Dienstag* in der *Hafen*stadt Cartagena verhaftet. Die Festnahme erfolgte auf den Tag genau ein Jahr nach der Ermordung des kolumbianischen Justizministers Rodrigo Lara Bonilla. Kolumbiens Präsident Belisario Betancur hatte das Verbrechen zum Anlaß genommen, der Drogen-Mafia, die hinter dem Mord vermutet wurde, einen gnadenlosen Kampf anzukündigen.

Sechs Tote bei Brand

dpa, Nastätten

Sechs Menschenleben hat gestern früh ein Brand in einem Wochenendhaus in der Taunusgemeinde Bogel bei Nastätten (Rhein-Lahn-Kreis) gefordert. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden hatte die 17jährige Tochter des Hausbesitzers, die sich als einzige aus den Flammen retten konnte, das Feuer um 6.23 Uhr gemeldet. Sieben junge Leute zwischen 17 und 20 Jahren wollten den Maifeiertag in dem Gebäude im Ferienhausgebiet von Bogel verbringen. Die Brandursache war zunächst noch nicht geklärt.

Großer Jahrgang

dpa, Paris

Eine Flasche des Rotweins „Château Lafitte-Rothschild“ Jahrgang 1811 ist jetzt im Pariser Auktionshaus Drouot für 120 000 Francs (39 000 Mark) versteigert worden. Käufer war ein englischer Sammler. Der Auktionator versicherte, daß 1811 ein großer Jahrgang gewesen sei.

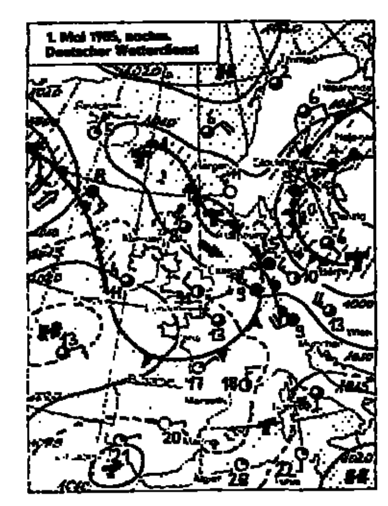
Wieder überfallen

dpa/AFP, Miami

Einen Tag, nachdem vier unbekannte Räuber aus einer Niederlassung des Transportunternehmens Wells Fargo in New York rund acht Millionen *Dollar* geraubt hatten, ist am Dienstag in einem Vorort von Miami (Florida) erneut ein Geldtransport der Firma überfallen worden. Nach Angaben der Polizei lauerten drei *maskierte* und bewaffnete Männer einem Wells Fargo-Mitarbeiter auf, der von einer Vorortbank zu seinem gepanzerten Wagen ging, nahmen ihm eine noch unbekannte Summe Bargeldes ab und flüchteten in einem bereitstehenden Auto. Von den Räubern, die am Montag morgen *den Tresorraum der Wells Fargo-Nie*derlassung in Manhatten ausgeräumt hatten, fehlte gestern noch jede Spur.

WETTER: Wechselhaft und kühl

Wetterlage: An der Westseite eines Tiefdrucksystems über der Ostsee wird maritime Polarluft nach Mitteleuropa gelenkt.



Vorhersage für Donnerstag:
Wechselnde, meist starke Bewölkung und einzelne Schauer, im Osten und in Berlin zum Teil länger anhaltender Regen. Tageshöchsttemperaturen 8 bis 10 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 5 Grad. Mäßiger, in freien Lagen frischer Wind um Nordwest.

Weitere Aussichten:
Weiterhin unbeständig und für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	24°
Bonn	10°	Kopenh.	6°
Dresden	5°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	11°
Frankfurt	13°	Madrid	20°
Hamburg	5°	Mailand	20°
List/Sylt	5°	Mallorca	21°
München	9°	Moskau	6°
Stuttgart	10°	Nizza	17°
Algier	28°	Oslo	4°
Amsterdam	9°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	19°	Rom	16°
Brüssel	9°	Stockholm	3°
Budapest	13°	Tel Aviv	20°
Bukarest	17°	Tunis	22°
Helsinki	4°	Wien	13°
Istanbul	14°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.51 Uhr, Untergang: 20.48 Uhr; **Mondaufgang:** 19.06 Uhr, Untergang: 5.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Furcht des Lokführers vor dem Bahnhof

Jedes Jahr werfen sich in der Bundesrepublik Deutschland hunderte Lebensmüde vor U- oder S-Bahn-Züge

HARALD SCHEIDT, Bonn

Bis zur Einfahrt in den S-Bahnhof München-Riem verläuft die Schicht für Lokführer F. völlig normal, wie an jedem anderen Tag. Die Menge auf dem Bahnsteig wartet bereits ungeduldig auf seine S 6 nach Ebersberg. Doch kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof geschieht es: Hinter einem Mast springt eine junge Frau hervor und stürzt sich vor den mit 80 km/h heranbrausenden Zug. Die sofort eingeleitete Vollbremsung kann sie nicht mehr retten. Für Lokführer F., der einen Schock erleidet, ist dies bereits das dritte derartige Unglück innerhalb von drei Jahren. Ist Lokführer F. ein Sonderfall?

Allein im Jahr 1984 gab es in München, der „Weltstadt mit Herz“, 96 derartige Selbsttötungsversuche, davon 26 in der S-Bahn. Hinzu kamen noch 13 weitere Fälle im U-Bahn-Bereich. Bei insgesamt 690 derartigen Selbstmordversuchen im gesamten Bundesgebiet im vergangenen Jahr liegt München damit an erster Stelle. Diese traurige Bilanz eröffnete der Frankfurter Bundesbahnsprecher Scheuber jetzt gegenüber der WELT.

In Hamburg gab es im gleichen Zeitraum 50 Selbstmordversuche; und in Berlin haben sich 24 Menschen vor den fahrenden Zug geworfen. Eine deutlich geringere Zahl als in den beiden anderen Großstädten, und das, obwohl Berlin die größten Verkehrsbetriebe der Bundesrepublik Deutschland hat. Seit Jahren schon bleiben diese Zahlen konstant.

Wo liegt der Grund? Der Münchner Bundesbahnsprecher Manfred Adler vermutet, daß der häufige Föhn in der bayerischen Landeshauptstadt die Zahlen in die Höhe schnellen lasse. Und es lasse sich eben nicht verhindern, daß Lebensmüde auf diese Art den Tod suchen.

Bei Triebwagenführern, deren Zug, ohne daß sie es verhindern könnten (ein S-Bahn-Zug braucht zum Anhalten mindestens 80 Meter), einen Menschen überrollt, führt dies häufig zu Schockzuständen und schwerer seelischer Belastung.

Adler erklärte, daß man sich nach einem solchen Unglück sofort über Funk nach der Verfassung des Zugführers erkundige. *Ihm* werde dann freigestellt, ob er weiterfahren oder abgelöst werden wolle. Der Zug bleibe dann solange stehen, bis die Arbeit von Polizei und Feuerwehr erledigt und der Ersatzfahrer eingetroffen sei.

„Der Schock kommt erst hinterher, wenn man von Polizei und Vorgesetzten immer wieder zum Unglückshergang befragt wird. Natürlich leidet darunter dann die ganze Familie“, erzählte Lokführer F. „Jedesmal wenn man danach in einen Bahnhof einfährt und die Menschen stehen dicht am Bahnsteigrand, fürchtet man, daß einer springen könnte. Dieses Gefühl verfolgte mich noch jahrelang.“

Zwar bleiben die meisten Lokführer während ihrer langjährigen Dienstzeit von solchen Unglücken verschont, doch die Wahrscheinlichkeit eines derartigen Unglücks ist für die 436 Münchner S-Bahn-Fahrer relativ hoch, da es in diesem Bereich jedes Jahr durchschnittlich 30 Selbstmordversuche gibt. Es sei sogar zu einigen Extremfällen gekommen, in denen Fahrer bis zu fünfmal betroffen waren, so Manfred Adler.

Mit diesen Belastungen alleine fer*tig* zu werden ist *für* die Fahrer schwer. Diplom-Psychologe Manfred Bernhard weiß aus seiner Praxis, daß sich pro Jahr durchschnittlich etwa zehn Lokomotivführer bei den Bundesbahnpsychologen meldeten und Beistand suchten, da sie nicht mehr in der Lage sind, weiterhin im Fahrdienst zu arbeiten.

Bernhard, der zum Psychologischen Dienst der Bundesbahn in Frankfurt gehört, nennt die Konsequenzen für solche Zugführer: Eignungen für andere Tätigkeiten festzustellen, oder im Einzelfall auch eine Psychotherapie in Erwägung zu ziehen. Diese sei jedoch nur äußerst selten notwendig, da es in der Regel ausreiche, den Lokführer mit einer anderen Aufgabe zu betrauen.

Diese Arbeit könne etwa im Bereich des Wartungs- oder Rangierdienstes liegen und sei unter Umständen nur von kurzer Dauer. Einige Lokführer würden nämlich schon nach kurzer Zeit den Wunsch äußern, wieder auf ihrem alten Arbeitsplatz auf der Lokomotive eingesetzt zu werden. „Das Risiko ist allen Fahrern bekannt, und sie nehmen es auch in Kauf. Schließlich ist es ihr Beruf“, meint Manfred Adler.

ZU GUTER LETZT

„Seinen elften Berg von mehr als 8000 Metern Höhe hat der Österreicher Reinhold Messner bezwungen ... hat der Südtiroler Reinhold Messner ... Messner ist Italiener“. Berichtigungen der Presseagentur „Reuters“.